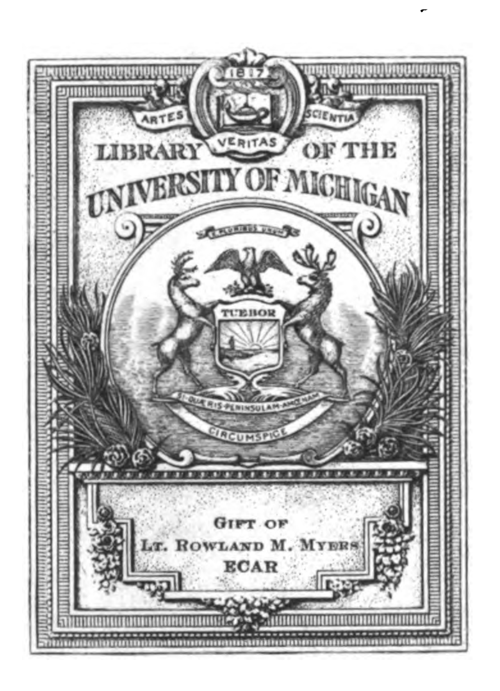
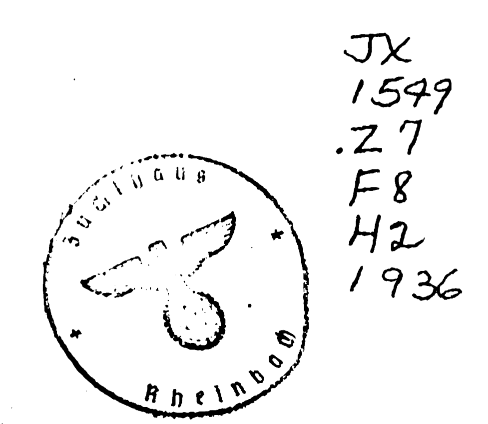




1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE
GIFT OF
LT. ROWLAND M. MYERS
ECAR





Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen



JOHANNES HALLER

Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen

„Historia magistra vitae“

Dritte, durchgesehene und ergänzte Auflage

1 · 9 · 3 · 6

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

Stuttgart

7. und 8. Tausend



Meinen Söhnen



Vorwort

Das vorliegende Buch ist aus Vorträgen erwachsen, die vor einem größeren Kreise gehalten wurden. Dem Wunsche der Zuhörer nach Veröffentlichung entschloß ich mich zu entsprechen, da ich mir sagte, daß damit vielleicht eine Lücke in unserer Literatur ausgefüllt werden könnte. So befremdlich es scheinen mag, die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen ist von deutscher Seite noch nicht im Zusammenhang dargestellt worden, während das gleiche in Frankreich schon mehr als einmal geschehen ist, allem voran in den glänzenden Kapiteln, mit denen Albert Sorel sein monumentales Werk über „Europa und die Französische Revolution" eröffnet. Mit solchen Vorgängern zu wetteifern, ist mir nicht in den Sinn gekommen. Was ich bieten kann, ist nicht gelehrte Forschung, wie denn die folgenden Blätter dem Fachmann schwerlich etwas Neues sagen werden. Ihr Zweck ist vielmehr, Dinge, die im einzelnen bekannt sind, in ihrem inneren Zusammenhang, das Problem, das seit drei Jahrhunderten die Lebensfrage der deutschen Nation bildet, in seiner durchlaufenden Einheit darzustellen. Deutschen Lesern soll die Tatsache vor Augen geführt werden, daß Frankreich sein Verhältnis zu seinem Nachbar im Osten immer in der gleichen Weise angesehen hat, und daß darum die große Frage, die unserer Gegenwart und Zukunft gestellt ist, wenn man sie im Lichte der Geschichte betrachtet, ganz dieselbe ist, die sie immer war, seit sie in den Tagen des Dreißigjährigen Krieges zuerst aufgeworfen wurde.

Daß der Gedanke an die Gegenwart mich bei der Arbeit keinen Augenblick verlassen hat, liegt also in der Natur des Stoffes. Ich habe mir auch keine Mühe gegeben, es zu verbergen, rechne vielmehr gerade hierfür auf Verständnis bei allen Lesern, denen das Schicksal Deutschlands am Herzen liegt.

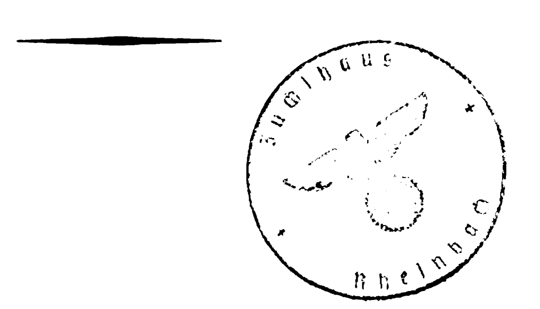
Leider muß ich mich auf den Vorwurf gefaßt machen, das Aufrollen der Vergangenheit könne der so notwendigen Verständigung zwischen den beiden Völkern schaden. Wenn ich das fürchtete, hätte ich nicht geschrieben. Unter den politischen Dingen, die ich in jungen Tagen am sehnlichsten wünschte, stand obenan die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich. Es war, wenn ich mich nicht täusche, der gemeinsame Wunsch meiner Generation, und es gab eine Zeit, wo wir meinten, daß es uns beschieden sein könne, seine Erfüllung zu erleben. Es ist ganz anders gekommen; an wirkliche Verständigung zu denken, erscheint heute und für lange Zeit vermessen. Was unter diesem Namen von deutscher Seite betrieben wird, was insbesondere unsere ästhetischen Literaten reden und schreiben — von andern Kreisen spreche ich lieber nicht — gleicht für den, der weiß, um was es sich handelt, der Schmetterlingsjagd: sie fassen im besten Fall einen bunten Falter, der bald stirbt. Das Schicksal, das große, das ernste und furchtbare Schicksal ist kein Spielzeug.

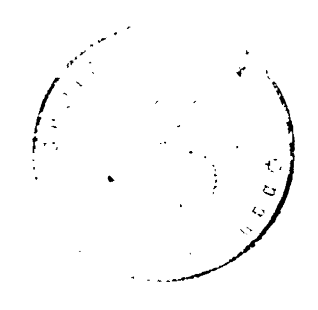
Von solchem Schicksal und seinem ehernen Gang will dieses Buch reden. Möge es ihm gelingen, deutschen Lesern klarzumachen, wie die französische Nation ihr Verhältnis zu Deutschland seit Jahrhunderten auffaßt, auffassen zu müssen glaubt. Auch einer künftigen Verständigung, wenn sie jemals möglich sein sollte, wäre damit vorgearbeitet. Denn am Anfang jeder Verständigung steht das Verstehen, und ein fremdes Volk, vollends eines, das so sehr in seinen Überlieferungen lebt wie das französische, versteht man nur aus seiner Geschichte. Nicht in Dichtungen und Schriften, die in dreißig Jahren vergessen sind, spricht sich seine wahre Natur und Gesinnung aus, sondern in seinen Taten. Wer die Vergangenheit ignoriert und sein Augenmerk nur auf die Stimmungen des Augenblicks richtet, der gleicht dem, der den Lauf des Flusses nach den Wellen bestimmen will, die der wechselnde Wind an der Oberfläche kräuselt, während in der Tiefe die Strömung ihren Lauf unentwegt fortsetzt. Solche geschichtslose Behandlung von Dingen, die selbst Geschichte sind, ist nur möglich bei einem Volk, das, wie das deutsche, wohl Er-

innerungen, aber noch keine Überlieferung hat und darum nur zu leicht glaubt, jede Überlieferung geringschätzen zu dürfen. Das führt nicht zum Verstehen, sondern zum Mißverstehen und damit immer weiter weg von der wahren Verständigung.

Man wird es natürlich finden, daß es vor allem der Gedanke an die lebendige Zukunft Deutschlands war, der mir die Feder geführt hat, der Gedanke an die deutsche Jugend, von der wir hoffen, daß sie in kommenden Tagen wiederfinden werde, was die Väter verloren. Mögen diese Blätter dazu beitragen, in ihr die Einsicht zu vertiefen, daß im Leben von Volk und Staat keine Aufgabe und so auch nicht die Lebensfrage Deutschlands, sein Verhältnis zu Frankreich, gelöst werden kann, wenn sie nicht in ihrem Entstehen und Wachsen, das heißt aus der Geschichte klar erkannt ist. Denn so wenig wie der einzelne Mensch, so wenig kann ein ganzes Volk sein Dasein nach Belieben von vorn anfangen; ihre Vergangenheit werden sie beide niemals los, und es fragt sich nur, ob sie sie als tote Last auf dem Rücken schleppen, oder als Hilfsmittel zum Fortschreiten benutzen wollen.

Eine angenehme Pflicht ist es mir, meinem Freunde Helmut Göring, dem zurzeit wohl besten Kenner der hier behandelten Dinge, für die vielfache Anregung und Hilfe zu danken, die er mir bei dieser Arbeit geboten hat.





Inhalt

1.

2.

3.

4.

1.

Eine häufige Erscheinung im Leben der Völker, ja fast die Regel ist es, daß Nachbarn nicht Freunde sind. Auch nahe Blutsverwandtschaft pflegt daran nichts zu ändern. Wo vollends zwei Völker von verschiedener Herkunft und Wesensart ohne scharfe natürliche Scheidelinie aneinander grenzen, da muß man darauf gefaßt sein, sie auf der Bühne der Weltgeschichte als ständige Gegenspieler ihre Rollen durchführen zu sehen. Deutsche und Polen, Deutsche und Magyaren, Polen und Litauer sind heute noch lebendige Beispiele dafür, wie es im frühen Altertum Perser, Syrer, Griechen und andere gewesen sind.

Das Verhältnis von Deutschen und Franzosen ist mit einer so einfachen Formel nicht zu erschöpfen. Ihre Beziehungen sind seit ältesten Zeiten so eng, ihre Wechselwirkung steigert sich mit den Jahrhunderten so sehr, daß man von einer Schicksalsgemeinschaft sprechen kann.

Ist dieses Schauspiel schon an sich eigentümlich genug, um die Aufmerksamkeit zu fesseln, so kommt dazu die Tatsache, die uns heute wieder mehr denn je zum Bewußtsein gebracht ist — wir hatten sie allzulange vergessen —, daß die Zukunft des deutschen Volkes abhängt von dem, was in Frankreich geschieht, daß unser Schicksal auf absehbare Zeit wiederum Frankreich heißen wird, wie es in vergangenen Zeiten hieß.

*

Nur auf einer kurzen Strecke von 120 Kilometern sind die Wohnsitze der Deutschen und Franzosen durch den natürlichen Grenzwall der Vogesen deutlich voneinander geschieden. Weiter nördlich, vom Donon bis an den Kanal — vom ethnographischen Gesichtspunkt dürfen wir soweit gehen, denn Holländer und Flamen sind in dieser Hinsicht ja deutsche

Stämme, so gut wie Bayern und Schwaben —, weiter nördlich gibt es kein größeres natürliches Hindernis, das ihr Ineinanderfließen störte. Wer das Land durchreist und nur seine Augen braucht, wird die Völkergrenze kaum gewahr werden. Hüben und drüben sehen die Leute zunächst nicht wesentlich verschieden aus. Ob man sich in der Gegend von Mainz, Kaiserslautern, Trier oder in der Champagne befinde, wird man am durchschnittlichen Typus der Bevölkerung nicht erkennen. Lediglich die Sprache bildet hier das Merkmal der Unterscheidung, freilich einer Unterscheidung schärfster Art, die man ohne Übertreibung schon als schroffen Gegensatz bezeichnen darf. Gibt es doch kaum zwei Sprachen, die einander nach Klang und Bildung unähnlicher wären. Wie leicht und ungezwungen nimmt das Deutsche eine Anleihe aus dem Englischen, Italienischen, Spanischen auf! Sogar slawische Bestandteile lassen sich ihm allenfalls einverleiben. Dagegen ein französisches Wort im deutschen Satz — welcher Mißklang! Nur die lässige Gewohnheit läßt die meisten ihn überhören.

Aber die Sprache — dahinter ist man längst gekommen — besagt für Abstammung und Rasse sehr wenig, und in diesem Fall liefert sie selbst einen Beleg dafür, daß zwischen Westdeutschen und Nordfranzosen eine Blutsverwandtschaft besteht, die im Süden ziemlich weit nach Deutschland hineinreicht. Sehen wir in Baden und Württemberg denselben Menschentypus vorherrschen, den man vom Mittelrhein und Nordfrankreich her kennt — niedriger Wuchs, dunkle Farbe, lebhaftes, bewegliches Wesen, lauter Züge, die dem Fremden nicht als eigentlich deutsch erscheinen und die jedenfalls nicht germanisch sind —, so kann hier auch die Mundart mit ihrem Nasalieren und Diphthongieren, mit der Neigung zu vokalischem Auslaut eine gewisse Verwandtschaft mit dem Lautsystem des Französischen nicht verleugnen. Wenn z. B. der Schwabe in seiner Mundart aus dem mittelhochdeutschen „*rîch*“ nicht „Reich“, wie wir sagen, sondern „Roich“ bildet, so folgt er dem gleichen Lautgesetz, das aus dem Spätlateinischen *via*, *fides*, *rex* (*rix*) im Französischen *voi*, *foi*, *roi*

(ursprünglich *voē*, *foē*, *roē*, und erst im Pariser Dialekt *voa*, *foa*, *roa*) hat werden lassen. Das deutet unverkennbar auf eine dicke Unterschicht ursprünglicher Bevölkerung, die sich vom Atlantischen Ozean bis an die alte Grenze des Römerreichs ausgedehnt haben muß und heute wie eine starke Untermalung, im Osten des Deutschen, im Westen des Französischen, durch die Deckfarbe hindurchschimmert.

Aber dieser gemeinsame Urbestandteil, mag man ihn in latinisierten gallischen Kelten oder einer noch früheren Rasse finden — das sei den französischen Schriftstellern gesagt, die so gern von den Südwestdeutschen, den *Celto-allemands*, als einer den Franzosen verwandteren, weniger deutschen Volksart faseln und darauf die kühnsten Schlüsse bauen —, dieser gemeinsame Urbestandteil ist nicht bedeutsam genug gewesen, um in der Geschichte jemals wirksam zu werden. Er spielt in ihr nicht die allergeringste Rolle. Dies zu bewirken wäre schon die Tatsache ausreichend gewesen, daß von Osten her, etwa bis zur Linie Diedenhofen—Mömpelgard, eine zahlreiche germanische Einwanderung siegte und mit ihrer Sprache das galloromische Idiom verdrängte. Entscheidend, bestimmend für das äußere Schicksal und damit für das Lebensgefühl und Selbstbewußtsein, und das heißt für die Nationalität, wurde auch hier wie überall in den Anfängen der Geschichte die Oberschicht, die besitzende und herrschende, denkende und handelnde Aristokratie.

Es gab eine Zeit, wo auch sie zum guten Teil gemeinsam war für Ost und West. Rund vierhundert Jahre lang vereinigte das Reich der Franken Deutschland mit dem heutigen Frankreich. Fränkische Könige hatten das ganze Land von der Elbe und dem Böhmer Wald bis zu den Pyrenäen und dem Ozean unterworfen. Ein Waffenadel germanischen Blutes herrschte hüben wie drüben. Aber dieses Großreich zerfiel, und die in ihm herrschende Aristokratie spaltete sich. Im Osten blieb sie, was sie war, germanisch in Sprache und Sitte, im Westen ward sie von der fremdblütigen Bevölkerung des Landes, den romanisierten Galliern, aufgesogen, und es entstanden die beiden Völker der Deutschen und Franzosen. Wann der

Prozeß der Spaltung in der Reichsaristokratie beendet gewesen, wann der fränkische Adel im Westen aufgehört hat, Fränkisch zu sprechen, ist nicht sicher zu erkennen. Vermutlich war es um 900 n. Chr. Rund tausend Jahre also ist es her, daß die Nationen der Deutschen und Franzosen einander in ihren heutigen Lebensräumen gegenüberstehen.

Ihre Trennung würde zeitlich zusammenfallen mit der endgültigen Auflösung des fränkischen Reiches. Wie nahe liegt uns da der Gedanke, daß es der nationale Gegensatz gewesen sei, der das Reich gesprengt habe! Aber so ist es nicht. Vielmehr läßt sich nachweisen, daß beim Zerfall des Reiches das nationale Moment gar keine Rolle gespielt hat. Man wird vielmehr umgekehrt sagen müssen: die staatliche Trennung hat das meiste dazu beigetragen, daß die fränkische Aristokratie in Ost und West das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und das Bedürfnis der Einheit verlor. Also nicht der nationale Gegensatz von Deutschen und Franzosen hat die Staaten Deutschland und Frankreich entstehen lassen, sondern im Gegenteil, die Absonderung der Königreiche hat die Ausbildung der Nationen möglich gemacht und befördert. Hier ist nicht, wie wir nach modernen Begriffen uns vorstellen möchten, der Staat aus der Nation hervorgegangen, sondern die Nation verdankt ihre Ausprägung dem Staat.

Dafür ist der handgreiflichste Beweis die älteste deutsch-französische Landesgrenze. Sie kümmert sich nicht um die Nationalität der Bevölkerung. In Lothringen und im Hennegau gehört rein französisches Volk zum deutschen Reich — auch der Adel ist dort französisch —, das rein deutsche Flandern ist an Frankreich gefallen. Die Grenzlinie mit ihrem sonderbaren, künstlichen Lauf, nur ausnahmsweise natürlichen Einheiten folgend — man sagt gewöhnlich Schelde und Maas, aber das ist eine sehr grobe Vereinfachung; in Wahrheit läuft sie in unregelmäßigen Bogen und Zacken meist jenseits beider Ströme, oft ziemlich weit westlich —, diese Grenze mit ihrer unnatürlichen Gestalt ist ein beredtes Zeugnis dafür, wie wenig man ursprünglich an eine wirkliche

Trennung in zwei Sonderreiche gedacht hat. Eine Erbteilung, der Vertrag von Verdun (843), war es, dem sie ihre Entstehung verdankte, eine Erbteilung zwischen königlichen Brüdern, die sich vornahmen, das Gesamtreich in brüderlicher Eintracht zu regieren. Aus der ursprünglichen Binnengrenze, man könnte sogar sagen Verwaltungsgrenze, hat erst die Verkettung der Begebenheiten eine Reichs- und Staatsgrenze, Ausland gegen Ausland, werden lassen. Wäre es anders, man hätte gewiß bei ihrer Absteckung auch an die Verteidigungsfähigkeit gedacht, die so, wie die Linie gezogen war, in der Tat alles zu wünschen übrig ließ.

Dennoch hat diese unnatürliche und unzweckmäßige Grenze sich volle dreieinhalb Jahrhunderte gehalten. Von 923, wo wir sie als endgültig anerkannt annehmen müssen, bis 1273, wo die erste kleine Verschiebung eintritt, sind es genau 350 Jahre, also ein längerer Zeitraum, als der uns vom Westfälischen Frieden trennt. Die neuere Geschichte kennt kein zweites Beispiel solcher Beständigkeit in der Abgrenzung staatlicher Lebensräume. Kommt das etwa daher, daß die beiden Reiche, die hier aneinander stießen, so sehr von friedlich-freundschaftlicher Gesinnung erfüllt gewesen wären, daß sie niemals den Wunsch gehegt hätten, ihr Machtgebiet auf Kosten der Nachbarn zu erweitern? Keineswegs. Vom ersten Tage an, da es ein deutsches und ein französisches Reich gibt, stehen sie auch in Gegensatz zueinander, und gerade die Grenze ist es, die den Gegenstand immer neuer Zusammenstöße bildet.

Man könnte glauben ein Jahrtausend zu überspringen, wenn man liest, um was da der Kampf gegangen ist: wie im Jahre 911 ein französischer König seine Herrschaft bis an den Rhein ausgedehnt, der deutsche Heinrich I. (923) ihm die Beute wieder abgenommen hat; wie ein anderer Franzose (940) nochmals die Hand nach dem Rheinland ausstreckt und von Otto dem Großen nur mit Mühe abgewehrt wird; wie ein dritter (978) den deutschen Kaiser in seiner Pfalz zu Aachen mitten im Frieden überrascht, ihn zur eiligen Flucht nötigt und den Reichsadler auf dem Dache des Palastes von Westen

nach Osten kehrt, bis ihn im folgenden Jahr der deutsche Gegenstoß hinter die Mauern von Paris zurücktreibt. Wenige Jahre später hat Frankreich noch einmal nach der Rheingrenze gelangt, als Kaiser Otto II. (983) in Rom gestorben und die Nachfolge seines dreijährigen Sohnes gefährdet war. Damals ist ein Bayernherzog bereit gewesen, das linke Rheinufer preiszugeben, wenn ihm selbst zur Krone verholfen würde. Der Plan scheiterte, und von nun an hatte Deutschland an dieser Stelle für Jahrhunderte Ruhe. Seine Westgrenze blieb die alte künstliche Linie im Gebiet von Schelde und Maas, die im Vertrag von Verdun gezogen war.

Wieder hat man sich davor zu hüten, in jenen ersten Kämpfen um den deutschen Rhein den Ausdruck nationaler Bestrebungen zu sehen. Noch ist das Moment der Nationalität als politischer Beweggrund für Jahrhunderte unentdeckt. Daß das linke Rheinufer rein deutsches Land war, hat die französischen Könige ebensowenig davon abgehalten, es zu begehren, wie die Deutschen daran Anstoß nahmen, daß die geschichtliche Grenze, die sie verteidigten, tief in französischem Sprachgebiet lag. Es war kein Kampf der Völker um ihren Raum, es war ein Erbstreit der Könige um den Besitz ihrer Vorfahren. Darum sehen wir den Streit von selbst erlöschen, als im Jahr 987 das Geschlecht Karls des Großen in Frankreich ausstirbt und mit Hugo Capet ein neues Königshaus den Thron besteigt, das auf die strittigen Provinzen keinen Erbanspruch machen kann.

Seitdem herrscht zwischen Deutschland und Frankreich Friede, der nur einmal fast unterbrochen worden wäre, als Kaiser Heinrich V. im Jahre 1124 zur Unterstützung seines Schwiegervaters von England einen Feldzug gegen Frankreich plante, der aber nicht zur Ausführung kam. Es herrschte Friede, aber keine Freundschaft. Wären die Kräfte der beiden Nachbarn nicht gar so ungleich gewesen, die Dinge hätten wohl ein anderes Gesicht angenommen. So aber — wie konnte das machtlose französische Königtum, wie konnte das in zahlreiche rivalisierende Feudalstaaten zersplitterte Frankreich an einen Kampf mit der deutschen Großmacht denken,

die über die Kräfte Deutschlands und eines großen Teils von Italien verfügte? Der französische König Robert, der Herzog Wilhelm von Aquitanien, denen im Jahr 1024 die Königskrone von Italien angeboten wurde, handelten nur klug, daß sie sich nicht darauf einließen, mit dem deutschen Herrscher in Wettbewerb zu treten. Wo einmal deutsche und französische Ansprüche ernsthaft aufeinander stießen, wie im Jahre 1033, als es sich um die Erbschaft des ausgestorbenen Königshauses von Burgund handelte, da war der Sieg der Deutschen bald entschieden. Der Graf der Champagne, damals der stärkste der französischen Teilfürsten, mußte vor Kaiser Konrad II. das Feld räumen, Burgund wurde ein Teil des deutsch-römischen Imperiums, das gesamte Alpengebiet unter deutschen Einfluß gebracht, die Verbindung mit Italien enger geknüpft und das Fundament der deutschen Hegemonie verstärkt.

Aller Glanz nachhaltiger Kraftentfaltung und blendenden Erfolges fällt in diesen Jahrhunderten, dem zehnten bis zwölften, von Otto dem Großen bis zu Heinrich VI., auf Deutschland und die stolze Reihe seiner Herrscher. Im Halbschatten der Geschichte verschwinden neben ihnen die bescheidenen Gestalten französischer Könige. Aber das Bild hat auch eine andere Seite. Ist von den Königen Frankreichs in der großen Geschichte Europas nichts zu melden, so desto mehr von den Taten der Nation. Ihre Fürsten und Ritter erfüllen die Welt mit dem Lärm ihrer Waffen und dem Schall ihres Ruhmes. Sie helfen die Mauren auf der Iberischen Halbinsel zurückdrängen, sie erobern England, gründen in Unteritalien Fürstentümer, entreißen den Türken Syrien und Palästina, errichten hier und auf Zypern Königreiche und setzen schließlich einen der Ihren, den Grafen von Flandern, für zwei Menschenalter auf den Thron der griechischen Kaiser. Die Kreuzzüge, diese größte Unternehmung der mittleren Jahrhunderte, sind in der Hauptsache mit französischen Kräften ausgeführt, und die Generationen zwischen 1050 und 1200 sind Zeugen gewesen einer Ausbreitung französischen Wesens in Ost und West, in Nord und Süd, mit der die deutsche Herrschaft in

Italien nach Umfang und Tragweite sich nicht vergleichen läßt.

Hat man die Größe dieser Leistung ermessen, so versteht man auch die hohe Selbsteinschätzung, die der Franzose von damals gegen andere Völker, besonders aber gegen die Deutschen zur Schau trägt. Schon jener nicht zustande gekommene Feldzug Kaiser Heinrichs V. im Jahre 1124 gibt einem zeitgenössischen Geschichtschreiber Gelegenheit, mit größter Geringschätzung über die Deutschen sich zu äußern: als ob es genügt hätte, daß der Franzose die Kräfte seines Reiches versammelte, damit der deutsche Kaiser schleunigst den schimpflichen Rückzug antrat. Als auf dem zweiten Kreuzzug (1148) Deutsche und Franzosen Schulter an Schulter im Heiligen Lande fochten, verspotteten die Welschen die abweichende Taktik ihrer Nachbarn verächtlich als mangelnden Angriffsgeist. Zwischen den beiden Völkern besteht offenbar keine Sympathie. Ein Bericht vom ersten Kreuzzug spricht von einer *quasi naturalis invidia*, einer fast angeborenen Abneigung, die zwischen ihnen herrsche und die der Führer, Gottfried von Bouillon, nur durch viel Diplomatie mühsam habe ausgleichen können. Französische Dichter nehmen kein Blatt vor den Mund, wo sie auf die Deutschen zu sprechen kommen, sie machen auch von der Freiheit poetischer Übertreibung reichlichen Gebrauch. Da soll ein deutscher Kaiser seinen Hof aus Franzosen gebildet haben, weil die Deutschen dazu nicht taugten, ein anderer deutscher König eine französische Leibwache geworben haben, weil seine einheimischen Schuster unzuverlässig und von gemeinem Charakter seien. Frankreich ist nun einmal das Land aller militärischen Tugenden wie aller feinen Sitte, die Deutschen sind plump, roh, bäuerisch, und auf den Krieg, seine planmäßige Vorbereitung wie die Führung der Operationen, verstehen sie sich in ihrer altmodischen Schwerfälligkeit ebenso schlecht wie auf die Handhabung ritterlicher Waffen. In dieser Einbildung gefallen sich die Franzosen.

Die Deutschen selbst haben die Überlegenheit ihrer Nachbarn anerkannt, indem sie von ihnen zu lernen suchten, was

da zu lernen war. Und dessen gab es nicht wenig. Nicht nur im Militärischen. Es hat nicht einmal den Anfang gemacht. Erst seit der Mitte des 12. Jahrhunderts kann man sicher sein, daß die französische Bewaffnung und Taktik auch in Deutschland durchdringt. Seitdem ist der Ritter mit seiner Rüstung und Kampfesweise, seinen Kampfübungen, dem Turnier, Tjost und Buhurd, seinem Ehrenkodex und seinen sozialen Anschauungen und Vorurteilen auf deutschem Boden heimisch. Das hat die weitesttragenden Folgen. Die vornehme Gesellschaft ahmt den französischen Lebensstil nach, sie huldigt französischem Geschmack, das „Höfische" wird im Deutschen der Inbegriff guter Erziehung und Lebensart — eine Übertragung der französischen *courtoisie*. Vorausgegangen war der Geschmack an französischer Literatur. Es war schon zwischen 1120 und 1130, daß man in Deutschland anfing, das Neueste vom Neuen französischer Poesie sich anzueignen, als bald nacheinander die französischen Dichtungen von Alexander dem Großen und Roland ins Deutsche übertragen wurden. Seitdem wurden immer neue Reiser welscher Dichtung und Sage auf deutschen Boden verpflanzt. Troja und Alexander, Karl und Roland, Lanzelot und Parzival, Tristan und Artus und wie sie heißen mögen, Gestalten, die unter französischem Himmel aus dichterischer Phantasie geboren waren, erhielten deutsches Gewand und wurden Lesestoff der vornehmen Welt, wie in neueren Zeiten Pariser Romane und Lustspiele. Nicht anders erging es der Lyrik. Was wir deutschen Minnesang nennen, ist in Stoff und Form, in Gedanken, Stimmung, Motiven ebenso wie in Vers und Strophe Nachahmung französischer Troubadourpoesie. Daß die Schüler ihre Lehrer mitunter übertroffen haben, ist unbestreitbar. Gottfrieds Tristan ist auch nach französischem Urteil die schönste unter allen Gestaltungen, die dieser Stoff erfahren hat, und Wolframs Parzival steht zum mindesten hoch über dem gleichnamigen Gedichte Chrestiens von Troyes. Aber solche Meisterstücke ändern nichts an der Tatsache, daß die Gattung selbst, die höfische Literatur des deutschen Mittelalters, Epos wie Lyrik, aus Frankreich stammt.

Damit ist der geistige Einfluß Frankreichs noch lange nicht erschöpft. Auch ihre höhere wissenschaftliche Bildung haben mehrere Generationen von Deutschen sich aus Frankreich geholt. Schon im 11. Jahrhundert lockte der Ruhm französischer Hochschulen Studierende aus Deutschland herbei, und mit jedem Menschenalter wuchs der Zustrom. Zu Barbarossas Zeiten hat der vornehme deutsche Klerus, was er an Wissenschaft besaß, zumeist in Frankreich erworben, wie wir es von zweien der hervorragendsten Mitglieder des Kaiserhofes wissen, dem Reichskanzler Reinald von Dassel und dem amtlichen Geschichtschreiber des Kaisers, Bischof Otto von Freising, die beide in Paris studiert hatten. Eigene Hochschulen besaß Deutschland damals ja noch nicht, und die Studienanstalten der Bettelmönche, die im folgenden Jahrhundert entstanden, boten nur schwachen Ersatz. Von dem Einfluß der französischen Baukunst zu reden, ist überflüssig: jeder weiß, daß die Muster der Dome von Köln, Straßburg, Freiburg, Ulm usw. in Frankreich stehen. Weniger bekannt ist, daß auch die Schriftform damals aus dem Westen entlehnt wurde. Die Buchstaben, die wir heute die deutschen nennen, sind im 12. Jahrhundert in Frankreich geformt und dann von Deutschland übernommen worden. Auf allen Gebieten, man sieht es, ist damals das deutsche Volk in die französische Schule gegangen, und daß dies zu seinem Schaden gewesen sei, hat noch niemand behauptet.

Aber so friedlich und fruchtbar die deutsch-französischen Beziehungen in diesen Jahrhunderten aussehen, dennoch bleibt die Tatsache, daß gerade damals Deutschland in großem, weltgeschichtlichem Kampfe von französischen Kräften überwunden worden ist.

Jedermann weiß, daß es die Gegnerschaft der römischen Kirche war, an der das Streben der deutschen Kaiser scheiterte, die das Reich spaltete und seinem Königtum den Todesstoß versetzte. Was man meist nicht beachtet, ist, daß Papsttum und Kirche seit der Mitte des 11. Jahrhunderts eine Schöpfung französischen Geistes waren. Aus Frankreich kamen die klerikalen Ideen, die dieser Zeit den Stempel gaben,

kam die mönchische Askese, der Ruf nach Freiheit der Kirche und Herrschaft der Kirche über die Welt. Aus Frankreich kamen zum größeren Teil die Männer, die diesen Gedanken zum Siege verhalfen. Vier Päpste im Zeitalter des Investiturstreits waren Franzosen, Franzosen füllten den römischen Hof, französische Mönche umgaben Gregor VII. und dienten ihm als eifrigste und erfolgreichste Werkzeuge seiner Pläne. Auf französischem Boden fanden auch später die Päpste immer wieder Zuflucht und Schutz, wenn die Macht der deutschen Kaiser sie aus Rom zu weichen zwang. Getragen von der stürmischen Zustimmung und — nicht zu vergessen — vom Gelde des französischen Klerus konnten Alexander III. und Innozenz IV. ihre jahrelangen Kriege gegen Barbarossa und Friedrich II. führen. Es war darum auch nur folgerichtig, wenn schließlich französische Ritter unter einem französischen Prinzen, Karl von Anjou, im Dienste eines französischen Papstes in der Schlacht bei Benevent der Größe des schwäbischen Kaiserhauses ein Ende machten und ein französischer König von Neapel Konradin hinrichten ließ. Der französische Staat hatte keinen Finger gerührt, und doch hatte Frankreich über Deutschland gesiegt.

Inzwischen hatte dieser Staat sein Aussehen gründlich verändert. In denselben Jahren, da in Deutschland die Macht des Königtums im Streit zwischen Staufern und Welfen aufgerieben wurde, glückte es in Frankreich Philipp II., die Krone zur Herrin über die Fürsten zu machen und die Einheit des nationalen Staates zu begründen. Selten ist die Symbolik der Ereignisse so beredt wie hier: die Schlacht, in der der Sieg des französischen Königtums entschieden wurde, bei Bouvines am 27. Juli 1214, wurde ausgefochten zwischen einem königlich französischen und einem niederländisch-deutschen Heer, das der deutsche Kaiser Otto IV. als Bundesgenosse seines Oheims von England führte. Der Kaiser wurde völlig geschlagen — es war das erstemal, daß Deutsche gegen Franzosen unterlagen —, der kaiserliche Adler selbst fiel in die Hand des Siegers.

Von diesem Tage an sind die Rollen der beiden Länder ver-

tauscht: Deutschland nimmt den Platz ein, der bisher Frankreich gehörte. Uneinig und zerrissen, keiner einheitlichen Kraftentfaltung fähig, dankt es für Jahrhunderte als Großmacht ab, während das französische Königtum in neuer Größe, von Stufe zu Stufe emporsteigend, nunmehr die führende Macht Europas wird. Kaum hundert Jahre sind verflossen, da hat es unter Philipp IV., dem Schönen, einen Gipfel erreicht, der alles überragt. Von einem zahlreichen und geschickten Beamtentum gut bedient, hält das Königshaus sein eigenes Reich in sicherer Hand. Eine Nebenlinie sitzt auf dem Thron von Neapel, eine andere regiert in Ungarn. Der König von England ist Vassall der Franzosen, und der Papst, selbst Franzose, umgeben von französischen Kardinälen und einem französischen Hofstaat, ist gezwungen worden, seinen Sitz nördlich der Alpen in französischem Machtbereich zu nehmen, ein Werkzeug französischer Politik.

Französischem Ehrgeiz hat auch das nicht genügt; man will weiter, höher! Herrscher des Abendlands soll der König werden, die Kaiserkrone erwerben, den Papst zur Abtretung des Kirchenstaats bewegen, von Rom aus alle Fürsten Europas zur Unterordnung nötigen, um als Führer und Herr der katholischen Völkerwelt das griechische Reich und die heiligen Stätten zurückzuerobern und allem Krieg für immer ein Ende zu machen. Ein Völkerbund unter französischer Herrschaft, alle christlichen Nationen umfassend, den ewigen Frieden verbürgend, ist das Ideal, dessen Verwirklichung französische Patrioten von ihrem König erwarten, für das die Zeiten reif geworden scheinen. Ein Staatsanwalt in der Normandie, Peter Dubois, hat Pläne dieser Art in langen Denkschriften vor König Philipp dem Schönen ausgebreitet, und wenn er auch in dilettantischer Ungeduld über das Ziel hinausschoß, das die Staatsmänner sich gesteckt hatten, die Richtung hatte er doch getroffen. Nicht weniger als viermal in den drei Menschenaltern seit dem Untergang der Staufer haben französische Könige für sich oder für einen Prinzen ihres Hauses nach der Kaiserkrone gegriffen, und es erscheint fast verwunderlich, daß der Griff niemals glückte. Die äußere

Würde sollte die tatsächliche Macht, die man schon besaß, mit dem formalen Recht umkleiden und dadurch befestigen, und wenn jemals, so befand sich dieses Streben der Dynastie nach der Kaiserkrone in vollem Einklang mit den Wünschen der Nation.

Immer, auch in den Zeiten, als ihr König nichts bedeutete, hatten die Franzosen den Glauben festgehalten, daß ihnen die Führung, ja die Herrschaft in Europa gebühre. Das sollte ihr gutes Recht, ein unverjährbares historisches Recht sein, denn sie seien ja die Nachkommen der Franken, ihre Könige die Erben Karls des Großen. An ihn ist die Erinnerung in Frankreich nie erloschen, Chronisten und Dichter haben sein Bild frisch erhalten, und seine Gestalt ist unter ihren Händen zu sagenhaften Maßen gewachsen, Ideal und Vorbild des französischen Herrschers, er, der große nationale König der Franzosen. Und war er das — der Widerspruch der Deutschen, daß Karl ein Deutscher gewesen sei, wurde nicht beachtet, schwerlich begriffen —, war dann nicht das Kaisertum und die Herrschaft über das Abendland ein Erbteil der französischen Nation? Im Jahre 1323 hat ein Magister der Pariser Universität sich öffentlich bereit erklärt, den wissenschaftlichen Nachweis zu führen, daß Frankreich und sein König ein Recht auf Weltherrschaft hätten. Auch die Könige dachten längst nicht anders. Von Philipp II. schon wußte man, daß er stolz darauf war, Erbe und Nachfolger des großen Kaisers zu sein, und daß er in träumenden Gedanken die Frage erwog, ob wohl er selbst oder vielleicht einer seiner Nachkommen dereinst durch Gottes Gnade die Stellung Karls einnehmen werde. Seitdem leben Frankreich und seine Könige in der Erinnerung an ihren großen Vorfahren, sein Name und sein Reich sind das uneingestandene, aber im stillen festgehaltene Programm der französischen Zukunft.

Es richtet seine Spitze zunächst gegen Deutschland am wenigsten. Gemessen an damaligen Maßstäben, hat dieses Land den Franzosen nicht viel zu bieten. Von Bedeutung ist es nur durch das Recht, den Kaiser zu wählen, und den Kurfürsten die Kaiserwahl abzukaufen, hat man denn auch wie-

derholt versucht — immer ohne Erfolg. Im übrigen schaut die französische Staatskunst nach andern Richtungen aus: Italien, die Lombardei, Rom locken aus der Ferne, nächste Aufgabe ist die geographische Abrundung des eigenen Staates. Dabei ist von einem Nebenland der deutschen Krone, dem alten Königreich Burgund, viel verloren gegangen: das Rhonetal von Lyon bis zum Meere, die Franche-Comté sind um 1300 schon französisch, das Dauphiné wird es ein halbes Jahrhundert später. Das eigentlich deutsche Reich hat nur geringe Einbuße erlitten, und auch das nur an seinen nichtdeutschen Grenzgebieten. Einige lothringische Herren sind gezwungen worden, dem französischen König zu huldigen, die Bischöfe von Toul und Verdun treten unter seinen Schutz — bei Toul geschah es mit Zustimmung König Rudolfs I., der fand, dieser Ort liege ihm zu weit entfernt. Mehr als Grenzberichtigungen sind das nicht, eigentliche Eroberungspläne auf Kosten Deutschlands liegen dieser Zeit noch fern. Ganz vereinzelt taucht im Jahre 1301 ein unbestimmtes Gerücht auf, König Albrecht I. und Philipp der Schöne seien übereingekommen, daß in Zukunft der Rhein die Grenze ihrer Länder sein solle. Das Gerücht war falsch, merkwürdig ist nur, daß es aufkommen konnte. Es verrät, in welcher Richtung die Wünsche mancher Volkskreise sich bewegten, die Politik des Staates wußte davon noch nichts.

Die wahren Ziele französischer Machtentfaltung liegen nicht an der Ostgrenze, sie liegen im Süden und im Norden. Dem englischen König seine letzten Besitzungen in Guienne und Gascogne abzunehmen, die Grafschaft Flandern dem Krongut einzuverleiben, darum handelt es sich, und daraus entsteht der große Krieg mit England, den man den Hundertjährigen nennt. Deutschland hat an ihm so gut wie gar nicht teilgenommen. Die Bundesgenossen, die Frankreich sowohl wie England unter den deutschen Fürsten warben und bezahlten, hielten einander gegenseitig im Schach. Einmal nur ist es zu tätigem Eingreifen gekommen, als im Jahre 1340 Kaiser Ludwig der Bayer ein kleines Heer zur Unterstützung der Engländer nach Flandern schickte. Der Feldzug miß-

lang, und das Experiment wurde nicht wiederholt. Im ferneren Verlauf des Krieges blieb Deutschland neutral; so gehört er denn auch nicht in das Kapitel von den deutsch-französischen Beziehungen. Nur eine Episode aus ihm ist merkwürdig.

Es war im Jahr 1444, die Engländer waren geschlagen und erschöpft und hatten Waffenstillstand geschlossen, die französische Armee war unbeschäftigt. Um sie nicht entlassen zu müssen, führte König Karl VII. sie nach Lothringen und ins Elsaß, ließ sie einen Handstreich auf Basel unternehmen, der fehlschlug, blieb aber den Winter über im Lande und erließ ein Manifest, in dem er Unterwerfung forderte: er habe sich aufgemacht, die verloren gegangenen Rechte seiner Krone wieder zur Geltung zu bringen. Von anderer Seite erfahren wir, daß die Absicht bestand, die Grenze Frankreichs bis an den Oberrhein vorzuschieben. Der Versuch mißlang, weil das Land die Unterwerfung verweigerte — nur Toul und Verdun erneuerten das frühere Schutzverhältnis, Metz und Straßburg lehnten ab — und weil das deutsche Reich Miene machte, den Krieg zu eröffnen, den man denn doch scheute. Aber was hat sich bei dieser Gelegenheit offenbart? In Frankreich ist man nach wie vor überzeugt von den unverjährbaren Rechtsansprüchen aus fränkischer Zeit, von dem Recht auf das Erbe Karls des Großen. Die Prüfungen des Hundertjährigen Krieges, die Niederlagen von Crécy, Poitiers und Azincourt und was auf sie folgte, haben den Glauben an sich selbst weder bei der Dynastie noch bei der Nation erschüttern können. Vor allem nicht bei der Nation. Dem Manifest Karls VII. stehen Äußerungen von Schriftstellern zur Seite; sie verweisen auf Karl den Großen, dessen Heimat und Erbland das Königreich Austrasien, Metz und Lothringen, dessen Hauptsitze Trier, Köln, Mainz und Straßburg gewesen seien. Der Vorstoß des Königs war kein militärisches Abenteuer, er war ein mißlungener Versuch, alte, stets festgehaltene und volkstümliche Ansprüche zu erfüllen.

Der Hundertjährige Krieg hatte Frankreich zweimal an den Rand des Abgrunds gebracht. Er hatte das Land zugrunde

gerichtet, und sein Ausgang war ein zweifelhafter Erfolg. Als er im Jahre 1453 erlosch, erinnerte allerdings nur noch der Brückenkopf Calais daran, daß einmal ein großes Stück des Königreichs in englischem Besitz gewesen war. Flandern aber war nicht erobert, vielmehr hatte von dort aus eine jüngere Linie des Königshauses, die Herzöge von Burgund, durch Heirat, Erbschleicherei und Eroberung ein eigenes Reich sich geschaffen. Aus deutschen und französischen Fürstentümern zusammengesetzt, beanspruchte es, nach beiden Seiten unabhängig dazustehen, und vermochte das auch. Von der Somme bis nach Friesland und von der Nordsee bis in den Schweizer Jura und an die Côte d'Or dehnte sich die neue Großmacht, die Frankreich und Deutschland in gleicher Weise bedrohte. Karl der Kühne ist offen darauf ausgegangen, auf der einen Seite die französische Staatseinheit zu zertrümmern, auf der andern seine Grenzen bis an den Rhein und die Alpen vorzuschieben. Man sollte erwarten, daß Deutschland und Frankreich sich zusammenfinden würden, um diese gefährliche Neubildung zu vernichten. Aber das ist nicht geschehen. Nur einmal, im Jahre 1475, hat sich vorübergehend eine deutsch-französische Allianz gebildet, als Karl die Hand nach dem Erzstift Köln ausstreckte. Aber sie kam militärisch nicht zur Wirkung und löste sich bald. Nicht durch gemeinsame deutsch-französische Kraftanstrengung, sondern durch den kühnen Widerstand örtlicher Gegner am Oberrhein im Bunde mit den Schweizern fand Karl seinen Untergang.

Der letzte Grund hierfür war, daß der deutsche Kaiser, der Habsburger Friedrich III., den Herzog zu beerben hoffte. Und das ist ihm geglückt. Schon bei Lebzeiten Karls hatten Verhandlungen gespielt über die Verheiratung seiner einzigen Tochter Maria mit dem Kaisersohn, Erzherzog Maximilian. Als Karl auf dem Schlachtfeld von Nancy am 5. Januar 1477 den Tod gefunden hatte, kam die Heirat bald zustande. An die Stelle der burgundischen Dynastie trat jetzt das Haus Österreich, die Erben Karls des Kühnen wurden Maximilians Sohn, Philipp der Schöne, und nach dessen frühem Tode (1506) sein Sohn Karl, der spätere Kaiser Karl V.

Ein Ereignis von weltgeschichtlicher Tragweite, diese burgundisch-österreichische Heirat. Am Ende des 17. Jahrhunderts hat man es gewußt und ausgesprochen, daß alle Kriege, von denen Europa seit mehr als zweihundert Jahren wie ein Kranker vom Wechselfieber geschüttelt wurde, dort ihren Anfang genommen hatten. Wir aber dürfen weiter gehen: in ununterbrochener Verkettung von Ursachen und Wirkungen erstrecken ihre Folgen sich bis auf den heutigen Tag, und noch ist das Ende nicht abzusehen. Das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland hat sich seitdem nach und nach gründlich verändert, der Same der deutsch-französischen Erbfeindschaft ist im Jahre 1477 gestreut worden.

Auf die Erbschaft Karls des Kühnen stürzten sich Frankreich und Österreich zugleich und kämpften jahrelang um sie mit wechselnden Erfolgen. Die Teilung, die sich dabei ergab — Pikardie und Bourgogne für Frankreich, alles übrige für Österreich —, befriedigte keine Partei. Frankreich wollte den Verlust von Flandern und Artois, alten französischen Kronlehen, so wenig verschmerzen, wie Österreich die Hoffnung aufgab, dereinst auch die ihm entgangenen Stücke noch zu gewinnen. Der Gegensatz verschärfte sich, er ergriff die gesamte europäische Staatenfamilie, als Österreich durch die Heirat Philipps des Schönen mit der Infantin Juana die Kronen von Kastilien und Aragon, Neapel und Sizilien erwarb. Denn nun gesellte sich zu der einen Reibungsfläche im Norden eine zweite in Italien, wo Frankreich soeben die Eroberung begonnen hatte und dabei auf den Widerstand und die gleiche Absicht Spaniens gestoßen war. Auch hier versprach eine vorläufige Teilung — Frankreich der Norden, Spanien der Süden — keine Dauer. Dabei befand sich Frankreich unverkennbar in der ungünstigeren Lage. Vom Gegner auf zwei Fronten zugleich, an der nördlichen und an der südlichen Grenze, bedroht und umklammert, mußte es für seine Unabhängigkeit, seine ganze Zukunft fürchten, wenn die spanisch-burgundisch-österreichische Macht noch weiter wuchs. Die fortgesetzten französischen Angriffsstöße entsprangen darum schon mehr dem Bedürfnis der Abwehr als dem Wunsch nach Ausdehnung.

Das deutsche Reich konnte in diesem Zweikampf den Ausschlag geben. Es war ja von Anfang an nicht ganz unbeteiligt. Österreich war ein deutsches Fürstenhaus, es trug seit zwei Menschenaltern die Kaiserkrone. Wenn das Reich für die Ansprüche seines Kaiserhauses entschlossen eintrat, war der Kampf entschieden, und er ist schließlich dadurch entschieden worden — zugunsten Österreichs. Mit deutschen Truppen hat Karl V. gesiegt, hat er 1525 bei Pavia den französischen König gefangengenommen, deutsche Landsknechte haben zwei Jahre später, als der Papst der Bundesgenosse Frankreichs geworden war, Rom erstürmt, und mit der gewaltigen Übermacht eines deutschen Reichsheeres hat der Kaiser 1544 den Feldzug ins Herz Frankreichs geführt, der den Gegner ein letztes Mal zu Frieden und Verzicht nötigte. Die Niederlande und Italien blieben damit für Frankreich verloren, und die Umklammerung durch die spanisch-burgundisch-österreichische Weltmacht dauerte fort.

In Frankreich hat man von Anfang an gewußt, von wo die Entscheidung kommen müsse, und hat sich darum bemüht, das Eingreifen des deutschen Reiches zu verhindern. Schon durch seine Masse stellte es ja einen gewaltigen Machtfaktor dar, den man fürchtete, mehr als er verdiente, ganz wie in jüngster Vergangenheit der russische Koloß gefürchtet und überschätzt worden ist. Dieser Empfindung gab der französische Staatsmann und Geschichtschreiber Philipp de Commines am Ende des 15. Jahrhunderts Ausdruck, als er schrieb: *„L'Allemagne est chose si grande et si puissante qu'il est presque incroyable"* — so groß und stark ist Deutschland, daß es fast nicht zu glauben ist. In Deutschland selbst hat man wenig Lust bezeigt, sich in den französisch-österreichischen Streit zu mischen. Es war nicht nur Gleichgültigkeit gegen allgemeine Reichsangelegenheiten, was die Mehrheit der deutschen Stände jahrzehntelang abhielt, Maximilians kriegerische Pläne zu unterstützen; es war ein richtiges Gefühl dafür, daß unmittelbar deutsche Interessen nicht im Spiele waren und der Sieg Österreichs Deutschland keinen Nutzen bringen würde. Was konnte Deutschland dabei ge-

winnen, wenn das schon ganz kosmopolitisch gewordene, seiner Stammesheimat entfremdete Haus Österreich seine Hegemonie in Europa befestigte? Die Überlieferungen des altdeutschen Kaisertums, mit denen Maximilian die Stände des Reiches zu locken suchte, waren seit fast drei Jahrhunderten keine Wirklichkeit mehr, und ein Bedürfnis, Friedrich den Rotbart in seinem Kyffhäuserschlaf zu stören, wurde nur in den unpolitischen Kreisen der Dichter und Gelehrten empfunden, wo man sich an romantischen Erinnerungsphantasien erbaute und mit Eifersucht das erneute Emporsteigen Frankreichs zur führenden Macht beobachtete. Ein reales deutsches Interesse, das wußten die Politiker, war nicht gegeben.

Der Ausgang des Kampfes hat diese Auffassung voll bestätigt. Karl V. hat Deutschland, anders als seinem Großvater, immer wieder seine Kräfte geliehen. Und als er die Rechnung seines Lebens abschloß, was hatte Deutschland gewonnen? Nichts. Wohl aber hatte es empfindliche Verluste zu buchen. Die deutschen Niederlande nebst dem früher französischen Flandern und Artois waren zwar für Österreich behauptet, aber mit der Krone Spanien verbunden und dadurch erst für Deutschland endgültig verloren, und in Italien, im alten Reichsherzogtum Mailand, gebot ebenfalls der König von Spanien. Deutschland selbst aber war an Spanien gefesselt durch das gemeinsame Herrscherhaus Österreich, dessen deutscher Zweig sich als spanische Sekundogenitur fühlte und eben durch den Rückhalt an Spanien sich dauernd im Besitz der Kaiserwürde behauptete.

So hätte es nicht zu kommen brauchen, und so wäre es nicht gekommen, hätte die französische Politik ihr Spiel mit mehr Überlegung und Geschick gespielt. Die Entscheidung fiel im Jahre 1519, als Maximilian I. gestorben war und es sich um die Wahl seines Nachfolgers handelte. Am französischen Hofe sah man die Gefahr, die heraufzog, wenn Karl von Spanien, der Urenkel Karls des Kühnen und Erbe seiner Macht und seines Ehrgeizes, deutscher Kaiser wurde. Man glaubte ihr am erfolgreichsten zu begegnen, indem man die Wahl des

eigenen Königs bewirkte und damit zugleich die alten Träume von dem Erbe Karls des Großen in Erfüllung gehen ließ. Es war der größte Fehler, den man machen konnte. Man rechnete nicht mit der Besorgnis der deutschen Fürsten, daß durch die Erhebung des Franzosen der Krieg zwischen Österreich und Frankreich nach Deutschland selbst verpflanzt werden müßte; man rechnete ebensowenig mit ihrer Furcht vor der Macht und den souveränen Herrschergewohnheiten der französischen Krone; und man rechnete wohl am wenigsten mit der feindseligen Stimmung, die nicht erst damals in Deutschland erwacht war. Niemals war im deutschen Volk die *quasi naturalis invidia* aus der Kreuzzugszeit ganz erloschen, bei jeder Gelegenheit war sie wach geworden. Als Rudolf I. im Jahre 1289 einen Feldzug gegen den französischen Landesherrn der Franche-Comté unternahm, fand sein Ruf sofort lauten Widerhall, als gälte es, wie der Chronist von Straßburg sagt, für das Reich gegen ganz Frankreich zu fechten, um die Ehre und den guten Namen von ganz Deutschland wiederherzustellen. Zu hellen Flammen war diese Stimmung in den Tagen Karls des Kühnen aufgelodert. In Karl hatte man den Franzosen — wofür er selbst sich nicht hielt — und in seinem Umsichgreifen die schwerste Gefahr für die deutsche Nation gesehen. Als er gefallen war, jubelte sogar im fernen schweizerischen Bern der Chronist Diebold Schilling, daß nun deutsche Ehre und Freiheit gerettet seien „vor dem grimmen Joch der welschen Zungen, die von angeborner Natur allen Deutschen feind und widerwärtig ist". Seitdem hatte der Kelch stets gärender Leidenschaft einen neuen bitteren Tropfen aufgenommen. Die junge humanistische Wissenschaft hatte die deutsche Geschichte entdeckt, das glänzende Bild einer deutschen Vorzeit, das man vergessen hatte, war wieder lebendig geworden, und wenn die Gegenwart so ganz anders aussah, wem sonst war das zuzuschreiben als den Franzosen, die den Deutschen die Ehre streitig machten, das erste Volk der Christenheit zu sein?

Empfindungen und Gedanken dieser Art müssen damals tief ins Volk gedrungen sein. Sie kamen zum Vorschein, als

im Juni 1519 die Kurfürsten in Frankfurt zusammentraten. Der päpstliche Nuntius, der den Gang der Kaiserwahl beobachten und nach Kräften zugunsten Frankreichs lenken sollte, berichtete schließlich, der Franzose sei unmöglich, die Volksstimmung würde seine Wahl nicht dulden, und die Kurfürsten, die ihn etwa wählten, würden nicht mit dem Leben davonkommen. Der Mann hat ohne Zweifel recht gesehen. Mochten die Fürsten mit ihren Kanzlern und Räten schwanken und französischen Werbungen und Versprechungen ein halbes Ohr leihen, Deutschland, das deutsche Volk wollte keinen französischen Kaiser.

Das alles übersah die Selbstgefälligkeit König Franz' I. und seiner Staatsmänner, und so bewirkten sie das Gegenteil dessen, was sie erstrebten. Ihre Politik, überdies schlecht durchgeführt, half Karl von Spanien vollends in den Sattel.

Es ist kein später Treppenwitz, wenn wir dies feststellen. Schon Zeitgenossen haben es gewußt, sie haben auch gewußt, wie es besser zu machen war. Der nüchterne Menschenverstand der Schweizer hatte den Deutschen geraten, sich keiner Partei zu verschreiben, sondern einen neutralen deutschen Fürsten zu wählen. Von Rom her, wo der kluge Mediceer Leo X. mit Besorgnis die Partie verfolgte, war an die Adresse Frankreichs von Anfang an der richtige Rat gelangt: auf die eigene Wahl zu verzichten, dafür aber mit allem Nachdruck für die Wahl eines Dritten, eines rein deutschen Fürsten zu arbeiten. Wir dürfen den Rat ergänzen: Frankreich mußte eine schlagfertige Armee an der Grenze aufstellen und keinen Zweifel darüber lassen, daß die Wahl Karls mit der Kriegserklärung an das Reich beantwortet werden würde. Da hätten die Kurfürsten wohl schon aus Furcht den richtigen Entschluß gefunden und auch Friedrich der Weise die Wahl nicht abgelehnt. Französische Überheblichkeit, nicht zum wenigsten auch der dynastische Ehrgeiz und die fürstliche Eitelkeit König Franzens, der es sich zu schön dachte, Kaiser zu sein, verwarfen den richtigen Plan, solange es Zeit war, und die Partie ging verloren.

Vielleicht wäre der Fehler noch gutzumachen gewesen,

wenn man es verstanden hätte, zwischen Frankreich und der Opposition in Deutschland rechtzeitig ein enges Einverständnis und entschlossenes Zusammenwirken zum Sturze Karls herbeizuführen. Aber dazu kam es erst sehr spät, und wohl durch die Schuld beider Teile. Die deutsche Opposition war seit 1529, seit dem Protestationsreichstag von Speyer, hauptsächlich die Partei der protestierenden Stände, die sich 1531 zum Schmalkaldischen Bunde zusammenschlossen. An ihrem kirchlichen Bekenntnis nahm man im katholischen Frankreich Anstoß, und noch hemmender wirkten im Lager der deutschen Protestanten die Gewissensbedenken gegen eine Handlungsweise, die man doch nicht anders nennen konnte als Empörung und Verrat. So kam das Bündnis, das beiden Teilen so nahe zu liegen schien, über zwanzig Jahre lang nicht zustande. Erst als Karl V. über die Schmalkaldener gesiegt hatte, ihre Häupter gefangen und zum Tode verurteilt waren und die spanische Herrschaft sich überall im Reiche fühlbar machte, erst da fanden sich die natürlichen Bundesgenossen. Am 15. Januar 1552 wurde im Schlosse zu Chambord der Vertrag unterzeichnet, in dem sechs deutsche Fürsten, an der Spitze Kurfürst Moritz von Sachsen, sich die französische Unterstützung für ihre Schilderhebung gegen den Kaiser sicherten und dafür ihre Zustimmung dazu gaben, daß der französische König sich der Städte Toul, Verdun und Metz bemächtigte. So geschah es. Nur mit Mühe entging der überraschte Kaiser der Gefangennahme durch die Truppen des Sachsen, Toul und Verdun verwandelten ihr altes Schutzverhältnis in Unterwerfung unter Frankreich, Metz aber, das sich zu wehren suchte, wurde mehr durch Verrat und Täuschung von den Franzosen überrumpelt, als mit den Waffen erobert.

Es hat damals vielleicht nur am raschen Zugreifen auf französischer Seite gefehlt, so wäre noch mehr geschehen. Geplant war nichts Geringeres als die Wegnahme von Straßburg. Schon war das Heer des Königs über Zabern ins Elsaß eingerückt, aber die entschlossenen Anstalten, die die Stadt zu ihrer Verteidigung machte, vielleicht auch die Aussicht,

das ganze Reich geeint sich gegenüber zu sehen, wirkten ernüchternd. Der Plan wurde aufgegeben. In Frankreich erfuhr der Verzicht scharfe Kritik. Man wollte wissen, daß auch der sonst allmächtige Kronfeldherr Montmorency für weiteres Vorgehen gewesen, aber durch persönliche Gegner gehindert worden sei. Wie dem auch sein mag, die Ähnlichkeit mit der Episode von 1444 ist handgreiflich, und so waren auch die treibenden Gedanken wie die Ziele die alten: das Erbe Karls des Großen.

Diese Vorstellung hatte neue Nahrung erhalten, seit die Entdeckung der antiken Literatur auch Cäsars „Gallischen Krieg“ und die „Geographie“ des Strabo wieder bekannt gemacht hatte. Dort las man, daß der Rhein die Grenze Galliens sei; was aber war Gallien anderes als Frankreich? Ein natürliches Recht also auf die Rheingrenze war den Franzosen schon von den Alten zugesprochen worden, und man muß wissen, wie schwer damals jedes Wort eines klassischen Schriftstellers wog, um zu ermessen, was das zu bedeuten hatte. Da kann man sich auch vorstellen, wie es auf französische Leser wirken mußte, wenn sie bei Strabo lasen, ein Schutzgott scheine die Gebirgsketten aufgeworfen, die Meere angenähert und den Lauf der Flüsse gelenkt zu haben, um eines Tages aus Gallien den blühendsten Ort der Erde zu machen. Die Frage der Rheingrenze war damit aufgeworfen, sie war zum Programm, ja zum Dogma der Gebildeten erhoben, und schon zu Anfang des 16. Jahrhunderts hat sie den Gegenstand wissenschaftlicher Polemik zwischen Deutschen und Franzosen gebildet. Die französischen Staatsmänner aber haben offenbar gezögert, diese Forderung sich anzueignen, sie haben ihr wenigstens keine zwingende Bedeutung zuerkannt. Man hätte sich sonst nicht so leicht mit Metz begnügt.

Es hätte der Auftakt zu einem planmäßigen Vordringen nach Osten sein können. Durch seine geographische Lage bildet Metz den natürlichen Ausgangspunkt dazu, damals wie heute führten von dort die Wege ohne ernstes Hindernis nach Trier, Koblenz und Mainz. Aber die Neigung fehlte

noch, und nicht lange dauerte es, so geriet Frankreich in den blutigen Strudel des religiösen Bürgerkriegs, in dem noch einmal, wie vor zweihundert und vor hundertfünfzig Jahren im Kriege gegen England, so jetzt im Kampf mit Spanien, seine Einheit und Unabhängigkeit unterzugehen drohte.

Deutschland hat daran geradesowenig Anteil genommen wie am Hundertjährigen Kriege. Daß ein Teil der deutschen Protestanten den Kampf ihrer Glaubensgenossen mit Teilnahme verfolgte, daß Deutsche sich auf eigene Gefahr in die Scharen der Hugenotten einreihen ließen, daß zwischen diesen und einigen deutschen Fürsten gelegentlich sogar ein Bündnis geschlossen wurde und eine kleine deutsche Hilfstruppe Heinrich IV. (1591) seinen ersten Sieg erfechten half, ändert nichts an der Tatsache, daß Deutschland als Ganzes dem Entscheidungskampf zwischen Katholizismus und Protestantismus, der jenseits der Vogesen ausgefochten wurde, untätig zusah. Als er vorüber war und unter der klugen und wohltätigen Regierung Heinrichs IV. die Wunden, die der Bürgerkrieg geschlagen hatte, sich schlossen und rasch vernarbten, während nun die Reihe an Deutschland kam, in heilloser innerer Verwirrung dem großen religiös-politischen Bürgerkrieg entgegenzugleiten, da hätte sich schwer getäuscht, wer etwa erwartete, Frankreich werde die Neutralität des Nachbarn, die es soeben erfahren, mit Gleichem vergelten. Schon sehr bald und dann ständig hat Heinrich IV. seine Hand in den inneren Angelegenheiten Deutschlands gehabt.

Zwar die weitausgreifenden Projekte, das „große Dessein", das man ihm auf die Autorität seines ehemaligen Ministers Sully nachgesagt hat, völlige Umgestaltung der Karte Europas, Zerschlagung der andern Großmächte in eine Anzahl mittlerer Staaten, ein europäischer Staatenbund unter französischer Führung, Vertreibung der Türken und ewiger Friede, Gedanken, die wir ähnlich schon aus den Tagen Philipps des Schönen kennen — alles das ist spätere Phantasie. Weder der König noch seine Minister haben an dergleichen gedacht. Soweit bei Heinrichs Lebzeiten überhaupt von Er-

oberungen, Annexionen u. dgl. gesprochen worden ist, beschränken sie sich auf die nächstliegenden historischen und natürlichen Ziele, die burgundische Erbschaft, Flandern, die Franche-Comté; höchstens daß nebenbei einmal auch Lothringen und der Niederrhein, das Herzogtum Jülich-Kleve genannt werden, die damals durch besondere Umstände in den Brennpunkt europäischer Verwicklungen gerückt waren. Aber ob im Rate des Königs auch nur diese Pläne sich zu Vorsätzen verdichtet haben, ist zweifelhaft, und vollends zweifelhaft ist, was Heinrich, dieser ebenso vorsichtige und nüchterne wie kühne Politiker, wirklich gewollt hat. Dürften wir eine gelegentliche Äußerung als Bekenntnis seines Willens deuten, so wäre er mit den Grenzen der Sprache und Nationalität zufrieden gewesen. „Nur was französisch ist", so soll er gesagt haben, „muß französisch werden, dies aber auch ganz."

Auch seine Staatsmänner predigen Mäßigung. Sogar der Herzog von Sully, der später in der Muße eines unfreiwilligen Ruhestands seiner Phantasie die Zügel hat schießen lassen, hat, solange er im Amte war, sehr vorsichtig gedacht. Wo er einmal von der Möglichkeit der soeben erwähnten Annexionen spricht, fügt er sogleich hinzu: es sei zu erwägen, ob nicht solche Erweiterungen der Grenzen spätere, weniger vernünftige Könige zu unersättlicher Begehrlichkeit und zum Streben nach Weltherrschaft verleiten könnten. Ebenso ruft der Kanzler Etienne Pasquier in fingiertem Gespräch dem Fürsten, wie er ihn sich denkt, die Mahnung zu: „Du sprichst von Erweiterung deiner Grenzen. Du Ärmster! Siehst du nicht, daß du, um dein Königreich gut abzugrenzen, vor allem deinen Hoffnungen und Wünschen die richtigen Grenzen stecken mußt?"

Dem Frankreich dieser Jahre liegt noch der kaum überstandene Schrecken des spanischen Krieges in den Gliedern. Darum gehen seine Absichten zunächst nicht weiter, als daß die drückende Übermacht Spaniens gebrochen werde. Erst in zweiter Linie, und soweit es hierzu nötig ist, denkt man an eigene Vergrößerung.

In diesem Zeichen stehen auch die Beziehungen zu Deutschland. Man fürchtet, es könnte ganz oder zum Teil ins Schlepp-

tau der spanischen Politik geraten, eine Besorgnis, die bei dem engen Zusammenhang zwischen Wien und Madrid nicht unbegründet war. Darum sucht Heinrich IV., ganz wie einst Franz I. und Heinrich II., den deutschen Protestanten als der natürlichen Opposition gegen den Kaiser und Spanien die Hand zu reichen. Darum hat er sich zu bewaffnetem Eingreifen entschlossen, als es schien, daß österreichisch-spanische Truppen den Streit der Erben um das Herzogtum Kleve benutzen würden, um den Niederrhein ganz in ihre Hand zu bekommen und Frankreich im Osten mit einer fast lückenlosen Kette schwer angreifbarer Stellungen, von Brüssel über Aachen, Jülich, Luxemburg bis Straßburg und Besançon, einzuschnüren. Angesichts dieser Gefahr kam endlich auch das Bündnis mit den deutschen Protestanten zustande. Der Krieg sollte beginnen. Aber als der König eben zum Schlage ausholte, um den Niederrhein von der spanisch-österreichischen Übermacht zu befreien, machte der Dolchstoß Ravaillacs seinem Leben ein Ende. Wie weit er gegangen, in welcher Weise und in welchem Umfang er etwa einen Erfolg ausgenutzt haben würde, hat er wohl selbst noch nicht gewußt, und wenn er es wußte, so hat er das Geheimnis mit sich ins Grab genommen.

Wir halten inne und blicken rückwärts. Was haben die Jahrhunderte, die wir durchschritten, uns gezeigt? Zwei Nachbarvölker, durch gegenseitige Abneigung geschieden, aber ohne das Bewußtsein einer dauernden Gegnerschaft in politischen Lebensfragen. Was Deutschland betrifft — es hat niemals durch das geringste Zeichen verraten, daß es jenseits seiner Westgrenze etwas zu erstreben hätte. Im Gegenteil, es verteidigt diese Grenze nicht einmal ernsthaft, läßt Stücke seines historischen Besitzes gleichmütig abbröckeln. Anders in Frankreich. Dort glaubt man an gewisse alte Überlieferungen und knüpft Wünsche und Hoffnungen an sie, die nur auf Kosten Deutschlands erfüllt werden können. Mit merkwürdiger Zähigkeit werden Tendenzen, die sich an den Namen Karls des Großen knüpfen, von der Nation festgehalten — ein Zug, der für ihre Denkweise bezeichnend ist, die mit

Ehrfurcht und Liebe an alter Tradition und am meisten an der eigenen Geschichte hängt. Aber davon, daß diese Tendenzen für die Politik des Reiches bestimmend würden, ist es doch sehr weit entfernt. Die geringfügige Verschiebung der Grenze von den Argonnen an die Maas und Mosel fällt demgegenüber nicht ins Gewicht. Auch in Zeiten, wo die französische Politik sich frei bewegen kann, liegen ihre eigentlichen Ziele anderswo, nicht in Deutschland.

Die Freiheit der Bewegung geht ihr verloren, als das burgundisch-spanisch-italienische Weltreich sich gebildet hat, dem der deutsche Kaiser als blutsverwandter Sekundant zur Seite steht. Frankreich sieht sich dauernd in die Defensive gedrängt, und nur im Sinne aktiver Verteidigung denkt es an mögliche Erwerbungen, darunter jetzt nebenher auch an solche auf deutschem Boden. Dennoch fühlt man es durch: auf dem Grunde seiner Volksseele liegen Hefezellen, die, wenn günstige Temperatur sie in Gärung versetzen sollte, ganz von selbst das Anschwellen der Expansion auch nach Osten, nach dem Rhein hin bewirken würden. Käme es eines Tages dazu, daß ein französischer König um der Unabhängigkeit und Sicherheit seines Reiches willen seine Waffen gegen Deutschland kehrte und dabei Erfolg hätte, so würden auch die schlummernden Wünsche und Begehrlichkeiten lebendig werden, sie würden unwiderstehlich hervorbrechen und der Politik des Landes eine neue Richtung geben. Ehrgeiz und Herrschsucht der Nation würden dann ihre Rechtfertigung unter dem Titel der Verteidigung und Sicherheit des Staates suchen, und was bis dahin politische Romantik war, würde unversehens zu einer kühn unternommenen, zäh und leidenschaftlich festgehaltenen Realpolitik werden.

So ist es gekommen. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Tode Heinrichs IV. hat Frankreich die Bahn beschritten, auf der es, ausgehend von dem Bedürfnis eigener Sicherheit, dazu gelangt ist, Teile rein deutschen Landes sich anzueignen, dann immer weitere Stücke deutschen Bodens zu begehren und schließlich die Beherrschung Deutschlands für das erste und dringendste seiner Lebensinteressen zu halten.

2.

Selten hat das Verschwinden einer Persönlichkeit die Lage der Staatenwelt so auf einen Schlag verwandelt wie der Tod Heinrichs IV. Er hinterließ sein Reich einem 9jährigen Knaben und als Regentin eine Italienerin, Maria Medici, die für die nationale Politik des Landes, das sie beherrschen sollte, ein wahres Verständnis niemals gewinnen konnte. Frankreich wurde das Opfer zuerst von italienischen Abenteurern, dann von unfähigen und selbstsüchtigen Grandseigneurs. An Fortsetzung der Pläne Heinrichs, selbst wenn man sie gekannt hätte, dachte niemand und konnte man nicht denken. Aber seine Politik wurde nicht nur aufgegeben, sie wurde verleugnet. Frankreich, geleitet teils von Furcht, teils von konfessionellen Vorurteilen, verband sich aufs engste mit Spanien, der junge König heiratete eine spanische Prinzessin. Das Haus Österreich hatte freie Bahn in beiden Linien.

Indessen zog sich in Deutschland das Gewitter zusammen. In Böhmen, in Ungarn und Österreich brach der Aufstand aus, der Kurfürst von der Pfalz nahm die böhmische Krone an, ein Teil der deutschen Protestanten machte sich bereit zum Kampf. Die Aussichten des erlauchten Erzhauses standen schlecht. Aber die Gefahr wurde überwunden, nicht zum wenigsten dank dem festen Zusammenhalten der spanischen und der deutschen Linie und dem Beistand, den Spanien lieh. Die Kurfürsten blieben in der Kaiserwahl des Jahres 1619 dem Hause Habsburg treu, sie wählten Ferdinand II., der Pfälzer verlor in der Schlacht am Weißen Berge das Spiel, die spanisch-katholischen Waffen beherrschten bald ganz Süddeutschland, sie drangen nach Norden vor, bis an die Weser, an die Elbe, an die Ostsee. Die Welt schien spanisch-österreichisch und katholisch werden zu sollen.

Die französische Politik hat dem nicht bloß untätig zugesehen, sie hat die österreichische Sache zu Anfang sogar

diplomatisch unterstützt. Es war ja die katholische Sache, und im Rate der Königin-Regentin hatten die Jesuiten und ihr Anhang, die Partei der „Devoten“, das entscheidende Wort. Mit der Zeit freilich wurde man in Paris doch bedenklich. Auch der Blinde fühlte es mit dem Stock, was es für Frankreichs Zukunft bedeutete, daß spanische Truppen von Mailand über Graubünden und Tirol ungehindert nach Süddeutschland gelangten, einer andern spanischen Armee, die von Belgien und Luxemburg her vorging, die Hand reichten und die Pfalz besetzten; daß der Kaiser seinem spanischen Vetter als Lohn für die Hilfe in geheimem Vertrag im voraus das Elsaß versprochen hatte. Nimmt man hinzu, daß in dem wieder aufgelebten Kriege Spaniens gegen Holland den Holländern der Atem auszugehen begann, daß dagegen Spanien mit seiner großen Flotte den Ozean beherrschte, während Frankreich nicht ein einziges Kriegsschiff besaß — die englische Marine zählte damals noch nicht —, so sieht man es wohl: Frankreich war eingekreist und sein Schicksal besiegelt, wenn in Deutschland der letzte Widerstand niedergeworfen war. Gegenüber solcher Übermacht hörte auch für die französische Krone jede freie Bewegung auf, sie war von der spanischen ein für allemal abhängig.

Da dämmerte denn auch den wenig fähigen Ministern, die in Paris die Geschäfte führten, allmählich die Einsicht, daß man etwas tun müsse. Die öffentliche Meinung war erwacht, die Partei der „Politiker“ oder „guten Franzosen“, wie sie sich nannte, die alte Partei Heinrichs IV., die ihn erhoben hatte und seine Überlieferungen hütete, regte sich wieder, Flugschriften erschienen, die die Regierenden mit Vorwürfen überhäuften und ein entschlossenes Vorgehen, ein Kriegsbündnis mit den Protestanten ohne Rücksicht auf den Glauben forderten.

Die Regierung Ludwigs XIII. — der König zählte erst 23 Jahre — machte auch Anstalten in dieser Richtung, sie zahlte den Holländern jährliche Subsidien, um den Krieg dort nicht erlöschen zu lassen. Eine Politik von großem Zug aber war von ihr nicht zu erwarten, wenn nicht ein Staats-

mann von entsprechendem Format an ihre Spitze trat. Der Mann war da, sein Einfluß war im stillen schon wirksam. Im August 1624 wurde er zum leitenden Minister ernannt: der Kardinal Herzog von Richelieu.

Was dieser eine Mann für die gesamte Entwicklung des französischen Staates und der französischen Nation bedeutet, ist mit wenigen Worten nicht zu sagen. Unter allen schöpferischen Staatsmännern der neueren Zeit ist wohl nur einer, mit dem er sich in der Wirkung auf sein Volk vergleichen ließe, Bismarck, mit dem er auch in vielem einzelnen, in Charakter und Stellung, mancherlei überraschende Ähnlichkeiten aufweist. Aber Richelieus Wirkung auf Zeit und Nachwelt geht über das Gebiet doch weit hinaus, auf dem Bismarck groß war. Er ist Staatsmann nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes, wo man nur an die Arbeit in Regierung und Verwaltung, Krieg und Diplomatie denkt. Richelieu hat auch dem geistigen Leben, der Sprache, der Literatur seiner Zeit wichtige und dauernde Antriebe gegeben. Er selbst war Redner und Schriftsteller von ausgeprägter Individualität und hohem Rang. Durch Schärfe des Ausdrucks und methodische Ordnung der Gedanken in Wort und Schrift überragte er seine Zeitgenossen, einer der ersten, bei dem man die seitdem sprichwörtlich gewordenen Eigenschaften des französischen Stils, Präzision und Klarheit, vorherrschend findet. Daß die französische Schriftsprache, noch in den Kinderschuhen ihrer Entwicklung steckend, einer bewußten Pflege bedürfe, hat er erkannt, zu diesem Zweck die Akademie (1635) geschaffen und ihr die Aufgabe gestellt, in einem Wörterbuch die Regeln des sprachlich Richtigen festzustellen. Auch der Ehrgeiz des Dichters war ihm nicht fremd. Er entwarf Dramen, mit deren Ausarbeitung er fünf Poeten beschäftigte. Der große Corneille war unter ihnen. Das waren nicht nur Launen eines vornehmen Dilettanten, ein hoher politischer Gedanke leitete auch diese Bemühungen: die Befreiung des französischen Geistes von der Herrschaft fremder Vorbilder, von italienischen und vor allem von spanischen Einflüssen war das Ziel. Frankreich sollte sich auf sich selbst besinnen und für den Ausdruck seines

Wesens eigene Formen finden. Es ist ein kleiner, aber bedeutsamer Zug, daß Corneille, der soeben mit seinem „Cid" den größten Triumph erlebt hatte, auf einen Wink des Kardinals die Bearbeitung spanischer Stoffe aufgab.

Der Staatsmann Richelieu hat den Franzosen schon gleich nach seinem Tode und seitdem allen folgenden Generationen bis auf diesen Tag als Maßstab und Prüfstein gegolten, an dem jedes staatsmännische Wollen und Können gemessen wird. Er ist der Inbegriff französischer Politik, rückhaltlos bewundert von den einen, für manches spätere Unheil verantwortlich gemacht von den andern — wie Bismarck bei uns. Und wie bei diesem wendet sich die Kritik fast ausschließlich gegen seine innere Politik, im Auswärtigen findet er noch heute allgemeine Billigung. Auf ihn haben sich so ziemlich alle Parteien und Richtungen seit bald dreihundert Jahren berufen, alle wollten sie die Erben und Verwalter seines Nachlasses und Vollstrecker seines letzten Willens sein, Chauvinisten, die für französischen Ehrgeiz kaum eine Grenze anerkennen, decken sich mit seinem Namen, und wer dem Maßhalten und kluger Selbstbeschränkung das Wort redet, preist nicht weniger laut das Beispiel, das Richelieu gegeben. Beides hat sein Recht. Richelieu war für die Größe und Macht seines Landes von leidenschaftlichen Wünschen und Hoffnungen erfüllt wie nur je ein Franzose. Aber als handelnder Staatsmann wußte er auch die Grenzen des Möglichen mit einem sicheren Augenmaß zu schätzen, wie es den wenigsten gegeben ist. Er kannte und sah die Gefahren, die gegenwärtigen wie die kommenden, und so kühn und groß seine Gedanken sein mochten, ebenso groß war die Selbstbeherrschung, die ihn keinen Augenblick die Nüchternheit klaren Abwägens vor dem Entschluß verlieren ließ. Mehr als einmal hat er in seinen Denkschriften das Ziel einer französischen Welthegemonie aufleuchten lassen. „Wenn der König sich zum mächtigsten Monarchen der Welt und zum angesehensten Fürsten der Welt machen will" — so beginnt das Schriftstück, in dem er 1629 das Programm der französischen Auslandspolitik mit leichten und sicheren Strichen entwirft. Drei Jahre später sieht er die Vorteile des Ent-

schlusses zum Kriege vor allem darin, „daß der König sich zum Oberhaupt aller katholischen Fürsten der Christenheit und dadurch zum mächtigsten Herrscher Europas machen könnte“. Das angebliche politische Testament, das gleich nach seinem Tode unter seinem Namen erschien, ist darum auch gar nicht so weit von der Wahrheit entfernt, wenn es ihm das Bekenntnis in den Mund legt, sein Bestreben sei gewesen, seinen König zum ersten Monarchen zu machen und Frankreich die Grenzen zu geben, die die Natur ihm gesetzt habe. Der Verfasser hat Richelieus Gedanken für die Zukunft getroffen, eine vielleicht ferne Zukunft, aber eine, die er ersehnte und an die er glaubte.

Etwas anderes war es mit dem, was er sich für den Augenblick vornahm. Da konnten seine Absichten und Entschlüsse wechseln, sogar sich widersprechen. Sie richteten sich nach den Umständen und hielten sich streng in den Grenzen des jeweils Notwendigen und Möglichen. So kühn seine Ziele, so vorsichtig sind die Schritte, mit denen er ihnen zustrebt. Es ist, wenn man seine Äußerungen aus den vierzehn Jahren von 1629 bis 1642 nebeneinanderstellt, als sprächen zwei Seelen aus ihm: eine hochfliegende, schwärmerische, der die Welt zu eng erscheint für den Ehrgeiz seines Landes, und eine nüchterne, fast ängstlich wägende und rechnende, die sich im Ausmalen naher und künftiger Gefahren gefällt und dem großen Gewinn bei hohem Einsatz den bescheidenen, aber sicheren Nutzen allemal vorzieht.

Richelieu hatte die Leitung des Staates übernommen mit der Absicht, der Übermacht Spaniens entgegenzutreten und sie womöglich zu brechen. Dazu gehörte in erster Linie das Eingreifen Frankreichs in den Krieg. So stellt er selbst es in seinen Memoiren dar, und man hat kein Recht, ein solches Zeugnis als späteren Irrtum zu verwerfen. An seiner Absicht brauchen wir nicht zu zweifeln, weil er die Ausführung einstweilen zurückstellen mußte. Ihn hinderte die Opposition der Hugenotten. Um mit ihr fertig zu werden, hatte Richelieu alle vorhandenen Kräfte nötig, und dabei geriet er in Krieg mit England. Er wurde der Gegner Herr, aber es hat ihn fast fünf

Jahre gekostet. Erst im Herbst 1628 war mit der Einnahme von La Rochelle der Widerstand der einheimischen Gegner gebrochen, der Friedensschluß folgte im Sommer 1629. Derweilen mußte Richelieu der Entwicklung der Dinge in Deutschland zusehen, ohne es hindern zu können, daß die Gegner Habsburgs einer nach dem andern von den Heeren Tillys und Wallensteins überwältigt wurden und der Ring der spanisch-österreichischen Übermacht sich immer fester um Frankreichs Ostgrenze legte. Er hätte mit den Hugenotten eher Frieden schließen, ihnen Zugeständnisse machen und sich dafür in den deutschen Krieg werfen können. Es gab Leute, die das von ihm verlangten, seine Gesinnungsgenossen aus früheren Jahren drängten ihn dazu. Er wies es zornig zurück und ließ einen von ihnen, seinen eigenen früheren Mitarbeiter, in die Bastille sperren. Es war nicht konfessionelles Vorurteil, nicht kirchlicher Übereifer. Das Bekenntnis der Protestanten zu dulden, wäre er bereit gewesen. Aber er sah in ihnen Gegner des Königtums und in ihrem hartnäckigen Partikularismus Feindschaft gegen den Staat. Ihm war es klar, daß die Krone alle Kräfte des Königreichs zuvor in die Hand bekommen, jeden regionalen Eigenwillen brechen müsse, ehe sie an einen auswärtigen Krieg denken durfte.

Und was für ein Krieg mußte das werden! Die spanische Monarchie stand damals noch auf einer Höhe des Ansehens und der Macht, mit der Frankreich, ohne stehendes Heer, ohne jede militärische Schulung und Tradition — seit einem Menschenalter hatte man ja in Frieden und Abrüstung sich's wohl sein lassen —, dazu im Innern stets von Auflehnung großer Herren bedroht, sich niemals messen konnte.

Hätte es sich in diesem Zustand kopfüber in den europäischen Krieg gestürzt, in dem der Gegner alle Vorteile der Rüstung, der Erfahrung und der strategischen Stellung für sich hatte, es wäre ebenso geschlagen worden wie nacheinander die deutschen Protestanten, der Mansfelder, der Braunschweiger und der König von Dänemark. Erst zu Hause stark sein, dann ans Auswärtige die Hand legen — das war in solcher Lage das Gebotene.

Auch als die nächste Etappe erreicht, die Hugenotten zur Unterwerfung gebracht, der Friede mit England geschlossen war, konnte Frankreich noch nicht daran denken, sogleich mit offenem Visier auf dem Kampfplatz zu erscheinen. Es war dazu militärisch viel zu schwach und mußte fürchten, daß seine Bundesgenossen ihren Frieden mit dem Kaiser schlossen und dann die vereinte spanisch-österreichische Macht sich auf Frankreich stürzte. Das wäre der sichere Ruin gewesen. Aber geschehen mußte etwas, es war die höchste Zeit. In Deutschland hatte der Kaiser gesiegt, sein Restitutionsedikt schrieb für den größeren Teil des Reiches die Rückkehr zur katholischen Kirche vor, Wallenstein sprach offen von Umwälzung der Reichsverfassung, Beseitigung der Kurfürsten, Erblichkeit der Kaiserkrone u. dgl. Wenn jetzt nicht noch in elfter Stunde Hilfe von auswärts kam, so war der Krieg zu Ende, Deutschland eine spanische Dependenz, viel mehr noch als zur Zeit Karls V., und Frankreich jeder Möglichkeit wirksamer Bündnisse zu seinem Schutz vielleicht für immer beraubt.

Richelieu beschloß zu handeln. Er handelte aus Notwehr, in reiner Defensive. Aber es ist bezeichnend, daß er den König in dem Augenblick, wo er ihn zum Einschreiten aufforderte, zugleich schon die lockenden Ziele sehen ließ, deren Erreichung sich aus der neuen Politik ergeben müsse.

Er wägt seine Worte, stuft die einzelnen Punkte nach Wert und Wichtigkeit sorgfältig gegeneinander ab. Leitender Gedanke ist, „den Fortschritten Spaniens Einhalt zu gebieten“. Darum „muß Frankreich auf nichts anderes denken, als im Innern stark zu werden, nach außen aber Tore zu errichten und sie zu öffnen, um zu allen Nachbarn Zugang zu haben und sie vor spanischer Bedrückung schützen zu können, wenn sich Gelegenheiten dazu bieten“. Unter diesen Toren, die man nach Belieben schließen und öffnen könne, stehen mit an erster Stelle Ausbau der Stellung in Metz, d. h. Erwerb von Lothringen, und Vordringen bis Straßburg, also das Elsaß. Die alten Magnete französischer Ausdehnung! Wir kennen sie von 1444 und 1552 her, Richelieu brauchte sie nicht

zu entdecken, sie gehörten zur Überlieferung der französischen Krone. Bezeichnend ist nur die Begründung, die er ihnen gibt: nicht um ihrer selbst willen werden sie erstrebt, sondern der Zugang zu Deutschland soll durch sie gewonnen werden. „Das müßte", fügt er hinzu, „im Laufe längerer Zeit, mit großer Überlegung und in vorsichtigem und verdecktem Verfahren geschehen." An offenen Krieg denkt er ja nicht. Richelieu hat noch in späteren Jahren über die militärischen Fähigkeiten der Franzosen sehr abfällig geurteilt. „Keine Nation der Welt", so schreibt er, „ist für den Krieg so wenig geeignet wie die französische, mit Franzosen allein Krieg zu führen, ist fast unmöglich, man braucht ausländische Söldner, um der Armee einen Halt zu geben." Darum den offenen Bruch mit dem Gegner vermeiden! Den Krieg müssen andere führen, Frankreich bleibt im Hintergrund. Dabei kann sich dann, wenn das Glück günstig ist, das ergeben, was man wünscht und hofft.

Aus diesen Erwägungen ging das Eingreifen Gustav Adolfs in den deutschen Krieg hervor. Er war aus eigenem Interesse bereit, aber er fühlte sich allein zu schwach. Erst der französische Rückhalt gab ihm den Mut zum großen Entschluß. Richelieu verschaffte ihm Frieden mit Polen, stellte ihm das fehlende Geld zur Verfügung, und der König spielte seine Rolle glänzend, so glänzend, daß Richelieu selbst bedenklich wurde. Wohl erwog er zu Anfang des Jahres 1632 — es war nach dem Siege bei Breitenfeld, als Gustav Adolf in Mainz residierte, ganz Nord- und Mitteldeutschland ihm zu Füßen lag und der Süden auf sein Erscheinen wartete — wohl erwog jetzt der Kardinal eine noch engere Verbindung mit dem Sieger, ein bewaffnetes Einschreiten an seiner Seite: die Vernichtung Österreichs und der Erwerb des Elsaß wären die Folge gewesen. Aber er verzichtete. Die Übermacht Schwedens — hier spricht wohl der Katholik, der Bischof und der Kardinal, der Richelieu immer geblieben ist — wäre noch gefährlicher als die österreichische. Zudem müßte man offen gegen den Kaiser Krieg führen, und — die ganze militärische Schwäche des damaligen Frankreich, sein völliger Mangel

an Selbstvertrauen spricht aus diesen Worten — ein solches Wagnis ist das Elsaß nicht wert.

Es folgte die Schlacht bei Lützen, der Tod des Schwedenkönigs. Richelieu fühlte sich von einer Sorge befreit: zu stark konnten die Schweden jetzt nicht mehr werden. Einstweilen hielten sie sich in Deutschland im Bunde mit den Protestanten. Sollte man ihnen beispringen, den Krieg an ihrer Seite aufnehmen? Glänzende Aussichten würden sich dabei eröffnen. Die Protestanten würden das linke Rheinufer von Mainz aufwärts, die linksrheinische Pfalz und das Elsaß, die sie besetzt hatten, an Frankreich übergeben. Ohne einen Schwertstreich würde der König sein Reich bis an den Rhein ausdehnen, Lothringen beherrschen, auf alle Nachbarn einen Druck ausüben. Der Plan scheint Richelieu sehr gelockt zu haben, er erörtert seine Ausführung bis ins einzelne. Dann aber kommt das Bedenken: Frankreich müßte selbst Krieg führen, und — es hat keine Generäle, die das Handwerk verstehen. Man müßte den Oberbefehl über die französische Armee dem Prinzen von Oranien, dem Holländer, übertragen. Mit andern Worten: Frankreich würde an solchem Kriege nur mit Hilfstruppen teilnehmen. Darum empfiehlt der Kardinal, den Krieg, wie bisher, durch andere führen zu lassen, die Schweden, die Deutschen, die Holländer mit Geld zu unterstützen, nicht mehr.

Vielleicht hat Richelieu damals eine große Gelegenheit versäumt, vielleicht auch ist Frankreich durch seine Vorsicht einem schweren Unglück entgangen. Wer vermag zu sagen, wie es gekommen wäre, wäre eine französische Armee schon 1633/34 auf dem Kriegsschauplatz erschienen? Die indirekte Kriegführung, zu der Richelieu sich entschlossen hatte, scheiterte völlig. Am 6. September 1634 wurde die deutsch-schwedische Armee bei Nördlingen von den Spaniern und Kaiserlichen entscheidend geschlagen. Unter den Reichsständen begann der Abfall. Jetzt mußte Richelieu sich eingestehen, daß Frankreich, wie er dem König vorstellte, nur noch die Wahl habe, entweder selbst die Last des Krieges auf sich zu nehmen — dann konnte es ihn in fremdem Lande führen — oder

zu gewärtigen, daß es nach völliger Überwältigung der Protestanten im eigenen Lande angegriffen werde.

Ludwig XIII. folgte wie immer dem Rat seines Ministers. Am 28. April 1635 wurde das Bündnis mit Schweden unterzeichnet, drei Wochen später der Krieg erklärt. Von Annexionsplänen konnte jetzt nicht mehr gesprochen werden, es handelte sich um die Rettung der Verbündeten, nicht um eigene Vorteile. Zudem befand sich das Hauptstück, an das man früher gedacht hatte, das Elsaß, in den Händen Bernhards von Weimar, der mit seiner Armee, dem besten Teil des zerschlagenen schwedischen Heeres, der wertvollste Kampfgenosse war und es verstanden hatte, als Preis für seine Dienste sich den Besitz des Elsaß zusichern zu lassen. So wandte sich der Krieg denn auch nicht gegen das deutsche Reich, wo vorläufig wenig zu holen war, sondern gegen Spanien. Die spanischen Niederlande, Belgien, waren das Ziel des Angriffs. Der Entschluß war bei der militärischen Schwäche Frankreichs kühn, ja sehr gewagt, und die ersten Jahre schienen ihn nicht zu rechtfertigen. Die Spanier zeigten sich entschieden überlegen, es gab nur Mißerfolge, und einen Augenblick war sogar Paris in Gefahr. Erst das Jahr 1638 brachte eine Wendung zum Bessern, aber nicht durch die französischen Waffen: Bernhard von Weimar gewann vom Elsaß aus die Herrschaft über beide Ufer des Oberrheins. Sein Tod im folgenden Jahr gab Frankreich, was ihm am meisten gefehlt hatte, eine brauchbare Armee. Die Offiziere des Herzogs ließen sich samt ihren Truppen von Frankreich anwerben und traten unter den Oberbefehl eines französischen Generals, des Marschalls Guébriant, des einzigen, der bis dahin Proben von Fähigkeiten gegeben hatte. Ganz von selbst geriet dadurch das Elsaß in französische Hand. Im gleichen Jahr wurde die spanische Flotte, die an der Küste des Kanals Truppen landen sollte, von den Holländern vernichtet.

Aber noch immer waren die Aussichten unsicher genug. Niemand kann sagen, wie das Spiel zu Ende gegangen wäre, wäre nicht das Glück den Franzosen in ungewöhnlicher Weise zu Hilfe gekommen. Im Jahre 1640 erhob sich Portugal und

machte sich von Spanien unabhängig, in Katalonien brach gleichzeitig ein Aufstand aus und öffnete den französischen Truppen das Land. Der Krieg konnte jetzt als gewonnen gelten.

Richelieu hat sein Ende nicht mehr erlebt. Als er im Dezember 1642 starb, waren die Friedensverhandlungen bereits angeknüpft. Vielleicht hat nur sein Tod den Abschluß noch um Jahre verzögert. Aber seine Nachfolger vollendeten das Werk. Er hatte für die Zukunft gearbeitet. Die militärische Organisation, die er geschaffen hatte, bewährte sich erst jetzt. Der Krieg selbst hatte die Truppe erzogen und Feldherren gebildet wie Condé und Turenne. Eine ganze Generation von Staatsmännern und Diplomaten aus der Schule des Kardinals führte die Geschäfte der Regierung, die Verhandlungen mit dem Ausland, an ihrer Spitze ein Fremder und ein Glücksritter im Kardinalspurpur, der Neapolitaner Giulio Mazzarini — wir nennen ihn zu Unrecht Mazarin, er selbst hat sich niemals so genannt —, ein Virtuose des Hofes und der Diplomatie, ohne Skrupel und Grundsätze, aber geschickt genug, die Gedanken Richelieus auszuführen.

Schon 1644 war militärisch das ursprüngliche Kriegsziel erreicht: das linke Rheinufer abwärts bis zur Mosel und die Brückenköpfe rechts des Stromes waren in französischen Händen. Aber zur letzten Entscheidung reichten die Kräfte noch nicht aus. Erst vier Jahre später wurde in Münster der Friede geschlossen, der „Westfälische Friede". Der Kaiser, vom Angriff der Franzosen aus Bayern, der Schweden aus Böhmen in Wien selbst bedroht, war gezwungen, sich von Spanien zu trennen. Er verpflichtete sich, Spanien im ferneren Kriege nicht zu unterstützen, erkannte Frankreich im Besitz der lothringischen Städte Metz, Toul und Verdun und der zugehörigen Bistümer an und trat alle Besitzungen und Rechte seines Hauses im Elsaß dem französischen König ab.

Der Friede ist in Frankreich scharf getadelt worden. Mazarin wurde angegriffen, weil er sich mit so wenig begnügt habe. Wie anders, so hielt man ihm entgegen, würde Richelieu gehandelt haben! Die Waffenerfolge der letzten Kriegs-

jahre hatten die Ansprüche gesteigert. Es waren Schriften erschienen — eine von ihnen gab sich als Richelieus politisches Testament aus —, in denen das ganze linke Rheinufer für Frankreich gefordert und auf die unverjährten Rechte der französischen Könige, auf das alte Königreich Austrasien, auf die Grenze des alten Gallien, die natürliche Grenze als „Basis von Frankreich“ zurückgegriffen und der Regierung die Pflicht eingeschärft wurde, alles wiederzugewinnen, was einst französisch gewesen. Auch der amtliche Historiograph des Königreichs, Denis Godefroy, schrieb in diesem Sinne, und alle waren einig darin: was immer Frankreich links des Rheines an sich bringe, gehöre ihm von Rechts wegen und sei nicht Eroberung, nur Rückforderung rechtmäßigen Eigentums.

Verglichen mit solchen Ansprüchen war allerdings das, was der Friede an Landgewinn brachte, recht wenig: nicht einmal das ganze Elsaß, nur die habsburgischen Besitzungen und Rechte, d. h. die unmittelbare Herrschaft im Sundgau, die Oberverwaltung von zehn kleinen ehemaligen Reichsstädten, eine schwer definierbare Oberhoheit im Namen des Reiches über die sämtlichen andern Reichsstände des Landes, dazu der wichtige Brückenkopf Breisach auf dem rechten Ufer des Rheins. Mazarin sah den wesentlichen Erfolg weniger in diesen Erwerbungen als darin, daß Österreich sich überhaupt von Spanien trennte und zum Sonderfrieden sich verstand. Die folgende Zeit hat gelehrt, daß er recht hatte. Er folgte genau dem Rat, den Richelieu 1629 gegeben hatte: schrittweise und allmählich, in vorsichtigem und verdecktem Verfahren sich dem Ziele zu nähern. Die Abtretung der österreichischen Herrschaften im Elsaß war nur der Anfang, sie war im Friedensvertrag in so unklarer Form ausgesprochen, daß es nicht schwer sein konnte, die Fortsetzung bei Gelegenheit folgen zu lassen.

Für die Zukunft mindestens so wichtig, wenn auch weniger handgreiflich, waren die indirekten Errungenschaften des Friedensschlusses: daß das deutsche Reich in zwei Parteien, die katholische und protestantische, gespalten blieb und den

Reichsständen das Recht verbrieft wurde, mit dem Ausland selbständige Verträge einzugehen, Krieg zu führen und Frieden zu schließen. Es war nichts anderes als die faktische Auflösung des Reichs. Der Kaiser, wie er jetzt dastand, verdiente die Kennzeichnung, die ihm ein französischer Schriftsteller gegeben hat: ein Monarch an der Spitze einer Anarchie. Und das alles stand unter der vertragsmäßigen Bürgschaft des Königs von Frankreich, dem jetzt niemand mehr das Recht streitig machen konnte, als Garant der „teutschen Libertät" in inneren Reichsangelegenheiten ein Wort mitzureden. Deutschland, das deutsche Reich und seine Verfassung standen unter vertraglicher Aufsicht Frankreichs.

Uns erscheint das alles als eroberndes Umsichgreifen. Die französischen Staatsmänner, die diese Politik entwarfen und durchführten, haben es nicht so empfunden. Was sie leitete, war der Gedanke der Verteidigung, der eigenen Sicherheit. Von Richelieu haben wir es schon gehört, und Mazarin, der ideenlose Eintagsvirtuose, war nichts als sein gelehriger Schüler. Es sollte unmöglich gemacht werden, daß das Haus Österreich jemals den konzentrischen Angriff auf Frankreich von Nord und Süd und Ost zugleich ansetzte. Die Verteidigung dagegen sollte und konnte aber nicht in passiver Abwehr, sie mußte durch zuvorkommenden Gegenangriff geführt werden. Dazu diente das Ausfallstor im Elsaß. Noch war es eng und niedrig, aber der Posten und der Brückenkopf in Breisach gestatteten doch, wenn nötig, sofort ins Vorderösterreichische, auf Freiburg und weiter nach Süddeutschland hinein zu stoßen. Die Bundesgenossen dazu standen ein für allemal bereit: Schweden, das seine deutschen Besitzungen, Pommern, Bremen und Verden, nur mit französischem Beistand halten konnte, die Stände des Reichs, die ihre Freiheit nur unter französischem Schutze sicher glaubten. Was sie mit Frankreich einte, war die schreckhafte Erinnerung an den Druck der spanisch-österreichischen Übermacht, den sie alle, gleichviel welchen Bekenntnisses, einmal gefühlt hatten, damals am Ende der zwanziger Jahre, als die Spanier am Rhein geboten, Wallenstein in Holstein

und Mecklenburg stand und es sich ernstlich fragte, ob das Reich seine freie ständische Verfassung behalten oder nicht vielmehr eine habsburgische Erbmonarchie werden würde. Daß diese Gefahr abgewandt war, Deutschland seine „Freiheit" bewahrt hatte, dankte man dem Eingreifen Frankreichs, und Frankreich allein konnte einen davor schützen, daß die Gefahr wiederkam. Darum dienten die deutschen Stände willig der französischen Politik, die nach geschlossenem Frieden zunächst keine dringenderen Aufgaben kannte, als zu verhindern, daß der Kaiser doch noch den Spaniern in dem erbitterten Kriege beispränge, den diese nunmehr elf Jahre lang allein gegen Frankreich weiterführten.

Eine Gelegenheit, so günstig wie noch nie, bot sich, als Kaiser Ferdinand III. 1657 starb, ehe es ihm möglich gewesen war, die Nachfolge im Reich zu ordnen. Der Kaiserthron war leer, völlig frei konnten die Kurfürsten wählen. Mazarin hat Anstrengungen gemacht, dem Hause Habsburg die Krone zu entreißen. Er hat für andere Fürsten arbeiten lassen, für Bayern, für Pfalz-Neuburg, hat einen Augenblick daran gedacht, den französischen König selbst zum Kaiser zu machen. Als sich zeigte, daß keiner dieser Pläne Aussichten hatte, ließ er die Wahl Leopolds I. zu, legte ihm aber sogleich eine Fessel an. Unter französischer Führung schloß eine Gruppe westdeutscher Fürsten sich zum „Rheinbund" zusammen, um die Einmischung des neuen Kaisers in den französisch-spanischen Krieg zu verhindern. Die Spanier sahen die letzte Hoffnung schwinden, und mit weinenden Augen unterschrieb Philipp IV. 1659 den Frieden, der ihn zwang, das Artois abzutreten und seine Tochter Ludwig XIV. zur Gemahlin zu geben. Daß sich hinter dieser Heirat trotz aller feierlichen Verzichte die Rechnung mindestens auf Flandern als Erbteil der Prinzessin verbarg, hat wohl niemand ernstlich bezweifelt. Wer die Dinge im großen Zusammenhang betrachtete, der wußte noch mehr: daß die Gewichte der Machtverteilung in Europa sich verschoben hatten. Die Wagschale Spaniens hob sich zusehends, die Zeiten spanischer Vormacht waren vorbei. Durch jahrzehnte-

lange Anstrengungen erschöpft, durch Auswanderung und Aufstände dauernd geschwächt, sank die Monarchie Philipps II. zu einer Macht zweiten Ranges herab. Ihr Platz war frei, der König von Frankreich konnte ihn einnehmen, konnte sich, wie Richelieu gesagt hatte, zum mächtigsten Monarchen der Welt machen.

*

Wenn je ein Herrscher ein reicher Erbe genannt werden durfte, so war es Ludwig XIV. Und wenn je einer seiner Erbschaft würdig war, so ist er es gewesen, sein Leben lang der beherrschende Mittelpunkt der eigenen Zeit, von den einen ebenso abgöttisch verehrt wie von den andern ingrimmig gehaßt, für alle das unbestrittene Urbild des Fürsten, der wahre König, wie die Zeit ihn sich dachte, und auch für die Nachwelt noch lange der Selbstherrscher, wie er sein soll. Fehlte es Ludwig an ursprünglicher Genialität, so besaß er doch Geist und Urteil genug, um seiner Aufgabe gerecht zu werden, eine hohe Auffassung seines Berufes, ein Pflichtgefühl, wie es bei Herrschern selten ist, einen rastlosen Fleiß und eine unermüdliche Arbeitskraft. Dennoch hat das Urteil der Geschichte über seine Regierung vorwiegend ungünstig gelautet. Auch die beredte Verteidigung, ja Verherrlichung seines Andenkens durch seinen jüngsten Biographen, Louis Bertrand, wird daran schwerlich viel ändern. Seine Fehler sind nicht zu übersehen. Persönlicher Ehrgeiz und Ruhmbegier spielten bei ihm eine große, allzu große Rolle, waren vielleicht die stärkste Triebfeder seines Handelns. Nicht umsonst begegnet man in seinen schriftlichen Äußerungen so häufig dem Wort „*gloire*“, und einmal, als er sich bemüht, einen notorisch falschen Schritt, den Angriff auf Holland (1672), zu rechtfertigen, bricht er die mühsam zusammengeflickte Kette der Vernunftgründe fast unwillig mit der Bemerkung ab: „Die Nachwelt mag diese Erwägungen glauben oder nicht, ich will mich nicht vor ihr rechtfertigen. Ehrgeiz und Ruhmbegier sind bei einem Fürsten immer verzeihlich, und

vollends bei einem jungen und vom Glück so begünstigten Fürsten, wie ich es war.“ Man kann die Fälle leicht zusammenzählen, wo ihn sein übertriebener Stolz, seine fürstliche Eitelkeit zur Überschätzung seiner Kräfte und unbesonnenen Entschlüssen hingerissen hat. Es ist auch nicht zu verkennen, daß Hochmut und Rücksichtslosigkeit gegen Feinde und mitunter auch gegen Freunde ihm viel Schaden zugefügt und Frankreich in schlechten Ruf gebracht haben. Daß er selbst gerade an diesen Fehlern weniger beteiligt war als seine Diener, ein Colbert, ein Louvois besonders, dieser rohe Zyniker der Macht, vollends Generäle wie der brutale, sadistisch-grausame Luxembourg, räuberische Intendanten wie Robert, die sich ihrer schmutzigen Machenschaften offen rühmten, nicht zu reden von den Ausschreitungen der gemeinen Soldaten — das entlastet doch nur sein persönliches Konto, nicht das seiner Regierung. So wird man alles in allem nicht bestreiten können, daß er in der Ausführung seiner Pläne oft geirrt und viel verdorben hat. Daß diese Pläne selbst verkehrt gewesen seien, daß Ludwig XIV. die Politik Richelieus verfälscht habe, wie insbesondere französische Geschichtschreiber ihm schuld geben, könnte ich nicht unterschreiben.

Ludwig XIV. ist erfüllt gewesen von dem Gefühl, daß er der erste Fürst der Christenheit sei und ein Recht darauf habe, es zu sein. Wir wissen, das war nichts anderes, als was seinem Vater von Richelieu als leuchtendes Zukunftsbild gezeigt worden war. Ludwig hat geglaubt, daß sein Ansehen und seine Macht sich auch äußerlich in seinem Rang darstellen müßten; er war überzeugt, daß von Rechts wegen ihm die römische Kaiserkrone gebühre, nicht dem trägen, entschlußlosen und abhängigen Habsburger, seinem leiblichen Vetter und Schwager Leopold I. Er hat auch ernsthaft daran gedacht, bei der nächsten Vakanz sich selbst zum Kaiser wählen zu lassen. Beweis genug der Paragraph im Frieden von St. Germain 1679, in dem der Große Kurfürst sich verpflichten mußte, seine Wahlstimme auf Verlangen für den Franzosenkönig abzugeben. Ob das auch im Sinne Riche-

lieus gewesen wäre, vermag allerdings niemand zu sagen. Aber auch für Ludwig war die Kaiserkrone nur eine angenehme Beigabe, ein schöner Zierat, den man sich nicht entgehen lassen sollte, wenn er zu haben war. Ein wirkliches Ziel seiner Politik war sie nicht.

Man spricht von seiner maßlosen Eroberungssucht, „Raubkriege" nennt man die drei Feldzüge von 1667, 1672, 1689. Darunter ist aber nur einer, dessen Ziel jenseits der überlieferten Linie liegt, in der sich auch Richelieu bewegt hatte: der schon erwähnte Angriff auf Holland. Er war — Ludwig hat es selbst gefühlt — ein Fehler, insofern dieser völlig unprovozierte Angriff mit einem Schlage bewies, daß jetzt nicht mehr Spanien-Österreich, sondern Frankreich eine Bedrohung für die Unabhängigkeit der europäischen Staatengesellschaft sei, und indem er zugleich verriet, was man von einem übermächtigen Frankreich zu erwarten habe. Von daher datiert die Angst vor der französischen Universalmonarchie, die nun die halbe Welt ebenso beherrschte wie früher die Angst vor der Monarchie Karls V. Aber so verkehrt dieser Schritt auch war und so starken Anteil an ihm — Ludwig gesteht es selbst — seine persönliche Gereiztheit und verletzte Eigenliebe hatte, der politische Zweck war nicht Eroberung, sondern das Bedürfnis, den Widerstand Hollands gegen andere französische Pläne aus dem Wege zu räumen. Diese Pläne aber waren die alten, die historischen Ziele seit Ludwig XI., dieselben, die auch Richelieu verfolgt hatte: die Annexion der letzten Stücke aus der burgundischen Erbschaft, Flanderns und der Franche-Comté. Maßlos kann man sie nicht nennen.

Die wirklich großen Ziele von Ludwigs Ehrgeiz, neben denen seine Bestrebungen und Kämpfe in Europa zu Begleiterscheinungen herabsinken, lagen auf dem Wasser und jenseits des Ozeans. Mehr und mehr wurde das Frankreich seiner Tage die Kolonialmacht, der Staat der Industrie und des Welthandels, der erste der modernen Staaten, der diese seine Aufgabe begriffen und verfolgt hat. Und wenn irgend etwas, so war gerade dies ein Teil, ja der wesentliche Teil der Erb-

schaft Richelieus. Man lese in seinem Politischen Testament — dem echten, nicht dem fingierten — die beiden Abschnitte „Von der Seemacht“ und „Vom Handel als Bestandteil der Seemacht“, wo die Sätze vorkommen: „Es scheint, als ob die Natur Frankreich die Seemacht hätte anbieten wollen“, und „Wenn Frankreich eine starke Flotte hätte, so könnte es den ganzen nordischen Handel haben, den jetzt die Holländer und Flamen an sich gerissen haben“. Unter Ludwig XIV. sind diese Gedanken festgehalten und weiter verfolgt worden — das Werk Colberts. Als Voltaire im Jahre 1750 sein klassisches Buch über das „Zeitalter Ludwigs XIV.“ herausgab, hat er das noch gewußt. Seitenlang verweilt er dabei, schildert die aufblühenden Kolonien jenseits des Meeres, in Nordamerika und Ostindien, den lebhaften Warenaustausch und seinen reichen Gewinn, nennt mit Stolz die stattlichen Schiffszahlen der Kriegsflotte und Handelsmarine. Diese Weltstellung zu sichern und auszubauen, waren auch die festländischen Kriege Ludwigs bestimmt.

Sie sind noch immer, wie unter Richelieu, wesentlich von defensiven Gedanken beherrscht. Das Grenzsystem, das der König vorfand, genügte für den Augenblick, aber es war unvollständig, es war ganz unzulänglich, wenn etwa die Nachbarn sich stärkten, Spanien sich wieder erholte, wenn Österreich in Deutschland mächtig wurde und Deutschland sich dienstbar machte. Das System mußte ausgebaut, verstärkt werden.

Was man im Elsaß seit dem Westfälischen Frieden besaß, war eine Anweisung für die Zukunft, das ganze Land zu nehmen, die Zahl der Brückenköpfe auf dem rechten Ufer zu vermehren. Es geschah, nachdem der holländische Krieg und der Nymweger Friede (1678/79) die Schwäche Deutschlands handgreiflich erwiesen hatten. Dem fingierten Rechtsverfahren der berüchtigten Reunionskammern, das zur Einverleibung des größten Teiles des Elsaß im Laufe von zwei Jahren geführt hatte, folgte als Abschluß 1681 die nackte Gewalttat, die der freien Reichsstadt Straßburg das gleiche Schicksal bereitete. Das Aussterben der pfälzischen Kurlinie bot

Gelegenheit, 1689 unter dem Vorwand von Erbansprüchen der pfälzischen Prinzessin Elisabeth Charlotte, Herzogin von Orleans, die Hand nach der linksrheinischen Pfalz auszustrecken. Wäre das geglückt, so hätte es doch nur die ungefähre, nicht einmal die vollständige Erfüllung dessen gebracht, was Richelieu schon 1633 in der Hand zu halten glaubte und was schon 1644 wirklich französisch war. Es glückte nicht, und Ludwig hat ohne Schwierigkeit auf die Pfalz verzichtet. Er hat überhaupt in bezug auf die Erwerbungen an der Ostgrenze immer mit sich reden lassen. Seine Haltung ist in diesem Punkte merkwürdig elastisch. Die Brückenköpfe auf dem rechten Ufer des Rheines, die im Westfälischen Frieden und später im Laufe der Kriege an Frankreich gekommen waren, Breisach, Philippsburg, Freiburg, nicht zu reden von Eroberungen wie Trier, Zweibrücken und anderen pfälzischen Orten, hat er schon 1697 im Frieden von Rijswijk alle zurückgegeben. Er hat das Herzogtum Lothringen genommen, herausgegeben, wieder genommen und nochmals herausgegeben, wie die Umstände es erlaubten oder geboten. Sogar Straßburg, das Vauban für so wichtig erklärt hatte, daß man es ebensowenig herausgeben dürfe wie die Pariser Vorstadt von St. Germain, Straßburg fahren zu lassen, ist Ludwig zweimal in Zeiten größter Verlegenheit bereit gewesen (1695 und 1709), und nur das Ungeschick und mangelnde Interesse der Kaiserlichen hat beide Male die Wiedergewinnung dieser kostbaren Stadt vereitelt. Man sieht: was hier gewonnen oder aufgegeben wurde, war nicht um seiner selbst willen erstrebenswert, war an sich nicht Zweck noch Ziel, nur Mittel zum eigentlichen Zweck und Weg zum Ziel, das auch auf andere Weise verfolgt werden konnte. Wir kennen es: die Verteidigungsfähigkeit einer Grenze, die zugleich als Aufmarschlinie zum Angriff diente — wie es Richelieu schon 1629 gekennzeichnet hatte: Tore, die man nach Bedarf schließen oder zum Ausfall öffnen konnte, um Frankreich vor dem Druck der Nachbarn zu sichern. Dieser Sicherheit bedurfte es jetzt mehr als früher, da man immer damit rechnen mußte, Kaiser und Reich

würden das Verlorene bei Gelegenheit wiederzugewinnen suchen; der Sicherheit seiner Landesgrenze bedurfte Frankreich erst recht, wenn es frei und ungehindert seinem neuentdeckten Beruf leben wollte, der Beherrschung der Meere und des Welthandels, der Erschließung der unbekannten Welt jenseits der Ozeane. Solche Sicherheit — eine Beobachtung, die wiederum schon Richelieu gemacht hat — besaß England, die Insel, als Geschenk der Natur, für Frankreich mußte sie künstlich geschaffen, erkämpft werden. Gestützt auf die so gewonnene schwer angreifbare Stellung zu Lande, sollte Frankreich die führende Macht in der ganzen Welt werden, zu Wasser und zu Lande, daheim in Europa und draußen auf allen Meeren und in fernen Weltteilen, in Handel und Industrie ebenso wie durch Armee und Flotte.

Das war das Ziel, das Ludwig XIV. erstrebte — und das er verfehlte, zum großen Teil durch eigene Schuld. Wesentlich den Fehlern seiner Politik war es zuzuschreiben, daß schon 1689, dann nochmals 1701 gewaltige Koalitionen sich bildeten, um die drohende französische Weltherrschaft abzuwehren. Ihm ist gelungen, was immer das sicherste Merkmal einer falschen Politik sein wird, alte natürliche Gegner, in diesem Fall England und Holland, zum Bündnis gegen den gemeinsamen Feind, Frankreich, zusammenzuführen; und schließlich hat er das Gegenteil von dem erreicht, was er erstrebte. In erster Linie um des Welthandels und der spanischen Kolonien willen hatte er im Jahre 1700, beim Tode des letzten spanischen Habsburgers, die spanische Krone für seinen Enkel angenommen. Spanien sollte ein französisches Nebenland und dadurch das spanische Weltreich ein Arbeitsfeld für französischen Unternehmungsgeist und Gewerbefleiß werden. Der Friede von Utrecht, der den zwölfjährigen Krieg beendete, ließ wohl die Krone Spaniens dem französischen Prinzen, lieferte aber ihre überseeischen Besitzungen der Ausbeutung durch die Engländer aus. So hat der Spanische Erbfolgekrieg, der die französische Weltherrschaft vollenden sollte, vielmehr die Vorherrschaft Englands begründet.

Daß daran Ludwigs Fehler, seine Überheblichkeit und

Selbstüberschätzung, die Unterschätzung der Gegner, einen wesentlichen Anteil haben, ist wohl allgemein zugegeben. Immerhin sollte man nicht vergessen, daß bei dem letzten Entschluß, die spanische Erbschaft ganz und ungeteilt für seinen Enkel in Anspruch zu nehmen, wiederum der Defensivgedanke eine Rolle gespielt hat. Ludwig hätte sich mit einer Teilung begnügt, die ihm das ließ, worauf es ihm ankam: die Kolonien und die Beherrschung des Mittelmeeres. Daß der Gegenpart, Kaiser Leopold, darauf nicht einging, in der Hoffnung, schließlich die ganze Erbschaft für seinen jüngeren Sohn Karl zu gewinnen, war für Frankreich eine Herausforderung: die Erneuerung der Monarchie Karls V., Spanien, Italien, Belgien, Deutschland, halb Südamerika in der Hand des Hauses Österreich, das konnte Frankreich niemals zugeben. Ludwig setzte alles gegen alles, er zählte auf das Glück seiner Waffen, und das Glück entschied gegen ihn. Aber es hat doch einen Augenblick gegeben, wo das ganze Spiel von einem einzigen Wurf abhing. Als im August 1704 das Heer der Alliierten bei Höchstädt den Franzosen gegenübertrat, hätte eine geschicktere Führung auf französischer Seite die Vernichtung der kaiserlich-österreichischen Macht herbeiführen können. Der Sieg Eugens von Savoyen und Marlboroughs rettete Habsburg das Leben, und von da an wandte sich das Blatt. Fünf Jahre später war Ludwig so weit, daß er selbst nach Rettung ausschauen mußte. Sie kam ihm durch den unerwarteten Tod Kaiser Josephs, der 1705 seinen Vater Leopold auf dem Thron abgelöst hatte. Das Haus Habsburg stand auf zwei Augen: des verstorbenen Kaisers einziger Bruder Karl, bisher König von Spanien, wurde nun auch deutscher Kaiser. Das war es nicht, wofür England kämpfte. Es hatte jetzt den erwünschten Vorwand, sich vom Kriege zurückzuziehen, die Koalition zerfiel, die englischen Truppen verließen die Front, und als im Juli 1712 Marschall Villars mit „Frankreichs letzter Armee“ den Prinzen Eugen bei Denain schlug, war Frankreich gerettet. In den Friedensschlüssen von Utrecht und Rastatt behauptete es seinen Bestand und gewann für das Königshaus den spanischen Thron.

Ludwig XIV. hätte mehr erreicht, wenn er weniger gefordert hätte. Aber wenn ihn spätere Beurteiler tadeln, weil er den höchsten Einsatz um des ganzen Gewinnes willen wagte, so ist doch eines sicher: die französische Nation, die mit ihm lebte, billigte seinen Entschluß. Ja, er ging ihr nicht weit genug. Verglichen mit dem, was die öffentliche Meinung seiner Zeit forderte, war Ludwig der Maßvolle. Sein ziemlich platonischer Wunsch nach der Kaiserkrone war die Forderung der Gebildeten. Daß ihm als Erben Karls des Großen die Herrschaft über ganz Europa von Rechts wegen gebühre, verstand sich fast von selbst. Nicht nur ein Chor politischer Tagesschriftsteller hat so gesprochen, die Wissenschaft selbst bewies es. In herausfordernder Weise begründete 1667 der Parlamentsrat d'Aubéry mit historischer Gelehrsamkeit die „gerechten Ansprüche des Königs auf das Kaisertum". Nach dem Frieden von Rijswijk, der allgemein als matter Verzichtfriede gescholten wurde, durften die Unterhändler sich in Paris nicht sehen lassen. Die Annahme der spanischen Krone für den Herzog von Anjou wurde in ganz Frankreich mit Jubel begrüßt, und auch als es schlecht ging, hat das Volk keinen Augenblick versagt. Der König durfte das letzte Opfer verlangen und war sicher, es würde gebracht werden. Als die siegreichen Gegner ihm zumuteten, den Enkel mit französischen Truppen aus Spanien zu vertreiben, da konnte Ludwig diese Bedingung als ehrwidrig zurückweisen, so schlecht die Aussichten für den Krieg auch waren — er wurde allgemein verstanden und seine Haltung gebilligt. Glücklich der Herrscher, der sich so auf sein Volk verlassen kann! Glücklich aber auch die Nation, der ihr König in der Stunde der Gefahr ein Beispiel gibt, wie es Ludwig tat, als er einmal — es war 1712 —, da man den Angriff der Feinde auf Paris erwartete und ihm riet, seine Person in Sicherheit zu bringen, die Antwort gab: käme es so weit, so wolle er die letzten Truppen um sich scharen und mit seinen 74 Jahren selbst an die Front eilen, um Frankreich zu retten oder mit Frankreich unterzugehen.

Der Leser wundere sich nicht, daß ich so viel von Frank-

reich, von Ludwig XIV. und seinen weltpolitischen Absichten gesprochen habe und so wenig von Deutschland. Das entspricht nur den Tatsachen. Wir, vom Standpunkt der deutschen Geschichte, sehen im Vordergrund die geraubten Dörfer und Städte des Elsaß und das Lilienbanner auf dem Turm des Straßburger Münsters, sehen die rauchenden Trümmer der Pfalz, die Ruinen des Heidelberger Schlosses und die geschändeten Kaisergräber im Dom zu Speyer. Ludwig XIV. ist für uns der Feind, der Deutschland bestohlen und erniedrigt hat. Für ihn selbst, für Frankreich und die französische Geschichte sind diese Dinge nur Beiwerk, sie bilden die Begleitung, die mitunter vielstimmig und dick instrumentierte Begleitung, aber nicht die Melodie. Der Kreis sieht nun einmal von innen anders aus als von außen, und wenn wir Frankreich verstehen wollen, wie es doch der Zweck dieser Blätter ist, so war es unerläßlich, die Dinge zu zeigen, wie sie sich darstellen, wenn man den Standpunkt im Hafen von Marseille, Rouen oder Bordeaux, oder an den Fenstern des Louvre zu Paris einnimmt. Was man von dort erblickt, ist die Hauptansicht, die stolze Vorderfront, von Deutschland aus sieht man die häßliche Kehrseite.

Sie erscheint uns doppelt häßlich, wenn wir uns sagen müssen, daß sie eben nur die Kehrseite ist, daß Deutschland in den Berechnungen der französischen Politik nur einen untergeordneten Faktor darstellt, seine Landschaften, seine Menschen nur Bausteine sind, aus denen mit französischem Mörtel eine Schutzmauer vor Frankreich errichtet wird. Und was für Mörtel war das! Die Einschüchterung, die die Gesandten Ludwigs gegenüber Fürsten und Ständen des Reiches gelegentlich anwandten, der Schrecken, den die Verwüstung der Pfalz verbreiten sollte, sind noch beinahe Auszeichnungen, insofern sie die Gefährlichkeit des Gegners anerkennen. Wahrhaft demütigend sind die gewöhnlichen Methoden des hochmütigen Ignorierens, wenn z. B. französische Truppen ohne ein Wort der Entschuldigung mitten im Frieden durch deutsches Gebiet marschieren, Städte und Festungen besetzen oder gar das Land eines mit Frankreich in Freundschaft le-

benden Fürsten als Kriegsgebiet behandeln, wie es 1674 dem Pfälzer Kurfürsten geschah. Vollends schmachvoll endlich das System der Bestechungen, durch das die französische Regierung sich eine gehorsame Klientel unter den deutschen Fürsten zu schaffen wußte. Man müßte die ganze innere Geschichte Deutschlands in den ersten Jahrzehnten Ludwigs XIV. darstellen, wollte man von dem Umfang und den Wirkungen dieses Systems der Einschüchterung, Lockung, Bestechung einen Begriff geben. Der Rheinbund von 1658, die Verheiratung der pfälzischen Liselotte mit dem Herzog von Orleans waren anständige Mittel, die Besoldung des Bischofs von Münster war es schon erheblich weniger, die Festsetzung am kurkölnischen Hof ein häßliches Kapitel, und einfach schmutzig die Rolle, die die beiden Brüder Fürstenberg, Wilhelm, der Fürst-Landgraf, und Franz, der Bischof von Straßburg, spielten, bezahlte Werkzeuge, die man in Paris verachtete. So unwissend und faul sei der Fürst, daß es nicht auszudenken und die Verhandlung mit ihm eine Qual sei, sagte Louvois. Es wird wohl damals nicht viele deutsche Fürstenhöfe gegeben haben, die nicht wenigstens unter dem Titel von Subsidien einmal etwas bekommen haben, und manche waren ständige Pensionäre der französischen Regierung. Das laufende Konto der Hilfsgelder, Pensionen und gelegentlichen Geschenke, die Jahr für Jahr nach Deutschland flossen, ging in die Millionen.

Welchen Schaden Deutschland von diesem System französischer Neben- und Gegenregierung erfahren hat, ist schwer auszurechnen. Eines drängt sich jedoch auf: der dauernde Verlust von Straßburg. Hier tritt einmal handgreiflich hervor, wie weit der illegitime Einfluß Frankreichs auf die deutschen Dinge reichte. Es ist eine Tatsache, die sich nicht wegwischen läßt, daß es hauptsächlich der Große Kurfürst war, der, durch den Geheimvertrag von St. Germain an Frankreich gebunden, und in der falschen Hoffnung, durch Anschluß an Frankreich ganz Pommern zu bekommen, die sofortige Rückforderung der verlorenen Stadt durchkreuzte, als sie vielleicht am leichtesten zu erreichen gewesen wäre. Aber schlimmer als

solche einzelnen Fälle — sie hatten vielleicht ihr Gutes, da sie dazu beitrugen, der Welt die Augen zu öffnen und das Bewußtsein der eigenen unwürdigen Lage zu wecken — schlimmer als dies war die dauernde Demoralisation der deutschen Fürstenhöfe und die Abstumpfung des öffentlichen Urteils. Man gewöhnte sich so sehr an die französischen Kaufgelder, daß man sie nicht mehr entbehren konnte und die Herabwürdigung nicht mehr empfand, die darin lag, daß deutsche Fürsten die Kostgänger des französischen Königs waren und ihre Minister aus Paris ein Taschengeld bezogen.

Dabei hat Ludwig mit diesem Verfahren seinen nächsten Zweck nicht einmal erreicht. Der bezahlte Anhang unter den Fürsten des Reiches sollte dem Kaiser Schach bieten, ihn vom Krieg gegen Frankreich zurückhalten. Gelungen ist das doch nur einmal, eben nach der Wegnahme von Straßburg. 1672 dagegen, 1689 und 1701 erwies die Sicherung sich als unwirksam: jedesmal erklärte Österreich den Krieg, fand Bundesgenossen unter den Fürsten, zog das Reich nach sich und nötigte Ludwig zu den äußersten Anstrengungen, wenn er seinen Wahlspruch „*Nec pluribus impar*“, „Auch der Mehrheit gewachsen“, wahrmachen wollte. Das hatte er mit seinem rücksichtslosen, geringschätzigen Vorgehen bewirkt. Schon 1673 sagte es der Fürstenberger Louvois ins Gesicht: das französische Vorgehen mache Frankreich in Deutschland verhaßt. Mit der Zeit wandte sich ein Fürst nach dem andern von Ludwig ab, 1689 fand er schon keinen Bundesgenossen mehr, und 1701 nur noch die Kurfürsten von Bayern und Köln. Ganz Deutschland war von Erbitterung gegen ihn erfüllt. Der Name Straßburg blieb unvergessen, und die brutale Art der französischen Kriegführung bewirkte, daß in den Massen des Volkes ein Franzosenhaß Wurzel schlug, wie man ihn früher nicht gekannt hatte. Die *quasi naturalis invidia*, die fast angeborene Abneigung aus der Kreuzzugszeit, hatte einen greifbaren Gegenstand und einen dauernden Nährboden erhalten. Die Saat der deutsch-französischen Erbfeindschaft war aufgegangen.

Ludwig XIV. ist mit seinen weltpolitischen Plänen ge-

scheitert, und eine spätere Zeit hat auch die Anfänge davon hinweggeräumt. Nur einzelne Namen, wie Louisiana, Neuorleans, Montreal, erinnern noch daran, daß Nordamerika einmal zum größeren Teil französisch war. Das europäische System Ludwigs dagegen erwies sich dauerhaft, und insbesondere ist das Verhältnis zu Deutschland, das er nach den Gedanken Richelieus gestaltet hatte, das gleiche geblieben, bis ans Ende des Jahrhunderts. Im wesentlichen unverändert erhielt sich die deutsch-französische Reichsgrenze. Daß das Herzogtum Lothringen im Frieden von Wien 1738 endgültig vom Reich aufgegeben wurde, hatte nicht viel mehr als formale Bedeutung. Tatsächlich, wenn auch widerwillig, hatte es schon seit Ludwig, ja seit Richelieu unter französischem Protektorat gestanden. Sonst ist es bei der Grenze geblieben, die der Friede von Utrecht gezogen hatte. Frankreich hat hier neue Erwerbungen gar nicht einmal erstrebt. Die Grenze genügte, ihr defensiver Charakter bewährte sich trefflich, wie er sich schon in den Kriegen Ludwigs bewährt hatte. So dramatisch diese auch verliefen, der Boden Frankreichs ist von ihnen nur einmal gestreift worden. Es ist eine Tatsache, die man beachten muß, um das eigentümliche Vaterlandsgefühl der Franzosen zu verstehen, daß sie in der Zeit zwischen 1635 und 1870 nur fünfmal für kurze Monate und in den anderthalb Jahrhunderten zwischen 1640 und 1792 nur einmal für einen Augenblick und in einem kleinen Zipfel den Krieg im eigenen Lande gesehen haben. Ohne Zweifel ist das wesentlich dem Grenzsystem gegen Deutschland zuzuschreiben, das Richelieu erdacht und Ludwig XIV. errichtet hatte. Es erlaubte, den Krieg, wenn man ihn für nötig hielt, auf fremdem Boden zu führen. Flandern und Deutschland waren dann die gegebenen Kriegsschauplätze. Dazu gehörte der beherrschende Einfluß, den Frankreich eben durch seine starke Angriffsstellung an der Ostgrenze auf die deutschen Nachbarn ausübte. Sie lagen, wie Vauban sich ausdrückte, „beständig unter französischen Kanonen".

Man hätte weitergehen, die Nachbarn sich ganz einverleiben können; ernsthafter Widerstand wäre nicht zu befürchten

gewesen. So wenigstens sah es Friedrich der Große an, als er im Jahre 1738, als Kronprinz und einflußloser Zuschauer, seine mit bitterer Ironie getränkten „Betrachtungen über den derzeitigen Zustand Europas“ niederschrieb. Schon seien die deutschen Thermopylen, Straßburg und das Elsaß, in den Händen der neuen Mazedonier, den Rest zu nehmen, wäre eine Kleinigkeit. In Paris hat man das nicht für nötig gehalten. Man blieb bei dem System stehen, das Ludwig XIV. eingeleitet hatte, auf die Ausdehnung der Grenze bis an den Rhein zu verzichten, in der richtigen Erkenntnis, daß die Länder, die man dabei gewinnen könnte, vermöge ihrer Verschiedenheit von Frankreich eher eine Schwächung als eine Stärkung des Königreichs bewirken würden. Beherrschen könne man sie auch so: man könne aus ihnen „militärische Anhängsel“ machen, ohne sie zu annektieren. So geschah es, und das Verfahren bewährte sich gut. Die Fürsten des linken Rheinufers, die Kurfürsten von Trier, Mainz und der Pfalz, nicht zu reden von den kleinen und kleinsten Landesherren dieser Gegend, haben sich nach 1715 mehr oder weniger willig darein gefunden, französische Vassallen zu sein. „*Les Allemands de France*“, „Frankreichs Deutsche“, nannte man sie. Auch auf das rechte Ufer, auf die Höfe von Baden, Nassau, Darmstadt erstreckte sich der französische Einfluß. Sie alle richten ihre Blicke nicht auf die Hofburg in Wien oder den immerwährenden Reichstag zu Regensburg, wo man ihnen nicht helfen kann und nicht viel zu bieten hat, sie schauen nach Paris. Da ist für sie die Wetterecke, die nach Umständen Donner und Blitz oder warmen Sonnenschein sendet. Weiter stromabwärts, in Kurköln, in Düsseldorf, hatte man immerhin einen gewissen Rückhalt an England, das eine Festsetzung Frankreichs am Niederrhein mit Rücksicht auf die Freiheit der Mündungen des Stromes, der holländischen Häfen und der belgischen Küste nicht geduldet haben würde. Die südliche Hälfte des Rheinlands, bis zur Mosel etwa, war auch von England dem französischen Einfluß preisgegeben. Man hätte sie als französische Interessensphäre bezeichnen können, wenn dieser Ausdruck damals schon bekannt ge-

wesen wäre. So sehr war die Vorstellung von der Herrschaft Frankreichs in diesem Gebiet in Frankreich eingebürgert, daß Rousseau einmal als Grenze des Königreichs neben Alpen und Pyrenäen ganz unverblümt den Rhein nennen konnte. Auch darüber hinaus, im übrigen Deutschland hat Frankreich in der Epoche zwischen 1715 und 1792 immer Bundesgenossen gefunden, die es im Konfliktsfall Österreich entgegenstellen konnte. Bayern war eigentlich stets zu haben, von Kleineren nicht zu reden.

Eine gründliche Umgestaltung erfuhr das Bild erst, als Preußen sich zu einer Macht erhob, die Österreich die Wage halten konnte. Wie in jeder andern Hinsicht, so eröffnet das Jahr 1740 auch in den deutsch-französischen Beziehungen eine neue Epoche. Frankreich hatte jetzt immer die Wahl, ob es sich Preußens gegen Österreich bedienen oder im Bunde mit Österreich das zu stark werdende Preußen niederhalten wollte.

Man hat das in Paris nicht sogleich erkannt. Der Marquis von Argenson, der Gönner Voltaires, der das auswärtige Ministerium im Anfang der 40er Jahre leitete, steckte noch so tief in den überlieferten Vorstellungen, daß er keine andere Politik kannte als das Bündnis mit Preußen, das ihm dazu helfen sollte, Österreich so weit erniedrigt zu sehen, daß es — wie er sich ausdrückte — nicht mehr sei als der reichste der Kurfürsten. Wogegen eine Vergrößerung Preußens ihm wertvoller schien als eine Ausdehnung des französischen Gebiets. Daraus entstand im Österreichischen Erbfolgekrieg der Versuch, Österreich die Kaiserkrone zu nehmen. Als das mißlang, als das bayrische Kaisertum, das man dem österreichischen entgegengestellt hatte, sich nicht halten ließ, Preußen aber die gehegten Erwartungen täuschte, anstatt ein bequemes Werkzeug zu sein, eine höchst selbständige und selbstbewußte Politik des eigenen Vorteils trieb und sich dem französischen Bündnis versagte, da ist man in Paris ins entgegengesetzte Extrem verfallen, hat in Verleugnung aller ältesten Traditionen die österreichische Partei ergriffen und im Siebenjährigen Kriege die Vernichtung Preußens erstrebt.

Der Preis, den man im ersten wie im zweiten Falle zu gewinnen hoffte, lag nicht in Deutschland, sondern in Flandern, dem Ziel französischer Sehnsucht seit dem 13. Jahrhundert, dem letzten Stück aus der burgundischen Erbschaft, das Frankreich noch zu begehren hatte. 1741 sollte die Zertrümmerung des Habsburgerreiches den Besitz der österreichischen Niederlande bringen, 1756 hatte Maria Theresia selbst die Abtretung in Aussicht gestellt, wenn Preußen vernichtet und Schlesien wieder österreichisch wäre. Beide Male schlug die Rechnung fehl, und aus dem Siebenjährigen Kriege brachten die französischen Fahnen anstatt des Siegespreises die Schande von Roßbach heim.

Aus diesem Kriege ist Frankreich mit einer schweren Einbuße an Ansehen und Geltung hervorgegangen, Verluste an Gebiet hat es in Europa nicht zu verzeichnen gehabt. Die Abtretung von Kanada an England war der Preis, den es für seine Niederlagen zahlen mußte, im übrigen blieben seine Grenzen die alten und somit die Möglichkeit offen, auch den früheren Einfluß in Deutschland wiederherzustellen. Das ist denn auch mit der Zeit geschehen. In Frankreich selbst wurde die Politik des Siebenjährigen Krieges, die persönliche Ludwigs XV. und der Frau von Pompadour, als schwere Verirrung und Versündigung an den Überlieferungen und Interessen der Nation empfunden und von der öffentlichen Meinung scharf getadelt. Dem unnatürlichen Bündnis mit dem alten Erbfeind gab man die erlittenen Niederlagen und Verluste schuld, und der unglückliche Ausgang des Krieges hat wohl das meiste dazu beigetragen, das Ansehen der Krone im Lande zu untergraben und die Revolution vorzubereiten. Für den französischen Patrioten blieb Österreich der Feind, mochte auch der König mit ihm verbündet sein und den Erben der Krone mit einer Österreicherin verheiraten. Als der natürliche Alliierte erschien im Gegensatz dazu den meisten immer noch Preußen, vollends seit das Genie Friedrichs des Großen den Ruhm des jungen Königreichs bis zu den Sternen erhoben hatte. Man bewunderte in Friedrich nicht nur den Feldherrn, auch den Philosophen und französisch

gebildeten Geist, den aufgeklärten Monarchen, der so ganz im Gegensatz zum eigenen König die höchsten Ideen der Zeit in seiner Person und seiner Regierung darstellte.

Eine allgemeine Erneuerung und gründliche Umkehr auf allen Gebieten sollte einsetzen, als im Jahre 1774 Ludwig XVI. seinen Großvater auf dem Throne ablöste. Dazu gehörte nicht in letzter Linie eine merkliche Änderung des bisherigen Kurses in der Haltung gegenüber den deutschen Mächten. Sie knüpft sich an den Namen des Ministers Vergennes und verdient Beachtung, nicht so sehr weil dieser als der letzte bedeutende Staatsmann des alten Frankreich gelten darf, sondern weil hier die leitenden Gedanken in dem, was man das klassische französische System in der Behandlung der deutschen Angelegenheiten nennen darf, am deutlichsten zum Ausdruck kommen. Die Richtlinien, die Vergennes für das Verhältnis Frankreichs zu Preußen und Österreich gezogen hat, stellen die Überlieferungen Richelieus und Ludwigs XIV. in der Anpassung an die neue Lage dar, wie sie durch das Emporkommen der preußischen Großmacht geschaffen war. Sie werden uns später wieder begegnen, sie haben im 19. Jahrhundert das Leitmotiv gebildet, und das, was ihren Kern ausmacht, ist auch unserer Gegenwart nicht fremd. Man braucht sie nicht erst in den Handlungen des Ministers aufzusuchen, der vielschreibende Mann selbst hat sie in der ihm eigenen lehrhaften Weise mehr als einmal entwickelt.

Ludwig XV. hatte offen die Partei Österreichs ergriffen und Preußen bekämpft, Vergennes sah in Preußen den natürlichen Verbündeten. Nicht etwa aus persönlicher Sympathie für Friedrich II. — er hat ihn als Charakter verurteilt und von ihm gelegentlich als von einem politischen Briganten und Bandenführer gesprochen —, aber die Erhaltung der preußischen Macht erschien ihm wichtiger als alles andere. Aufgegeben wurde das österreichische Bündnis nicht, aber — so meinte Vergennes — je mehr Wert man darauf lege, desto weniger dürfe man eine Schwächung Preußens zulassen. Wachsen sollte dieses nicht, jedenfalls nicht am Rhein, an der Grenze der französischen Interessen-

sphäre, aber ebensowenig Verluste an Oder und Weichsel erleiden. Auf diese Art wurde das Gleichgewicht zwischen den beiden deutschen Großmächten erhalten, das den König von Frankreich zum Schiedsrichter in Deutschland machte. Nach solchen Grundsätzen ist die französische Politik geleitet worden in den Jahren, wo Österreich unter Joseph II. sich anstrengte, Preußen zu überflügeln und im Reiche sein eigenes Übergewicht herzustellen. Als Friedrich im Bayrischen Erbfolgekrieg die Annexion bayrischen Gebietes an Österreich hinderte, als er mit dem Fürstenbund dem Plan des Kaisers, Bayern gegen die österreichischen Niederlande einzutauschen, hindernd in den Weg trat, hatte er beide Male Frankreich hinter sich. Der Zweck, den Vergennes verfolgte, war kein anderer als der Ludwigs XIV.: je weniger Frankreich von der deutschen Grenze her zu fürchten brauchte, desto eher konnte es seine ungeteilten Kräfte den weltpolitischen Fragen zuwenden. In Wien durchschaute man das sehr wohl. Maria Theresia selbst äußerte, das österreichische Bündnis sei den Franzosen recht, weil es ihnen erlaube, alle Aufmerksamkeit auf die Marine, die Kolonien und den Handel zu richten und ihrem alten Rivalen England die Spitze zu bieten. Mit welchem Erfolge das geschah, ist allbekannt. Dank französischer Unterstützung gelang den englischen Kolonisten die Losreißung vom Mutterland. Damit hatte England den größeren und wertvolleren Teil seiner überseeischen Besitzungen verloren und Frankreich für die Zukunft einen dauernden Bundesgenossen gegen England gewonnen. Es war der letzte Sonnenstrahl des Erfolges, der die untergehende Monarchie Ludwigs XIV. vergoldete. Mit geringerem Einsatz, aber mit mehr Glück war hier eine Partie gewonnen worden, die Ludwig XIV. verloren hatte, und sie konnte gewonnen werden, weil es gelungen war, Deutschland durch Bewahrung des Gleichgewichts zwischen Österreich und Preußen aus dem Spiele zu halten. Dies wiederum war möglich gewesen, indem man jede Verschiebung der Machtverhältnisse in Deutschland verhinderte und zu diesem Zweck auch auf jeden eigenen Zuwachs verzichtet hatte. Sogar der

Erwerb Belgiens, die Erfüllung dieser uralten Sehnsucht, wurde abgelehnt, als Joseph II. die Abtretung anbot, weil man fand, jeder Ersatz, den Österreich für diese entfernte und schwierige Provinz fordern könnte, würde es stärker, würde es zu stark gemacht haben.

Das Frankreich von damals glaubte wohl, einer Ausdehnung seiner Grenzen überhaupt nicht zu bedürfen. Es herrschte ja im Reiche des Geistes. Französischer Geschmack und französische Sitten, französische Sprache und französiche Ideen hatten seit den Tagen Ludwigs XIV. die Welt erobert. Am meisten die deutsche Welt. Zum zweitenmal geschah, was schon sechshundert Jahre früher geschehen war: Deutschland empfing vom westlichen Nachbar die geschliffenen Formen höherer Gesittung. Die Bildung der Höfe und des Adels wurde französisch, Französisch war die Umgangssprache der vornehmen Welt. Am Vorbild der Franzosen suchte die deutsche Dichtung unter Gottscheds Führung sich aus den Niederungen volkstümlicher Roheit emporzuarbeiten, aus Frankreich kamen die Ideen von Aufklärung, Menschheit und Menschenwürde zu uns, an denen die Gebildeten sich erbauten. Wie sollte das politisch schwache Deutschland, ohne große Überlieferung — die Heldenzeit des Mittelalters war längst vergessen und wurde nicht mehr verstanden —, ohne nationale Literatur, ohne klares Bewußtsein seiner selbst, wie sollte es der geistigen Vormacht des mächtigen, stolzen, fest auf den Traditionen einer langen und großen Vergangenheit ruhenden Nachbarvolkes sich entziehen, wenn sogar der Sieger von Roßbach danach geizte, als französischer Philosoph und Dichter zu glänzen?

Die französische Nation hat in den ersten fünfzehn Jahren der Regierung Ludwigs XVI. das Gefühl gehabt, auf einer Höhe zu stehen wie nie vorher. Reich, blühend, gebildet wie keine andere, im Gefühl täglich neuen Fortschritts und steter Vervollkommnung des Geistes, stolz auf sich selbst, von allen Völkern als führendes Vorbild anerkannt und bewundert, glaubte sie im Besitze ihrer hohen Menschheitsphilosophie ein Goldenes Zeitalter zu erleben.

Auch in der Politik fühlte man sich zufrieden und gesättigt. „Frankreich, wie es ist," so stellte Vergennes 1777 seinem König vor, „hat Vergrößerungen viel mehr zu fürchten als zu erstreben. Größere Ausdehnung wäre ein Gewicht an seinen Extremitäten, das das Zentrum schwächen würde. Es besitzt bei sich alles, was die wirkliche Macht darstellt: fruchtbaren Boden, kostbare Waren, die die andern Nationen nicht entbehren können, eifrige und unterwürfige Untertanen." Sein König ist der von der Vorsehung bestellte Richter, um Rechte und Eigentum der andern Souveräne zu schützen. „Wenn Ehrgeiz und Habgier seine Seele nicht berühren, wenn er nichts will als Ordnung und Recht, so wird sein Beispiel mehr bewirken als seine Waffen. Gerechtigkeit und Friede werden überall herrschen, und ganz Europa wird dieser Wohltat dankbar Beifall zollen, die es der Weisheit, der Tugend und Großmut Eurer Majestät zu verdanken sich bewußt sein wird." Man sollte es nicht glauben, daß ein französischer Außenminister, hundert Jahre nach Ludwig XIV. und Louvois, diese Sprache geführt hat. Aber so dachten sie damals alle, die in der hohen Politik lebten und wirkten, ein Talleyrand, der betont, der wahre Reichtum bestehe nicht darin, fremden Besitz anzutasten, sondern den eigenen zur Geltung zu bringen; ein Mirabeau, der es tadelt, daß der Minister des Äußern für die Hauptperson in der Regierung gehalten werde, der jede Abrundungspolitik als ungerecht verwirft und — man glaubt sich um hundertfünfzig Jahre zu irren — einen Gebietstausch ohne Befragung der Bevölkerung als tyrannische Gewalttat brandmarkt. Sie singen alle in mannigfachen Variationen das Lied, zu dem Montesquieu, das politische Orakel der aufgeklärten Liberalen, fünfundzwanzig Jahre früher den Ton angegeben hatte: „Der Monarch braucht Weisheit, um seine Macht zu vergrößern, er braucht nicht weniger Vorsicht, um sie zu beschränken. Wenn er die Nachteile der Kleinheit beseitigt, soll er stets den Blick gerichtet halten auf die Nachteile der Größe."

Die Stimme klingt uns bekannt: haben nicht schon unter Heinrich IV. der Herzog von Sully, der Kanzler Pasquier

ebenso gesprochen, als sie ihrem König die Gefahren unersättlicher Begehrlichkeit und die Notwendigkeit der Selbstbeschränkung vor Augen hielten? Den praktischen Kommentar zu dieser weisen Lehre hatte damals schon nach zwanzig Jahren die Politik Richelieus zu geben begonnen, die um der eigenen Sicherheit willen Eroberungen machte und als letztes Ziel die französische Hegemonie ins Auge faßte. Drei Menschenalter lang war Frankreich diesen Wegweisern gefolgt und hatte die Welt daran gewöhnt, daß es zu wachsen und zu herrschen verlange und sich befugt glaube. War das alles vorbei? Waren denn die alten, jahrhundertelang festgehaltenen Überlieferungen vom Erbe Karls des Großen, von den natürlichen und historischen Grenzen des Landes ganz vergessen, die Kampflust und der kecke Unternehmungsgeist der früheren Tage völlig erstorben?

Man hätte es glauben können, wenn man nur auf die Reden achtete, die in den eleganten Salons der vornehmen Gesellschaft, in den behaglichen Arbeitsräumen der Minister und Diplomaten und derer, die es werden wollten, geführt wurden. Aber es gab noch ein zweites Frankreich, das von Staat und Regierung schon seine eigenen Vorstellungen hatte und auch über die auswärtige Politik, die dem Lande fromme, anders dachte: das Frankreich der Kaufleute und Industriellen, der Anwälte und Tagesschriftsteller, der Ehrgeizigen und Enttäuschten, das Frankreich des unruhigen, begehrlichen, unzufriedenen Mittelstands. Wenig genug hatte dieser bisher bedeutet in dem Lande des Adels, das Frankreich mehr als irgend ein anderes in Europa gewesen war. Er hatte immer nur gedient und gehorcht und den Adel nachzuahmen gesucht, niemals selbst etwas sein wollen. Neuerdings aber hatte er sich gewandelt, Reichtum und Bildung hatten sein Selbstbewußtsein geweckt, dem bevorzugten Stande fühlte er sich ebenbürtig, überlegen, behauptete wohl, die Nation schlechthin zu sein, und forderte für sich den entsprechenden Anteil am Staat. Es wohnten gleichsam zwei Parteien in einem Hause, Parteien, die einander sehr unähnlich waren. Noch fühlte sich die gute Gesellschaft in den prächtigen

Räumen des Oberstocks als Herrin im ganzen Hause. Wie aber, wenn die Leute aus dem Erdgeschoß und den Kellerwohnungen die Treppe heraufstiegen, die Türen sprengten und von den herrschaftlichen Zimmern Besitz ergriffen? Wenn an Stelle der Dynastie, des Adels, der aristokratischen Gesellschaft, die bisher die französische Geschichte gemacht hatten, das Volk selbst in der Politik zu Worte kam und die Zügel der Regierung an sich riß, das Volk mit seiner Massenseele und seinen Masseninstinkten, das Volk, das andere Wünsche und Bedürfnisse hatte und auch die Geschichte der Vergangenheit anders las? War dann nicht zu erwarten, daß mit der Gesamterscheinung und dem ganzen Wesen des Staates auch sein Verhältnis zum Nachbarland ein anderes werden würde?

3.

Das große Erdbeben, das in Frankreich seit dem Sommer 1789 den jahrhundertealten klerikal-feudalen Ständestaat umstürzte und dem bürgerlichen Gleichheitsstaate Platz schuf, die Französische Revolution, das Urbild und oft nachgeahmte Vorbild aller Staatsumwälzungen der neuesten Zeit, verläuft wie ein kunstgerecht gebautes Drama in mehreren Akten und vielen Auftritten. Schon der Umsturz selbst spielt sich in zwei getrennten Stößen ab, so daß man eigentlich von zwei Revolutionen sprechen darf. Die erste bringt den Sieg über das absolute Königtum und gibt Frankreich in der Verfassung vom September 1791 die Gestalt einer konstitutionellen Monarchie. Ihre Führer sind Männer aus dem liberalen Adel, Grafen, Marquis, Herzöge: Mirabeau, Lafayette, Orléans. Ganz anders der zweite Akt. Da ist es der Mittelstand, der die Monarchie selbst beseitigt, die Republik aufrichtet, Männer des Wortes und der Feder, meist Anwälte und Schriftsteller, verkannte Talente, auch Entgleiste und Deklassierte: Brissot, Merlin, Danton, Robespierre usw.

Die beiden Gruppen wollen verschiedene Dinge, sie unterscheiden sich auch in ihrer auswärtigen Politik. Die Gesinnung der liberalen Aristokratie kennen wir schon: es ist dieselbe, die in den letzten Jahren vor der Revolution die Politik des Landes bestimmt hatte. Frankreich ist gesättigt, bedarf keines Zuwachses; sein Einfluß, überall herrschend mit den Mitteln des Geistes, der Ideen, der Sprache, der Sitte, sichert ihm ohnehin die Hegemonie und kann nur wachsen, wenn es nach außen den Frieden und das Recht vertritt, im Innern sich vervollkommnet und durch sein Vorbild alle Nationen in seinen Bann zwingt. „Alle freien Völker“, so ruft Mirabeau, „bilden eine Genossenschaft zum Schutz gegen die Tyrannen. Die Farben Frankreichs

sollen auf allen Meeren wehen, allenthalben Achtung gebietend, nicht als Zeichen von Kampf und Sieg, sondern als Zeichen heiliger Verbrüderung der Freiheitsfreunde auf der ganzen Erde." Ein neues Völkerrecht soll das alte verdrängen: die Idee der Gerechtigkeit. Die bisherigen Verträge gelten nicht mehr — „Irrtümer der Könige, Ränke ihrer Minister", wie Merlin sich ausdrückte. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch unter den Nationen! Aus diesem Geiste geht die Erklärung der Nationalversammlung vom 22. Mai 1790 hervor: „Die französische Nation verzichtet auf jeden Krieg in erobernder Absicht und wird niemals ihre Macht gegen die Freiheit irgend eines Volkes gebrauchen."

Ganz so uneigennützig, wie es klang, war das doch nicht gemeint. Mit dem kosmopolitischen Ideal sollte der Vorteil Frankreichs sich decken. Das verriet derselbe Mirabeau, der so erbaulich von Völkerbund und Verbrüderung der freien Nationen zu sprechen wußte, wenn er an einen Freund in Deutschland schon am 31. Januar 1790 schrieb: „Ist Frankreich vernünftig und versteht es sich auf seinen Vorteil, so kann es Bündnisse haben, die so viel wert sind wie die schönsten Eroberungen. Kraft einer guten Verfassung würde es bald den Rhein erreicht haben und, was mehr ist, einen unwiderstehlichen Einfluß auf alle Regierungen Europas üben durch die Vervollkommnung und den höchsten Glückszustand der Menschheit."

Nicht ganz zwei Jahre waren verflossen seit jener friedeatmenden Erklärung vom 22. Mai 1790, da wurde am 20. April 1792 an derselben Stelle die Kriegserklärung an Österreich mit allen gegen sieben Stimmen beschlossen. Ein einziger Redner hatte dagegen zu sprechen gewagt und war kaum gehört worden. Inzwischen war die zweite Nationalversammlung zusammengetreten, die „Gesetzgebende", und in ihr herrschte nicht mehr das liberal-aristokratische, konstitutionell-monarchische Element, sondern das demokratisch-republikanische. In diesen Kreisen lebte ein anderer Geist. Zwar gab man sich den Anschein, den früher verkündigten geheiligten Grundsätzen treuzubleiben: nur „zum Schutze

der eigenen Freiheit und Unabhängigkeit" wollte Frankreich diesen Krieg auf sich nehmen, der „nicht ein Krieg von Volk zu Volk, sondern die gerechte Verteidigung eines freien Volkes gegen den ungerechten Angriff eines Königs" sei. In Wahrheit hatte man den Krieg gewollt, um durch ihn die Nachbarn zur Revolution mit fortzureißen, die eigenen Grundsätze überall zur Herrschaft zu bringen und damit Frankreich die Vormacht in Europa zu sichern. Es spielte noch allerlei anderes hinein, vor allem die Berechnung, daß aus dem Kriege der Sturz der Monarchie in Frankreich selbst hervorgehen werde. Die stärkste Triebfeder aber war doch die Absicht der revolutionären Propaganda. Wenn Merlin den Sinn des Beschlusses in die Worte kleidete: „Krieg den Königen, Friede den Nationen", so war es deutlich: der Sturz der Monarchie, die Begründung der Republik in den Nachbarländern und damit der französischen Vorherrschaft über sie war das eigentliche Kriegsziel.

Man dachte sich den Krieg allein gegen Österreich gerichtet und als einen Krieg von kurzer Dauer, der das Haus Habsburg aus den Niederlanden — die Bezeichnung Belgien kam eben damals auf — vertreiben würde. Man rechnete auf die Neutralität des deutschen Reiches und Englands, hoffte sogar auf ein Bündnis mit Preußen. Es wurde ein Weltkrieg, der über zwanzig Jahre dauerte, das Antlitz Europas vorübergehend vollkommen veränderte und ihm seine dauernden Spuren aufgedrückt hat.

Wie jeder Weltkrieg der letzten dreihundert Jahre war auch dieser in erster Linie ein deutsch-französischer Krieg. Nicht zwar in seiner tieferen Bedeutung. Der Eintritt Englands, hervorgerufen durch die französische Besetzung Belgiens, verlegte den weltgeschichtlichen Schwerpunkt des Kampfes, ganz wie im Spanischen Erbfolgekrieg, aufs Meer und in außereuropäische Länder. Sein größtes Ergebnis war denn auch das Ende des französischen Kolonialreiches und die Vollendung der englischen Weltherrschaft. Ausgefochten aber wurde dieser englisch-französische Zweikampf zur größeren Hälfte auf deutschem Boden, und kein Land hat seine Wech-

selfälle stärker zu spüren gehabt, keines durch ihn eine tiefere Veränderung seines ganzen Daseins erfahren als Deutschland. In Deutschland hat er seinen Anfang genommen, vorwiegend mit deutschen Kräften ist er geführt, durch deutsche Kräfte schließlich beendet worden, und die Umgestaltung der deutschen Karte ist sein greifbarstes Ergebnis.

Eine Quisquilie, eine staatsrechtliche Kuriosität und politische Bagatelle hatte seinen Anlaß gebildet. Es handelte sich um das Elsaß. Nicht um die Provinz selbst und ihre Zugehörigkeit zum einen oder andern Staat. Daß das Elsaß der französischen Krone gehöre und diese dort die volle Souveränität ausübe, war durch die Friedensverträge von Münster und Rijswijk entschieden und durch die Gewohnheit eines Jahrhunderts anerkannt. Aber diese Verträge hatten die grundherrlich-feudalen Rechte deutscher Fürsten und Herren — fünfzehn an Zahl — in einzelnen Landesteilen bestehen lassen, Rechte, die sich nur noch in gewissen Abgaben ausdrückten. Durch die Beschlüsse der Nationalversammlung — Aufhebung aller feudalen Lasten und Einziehung der Kirchengüter, Beschlüsse, die man ohne weiteres auch auf das Elsaß angewandt hatte — waren diese deutschen Reichsstände ihrer elsässischen Einnahmen verlustig gegangen. Entgegenkommender als sonst hatte die französische Regierung zunächst Entschädigung angeboten. Hätte man gewollt, so wäre es ein leichtes gewesen, den Krieg zu vermeiden. Aber auch auf deutscher Seite gab es Elemente, die zum Kriege drängten: eigensinnige Fürsten, die bei der Entschädigung zu kurz zu kommen fürchteten, andere, die bei einem Sieg über Frankreich zu gewinnen hofften, wieder andere, denen es um die Befreiung des unglücklichen Königspaares zu tun war. Dahinter stand die Schar der französischen Emigranten, die mit deutscher Hilfe in die Heimat zurückzukehren wünschten. Sie alle drängten den Kaiser, sich der „possidierenden“ Fürsten anzunehmen, ihre Sache zur Reichssache zu machen und für sie das Schwert zu ziehen.

Solange Kaiser Leopold II. lebte, war die Frage in Wien mit merklicher Kühle behandelt worden. Viel eifriger war

man in Berlin, wo Friedrich Wilhelm II., romantischen Anwandlungen immer zugänglich, ehrgeizig und kurzsichtig zugleich, sich in der Vorstellung gefiel, als ritterlicher Vorkämpfer des monarchischen Gedankens die Lorbeeren von Roßbach neu ergrünen zu lassen. Kaiser Leopold, beraten vom alten Fürsten Kaunitz, neigte trotz aller Teilnahme für seine Schwester Marie Antoinette dazu, den Fall ganz nüchtern zu behandeln und Frankreich sich selbst zu überlassen. Er sagte sich, sprach es auch aus, daß die Lähmung Frankreichs, die sich aus der Revolution ergeben hatte, für Österreich vorteilhaft sei; daß eine Wiederherstellung des absoluten Königtums auch das frühere Übergewicht Frankreichs wiederherstellen würde; daß also Österreich nichts zu gewinnen, höchstens zu verlieren haben würde, wenn es sich der „Possidierenden“ annähme und es darüber zum Kriege käme. So wäre denn, trotz alles Drängens und Treibens der Emigranten, der Krieg schwerlich ausgebrochen, hätten die in Paris an die Oberfläche gekommenen Elemente ihn nicht gewollt und für notwendig gehalten, „um die Revolution zu vollenden“, wie einer der Abgeordneten offen eingestand, und wäre nicht Kaiser Leopold in dem Augenblick, wo Frankreich mit einem fast beleidigenden Ultimatum an ihn herantrat, plötzlich gestorben. Sein Sohn Franz II., 24 Jahre alt, unerfahren, beschränkt und hochmütig, nahm die Herausforderung auf, die Leopold noch hatte liegen lassen, Preußen schloß sich ihm an, und so begann nach dreimonatigen Vorbereitungen im August 1792 der Feldzug.

Waren die französischen Kriegstreiber in Irrtum und verschwommenem Enthusiasmus befangen, so waren sich auch ihre Gegner nicht klar, was sie eigentlich wollten. Kein Zweifel, daß es damals möglich gewesen wäre, die französische Macht auf lange hinaus völlig zu vernichten und Deutschland das Übergewicht vergangener Zeiten wiederzugeben, wenn man es ernstlich wollte. Aber so weit reichten die Gedanken weder in Wien noch in Berlin. Über das praktische Ziel bestand keinerlei Vereinbarung zwischen den Verbündeten. Wohl war hier wie dort davon die Rede gewesen — es lag ja

so nahe, es lag förmlich in der Luft, und auch am Reichstag in Regensburg sprach man davon —, Elsaß und Lothringen zurückzufordern, zunächst als Pfand für Erstattung der Kriegskosten, um es später ganz zu behalten. Aber ausgemacht war das keineswegs, ja, es war sogar zweifelhaft, ob man darin einig sei. Wem hätten denn die beiden Länder zufallen müssen, wem anders als dem Kaiser, dem das Elsaß großenteils einst gehört hatte und der selbst Nachkomme und Erbe der Herzöge von Lothringen war? Eine solche Vergrößerung Österreichs aber war nicht das, was man in Berlin wünschte, zum mindesten mußte Preußen dann ebenfalls einen Zuwachs erhalten. Man hat von Jülich und Berg gesprochen, die aber dem Haus Bayern gehörten, deren Erwerb also weitere Verschiebungen zur Voraussetzung hatte. Dazu kam das ängstliche Mißtrauen, womit die beiden Verbündeten einander im Osten gegenüberstanden, jeder nach Vergrößerung aus der Erbmasse des sterbenden Polen begierig und keiner dem andern einen Zuwachs gönnend.

War man sich über die praktischen Absichten weder klar noch einig, so blieb als Kriegsziel nichts weiter übrig als die Rettung der Monarchie in Frankreich. Aus dieser Unklarheit, ja Gedankenlosigkeit ging das unglückliche Manifest hervor, womit der Oberbefehlshaber der verbündeten Armee, Herzog Ferdinand von Braunschweig, den Feldzug eröffnete. Es war in den Kreisen der französischen Emigranten verfaßt, machte in blutrünstigen Wendungen jeden einzelnen Franzosen für Leben und Sicherheit des Königspaares haftbar und drohte mit Mord und Brand und Verwüstung von Städten und Dörfern, wenn den Majestäten ein Haar gekrümmt würde. Besser hätte man es nicht anfangen können, wenn man auch den letzten Franzosen davon überzeugen wollte, es handle sich um Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlands, um Leben und Eigentum jedes einzelnen. Ein Zustrom von Freiwilligen, wie man ihn noch nie gekannt hatte, war die Antwort der französischen Nation. „Das Manifest des Herzogs von Braunschweig", so bezeugt ein Augenzeuge, der spätere Marschall Gouvion St. Cyr, „brachte uns in weniger als

3 Wochen über 100 Bataillone." Die Freiwilligen waren unerfahren, unausgebildet, von wenigen Offizieren geführt — die Mehrzahl des adligen Offizierkorps hatte längst den Dienst, zum Teil das Land verlassen —, aber sie waren mutig, tapfer, opferwillig bis zum äußersten. „Der Patriotismus ersetzte alles", sagt St. Cyr. So wirkten sie unter der geschickten Leitung von Generälen wie Dumouriez und Kellermann bei Valmy am 22. September 1792, einen Tag, nachdem in Paris das Königtum gestürzt und die Republik verkündigt worden war, das Wunder, daß der Feind, die weltberühmten Regimenter Friedrichs des Großen, vor ihnen kehrt machte und den Rückzug antrat. Es war einer der Tage, an denen die Zeitalter sich scheiden. Goethe, der mit dem Seherblick des Genies den Vorgang beobachtete, wußte es und sprach es sogleich aus, daß von diesem Tage eine neue Zeit ihren Anfang genommen hatte.

Die Revolution hatte in Frankreich viel zerstört, aber sie hatte eine Kraft geweckt, die längst im Volke schlummerte und nur darauf wartete, daß man sie rief: den Patriotismus einer ihrer selbst bewußt gewordenen, im Glauben an sich selbst und in der Liebe zum Vaterland einigen Nation. Die Verkörperung dieses Geistes war die Armee. Sie kämpfte vor allem gegen die abtrünnigen Volksgenossen, die der Heimat untreu geworden waren und jetzt den Feind ins Land führten. Nichts Neues, nicht erst aus den Verbrüderungsfesten der Revolution hervorgegangen war diese leidenschaftliche Vaterlandsliebe, dieser unerbittliche Ruf nach Einheit der Nation. Jahrhunderte hatten daran gearbeitet, die Kräfte geschaffen, die jetzt durch die Umwälzung erst voll entbunden wurden, da zum ersten Male das Volk nicht auf höheren Befehl, nein, ganz aus sich heraus zu handeln berufen war. Man kann es nicht besser ausdrücken als in dem schönen Vergleich, den Albert Sorel gefunden hat: die Monarchie hatte das Metall in ihre Form gegossen, die Revolution hatte die Form zerbrochen, der Kern trat hervor, fest und hart, der Guß war gelungen. Das hat Frankreich die Kraft gegeben, einen vom Zaune gebrochenen Krieg gegen alle Mächte der alten Zeit,

unvorbereitet, ungerüstet, unter den allerschwierigsten Umständen, den Bürgerkrieg im Lande, jahrelang fortzusetzen und, als das Feldherrngenie ihm zu Hilfe kam, siegreich zu gewinnen. Das war die ungeheure Überraschung für die übrige Welt, die geglaubt hatte, Frankreich sei tot: das totgesagte entwickelte Kräfte, die sich ganz Europa gewachsen, zuletzt überlegen zeigten. Mirabeau, der es nicht mehr erlebte, hatte es schon gewußt und vorausgesagt, als er den Ausspruch Burkes, Frankreich sei nur noch ein leerer Raum, eine große Dummheit nannte: Frankreich, sagte er, ist ein Vulkan, jeden Augenblick bereit auszubrechen und sich nach allen Seiten zu ergießen.

Wenn ein Vulkan ausbricht, so kommt zum Vorschein, was zu tiefst in ihm verborgen lag. Die Revolution hatte mit dem Patriotismus zugleich alles andere an die Oberfläche geschleudert, was im französischen Volke seit Jahrhunderten aufgespeichert war, die ureigensten Instinkte der Rasse, gute und böse: die frohgemute Abenteuerlust, das kühne Heldentum, die leichtentflammte Begeisterung für glänzende Ideale, aber auch die Eitelkeit, die sich bewundert sehen, die Herrschsucht, die sich überlegen fühlen will, die Rachsucht, die nie vergißt noch verzeiht, und die Grausamkeit, die die Qual des Opfers genießt; nicht zu vergessen die räuberische Habgier, die alles besitzen, alles an sich raffen und dem Nachbarn gar nichts gönnen will. Damit zugleich aber waren auch die alten Überlieferungen erwacht, die der Nation seit Jahrhunderten von ihrer Literatur gepredigt, von ihren größten Herrschern und Staatsmännern vorgelebt waren: daß das französische Volk als der rechte Erbe eines ehemaligen Weltreiches, das erste Volk der Christenheit, die älteste Tochter und Nachfolgerin Roms berufen sei, die europäische Kulturwelt zu führen, Europa zu beherrschen.

In diesen Vorstellungen, mochte die Politik des Königs sie zurzeit auch wenig hervortreten lassen, war die Generation aufgewachsen und unterrichtet worden, die jetzt die Macht erobert hatte. Sie hatte nie etwas anderes gelesen noch gelernt. Voltaire, in dem sie ihren geistigen Befreier verehrte,

hatte in seinem „Zeitalter Ludwigs XIV." das Hohelied der französischen Weltmacht gesungen, und ihr Abgott Rousseau, der Prophet des irdischen Naturparadieses, hatte die Lehre von den natürlichen Grenzen als unumstößliche Wahrheit vorgetragen. Kann man sich wundern, daß das junge Geschlecht — die Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung waren in der Mehrzahl noch nicht 35 Jahre alt —, das aus solcher Schule kam, als es nun, fast ohne Kenntnis der Welt, durchweg ohne jede eigene Erfahrung, mit der Macht über den Staat die Gelegenheit gewonnen hatte, seine Gedanken in die Tat umzusetzen, daß es fast unwillkürlich die alten Pläne der Eroberung, die unter Richelieu und Ludwig XIV. nur halb ausgeführt waren, zu vollenden unternahm? Daß in den Reden der Nationalversammlung das Vorbild Ludwigs XIV. alle Augenblicke angerufen wurde? Kann man sich wundern, daß für diese Menschen der Kampf für die Ausbreitung des neuen Evangeliums von Freiheit und Brüderlichkeit aller Völker zusammenfiel mit der Ausdehnung der Grenzen des eigenen Landes bis an die Linie, die ihnen von Natur und Geschichte vorgezeichnet sein sollte? War denn nicht die Einverleibung in das Vaterland der Freiheit sicherste Bürgschaft der Glückseligkeit für jedes Volk? Wie bei den Kreuzrittern Gottfrieds von Bouillon der schwärmerische Glaube an Gott und die Heiligen mit der Gier nach Beute, so flossen bei den Politikern und Soldaten der Revolution Weltbeglückung und Eroberung in eins zusammen.

Es dauerte nicht lange, so hatten die natürlichen Instinkte auch die letzten schwachen Dämme weltbürgerlich-pazifistischer Doktrin durchbrochen, und in ungehemmtem Strom ergoß sich die französische Eroberung über die östlichen Nachbarn. Die unverhofften Erfolge der Armee wirkten fortreißend, sie zwangen zum Entschluß. Als hinter dem abziehenden Feinde her Dumouriez in Belgien einfiel, die Österreicher bei Jemappes schlug und das Land besetzte, während Custine fast ohne einen Schuß Speyer, Worms und Mainz zur Übergabe zwang und das Rheinland bis an die Mosel einnahm, da gab es kein Halten mehr. Mit den Siegen der Armee muß-

ten die Beschlüsse des Pariser Konvents Schritt halten. Noch schwankte man zwischen einem System verbündeter Nachbarrepubliken und der schlichten Einverleibung. Die eigene Geldnot gab zuletzt den Ausschlag. Um den Krieg zu bezahlen, mußte man annektieren. Es waren reiche Länder, um die es sich handelte, sie sollten helfen, die hohe Sendung erfüllen, der Frankreich sich gewidmet hatte.

Seit Monaten sprachen die leitenden Männer, Dumouriez, Brissot, Cambon, Grégoire, unter sich und gelegentlich auch auf der Tribüne davon, auf die „natürlichen Grenzen“ waren ihre Augen gerichtet. Die Losung hatte Dumouriez noch als königlicher Minister in einem Kronrat Ludwigs XVI. ausgegeben. „Frankreich“, hatte er gesagt, „kann dauernde Sicherheit nur hinter dem Schutzwall des Rheins genießen.“ Seitdem war der Gedanke Gemeingut geworden. Der letzte Widerspruch verstummte, als der Mann, der zurzeit die Regierung beherrschte, aussprach, was schon die große Mehrheit dachte. Die Rede, die Danton am 31. Januar 1793 im Konvent hielt, ragt weit empor über all die vielen Eintagsreden, die jene Versammlung gehört hat und die nur als Beiträge zur Kenntnis eines Augenblickes Bedeutung haben. Dantons Worte sind das Programm geworden, dem die Politik Frankreichs gefolgt ist unter dem Wohlfahrtsausschuß und dem Direktorium, unter Napoleon und den Bourbons; sie sind Programm geblieben für die Julimonarchie, für das zweite Kaiserreich und für die dritte Republik, sie waren es während des Weltkriegs und im Frieden von Versailles, und es wird sehr starker und dauernder Beweise, Beweise der Tat, nicht Worte und Erklärungen, bedürfen, um die Welt davon zu überzeugen, daß sie es nicht auch in Zukunft bleiben werden.

Hören wir Danton! Er mußte sich nach zwei Seiten wenden. Wollten die einen schlechterdings von gar keinen Grenzen für die Propaganda der Eroberung hören, so gab es auch solche, denen jede Annexion zuviel erschien. Beiden zugleich galt sein Zuruf: „Umsonst sucht man die Befürchtung zu wecken, daß die Republik sich zu weit ausdehnen könnte. Die Grenzen Frankreichs sind von der Natur abgesteckt. Wir werden sie

an ihren vier Enden erreichen: am Ozean, an den Ufern des Rheins, an den Alpen, an den Pyrenäen. Keine Macht kann uns aufhalten." Einen grundsätzlichen Bericht über die Frage der Annexionen erstattete Carnot. Er war ursprünglich Eroberungen abgeneigt gewesen, hatte insbesondere gegen die Rheingrenze mancherlei Einwendungen gemacht und der alten, unter Ludwig XIV. geschaffenen Befestigungslinie des Königreiches den Vorzug gegeben. Aber auch er widersprach jetzt nicht der herrschenden Meinung. Auf das Recht, die alten, natürlichen, durch Usurpation verloren gegangenen Grenzen zurückzufordern, wollte er sich nicht berufen, um so mehr auf die gebieterische Pflicht, für die Verteidigungsfähigkeit zu sorgen auch dort, wo fremde Interessen dadurch verletzt würden. Sein Bericht wurde einstimmig angenommen, und bis zum 30. März waren die Dekrete, eines nach dem andern, beschlossen, durch die Belgien und das linke Rheinufer für Teile des französischen Staatsgebiets erklärt wurden.

Darum ging nun acht Jahre lang der Krieg. Ein Krieg zwischen sehr ungleichen Gegnern: eine ganze Nation auf der einen Seite, bei aller inneren Zerrissenheit doch einig in dem festen Willen, ihre Unabhängigkeit zu wahren und ihren Platz in der Welt zu behaupten, überreich an Kräften in ihrem Schoß, aus dem, unter heillosester Zerrüttung der öffentlichen Ordnung, wie im gärenden Frühling immer neue Talente der Verwaltung und Kriegführung in schier unerschöpflicher Fülle hervorschießen. Auf der andern Seite eine Handvoll Fürstenhöfe, uneinig, unehrlich, unfähig. Die deutsche Nation hat diesen Krieg nicht geführt, ja, man muß es aussprechen, nicht einmal begriffen. Wo blieb die Erregung, der patriotische Zorn, die doch noch hundert Jahre früher, als Ludwig XIV. das Elsaß raubte, das deutsche Volk geschüttelt und in der Literatur einen starken Ausdruck gefunden hatte? Zwar ist es eine Lüge, die Bevölkerung der Rheinlande habe in edler Begeisterung ihre Vereinigung mit den neufränkischen Brüdern freiwillig vollzogen. Die Volksabstimmungen, die man veranstaltete, um die Eroberung zu maskieren, lieferten beschä-

mend kleine Zahlen, wo nicht Gewalt nachhalf. Der angebliche Anschlußwille der Rheinländer war eine kolossale Fälschung, so wie einst die Sprüche der Reunionskammern nur dreiste Rechtsverdrehungen gewesen waren, und die neueste französische Literatur — es sind leider auch illustre Namen darunter, von lärmenden Tagesschriftstellern zu schweigen — entehrt sich selbst, wenn sie diese Fälschung aufrechthalten will. Darüber kann kein Zweifel aufkommen: die örtliche Bevölkerung hat die französische Herrschaft nicht gewollt, sie hat sie über sich ergehen lassen, weil sie sie nicht abzuwenden vermochte. Sie war, wie der französische General in Aachen ihrem passiven Widerstreben zornig entgegenhielt, „nicht reif für die Freiheit". Aber ebensowenig kann von einem ernsthaften Widerstand die Rede sein, und während die Menge sich grollend fügte, gab es — auch das soll nicht geleugnet noch beschönigt werden — überall im gebildeten Bürgertum „erleuchtete Köpfe", die das Licht der französischen Freiheit jubelnd begrüßten, darunter Namen, die keinen schlechten Klang hatten, einen Eulogius Schneider, Georg Forster, den Juristen Böhmer, den ganzen Klub der Freiheitsfreunde in Mainz, den jungen Joseph Görres in Koblenz usw. Im übrigen Deutschland vollends lauscht man vergeblich nach einem Ton, ähnlich dem, der Ludwig XIV. entgegengeklungen war.

Man muß auch dies zu verstehen suchen. Was in Paris geschah, war zunächst als ein Sieg der Vernunft über die Finsternis erschienen und hatte schon darum allgemeinen Beifall gefunden. In dem lauten Chor der Bewunderer und Lobredner Frankreichs hört man keine dissonierende Stimme. Wenn führende Geister wie Klopstock, Schiller, Kant die Anfänge der Umwälzung in Frankreich mit lebhaftem Beifall begrüßten, als handelte es sich um eigenen Gewinn, wenn sogar ein regierender Fürst wie der Herzog von Gotha in den Pariser Vorgängen einen großen Schritt vorwärts zur Glückseligkeit der ganzen Menschheit erblickte, so wundert man sich nicht, daß die Schar der *Dii minorum gentium*, daß insbesondere die Jugend in ihrer Bewunderung des neufränkischen Evange-

liums gar kein Maß kannte. Gewiß klang die Losung von Freiheit und Gleichheit vielen Deutschen umso lieblicher, je weniger sie im Ernste hoffen konnten, daß nun auch in ihrem Lande mit überlebten Kastenunterschieden in der Gesellschaft und sinnlos gewordenen Vorrechten im Staatsleben würde aufgeräumt werden. Daß Schiller und Klopstock die Ehre des französischen Bürgerrechtes erhielten — Schiller mußte sich dabei die Umgestaltung seines Namens zu Gillière gefallen lassen —, hat wohl auch manchem geschmeichelt. Aus dieser Stimmung ist es zu erklären, daß der junge Tieck, während das deutsche Reich gegen Frankreich Krieg führte, gestand, es müsse doch ein großes Gefühl sein, unter Dumouriez zu fechten und zu fallen; daß Klopstock den Herzog von Braunschweig in der Ode „Der Freiheitskrieg" vom Kriege gegen Frankreich abmahnte; daß Heinrich Voß zur gleichen Zeit unter dem Titel eines „Gesanges der Neufranken" ein Gegenstück zur Marseillaise in beschämend schlechten Versen dichtete und Hölderlin an seine Schwester schrieb: „Bete für die Franzosen, die Verfechter der Menschenrechte!" Die deutschen Soldaten waren ja „Söldner", die französischen „freie Bürger". Aber bald folgte die Ernüchterung. Nur sehr wenige waren es, die angesichts der Tatsachen ihr Urteil nicht gründlich revidierten, manch einer tat öffentlich Buße und Abbitte, wie Klopstock in der Ode „Mein Irrtum" (1793 „Ach des goldenen Traums Wonn' ist dahin ... Und ein Kummer, wie verschmähter Liebe, kümmert mein Herz"). Seit 1793 hörte man aus den führenden Kreisen kaum etwas anderes als Abscheu und Grauen über Frankreich und die Franzosen. Der alte Kant stand sehr allein, da er noch 1794 im Privatgespräch sich ganz eingenommen für die Revolution zeigte und sogar für die Jakobiner eintrat.

Und trotzdem diese stumpfe Gleichgültigkeit, mit der man zusah, wie Frankreich das deutsche Rheinland unter dem Schein der Freiheit an sich brachte! Auf den Umschlag der Stimmung gegenüber Frankreich ist diese Tatsache ohne jeden Einfluß gewesen; der rücksichtslose Griff nach deutschem Land und Volk blieb ohne Antwort, wurde ohne Protest hin-

genommen. Dafür gibt es nur eine Erklärung: das deutsche Nationalgefühl lag in tiefem Schlaf wie noch nie.

Angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsache erscheint die immerhin befremdliche Zahl von einzelnen Deutschen belanglos, die seit der Revolution im französischen Staatsleben eine Rolle spielen, wie der gewandte Schwabe Reinhard, der gelehrte Böhmer, der enthusiastische Anacharsis Cloots aus dem Rheinland, der schon 1786 in einer Druckschrift die Rheingrenze für Frankreich gefordert und vor allem verlangt hatte, daß Cleve, „mein heimatliches Tal, meine Wiege, mit Frankreich vereinigt werde"; nicht zu reden von den deutschen Elsässern, den Reubel, Koch, Roederer, Kellermann, Kleber und wie sie alle hießen, die als Generäle, Regenten, Parlamentarier der Republik sich hervortaten. Indem sie dem französischen Staate dienten, setzten sie die Tradition der deutschen Offiziere und Soldaten fort, die bisher ganze Regimenter des französischen Königs gefüllt hatten, Regimenter, deren Namen ihre Herkunft bezeichneten — Royal-Allemands, Royal-Bavière, Royal-Deux-Ponts usw. —, die hauptsächlich aus Deutschen und Elsässern bestanden und in denen allgemein deutsch gesprochen wurde. Die deutschen Soldtruppen waren abgelöst durch ein Häuflein geistiger Reisläufer, die ihr Vaterland noch ungescheuter verleugneten.

Die deutsche Nation hat den Krieg gegen Frankreich nicht geführt und das deutsche Reich auch nicht. Es dauerte fast ein Jahr, bis es sich entschloß, ihn wenigstens zu erklären — daß eine Reichsangelegenheit den äußeren Anlaß gegeben hatte, schien vergessen —, seine kriegerischen Leistungen waren und blieben gleich Null. Die Last der Kriegführung lag ganz auf den beiden deutschen Großmächten, Österreich und Preußen, die einander nicht trauten und ihre eigentlichen Absichten sorgsam voreinander verheimlichten. Ihre Kräfte ließen sich nicht addieren, im Gegenteil, die Uneinigkeit im Oberbefehl bewirkte, daß sie voneinander subtrahiert erschienen. So ging das Rheinland verloren. Als Preußen, der erfolglosen zwiespältigen Kriegführung müde und durch die polnische Frage stärker angezogen, Kaiser und Reich im

Stiche ließ und im April 1795 seinen Separatfrieden zu Basel schloß, hätte Österreich allein der Aufgabe immer noch gewachsen sein können, wären seine Heereseinrichtungen bessere und das Feldherrntalent nicht auf der Gegenseite gewesen. Die glücklichen Operationen der Jourdan, Hoche und Moreau, schließlich das glänzende Auftreten des jungen Bonaparte brachten die Entscheidung. Auch Österreich schloß im Herbst 1797 zu Campoformio seinen Frieden, einen eigennützigen Frieden nicht weniger als der preußische gewesen war, einen Frieden auf Kosten Deutschlands. Es vertauschte die Lombardei mit dem wertvolleren Venedig und entschädigte sich selbst mit Salzburg und dem Innviertel dafür, daß das deutsche Reich das Rheinland verlor. Nach einem zweiten, kürzeren, aber auch minder glücklichen Waffengang — Marengo und Hohenlinden sind die beredten Namen dafür — bestätigte der Friede von Lunéville (1801) das frühere Ergebnis. Im Namen des Reiches vollzog hier der Kaiser die Abtretung des ganzen linken Rheinufers.

Es war noch keineswegs das Ende, es war nur der Anfang vom Ende. Wie weit entfernten sich doch die französischen Unterhändler auf dem Rastatter Kongreß (1798) von der Wahrheit, als sie die Dreistigkeit hatten, den Deutschen vorzustellen, die Abtretung des linken Rheinufers liege in ihrem eigenen Interesse, da auf diese Art für ihre Sicherheit durch eine unveränderliche Grenze gesorgt sei! Kaum war der Rhein die Grenze, so begannen die französischen Übergriffe auf das rechte Ufer. Die weltlichen Fürsten und Herren, die durch die Abtretung Land und Leute verloren, mußten entschädigt werden — auf dem rechten Ufer. So war es schon 1795 in Basel für Preußen in Aussicht genommen, das damals Cleve aufgab, so wurde es in Campoformio und Lunéville ganz allgemein festgesetzt. Zur Entschädigung sollten die Länder der geistlichen Fürsten dienen. Der Gedanke ist von Frankreich ausgegangen; in ihm traf das revolutionäre Prinzip mit dem französischen Staatsinteresse zusammen.

Nichts war den Menschen der Revolution, ja man kann

sagen, der ganzen Generation von 1789 ein ärgerer Greuel als das geistliche Fürstentum, die Herrschaft der Pfaffen. Sie in Frankreich selbst zu beseitigen, war nicht schwer gewesen, sie sollte aber auch sonst überall verschwinden. Das gehörte zur Propaganda, zum Siege der revolutionären Ideen. Darum war die deutsche Reichsverfassung mit ihren vielen Pfaffenstaaten den Franzosen verhaßt. Sie mußte fallen, mußte reformiert werden; sie hätte sonst wie ein lebendiger Protest gegen die Revolution andauernd über die Grenze geschaut. Das Verschwinden der geistlichen Fürstentümer war aber auch für die französische Politik ein reeller Gewinn, denn jene bildeten die natürliche Gefolgschaft des Kaisers, also eine Stütze der österreichischen Macht. Ihre Stimmen schufen im Reichstag die Mehrheit, durch sie konnte Österreich das Reich hinter sich herziehen. In Österreich aber hatte Frankreich — das kennen wir als allgemeine Meinung seit langem — seinen Erbfeind zu sehen. Wenn Österreich erniedrigt, geschwächt werden sollte, so gehörte dazu, daß man ihm seine Gefolgschaft im Reich, seine Mehrheit im Reichstag zerstörte.

Wir stehen an dem Punkt, wo die Linie der deutsch-französischen Beziehungen moralisch am tiefsten sinkt. So demütigend die Erfahrungen früherer Zeiten sein mögen, so schmerzhaft wir die Erinnerungen an den Raub von Straßburg, an so viele verlorene Schlachten, an die Erniedrigung Preußens empfinden, es ist doch alles nichts gegenüber dem Schauspiel, das sich nach dem Lunéviller Frieden darbietet. Die Waffenehre kann wiederhergestellt, die Scharte einer verlorenen Schlacht durch neue Siege ausgewetzt werden, und wir wissen, daß es geschehen ist. Der Staat Friedrichs des Großen hat sich größer und besser aus der Erniedrigung wieder erhoben. Nie zu tilgen ist die Schande, die Deutschlands Fürstenhäuser auf sich und die Nation geladen haben, als sie sich vor dem französischen Sieger in den Staub warfen, um einige Fetzen Land und einige tausend Untertanen mehr zu erschnappen.

Die Maßregel, um die es sich handelte, die Säkularisation

der geistlichen Fürstentümer, der Erzbistümer, Bistümer und Abteien, und ihre Einverleibung in die benachbarten größeren Staaten; sodann drei Jahre später die Fortsetzung davon, die Mediatisierung der Kleinen und Kleinsten unter den weltlichen Ständen, Fürsten, Grafen, Freiherren, Ritterschaft und Städte, die das gleiche Schicksal traf, in den größeren Nachbarn aufzugehen, dieses Auslüften der Mottenkiste des Heiligen Römischen Reiches, die Liquidation des Mittelalters, sie hätte eine Wohltat sein können. Es war sicher kein Unglück, daß die etwa 250 Karikaturen des Staatsbegriffes, die die deutsche Karte aufwies, verschwanden, insbesondere daß der Unfug der geistlichen Fürstenhöfe ein Ende fand. Es konnte ein Glück sein, wenn Deutschland die Tat aus eigenem Entschluß und in freier Selbstbestimmung durchgeführt hätte. Statt dessen wurde sie ihm vom siegreichen Ausland vorgeschrieben und die Ausführung bis ins einzelne aufgenötigt, zu fremdem Nutzen, mitunter nach Gunst und Laune. Da sah man sie denn zu Füßen des Siegers, all diese Potentaten und Potentätchen, die sonst in ihrem engen Kreise den Gott auf Erden zu spielen liebten; ihre Vertreter füllten die Vorzimmer der französischen Machthaber, katzbuckelten, schmeichelten, machten sogar dem Schoßhund des Ministers den Hof, zahlten mit vollen Händen und versprachen mit noch vollerem Munde auf dem großen Trödelmarkt irdischer Herrlichkeit, der in Paris eröffnet war. Wenn die Franzosen schon bisher hochmütig auf die Deutschen herabgesehen hatten, jetzt lernten sie sie aufs tiefste verachten.

Mit dieser Stimmung erfüllte sich ein für alle Male auch der junge General, der durch eine Kette von unerhörten Kriegserfolgen Herrscher in Frankreich geworden war, der Erste Konsul, bald Kaiser der Franzosen, Napoleon. Er hatte das knechtische Treiben deutscher Kleinstaaterei schon auf dem Kongreß zu Rastatt (1799) beobachtet. Jetzt sah er mit eigenen Augen in den Abgrund von Würdelosigkeit, zu der sich deutsche Fürsten und Minister erniedrigten. Für ihn war es seitdem ausgemacht, daß Deutschland nur eine willen-

lose Masse sei, die man nach Belieben zum Vorteil Frankreichs kneten könne, ein Land, das Soldaten und Geld herzugeben habe für die Zwecke Frankreichs.

Diese Zwecke stiegen immer höher. Der Kaiser der Franzosen brauchte keinen römischen Kaiser neben sich: der Sieg bei Austerlitz nötigte den Habsburger, die Krone des Reiches niederzulegen, dessen größere Fürsten sich auf Napoleons Betreiben für souverän erklärt hatten. Die Stelle des Reiches nahm jetzt der Rheinbund ein, auf dem Papier ein wohlgeordneter Staatenbund mit einer schönen Verfassung, von der aber nichts weiter Wirklichkeit wurde als das französische Protektorat, das die Stellung von Truppen und den Verzicht auf eigene auswärtige Politik auferlegte. Die stolzesten Träume Ludwigs XIV. waren erfüllt: die Kaiserkrone dem Hause Habsburg entrissen, Frankreich gebietende Macht auf dem Festland Europas, seine „natürlichen Grenzen" erreicht und jenseits ihrer eine gehorsame Gefolgschaft deutscher Fürsten, die ihm ihre Erhöhung verdankten und gegen die ehemalige Kaisermacht Österreich eine lebendige Schutzmauer bildeten.

Am Vorabend der Revolution, im Jahre 1787, hatte ein Beamter des französischen Ministeriums in einer Denkschrift über die damalige Lage die Worte geschrieben: „Deutschland ist ein Bollwerk Frankreichs, das in seinem gegenwärtigen Zustand zu erhalten ebenso wichtig für den König ist wie die Erhaltung seiner eigenen Lande. Aus diesem Grunde hat der Westfälische Friede immer für eins der schönsten Kleinode der Krone gegolten." Ebenso hatte Rousseau gemeint, die Verfassung des deutschen Reiches und der Westfälische Friede würden sicherlich für immer die Grundlage der französischen Politik bilden. Das war nun überholt, der Westfälische Friede war überboten. Vom Osten her hatte Frankreich nichts mehr zu fürchten, im Gegenteil, die Kräfte Süddeutschlands, die neuen Souveräne, die dort regierten, die Könige von Bayern und Württemberg, die Großherzöge von Baden und Hessen, Könige und Großherzöge von Frankreichs Gnaden, standen jederzeit zu Frankreichs Verfügung,

die deutsche Division des Rheinbunds ergänzte in willkommener Weise die französische Armee und erlaubte es, die Menschenkräfte des eigenen Landes zu schonen.

Aber auch das genügte noch nicht. Es gab in Deutschland einen Staat, der noch unabhängig dastand und groß genug war, in Verbindung mit andern Mächten Frankreich gefährlich zu werden: Preußen.

Einen merkwürdigen Anblick bietet die Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen in diesen Jahren. Man hat in Paris eine unverhohlene Achtung, ja Bewunderung für den Staat Friedrichs des Großen. Wie oft begegnet in den Reden der Nationalversammlung der Hinweis auf diesen König, wie manche Generäle des Revolutionsheeres hatten im Dienst unter seiner Fahne oder im Kriege gegen ihn sein Genie aus der Nähe kennengelernt! Einem Bündnis mit Preußen war die Stimmung entschieden günstig. So hatte man ja auch unter dem Königreich gedacht, und die Revolution, die Nationalversammlungen, der Konvent, der Wohlfahrtsausschuß sind in diesem Punkte den Überlieferungen der Monarchie treugeblieben. Mit merkwürdiger Zähigkeit haben sie daran festgehalten, in Preußen ihren natürlichen Bundesgenossen gegen Österreich zu sehen. Um es zu gewinnen, war man sogar bereit, es größer und stärker zu machen durch Zuwachs an Land im Osten und Einfluß in Deutschland, durch Erweiterung der Grenzen, vielleicht sogar durch Wiederherstellung Polens unter einem preußischen König. Mit solchen Absichten näherte man sich im Sommer 1798 dem preußischen Hof. Träger der Sendung war niemand anders als der ehemalige Abbé Sieyès. Die Aufnahme, die er fand, die Beobachtungen, die er machte, ließen ihn andern Sinnes werden. „Wenn man dieses Land in der Nähe sieht,“ so faßte er sein Urteil zusammen, „dieses Land, das die Franzosen so wenig kennen, so ist man erstaunt, daß es in Frankreich eine Partei für sich hat.“ Aber er drang nicht durch; in Paris blieb man bereit zum Bündnis, von dem Preußen nichts wissen wollte.

Auch Napoleon hat lange im Bann dieser Gedanken ge-

standen. Bei der Verteilung der Beute der Säkularisationen wurde Preußen auffallend begünstigt. Für die kleinen Gebietsstücke, die es links des Rheines aufgegeben hatte, bekam es mehr als zehnfachen Ersatz. Auch nachher noch hat Napoleon nicht aufgehört, Preußen zu umwerben. Er bot ihm Hannover, die Herrschaft über ganz Norddeutschland, sogar den Kaisertitel. Zum Scheine ist das sicher nicht geschehen. Es wäre sein größter Triumph gewesen, das Land des großen Königs in die Schar der französischen Vassallen einzureihen. Denn dies freilich war die unerläßliche Bedingung, darauf kam es ihm hauptsächlich an, Preußen so fest an sich zu ketten, daß die einzige Koalition, die er noch auf dem Festland zu fürchten hatte, Rußland, Österreich und Preußen, unmöglich wurde. Als das nicht gelang, seine Lockungen in Berlin nicht verfingen, dagegen die innere Schwäche, die Haltlosigkeit und zugleich die Unzuverlässigkeit der preußischen Regierung immer deutlicher hervortrat, da beschloß er die Vernichtung des unbequemen Nachbarn. Daß sie möglich sei, glaubte er zu erkennen. Der Tag von Jena und Auerstädt, noch mehr der klägliche Zusammenbruch von Heer und Staat nach der Niederlage bewiesen, daß er richtig gerechnet hatte, und der Sieg bei Friedland bestätigte das Ergebnis.

Jetzt war er Herr über ganz Deutschland. Wäre es auf ihn allein angekommen, er hätte Preußen verschwinden lassen. Die Rücksicht auf Rußland bewog ihn, dem König die Provinzen östlich der Elbe zu lassen. Auch dieses verstümmelte Preußen war durch Besatzungen und Tributzahlungen fest in seiner Hand, keines eigenen Willens mehr fähig, ein französischer Vassallenstaat nicht weniger als die Staaten des Rheinbunds, als das Königreich Westfalen, das Großherzogtum Berg, mit denen er Bruder, Schwager, Neffen ausstattete, die neugebackenen Apanagen des ebenso neugebackenen französischen Kaiserhauses. Hätte Napoleon alle deutschen Fürsten beseitigt und sich selbst zum deutschen Kaiser oder König erklärt, Deutschland wäre seinem Willen nicht vollständiger unterworfen gewesen, als es jetzt schon war. Von

dieser Stellung aus glaubte er wohl, den großen Kampf siegreich zu Ende führen zu können, zu dem alle deutschen Feldzüge ja nur Begleiterscheinung waren, den Kampf gegen England. Nicht ohne symbolische Bedeutung ist es, daß er das Edikt der Kontinentalsperre, das dem Festland von Europa den Handel mit England untersagte, aus Berlin datiert hat.

Man hat die Unterwerfung Deutschlands als einen ungeheuern Fehler getadelt, der sich nur aus dem gewaltsamen, immer auf Krieg und Schlachtensieg gerichteten persönlichen Temperament Napoleons erklären lasse. Kein Geringerer als Treitschke hat die französische Nation davon freigesprochen, nach deren Sinn solche Ausschreitungen nicht gewesen seien. Das trifft schwerlich zu. Den Anteil, der an den Entschlüssen Napoleons seiner natürlichen Kriegslust, dem Soldatenblut zukommt, braucht man nicht zu verringern, so kann man seinen Gedanken die innere Konsequenz doch nicht absprechen. Wenn er England besiegen wollte, ohne es angreifen zu können — seit der Schlacht bei Trafalgar besaß Frankreich keine Kriegsflotte mehr —, so mußte er den Kontinent beherrschen, mußte er seine Küsten und Häfen in der Gewalt haben, um Englands Handel zu töten und seine Finanzkraft zu brechen. Darum konnte er Deutschland sowenig wie Italien und Spanien die Selbständigkeit lassen, darum mußten Hamburg und Lübeck ebenso wie Neapel und Barcelona französische Häfen sein. Aber selbst wenn es ihm nur um die Behauptung des linken Rheinufers zu tun war, mußte er Herr auch auf dem rechten sein. Er konnte sich da auf Turenne berufen, der bereits gesagt hatte: „Wer das linke Rheinufer behaupten will, muß auf das rechte hinübergehen.“ Das war zunächst militärisch-taktisch gemeint und ist in diesem Sinne unbestreitbare Wahrheit. Es ist aber in politischer Hinsicht nicht weniger richtig. Die vielgerühmte „natürliche“ Grenze war und ist eben keine wirkliche Grenze. Sie sei nur auf der Karte gut, hat Dumouriez selbst geurteilt, der sie ursprünglich verfochten hatte, aber durch Erfahrung eines Bessern belehrt war. Als Grenze kann der Stromlauf nur dienen, wenn ein Vorgelände auf dem

rechten Ufer ihn schützt. Diesen Streifen immer breiter auszugestalten, nötigten die bestehenden Verhältnisse und die Natur der Dinge. Ein Schritt zog da den andern unvermeidbar nach sich, bis das Vorgelände, das den Rheinbund, das Königreich Westfalen und das geknebelte Preußen umfaßte, sich schließlich bis zur russischen Grenze ausdehnte.

Wer wollte behaupten, daß dies nicht nach dem Sinne der großen Mehrheit der Franzosen gewesen sei? Die Politiker der alten Schule, die Staatsmänner, die die Kräfte und Verhältnisse Europas kannten und beurteilten, ein Talleyrand etwa, oder vorsichtige, mehr kluge als unternehmende Männer wie Napoleons Bruder Joseph, mochten wohl die Köpfe schütteln und besorgt sich fragen, wohin das alles führen solle? Die große Masse der Nation hat dem Kaiser nicht nur zugejubelt, wenn er von neuen Siegen heimkehrte, sie hat, als der Krieg nicht enden wollte, den Frieden wohl ersehnt — welches Volk hätte das nicht getan? —, aber an den Eroberungen, zumal an denen auf deutschem Boden, hat sie nichts auszusetzen gefunden. Sie waren ja nichts anderes als die restlose Erfüllung des uralten nationalen Gedankens, daß den Franzosen kraft ihrer Herkunft die Herrschaft in Europa gebühre. Das Streben der alten Könige nach der römischen Kaiserkrone, die Phantasien Pierre Dubois' aus den Tagen Philipps des Schönen, die Ansprüche Ludwigs XIV., alles, was frühere Zeiten auf diesem Gebiet geträumt, gewünscht, gesucht hatten: in den Taten Napoleons I. erscheint es zu neuem Leben erwacht und verkörpert. Darum ist und bleibt er der eigentliche Held der Nation, sein Name ist die kürzeste Formel für das durchlaufende Streben der französischen Geschichte.

In Napoleon hat Frankreich die deutsche Nation unterworfen — so möchten wir sagen. Die Nation selbst hat das nicht sogleich empfunden. Sie hat zunächst nicht gewußt, wie ihr geschah. Sie hielt sich nach wie vor für frei, ja vielleicht für freier als zuvor, da sie so viele ihrer „Zwingherren“ los geworden war. Daß jetzt der Wille eines fremden Herrschers in Deutschland gebot, wurde nur von wenigen rasch

begriffen, die meisten ließ es kalt. Nicht als ob es den Deutschen an Selbstgefühl gefehlt hätte. Im Gegenteil: der Gebildete von 1800 hielt sich und sein Volk für die Blüte der Menschheit, verachtete britischen Krämersinn, verabscheute welsche Roheit, die die edelste Bewegung der Menschheit in Strömen von Blut hatte untergehen lassen. Über alle Nachbarn dünkte sich der Deutsche erhaben, denn er lebte ja im Reich des Geistes, wo sein Volk soeben die größten Leistungen vollbrachte. Mochte die Erde den andern gehören, der Deutsche hatte seinen Platz im Himmel, wie der Poet in Schillers Gedicht, und das dünkte ihn mehr. Was damals im Volke an Patriotismus und Nationalbewußtsein lebte, das hielt sich an die geistigen Werte, deren man sich mit Stolz erfreute und die man nicht gefährdet glaubte. Politisch lebte man sozusagen in der vierten Dimension. Auch das Ende des deutsch-römischen Kaisertums hat daran wenig geändert. Es wurde wohl hie und da mit Trauer und Wehklagen, in Norddeutschland vorwiegend gleichgültig, sogar mit leichtem Spott aufgenommen. Von patriotischem Zorn war wenig zu spüren. Schriften wie die des Buchhändlers Palm, der seine Tat mit dem Leben bezahlte, über „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" blieben vereinzelt. Wie konnte man auch ein Aufflammen stärkerer Empfindungen verlangen, wo jedes greifbare Ziel gefehlt haben würde? War es dem denkenden Patrioten zuzumuten, daß er Gut und Blut dransetze für — ja wofür? Etwa für die Wiederherstellung der politischen Rumpelkammer, die sich Heiliges Römisches Reich genannt hatte? In den Teilen Deutschlands, die gemeinhin das Reich hießen, hatte der deutsche Patriotismus kein Objekt, weil es dort einen deutschen Staat nicht gab. Man begreift es daher nur zu gut, daß auch die Freunde des Vaterlands nicht über wehmütige Klagen hinauskamen, und man begreift auch, daß Napoleon — er stammte ja aus der Schule von Robespierre — überzeugt war, die Mißstimmung, die sich vereinzelt zu äußern begann, mit einigen abschreckenden Exempeln rasch unterdrücken zu können.

Das wurde mit einem Schlage anders, als Preußen am

Boden lag. Hier wurzelten die patriotischen Gefühle in einem lebendigen Staatswesen, das noch vor kurzem die Bewunderung der Welt gewesen war und das sich nur auf sich selbst zu besinnen brauchte, um an der Zukunft nicht zu verzweifeln. An das Schicksal Preußens, an seine Vergangenheit und seine Hoffnungen klammerte sich der deutsche Patriotismus, an ihm ist der deutsche Wille erstarkt.

So ist es denn nicht anders: das nationale Bewußtsein der Deutschen im politischen Sinn ist durch Frankreich zuerst geweckt worden. Am Beispiel der Franzosen hatte man gelernt, was im Leben eines Volkes Vaterland und Nation bedeuten, ihnen verdankte man das Vorbild moderner Verwaltung, das in den neuen deutschen Mittelstaaten Nachahmung fand. Jetzt lernte man unter der Skorpionenzucht ihrer Herrschaft auch den Weg von Gefühlen zum Willen und zur Tat finden.

Mit dem Jahr 1807 beginnt die Wandlung. Das Weltbürgertum ist wie mit einem Schlage überwunden durch den Gedanken des Vaterlands. Die Nation ist erwacht, sie rüstet sich zum Handeln. Kleist, Körner, Arndt sind ihre Dichter, und sogar Goethe erlebt einen Moment, wo er mit Tränen im Auge sich wünscht, durch Dörfer und Schulen ziehen zu dürfen als Bänkelsänger der deutschen Schmach. Als Österreich 1809 unter der Leitung des Schwaben Stadion den Augenblick gekommen glaubte, das Geschehene rückgängig zu machen, da durfte es seinen Kriegsruf an die deutsche Nation richten, daß sie helfe, „Deutschland die Unabhängigkeit und Nationalehre wieder zu verschaffen, die ihm gebühre".

Noch war es zu früh. Noch einmal siegten Frankreichs Waffen bei Wagram, und der Volksaufstand in Tirol, das erste Feuerzeichen einer neuen Zeit, ward blutig erstickt. Aber vier Jahre später, als der leichtsinnig unternommene, schlecht vorbereitete, jämmerlich gescheiterte Feldzug nach Rußland die Flanke des Weltreichs aufgerissen hatte, da trat die Wendung ein.

Eine Wendung von Grund aus. Was 1813—1815 gegen

Frankreich kämpfte, das waren nicht mehr die Kabinette; jetzt endlich war die Nation in den Kampf eingetreten. Durch ihre großen Führer, Stein, Gneisenau, Scharnhorst, Blücher, riß sie die Regierungen fort und zwang sie fast wider ihren eigenen Willen, den Willen der Nation zu vollstrecken. Kein Vorgang ist beredter als der Übergang der Soldaten Württembergs in der Schlacht bei Leipzig aus dem französischen Lager, wohin ihr Köuig sie gestellt hatte, in das der Verbündeten, wo die deutsche Sache war. Selbst Bayerns König, der einst in Straßburg ein Regiment kommandiert und sich von Ludwig XVI. eine Million Schulden hatte bezahlen lassen, der „bei jedem Siege der französischen Waffen gefühlt hatte, daß er ein Franzose sei“, dem der Franzose Montgelas sein Königreich nach französischem Muster aufgebaut hatte, der Napoleon am meisten verdankte und den der Kaiser am festesten an sich gekettet zu haben glaubte, selbst er sah sich gezwungen durch die öffentliche Meinung seines Landes, sich den Gegnern Frankreichs anzuschließen.

Daß in dem Kampf, der der Napoleonischen Herrlichkeit ein Ende bereitete, die deutschen Kräfte die Entscheidung gebracht haben, ist nie bezweifelt worden. So endete der Krieg, wie er begonnen: als ein deutsch-französischer Krieg. Deutschland hat den Siegespreis, der ihm dafür gebührte, nicht erhalten. Es hatte seine Freiheit wieder, aber es gewann nichts. Wenig fehlte, so hätte es sogar den schwersten Verlust erlitten.

Heute hat man Mühe zu verstehen, wie es möglich war, daß noch ein Vierteljahr nach der Schlacht bei Leipzig die ernsteste Gefahr bestand, Frankreich könne das linke Rheinufer behalten. Dem geschlagenen Frankreich haben die siegreichen Verbündeten den Frieden angeboten auf Grund der Belassung seiner „natürlichen Grenzen“, Pyrenäen, Alpen und Rhein; sie verhießen ihm eine „Ausdehnung seines Gebietes, wie es sie niemals unter seinen Königen gehabt“. Napoleon lehnte ab. Er mußte ablehnen, weil die französische Nation ihm, dem Emporkömmling, der nichts besaß außer seinem Ruhm, schon den Rückzug hinter den Rhein nicht verziehen

haben würde. So wurde das Rheinland vor dem Schicksal bewahrt, ein zweites Elsaß zu werden; es war für Deutschland gerettet. Zu Ende Januar 1814 stellten die Verbündeten die Bedingung auf, die in den beiden Pariser Friedensschlüssen von 1814 und 1815 erfüllt worden ist: Frankreich mußte auf der ganzen Linie in die Grenzen zurückweichen, die es im Jahre 1792, an der Schwelle der Revolutionskriege, besessen hatte.

Uns scheint es unbegreiflich, daß dies nicht vom ersten Tage an das Mindestmaß der Forderungen war. Hätte man an den Stellen, die zu entscheiden hatten, die Friedensbedingungen ebenso, wie es in Frankreich geschah, vom Standpunkt der Nation, ihres Rechtes und ihrer Sicherheit behandelt, so wäre ein Schwanken undenkbar gewesen. Die deutsche Nation aber ist in jenen Jahren, die ihr Schicksal für zwei Menschenalter bestimmten, wohl in der Öffentlichkeit durch den Mund einzelner Schriftsteller wie Arndt, Görres, Luden beredt und nachdrücklich zu Worte gekommen, im Rate der Gewaltigen war sie nur nebenher, etwa durch den persönlichen Einfluß eines Privatmannes wie des Freiherrn vom Stein oder durch die von Selbstsucht nicht freien Vorstellungen kleinstaatlicher Fürsten und Staatsmänner vertreten. Die Entscheidung hing nicht von ihr ab.

Gab es denn überhaupt eine deutsche Nation? Gewiß lebte sie in den Gemütern vieler, aber doch mehr als Forderung der Zukunft. Starke Impulse waren im Freiheitskampf lebendig geworden, aber sie entsprangen mehr einem primitiven Gefühl als klarem Wollen. Ein staatliches Nationalbewußtsein hatte sich noch nicht gebildet und konnte sich nicht über Nacht bilden. Die Unwahrhaftigkeit der staatlichen Zustände, in denen das deutsche Volk seit Jahrhunderten gelebt hatte, dieses Kaisertum ohne Hand und Fuß, dieses Reich, dessen Grenzen sich überall im Ungewissen verloren, mit seiner staatsrechtlichen Problematik ein unerschöpfliches Thema für die spitzfindige Gelehrsamkeit der Juristen, gleich einer Leiche, die zur Sektion einlädt; dazu im besonderen noch die menschenalterlange Gewohnheit, Frankreich auf dem linken

Rheinufer eine tatsächliche Oberhoheit ausüben zu sehen — das alles konnte freilich den meisten die Frage aufdrängen, ob denn dieses Land notwendig zu Deutschland gehöre, so daß Ernst Moritz Arndt erst beweisen mußte, was für ein lebendiges Nationalgefühl keines Beweises bedurft hätte: daß der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze sei. Nationale Politik aber und politisches Nationalbewußtsein, wie sollten sie möglich sein, wo der nationale Staat fehlte? Echter Patriotismus kann nun einmal ohne Staat nicht leben, das bloße Heimatgefühl genügt nicht, ihn zu nähren.

Wohl gab es zwei Großmächte, die sich deutsche nannten; aber weder für Österreich noch für Preußen waren die Bedürfnisse Gesamtdeutschlands maßgebend. In Österreich regierte Kaiser Franz I., ein halber Italiener, dem deutsches Empfinden so fremd war, daß er jedem Landerwerb, auch der Geltendmachung alter habsburgischer Rechte in Süddeutschland ängstlich auswich, um sich desto fester in Italien einzunisten. Die deutsche Kaiserkrone würde er nur als Unbequemlichkeit empfunden haben. Metternich aber, dem die neueste Geschichtschreibung umsonst bemüht ist ein deutschnationales Ordensbändchen anzuheften, dieser Metternich hat sich selbst und seiner Politik einmal die richtige Aufschrift gegeben, als er im späten Alter den Ausspruch tat, auch er hätte wohl einmal lebhaft deutsch fühlen können, wenn er es nicht vorgezogen hätte, der österreichische Staatskanzler zu werden. Österreich war eben Österreich, nicht Deutschland, und auch Preußen hatte seine Aufgabe noch nicht so tief erfaßt, daß ihm alles, was Deutschland frommte, als eigenes Bedürfnis erschienen wäre. Zu allem andern standen die geheimen Gedanken und Wünsche der beiden Großmächte so wenig miteinander im Einklang, daß es im Streit um die Friedensbedingungen beinahe zum Kriege zwischen ihnen gekommen wäre. In der europäischen Staatengesellschaft gab es keine deutsche Nation.

So war es denn 1814 und 1815, nach dem ersten großen deutschen Siege über Frankreich, nicht anders, als es seit

dem Westfälischen Frieden immer gewesen war: Deutschland war zu einer passiven Rolle verurteilt, es mußte sein Schicksal hinnehmen, wie es ihm von andern diktiert wurde, und die Regelung seines Verhältnisses zu Frankreich von andern sich vorschreiben lassen. Das Diktat aber richtete sich in diesem Falle nach den übereinstimmenden Bedürfnissen Englands und Rußlands. Diese wiederum waren wenig geneigt, Frankreich auf dem Festland schwächer zu machen, als es 1792 gewesen war, und damit das überlieferte Gleichgewicht der Mächte in Frage zu stellen. Darum lehnten sie eine Forderung hartnäckig ab, deren Erfüllung den deutsch-französischen Beziehungen, ja der Zukunft ganz Europas für immer eine andere Wendung gegeben haben würde: die Herausgabe des Elsaß.

Die Forderung war schon, bevor die letzte Entscheidung mit den Waffen gefallen war, erhoben worden. Noch im Kriegsjahr 1813 trat Ernst Moritz Arndt mit seiner Schrift über den Rhein an die Öffentlichkeit und entwarf Hans von Gagern seine „Berichtigungen einiger irriger politischer Ideen“. In beiden wurde mit überzeugenden Gründen dargetan, daß das Elsaß durch Natur und Geschichte zu Deutschland gehöre und um politischer Zweckmäßigkeit willen zu Deutschland zurückkehren müsse. Während der Friedensverhandlungen selbst war es vor allem Gneisenau, der die gleiche Forderung mit strategischen Argumenten nachdrücklich verfocht. Dieselben Gesichtspunkte entwickelte in einer Weise, die noch heute erschöpfend und überzeugend genannt werden muß, eine Denkschrift aus dem bayrischen Generalstab. Es war umsonst. Wie der Zar Alexander I. sich den Vorstellungen des Freiherrn vom Stein hartnäckig verschloß, so prallten bei den Vertretern Englands die Überredungen ihres hannöverschen Kollegen, des Grafen Münster, wirkungslos ab. Der Friede vom 30. Mai 1814 beließ den Franzosen das Elsaß.

Ein erneuter Ansturm nach dem Siege bei Waterloo und vor dem zweiten Friedensschluß hatte keinen besseren Erfolg. Diesmal übernahm Preußen, leider nur zu spät, die Führung.

Mit Eifer und Nachdruck stritten Hardenberg und Humboldt, unterstützt von den Generälen Gneisenau, Boyen, Knesebeck, für das deutsche Elsaß. Mit fast noch größerer Entschiedenheit tat es eine württembergische Denkschrift. Auch Baden äußerte sich im gleichen Sinn, und Gagern als Vertreter Hollands griff abermals zur Feder, um auf die Engländer zu wirken. Es half nichts, die Forderung drang nicht durch. Vielleicht hätte ein konzentrischer Angriff aller Gleichgesinnten mit gemeinsamem Ziel mehr Erfolg gehabt. Aber dazu kam es nicht, weil man nicht einig war, was aus dem abzutretenden Lande werden solle. Die Vorschläge kreuzten und hemmten einander. Stein wollte aus dem Elsaß ein Königreich für den Erzherzog Karl machen, Württemberg verlangte es ganz oder teilweise für sich, Baden hätte gern desgleichen getan, fürchtete sich aber vor bayrischen Ansprüchen. Ein verständnisvolles Zusammenwirken zwischen den süddeutschen Staaten und Preußen, das gewiß nicht ohne Eindruck auf die Großmächte geblieben wäre, kam nicht zustande, und so fiel die Forderung zu Boden. Der sie zu Fall brachte, war niemand anders als — Metternich. Während sogar sein Kaiser in diesem Fall mehr Energie verriet, begnügte sich der Staatskanzler mit einer sehr platonischen Vertretung der deutschen Wünsche und war schließlich, England zu Liebe, mit der Abtretung des Saarbeckens nebst Landau zufrieden, die man 1814 noch Frankreich gelassen hatte. So hatte Frankreich durch England gesiegt, das deutsche Elsaß blieb französisch. Es war damals noch ein völlig deutsches Land. Noch im Jahre 1833 haben Beauftragte der Regierung festgestellt, daß in Städten wie Straßburg und Kolmar höchstens jeder siebente, auf dem Lande kaum der zweihundertste Mensch etwas Französisch verstehe, daß in den Schulen nur auf Deutsch unterrichtet werde und die Eltern sich dagegen wehrten, daß ihre Kinder überhaupt Französisch lernten.

Wer die 1814 und 1815 gewechselten Denkschriften durchgeht, erhält einen starken Eindruck von der Klarheit und Folgerichtigkeit, mit der die deutsche Seite ihre Ansprüche zu begründen gewußt hat. Am Ende war es ja auch nicht mehr

schwer, die richtige Erkenntnis von der Landkarte wie aus der Geschichte abzulesen: daß das französische Elsaß den deutschen Grenzschutz am Mittelrhein flankierte und seine Umgehung jederzeit erlaubte; daß Süddeutschland einem französischen Angriff von Straßburg aus dauernd offen lag; daß gegen beides nur die Vogesengrenze Abhilfe bot; daß Deutschland mit demselben Recht wie andere Länder und insbesondere wie Frankreich einen wirksamen Grenzschutz fordern durfte, zumal es bei seiner lockeren Bundesverfassung der schwächere Teil war; daß Frankreich der stete Störenfried Europas und ein dauernder und sicherer Friede nur möglich war, wenn es die Angriffsbasis am Oberrhein aufzugeben gezwungen wurde. Was irgend über diese Frage vom deutschen Standpunkt gesagt werden kann, hier ist es gesagt und gut und überzeugend gesagt worden. Aber es war in den Wind gesprochen, weil man es nicht hören wollte und die Macht fehlte, das Gehör zu erzwingen. Wohl hat auch auf englischer Seite die richtige Einsicht nicht ganz gefehlt. Unmittelbar nach dem Siege bei Waterloo herrschte dort in der Öffentlichkeit die Ansicht vor, die Verbündeten wären vollständig berechtigt, Frankreich die Eroberungen Ludwigs XIV. zu nehmen. Die Zeitungen nannten es den Gipfel der Unvorsichtigkeit, ihm die alte Grenze zu lassen. Aber die leitenden Staatsmänner standen auf dem Standpunkt, man dürfe Frankreich nicht zu großen Abtretungen zwingen, weil das, wie Lord Castlereagh ausführte, die Ursache neuer Kriege sein würde. Gneisenau erwiderte darauf mit schlagender Logik: „Ob Frankreich das linke Rheinufer und Belgien oder außer diesen den Verlust noch anderer Provinzen zu bejammern haben werde, ist einerlei, denn es wird dennoch stets trachten, diese Provinzen wiederzugewinnen, es möge nun von einem Bourbon oder von einem Direktorium oder von irgend einem neuen Abenteurer beherrscht sein; seine Politik ist sich hierin stets gleich geblieben; stets hat es Eroberungen auf seiner Nord- und Ostseite zu machen gestrebt. Gegen ein solches Volk und eine solche Regierung muß man sich verwahren, und dies kann man nimmermehr anders, als

wenn man ihm Provinzen mit starken Stellungen abnimmt."

Der deutsche General hatte es nicht schwer, die Scheingründe des edlen Lords zu zerpflücken. Er machte dennoch keinen Eindruck, weil er die wahren Gründe des Gegners nicht traf. Die Denkschrift Castlereaghs ist so matt, so fadenscheinig, ja so töricht, daß man deutlich spürt, sie sucht nur, nach echt englischer Methode, die wahren Gedanken ihres Verfassers hinter Vorwänden zu verbergen. Das, wofür alle Befürworter der Herausgabe des Elsaß sprachen, gerade das wollten die Engländer nicht, die dauernde Sicherung Süddeutschlands gegen französische Angriffe. Sie hatten daran kein dringendes Interesse. So wichtig es für sie war, Frankreich aus Belgien und vom Niederrhein zu verdrängen, der Oberrhein war ihnen gleichgültig. Seinetwegen Frankreichs Festlandmacht um eine ganze kostbare Provinz zu schwächen und die französische Masse in der Wagschale des europäischen Gleichgewichts um so viel zu erleichtern, paßte nicht in ihren Plan. Darin fanden sie sich mit dem Zaren. Auch Rußland konnte nicht wünschen, Frankreich so geschwächt zu sehen, daß es als Gegengewicht gegen Österreich nicht mehr wirkte. Darum blieb das Elsaß französisch.

Was das bedeutete, sprach Gneisenau in Sätzen voll patriotischer Bitterkeit aus. „Deutschland", schrieb er, „soll der Gefahr steter Invasion ausgesetzt sein, Frankreich soll stets mächtig und geharnischt dastehen. Es soll zwischen seinen Festungen heraus Ausfälle machen können, die, wenn sie glücklich sind, ihm Provinzen und Schätze einbringen, wenn sie aber mißlingen, ihm Schaden nicht bringen dürfen. So will es die Politik. Vergeblich hat die Vernunft dagegen gestritten." Gneisenau knüpft daran eine Bemerkung von wahrhaft prophetischem Weitblick: „Was Frankreich wird abgenommen und wozu es wird verpflichtet werden, ist mehr als genug, um es zu erbittern und zu reizen, aber nichts wird geschehen, um uns andere zu schützen. Hierin der Keim zu neuen Kriegen." Er hat damit für die fernere Entwicklung der Dinge das Leitwort gesprochen.

4.

Durch den zweiten Pariser Frieden und den Wiener Kongreß war Frankreich geographisch in die Stellung zurückversetzt, die es bis 1792 eingenommen hatte, und anscheinend war auch seine politische Lage wieder die alte. Der Kongreß, der unter der Losung der Restauration arbeitete, schien sich auch in der Regelung der Beziehungen zwischen Frankreich und seinem östlichen Nachbar die Wiederherstellung des früheren Zustands zur Aufgabe gemacht zu haben. Wie es die Angriffsbasis behielt, die es im Elsaß seit Ludwig XIV. besessen hatte, so stand ihm auch jetzt wieder jenseits des Rheins nicht eine festgefügte staatliche Einheit, sondern ein lockerer Verband, ein Staatenbund von souveränen Fürsten und freien Städten gegenüber. Der Deutsche Bund, diese Neuauflage des alten Reichs unter anderm Titel, erlaubte es Frankreich, seine überlieferte Politik wieder aufzunehmen, die deutschen Fürsten gegen Österreich auszuspielen und Deutschland durch Teilen zu beherrschen. Man durfte sogar annehmen, daß die vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten, Baden, Württemberg, Bayern, Hessen-Darmstadt, schon aus Furcht vor der französischen Aufstellung bei Straßburg und Weißenburg, aber auch in dem Bestreben, ihre erhöhte Stellung in Deutschland selbst bemerkbar zu machen, der französischen Beeinflussung wohl noch zugänglicher sich erweisen würden. Für das übrige sorgte wie einst die natürliche Rivalität der beiden Großmächte Österreich und Preußen. Es konnte also aussehen, als wäre alles wieder, wie es von 1648 bis 1792 gewesen war.

Es sah so aus, aber es war nicht so. Zwei neue Momente von Bedeutung waren hinzugekommen, die das Bild vollständig verschoben. Einmal die Stellung Preußens am Rhein. Indem der Wiener Kongreß den größeren Teil des linken Rheinufers als Entschädigung für aufgegebene pol-

nische Gebiete Preußen zuwies, hatte er die französische Interessen- und Einflußsphäre, die dort vor 1792 bestanden hatte, zerstört und allen künftigen Absichten auf das Rheinland die Macht des beträchtlich vergrößerten preußischen Militärstaats als natürlichen Gegner in den Weg gestellt.

Es verdient festgehalten zu werden, daß Preußen, dem man seit langem — in Wahrheit mit geringerem Recht als andern Großstaaten — unersättliche Eroberungslust nachzusagen pflegt, diesen Erwerb weder erstrebt noch gewünscht hat. Preußische Generäle sogar haben sich dagegen ausgesprochen; sie wünschten ihrem Staat die unmittelbare Grenznachbarschaft Frankreichs zu ersparen. Ein europäisches Bedürfnis war es, dem Preußen diesen Zuwachs verdankte, und vom Ausland war der Gedanke ausgegangen. Kein Geringerer als William Pitt hatte ihm schon 1805 im englisch-russischen Bündnis Ausdruck gegeben. Hier war unter anderm als Kriegsziel vereinbart worden, Belgien und Holland zu vereinigen und die angrenzenden linksrheinischen Landschaften, mindestens bis zur Mosel, an Preußen zu überlassen, „damit es im Einverständnis mit Holland eine Sperre gegen das Übergreifen der französischen Macht bilde". Zehn Jahre später, als der Friede geschlossen wurde, hat die britische Diplomatie einen Augenblick gezögert, diesen Plan auszuführen. Lord Castlereagh war geneigt, einem rheinisch-belgischen Pufferstaat den Vorzug zu geben. Zuletzt aber siegte doch der energischere Gedanke, den Pitt hinterlassen hatte, und der größte Teil des Rheinlands wurde preußisch, kleinere Stücke fielen an Hessen und Bayern.

Talleyrand als Vertreter Frankreichs hat dazu seine Zustimmung gegeben, die Maßregel sogar unterstützt, soweit es ihm möglich war. Er hat damit gegen seine Weisungen verstoßen, die ihm ausdrücklich vorschrieben, zu verhindern, daß die Grenzen Preußens und Frankreichs einander berührten. Allerdings hatte er sich dabei in einem schwierigen Dilemma befunden. Es handelte sich in Wien schließlich nur noch darum, ob Preußen das linke Rheinufer oder das Königreich

Sachsen erhalten und der Sachse im Rheinland entschädigt werden sollte. Ein kleiner Pufferstaat dieser Art als Nachbar wäre allerdings für Frankreich viel bequemer gewesen, dafür aber widersprach die Einverleibung Sachsens in Preußen nicht weniger dem, was in der Weisung Talleyrands als französisches Ziel bezeichnet war: die Vergrößerung Preußens in Deutschland nach Möglichkeit zu verhindern. Talleyrand entschied sich für die Erhaltung Sachsens. Er machte geltend, der Erwerb dieses Landes würde Preußen eine Überlegenheit geben, die ihm die Möglichkeit böte, Herr in ganz Deutschland zu werden, wogegen das Fortbestehen eines selbständigen sächsischen Staates den föderativen Charakter Deutschlands verbürge und damit Preußen hemme. Außerdem — hier zeigt sich der Pferdefuß — würde es leichter sein, das Rheinland Preußen wieder abzunehmen als einem Herrscher, der, wie der König von Sachsen, naher Verwandter und Freund des französischen Königshauses war. Diese Rechtfertigung hat dem Vielgewandten nichts geholfen. Er fiel bei seinem König in Ungnade und ist von Zeitgenossen und Späteren scharf verurteilt worden, weil er den Vorteil Frankreichs geopfert habe. Ja, man hat sich nicht gescheut, seine Handlungsweise auf Bestechung zurückzuführen. Ein Trinkgeld von vier Millionen, so behauptet Chateaubriand, soll der Preis gewesen sein.

Talleyrand ist unter den französischen Staatsmännern jener Tage vielleicht der einzige gewesen, der die Beschlüsse des Wiener Kongresses als endgültige Ordnung anzunehmen und zu rechtfertigen sich wenigstens den Anschein gab. Es sei Frankreichs Interesse, erklärte er dreist, und diene dem Ruhm seiner Armee, freiwillig auf den Gedanken der Wiedereinnahme von Belgien und dem linken Rheinufer zu verzichten. „In seine alten Grenzen wieder eingesetzt, denkt Frankreich nicht mehr daran, sie zu erweitern, gleich dem Meere, das seine Ufer nur überflutet, wenn es von Stürmen aufgewühlt wird.“ Wie weit der Erfinder dieses schönen Vergleiches selbst an ihn glaubte, mag dahingestellt bleiben. Seine Zeitgenossen haben nichts davon hören wollen. Lassen

wir einem französischen Historiker das Wort. „Für die ganze Generation, die beim Sturz des Kaisertums ins politische Leben eintrat, bedeutete die Rückforderung der Rheinlande dasselbe, wie für unsere Zeitgenossen die elsässische Frage: sie wurde als unbestrittenes Dogma angenommen, als kategorischer Imperativ angesehen, als Bedingung des nationalen Daseins betrieben." So schrieb Albert Perraud in der *Revue des deux Mondes* vom 1. Oktober 1923, als französische Truppen das Ruhrgebiet besetzt hielten und man in Frankreich glaubte, den Rhein für immer gewonnen zu haben. Da meinte man auch sich keinen Zwang mehr antun zu müssen; man durfte die Legende von der Friedfertigkeit der französischen Politik fallen lassen und dreist die Wahrheit eingestehen: daß Frankreich auf das Rheinland, das es nur zwanzig Jahre durch Eroberung besessen und im Kriege wieder verloren hatte, niemals verzichtet, daß es schon am Tage nach dem Verlust an nichts als an die erneute Eroberung gedacht hat. „Dieser Hintergedanke", so schreibt Perraud, „beherrschte alle Franzosen ohne Unterschied der Partei, Royalisten wie Liberale." Mit Stolz läßt er die Zeugen für seine Behauptung aufmarschieren und ihre Sprüche hersagen: den konservativen Cato der Restauration, Bonald: „Ohne Rhein ist Frankreich nicht fertig und könnte es nicht bestehen"; den liberalen Journalisten Armand Carrel: „Die Regierung würde Frankreich in der schuldhaftesten, feigsten und ehrlosesten Weise verraten, wenn sie zuließe, daß das linke Rheinufer jemand anderm gehörte als Frankreich"; den Sänger des Bonapartismus, Béranger: „Der Rhein allein kann unsere Waffen stählen"; und andere.

Wo ein Wille ist, sind Gründe billig. Mit der Zeit fand sich auch für dieses stürmische Begehren ein plausibler Grund. Nichts Neues, nur ein altbekanntes Schlagwort: die Sicherheit Frankreichs. Der Wiener Friede sollte das Land einem feindlichen Angriff schutzlos preisgegeben haben, indem er ihm das Rheinland nahm und es Preußen gab. Es nimmt nicht gerade für diese Behauptung ein, daß sie am leidenschaftlichsten von einem Dichter und Rhetor vertreten

worden ist, der, obwohl Diplomat und Staatsmann, seiner Phantasie und Beredsamkeit auch in der Politik gern die Zügel hat schießen lassen. Chateaubriand in seiner grenzenlosen Eitelkeit traute sich auch in militärischen Fragen ein untrügliches Urteil zu. So machte er die Entdeckung, der Besitz der Rheingrenze sei eine Frage militärischen Schutzes, ohne sie könne ein unglückliches Gefecht, ein Feldzug von acht Tagen Paris und mit ihm ganz Frankreich zu Fall bringen, Frankreichs nationale Unabhängigkeit ruhe also auf dem Ausgang einer einzigen Schlacht. Es sei darum genötigt, früher oder später entweder seine Hauptstadt hinter die Loire zu verlegen oder die Grenze bis an den Rhein vorzuschieben. Den Besitz der Rheinlinie von Straßburg bis Köln nennt er „unsern rechtmäßigen Anspruch, eine Forderung der Ehre sowohl wie der Sicherheit".

Damit hat er Schule gemacht bis auf diesen Tag. Daß die Tatsachen ihm niemals recht gegeben haben, hat nichts genützt. Als der Krieg, den man seit 1815 zu fürchten vorgab, im Jahre 1870 wirklich ausbrach, da hat Frankreich nicht eine, sondern drei große Entscheidungsschlachten verloren, ehe der Gegner vor Paris stand, und auch dann hat es sich erst nach vier weiteren Kriegsmonaten zum Frieden bequemt, nicht weil die Hauptstadt sich ergeben mußte, sondern weil seine Kraft erschöpft war. 1914 vollends hätte die Einnahme von Paris, die zwar nicht nach acht Tagen, aber immerhin schon nach sechs Wochen bevorstand, den Krieg ebensowenig beendet. Gerade dieser letzte Krieg hat bewiesen, welchen mächtigen Schutz Frankreich, auch ohne den Besitz des Elsaß, hinter dem natürlichen Wall der Vogesen und den künstlichen Befestigungen der Mosel und Maas genießen kann, wenn es will. So unangreifbar stand es im August 1914 da, daß der Gegner, um ihm überhaupt beikommen zu können und nicht gezwungen zu sein, den französischen Angriff im eigenen Lande abzuwarten, sich genötigt sah, neutrales Land zu durchschreiten. Diese frischen Erfahrungen halten aber den Historiker Perraud nicht ab, noch im Jahre 1923 zu behaupten, Frankreich sei durch die Grenze von 1815 einem

feindlichen Einfall auf Gnade und Ungnade ausgeliefert gewesen (*à la merci d'une invasion*).

Wie die geographischen Tatsachen die Lehre von dem ohne den Rhein schutzlosen Frankreich schlagend widerlegen, so fehlte ihr auch in der politischen Gruppierung der Mächte nach 1815 jede Grundlage. Von wem sollte denn Frankreich damals bedroht sein? Preußen hatte, wie wir sahen, schon das Rheinland nur ungern genommen, es hatte jenseits seiner nunmehrigen Westgrenze auch nicht das allermindeste zu begehren und mit Frankreich keinerlei widerstreitende Interessen. Es hätte geradesogut wieder wie in den Tagen Friedrichs des Großen der Bundesgenosse Frankreichs werden können, wenn dieses sich die Mühe gab, den Nachbar zu versöhnen, die Erinnerungen an Napoleon vergessen zu machen und selbst ein ehrlicher und friedlicher Nachbar zu sein. Dazu gehörte freilich vor allem, daß Frankreich im eigenen Gedächtnis gewisse Erinnerungen auslöschte, daß es ernstlich und endgültig darauf verzichtete, nach dem Rhein zu trachten. Aber das eben war es, was man drüben nicht wollte. Es spricht doch alles dafür, daß auch das Wehklagen um die verlorene Sicherheit nicht ehrlich war. Weil man das Rheinland haben wollte, erklärte man sich für bedroht, die geplante Eroberung wurde zu einer unerläßlichen Maßregel der Verteidigung gestempelt. Mit Recht hat der Geschichtschreiber der französischen Restauration, Viel-Castel (1878), geurteilt, die Generation von 1815 habe die Rheingrenze „gleichsam als ein erworbenes Recht Frankreichs betrachtet". Aus dem vorübergehenden Besitz machte man einen unverlierbaren Rechtstitel, den Verlust erklärte man für eine Demütigung und den Rückerwerb für Ehrenpflicht.

Während man sich auf diesem Felde in willkürlichen Fiktionen bewegte, übersah man etwas anderes, das allerdings eine sehr reale Tatsache war: das neu erwachte deutsche Nationalbewußtsein. Tiefer und dauernder als Schlachten und Verträge hat diese Tatsache das gegenseitige Verhältnis der beiden Völker fortan bestimmt. Um es mit einem Wort zu sagen: der Deutsche hatte sich fühlen gelernt, zum erstenmal

fühlte er sich dem Franzosen überlegen. Das war etwas Neues. Wohl hatte es eine Zeit gegeben, da er politisch und militärisch auf den Franzosen herabsah, aber sie war vergessen und begraben. Dann war am Vorabend der Reformation das Gefühl der eigenen verborgenen Kraft in denkenden Köpfen für kurze Zeit wieder erwacht und hatte in Dichtung und Wissenschaft einen oft genug verstiegenen Ausdruck gefunden. Auch das war bald vergangen und verschollen. Seitdem hatte man in Deutschland den Vorsprung Frankreichs an Bildung und Gesittung lebhaft empfunden und sich der geistigen Hegemonie des Nachbarlandes unterworfen. Damit war es nun vorbei. In Wissenschaft und Dichtung hatte der Deutsche den Franzosen überholt, indem er sich vom französischen Vorbild und Einfluß befreite. Seit Klopstock, Lessing und Goethe war es aus mit der Herrschaft französischer Formen und französischen Geschmackes. Der Deutsche brauchte die fremde Schule nicht mehr, er war selbst etwas geworden und hatte den Lehrmeister übertroffen. Goethe hatte noch mit Betonung davon gesprochen, wieviel er für seine Entwicklung den Franzosen verdanke. Nach 1815 hätte das nicht leicht jemand mehr gesagt. Fichte hatte seine Deutschen geglaubt mahnen zu müssen, daß sie ihre Sprache als Ausdruck und Träger ihres nationalen Wesens bewahrten. Er stand unter dem Eindruck der Vorherrschaft des Französischen, das in seiner Jugend auch für Deutsche die Weltsprache und die Sprache der Bildung gewesen war. Nach 1815 wäre die Mahnung überflüssig gewesen. Der Deutsche hatte sich eine eigene nationale Geistesbildung, einen Schatz an geistigem Gut geschaffen, mit dem er jedem Kulturvolk ebenbürtig dastand, und er hatte sich ihn geschaffen in bewußter Abkehr vom französischen Vorbild. England und Griechenland waren die Pole, nach denen der Kompaß seiner klassischen Dichtung und Philosophie sich wandte, Altdeutsch hieß die Losung der Romantik. Für französisches Wesen war da kein Platz mehr.

Die geistige Erhebung war der politischen vorausgegangen, und der Sieg, die Abschüttlung der französischen Zwangs-

herrschaft, hatte gleichsam nur das blutige Siegel darunter-gedrückt. Beides vereint gab dem deutschen Volk ein Selbstgefühl, das es seit Menschengedenken nicht gekannt hatte. Es kehrte sich in erster Linie gegen Frankreich. Wie hätte es anders sein können? In dem großen Erlebnis des Befreiungskampfes hatte die junge Generation, die jetzt ins Leben trat, ihre geistige Prägung erhalten. Noch zitterte der Zorn über alles Erlittene in den Gemütern nach. Franzosenhaß hatte in den Tiefen des Volkes im Westen und Süden Deutschlands geschlummert seit den Tagen Ludwigs XIV. und war gelegentlich zum unvermittelten Ausbruch gekommen, wenn etwa während des Österreichischen Erbfolgekriegs versprengte Offiziere und Soldaten der französischen Armee von den Bauern totgeschlagen wurden. Daß er die Franzosen zu Bundesgenossen hatte, entfremdete damals Karl VII. die Herzen des Volkes und stärkte die Parteinahme für Maria Theresia und ihren Gemahl. Das waren örtliche Erscheinungen gewesen. Seit 1806 hatte auch der Norden, hatte ganz Deutschland vom Rhein bis zur Memel die Franzosen kennengelernt und in gemeinsamer Kraftanstrengung ihre Tyrannei gebrochen. Ihnen gegenüber war es von den gleichen Gefühlen beseelt, in der Abneigung gegen Frankreich war es einig.

Die lange Friedenszeit, die auf den Sturz Napoleons folgte, bot zunächst keine Gelegenheit, diese Stimmung in Taten zu äußern. In Deutschland kümmerte man sich wenig um auswärtige Fragen, alles politische Streben richtete sich auf die eigenen inneren Angelegenheiten. Da konnte es geschehen, daß noch einmal eine französische Strömung vorübergehend die Oberfläche des öffentlichen Lebens bewegte. Frankreich schien in der Regierungsform vorangeschritten, es hatte ein Parlament und seit 1830 sogar eine ausgesprochen bürgerlich-parlamentarische Regierung. Wieder erschien es in den Augen mancher Deutschen umgeben von dem Glorienschein der Freiheit. Aber wie schwach war jetzt das Echo in Deutschland verglichen mit 1789! Ein kleines Häuflein nur war es, das mit Neid und Bewunderung nach Paris als dem Asyl

der Freiheit und der Menschenrechte schielte. Die Ereignisse haben bald dafür gesorgt, daß diese Strömung versiegte, und die wenigen, die, wie Heine und Börne, die letzte Folgerung zogen und das Exil in Paris wählten, galten daheim als Abtrünnige, mit denen man nicht mehr rechnete. Es ist vielleicht nicht zuviel gesagt: für den Übergang zu freieren Formen des Staatslebens bildete es in Deutschland ein Hindernis, daß diese Formen die französischen waren.

Frankreich hatte in Deutschland keine Freunde mehr, die ihm hätten nützen können, auch nicht an den Höfen. Bundesgenossen konnte es dort nicht mehr finden. Solche Verbindungen, wie sie früher an der Tagesordnung gewesen waren, durften jetzt kaum mehr in akademischer Form und in tiefstem Geheimnis erwogen werden. Mochte einer und der andere der deutschen Fürsten vielleicht in Gedanken damit rechnen, daß im äußersten Notfall Frankreichs Arme wie früher dem Hilfesuchenden offen stehen würden, sichtbar in französischem Fahrwasser zu segeln hätte keiner wagen dürfen. Er wäre — das kann man wissen, ohne daß die Geschichte die Probe gemacht hat — als Landesverräter unmöglich geworden. Es hat denn auch keiner von ihnen in den nächsten fünfzig Jahren derartiges versucht. Erst 1866 in der Todesangst nach dem preußischen Siege, als sie ihr Leben bedroht fühlten, haben einige, Bayern, Sachsen und namentlich Hessen, den alten Bettlerpfad nach Paris wieder beschritten — zum letztenmal und ohne Erfolg.

In Frankreich hat man die Veränderung, die in Deutschland und mit Deutschland vor sich gegangen war, nicht bemerkt, ihm auch die Niederlagen von 1813 bis 1815 nicht nachgetragen. Nicht Deutschland war für die Franzosen der Feind, der sie besiegt hatte, sondern England. Das deutsche Volk war ihnen bisher der Beachtung kaum wert gewesen, jetzt wurde es eigentlich erst entdeckt, das Volk der Denker und Dichter, das Frau von Staël im Jahre 1813 ihren Landsleuten vorgestellt hatte. Der Eindruck war nicht gering und die geistreiche Frau machte Schule mit ihrer Anerkennung deutscher Vorzüge. Deutschland und deutsche Dinge

wurden zeitweilig in den Kreisen der Pariser Intelligenz geradezu Mode. Die angesehensten Zeitschriften berichteten fortlaufend über Literatur, Kunst und Leben jenseits des Rheines, einige wurden eigens zu dem Zweck gegründet, den geistigen Austausch zu pflegen und Kenntnis und Verständnis deutscher Art zu verbreiten. War es zu Anfang mehr die deutsche Dichtung, für die man sich interessierte, so trat mit den Jahren die deutsche Wissenschaft ihr gleichberechtigt zur Seite. Deutschland galt als das Land, in dem und von dem man lernen müsse. Nach Deutschland reiste mancher junge Franzose, wie der Deutsche nach Italien reiste, um seine Bildung zu vervollständigen. Hie und da steigt die Achtung, die Bewunderung bis zur Schwärmerei, deren Äußerung sonderbar übertriebene, fast komische Formen annimmt. Es sind führende Männer des französischen Geisteslebens, die diesen Kultus mitmachen. Jules Michelet, der berühmte Geschichtschreiber, will durch Luther und die Nibelungen, durch Beethoven und Fichte in aufrichtiger Liebe deutscher als die Deutschen geworden sein. Victor Hugo bekennt, mit kindlichen Gefühlen zu Deutschland aufzusehen, zu dem edeln, heiligen Vaterland aller Denker; wäre er nicht Franzose, möchte er Deutscher sein. Lamartine besingt in seiner „Marseillaise des Friedens“ „des ernsten Deutschlands hochgeborne Söhne“. Der junge Renan schreibt nach der ersten Bekanntschaft mit deutscher Literatur: „Ich glaubte in einen Tempel einzutreten ... Von dort wird uns der Heiland kommen!“ So und ähnlich noch mancher.

Aber diese Schwärmerei hat eine bemerkenswerte Kehrseite. Die Generation der Romantiker, die damals in Frankreich den Reigen führte, sah auch in Deutschland das klassische Land der Romantik, ein Idyll, an dem man sich ästhetisch und moralisch erbauen könne; ein Land der natürlichen Einfalt und bürgerlichen Tugend, ganz Friede und Fleiß, Dichtung und Musik; ein Volk, in dem jeder Schulmeister ein tiefer Denker, jeder blondzöpfige Backfisch ein Gretchen und jeder langhaarige Musensohn ein Jung Siegfried war. Es war ein Spiegelbild der eigenen Phantasie, die nur sah,

was sie sehen wollte. Daß dieses Land, dieses Volk auch politisch etwas bedeuten könnte, kam den wenigsten in den Sinn. Es war gar zu harmlos.

Als der junge Edgar Quinet, selbst ein überzeugter Freund, aber, zum Unterschied von den andern, auch ein genauer Kenner Deutschlands, schon 1834 es wagte, den landläufigen Vorstellungen zu widersprechen und auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die im preußischen Staate schlummerten, da fand er keinen Glauben, und die Redaktion der *Revue des deux Mondes* strich aus seinem Aufsatz die stärksten Stellen weg. Nicht besser ging es zwei Jahre später einem Abgeordneten namens Manguin, der in der Kammer auf die Gefahr aufmerksam machte, daß aus dem Deutschen Zollverein die staatliche Einigung Deutschlands unter Preußen hervorgehen könne und Frankreich dann mit einem Nachbarstaat nicht mehr von 14, sondern von 28 Millionen zu rechnen haben würde. Der Minister des Äußern widersprach, leugnete die Gefahr und wies jeden Gedanken an Einmischung als lächerlich zurück. Der Minister hieß — Adolphe Thiers! Man konnte sich schlechterdings nicht vorstellen, daß auch die deutsche Nation einen Willen, einen nationalen Ehrgeiz und eine politische Kraft entwickeln könne. Darum scheuten sich auch die französischen Deutschenschwärmer keinen Augenblick, dem von ihnen so vergötterten Volk eine Zumutung zu machen, die in entsprechender Umkehrung von jedem Franzosen als blutige Beleidigung empfunden worden wäre. Sie verlangten höchst unverfroren die Abtretung des Rheinlands. Preußen, meinte Lerminier 1835, solle doch so vernünftig sein, auf dieses Land zu verzichten, dessen Geist es niemals verstehen werde, weil es im Grunde französisch sei. Als fünf Jahre später die Gefahr eines europäischen Krieges Aussichten eröffnete, in den so lange und heiß ersehnten Besitz zu gelangen, war es Quinet, der am lautesten in Vers und Prosa die Forderung erhob, daß, um den Bruderkrieg zu verhüten, der Rhein wieder französisch werde, der Rhein, der in deutschen Händen Frankreich bedrohe, während er in französischem Besitz nur der Verteidigung diene. Ersatz

für den Verzicht sei im Osten zu finden. Luxemburg, Landau und Mainz seien „die Schlüssel von Paris". „Ihr setzet", so redet er die Deutschen an, „den Fuß auf unsere Schwelle, ihr steht in unserm Hause, ihr könnt, ohne auf ein Hindernis zu stoßen, bis an unsern Herd vordringen ... Der Rhein ist eure Vergangenheit, die Donau eure Zukunft. Die türkische Donau wird euch unfehlbar und überreich für den französischen Rhein entschädigen." Ihm sekundierte Victor Hugo. Er sah im deutsch-französischen Bündnis, in der Vereinigung von Herz und Kopf Europas, den einzigen Schutz gegen britische und russische Unterdrückung. „Vereinigt unbesiegbar, Frankreich und Deutschland, beide groß nach Gottes Willen, über Europa herrschend, der Stamm der Sultane erloschen und erstorben — dann wird Gott der gesegneten, der heiligen Teutonia die Donau und uns den Rhein wiedergeben!"

Es ist heute üblich, im deutschen Volk zwei Seelen zu unterscheiden und dem Geist von Potsdam den von Weimar entgegenzustellen. Für das Frankreich zwischen 1815 und 1850 dürfte dasselbe gelten; auch dort gab es eine militärisch-kriegerische und eine intellektuell-pazifistische Richtung. Aber hinsichtlich der rheinischen Frage dachten sie gleich. Ob die Enthusiasten, die für Verbrüderung mit Deutschland schwärmten, wirklich aussprachen, was die Masse ihres Volkes empfand, mag eine offene Frage bleiben; daß die Nation hinter ihnen stand, wenn sie als Preis der Freundschaft das deutsche Rheinland forderten, ist nicht zu bezweifeln. In diesem Punkte waren das intellektuelle und das politische Frankreich auch nach 1815 eins. Unvergessen waren die Überlieferungen von Richelieu, Ludwig XIV. und Danton, unvergessen die Tatsache, daß das große Programm der französischen Suprematie auf dem Festland einmal, wenn auch nur für einige Jahre, verwirklicht gewesen war, und die Lehre von den „natürlichen Grenzen" blieb ein unantastbarer Glaubenssatz. Daß die alten Ansprüche nicht aufgegeben, nur vertagt waren und bei günstig scheinender Gelegenheit sofort hervorbrachen, hat mit Ausnahme der

kurzen Unterbrechung durch die Revolution von 1848 jedes der verschiedenen Regierungssysteme, die zwischen 1815 und 1870 in Frankreich einander ablösten, durch die Tat bewiesen.

Die Gelegenheit dazu bot sich, sooft die bestehende Machtverteilung in Europa vor einer Krisis stand. Zum erstenmal geschah das während des russisch-türkischen Krieges von 1828 bis 1829, als die siegreiche russische Armee bis Adrianopel vordrang und das Schicksal der Türkei besiegelt schien. In Paris war man darüber einig, daß der Anlaß benutzt werden müsse, um Frankreich aus den Fesseln der Wiener Verträge zu befreien; nur über das Wie waren die Ansichten geteilt. Chateaubriand, damals Botschafter in Rom, predigte mit Feuereifer den Erwerb des Rheinlands, Polignac, der Ministerpräsident, gab Belgien den Vorzug und wollte sich mit Landau und dem Saarbecken begnügen, wenn Preußen die Rheinprovinz dem König von Sachsen überließe und sich selbst mit Sachsen und vielleicht noch Holland entschädigte. Acht Tage wurde im französischen Ministerrat darüber gestritten, der Dauphin und die Generäle traten für Chateaubriand ein, der König aber entschied am 4. September 1829 für Polignac. In diesem Sinne wandte man sich an den Zaren. Der Plan war im einzelnen phantastisch, er kam auch zu spät: Rußland hatte bereits Frieden geschlossen, als der französische Vorschlag in Petersburg eintraf. Damit wurde er von selbst gegenstandslos.

Zwei Jahre später schien der Gedanke Chateaubriands bessere Aussichten zu gewinnen. Die Belgier hatten sich von Holland mit französischer Hilfe losgerissen. Gegen ihre Einverleibung in Frankreich, die man in Paris am liebsten gehabt hätte, erhob England Einspruch. Diesmal war es Talleyrand, der als Botschafter in London den Plan einer Länderverschiebung zum Vorteil Frankreichs betrieb. Er setzte sich damit in Widerspruch zu seinen früheren Äußerungen. Aber wann hätte dieser grundsatzloseste aller europäischen Staatsmänner sich gescheut, sich selbst zu widersprechen? Er machte den Vorschlag, den König von Sachsen nach Belgien

zu versetzen, Sachsen an Preußen und dafür die preußische Rheinprovinz an Frankreich zu überlassen. Die übrigen Großmächte lebten damals noch zu sehr in der Erinnerung an die napoleonische Zeit, um auf eine solche Schwächung der Grenze gegen Frankreich einzugehen. Auch dieser Plan fiel zu Boden.

Da eröffnete im Jahr 1840 wiederum eine orientalische Krisis verlockende Aussichten. Mehemed Ali von Ägypten hatte sich gegen den Sultan erhoben, seine Armee stand im siegreichen Vormarsch gegen Konstantinopel schon an der Grenze Kleinasiens, und es schien, als würde das türkische Reich von dieser Seite her zertrümmert werden. Frankreich hatte sich auf die Seite Ägyptens gestellt, die übrigen Großmächte stützten die Türkei, der Krieg stand vor der Tür, und Thiers, seit kurzem leitender Minister, wollte ihn. Er rechnete auf den Sieg des Ägypters, auf Fesselung der übrigen Mächte in einem Krieg zur Rettung der Türkei und gedachte derweilen Frankreichs ganze Kraft, nach dem Vorbild der Revolution und Napoleons, am Rhein und in Oberitalien einzusetzen. Die Rechnung schlug fehl, da der Hauptposten ausfiel: der Ägypter siegte nicht, er machte vor der englischen Drohung kehrt, die Türkei war gerettet, und König Ludwig Philipp, der die Kriegslust seines Ministers nie geteilt, wohl aber die Entfesselung der Revolution im eigenen Lande als Folge des Krieges gefürchtet hatte, trat den diplomatischen Rückzug an — Thiers mußte abtreten.

Kein Zweifel, daß, wenn es nach ihm gegangen wäre, Frankreich den Krieg jämmerlich verloren haben würde. Es war nicht gerüstet. Sein stehendes Heer, nach dem Frieden von 1815 auf noch nicht 300 000 Mann herabgesetzt, war seit 1830 wohl fast verdoppelt worden, aber den vereinten Kräften von Preußen, Österreich und England, nicht zu reden von Rußland, bei weitem nicht gewachsen. Der heißblütige, leicht berauschte Südfranzose Thiers, den sein Gegner Emile Ollivier den Begründer der Partei der Maulhelden genannt hat, hatte sich in die Rolle Napoleons geträumt, ohne doch die wichtigste Eigenschaft dafür zu besitzen, den Blick für die Tat-

sachen. Er hätte Frankreich und Europa nur in ein blutiges Abenteuer gestürzt, bei dem wahrscheinlich niemand etwas gewonnen haben würde. So mußten alle Teile dem nüchternen Bürgerkönig dankbar sein, der die diplomatische Niederlage einem hoffnungslosen Kriege vorzog.

Der scheinbar ergebnislosen Episode kommt gleichwohl eine große Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen zu. 1829, 1831 waren die französischen Absichten im Dunkel geheimer diplomatischer Verhandlungen verborgen geblieben, diesmal spielte sich alles im hellen Lichte der Öffentlichkeit ab. Thiers hatte, auch dies nach dem Vorbild von 1792, die Stimme der französischen Nation aufgerufen, an ihren Patriotismus appelliert, und nicht vergebens. Eine wirkliche Kriegsstimmung hatte Frankreich erfaßt, die Freiwilligen strömten herzu, und ganz ungescheut sprach die Pariser Presse von der Rheingrenze als dem eigentlichen Kriegsziel. Die Antwort von deutscher Seite blieb nicht aus. Sie erklingt bis auf den heutigen Tag in zwei Liedern, die jeder kennt und die damals in aller Munde waren, in Beckers Rheinlied und der Wacht am Rhein. Die Verse waren schlecht, aber sie sprachen aus, was jedermann fühlte und dachte. Kein Geringerer als Fürst Metternich hat das bezeugt, als er, nachdem der Sturm vorüber war, an seinen Vertreter in Paris mit boshaftem Spotte schrieb, Thiers dürfe sich schmeicheln, Napoleon zu übertreffen, denn was diesem erst in zehn Jahren gelungen sei, habe er in kurzer Zeit erreicht: „Ganz Deutschland ist bereit, den Krieg auf sich zu nehmen, und zwar einen Krieg von Volk zu Volk." Wer die Geschichte kennt, weiß, was das bedeutet: ganz Deutschland einig. Will man die Tiefe der Wandlung ermessen, die sich vollzogen hatte, so braucht man nur 1840 mit 1795 zu vergleichen: damals vollendete Gleichgültigkeit gegen den Verlust des Rheinlands, und jetzt ein einziger Ruf des Zornes bei dem bloßen Gedanken, daß fremde Hände nach dem deutschen Strome greifen könnten.

Für die Franzosen war diese Erregung etwas so Ungewohntes, daß sie sie gar nicht begriffen. Eben damals wurden die naiven Zumutungen der Quinet und Victor Hugo laut, die

den Deutschen einreden wollten, sie könnten durch Herausgabe des Rheinlands nur gewinnen. Später hat man wohl gemeint, das unkluge Vorgehen der französischen Regierung habe die feindselige Stimmung in Deutschland erst geschaffen. Ein großer Irrtum! Gesinnung und Empfindung waren nichts Neues, sie hatten nur bisher keinen Anlaß gehabt, sich zu äußern. Sie rührten von 1806 und 1813 her. Seitdem war der Most, der vor einem Menschenalter in den Keller gelegt war, zum vollen Wein geworden. Das Jahr 1840 gab die erste Kostprobe davon. Sie erzeugte keinen vorübergehenden Rausch. Die deutsche Nation, einmal zum Bewußtsein dessen gekommen, was sie in ihrer Gesamtheit wollte und nicht wollte, konnte dieses Erlebnis nicht vergessen und hat es nicht vergessen. Die Erinnerung an die Gefahr, der man einen Augenblick gegenübergestanden hatte, blieb haften und wurde zu einem bestimmenden Faktor, ja zum einzigen festen Punkt in ihrem politischen Denken. Mit den letzten Resten einer gewissen Hinneigung zu Frankreich und französischem Wesen wurde jetzt aufgeräumt. „Aus war's," so schrieb Karl Hillebrand, der davon noch unmittelbare Überlieferung besaß, in seiner Geschichte der französischen Julimonarchie, „aus war's mit den französischen Idealen. Die Strömung der nationalen, historischen Freiheitsliebe gewann in jenen Stunden die Oberhand über die französisch-rationalistische Strömung der Revolutionsgeister." Heinrich Heine, der in Paris vom Franzosenfreund zum Halbfranzosen geworden war, wußte wohl, warum er vierzehn Jahre später mit Bitterkeit darüber klagte, daß „damals Thiers unser Vaterland in die große Bewegung hineintrommelte, welche das politische Leben Deutschlands weckte". Die Bewegung führte immer weiter fort aus dem französischen Fahrwasser, in dem der vaterlandslose Dichter sich wohl fühlte. Deutschland wurde immer deutscher.

Wer etwa erwartet hätte, die Revolution, die am 24. Februar 1848 in Frankreich das Königtum stürzte und die Republik aufrichtete, werde in die Fußtapfen ihrer großen Vorgängerin treten und, wie jene, die französische „Freiheit" mit

den Waffen in der Hand zu verbreiten suchen, der dürfte sich bald enttäuscht gesehen haben. Die Stimmung, die bei den französischen Liberalen seit langem herrschte, war nicht kriegerisch. Man huldigte den Gedanken der Völkerverbrüderung und des Weltfriedens. Natürlich bezog man das nur auf sogenannte freie Völker, also nicht auf Rußland, den Hort der Tyrannei, auch nicht auf Österreich, das die Italiener „unterdrückte". Mit allen übrigen gedachte man eine enge, vielleicht dauernde Verbindung einzugehen, deren Kern ein festes Einverständnis sein sollte. Ganz konnte oder wollte man freilich auch jetzt gewisse eigene Wünsche nicht verleugnen, und so entstanden die zwitterhaften, in sich widerspruchsvollen Erklärungen Lamartines, der zunächst die Regierung leitete, die besagten, Frankreich erkenne die Verträge von 1815 zwar nicht als rechtmäßig an, nehme sie aber als Grundlage hin. Es werde insbesondere einen Angriff auf „die deutschen Nationen" — daß es nur eine deutsche Nation gebe, sollte nicht anerkannt werden — weder unternehmen noch dulden. Wir brauchen die sonderbare Politik, die der stets begeisterte und niemals aufrichtige Dichter während der kurzen Monate seiner Ministerschaft betrieb, hier nicht zu verfolgen. Sie hat keinerlei Einfluß, ja nicht einmal unmittelbare Wirkungen gehabt, auch der „Bruderbund mit Deutschland", den die französische Volksvertretung am 24. Mai 1848 beschloß, blieb ein leeres Wort. Merkwürdig ist das alles nur durch das, was nicht geschah: die deutsche Revolution, die doch durch das französische Vorbild ihren Anstoß erhalten hatte, konnte sich abspielen, ohne in ihrem Verlauf und ihren Ergebnissen im mindesten von Frankreich beeinflußt zu sein.

Die französische Zurückhaltung entsprang nicht nur edler Gesinnung. Diese war keineswegs bei allen französischen Politikern gleich groß, und der schwärmende Lamartine mußte es oft genug hinnehmen, daß die uneigennützigen Erklärungen, in denen das lyrische Gedicht seiner Politik sich ausströmte, durch Handlungen seiner Kollegen, die dazu wenig paßten, Lügen gestraft wurden. Aber auch diese Quertreibe-

reien hatten nichts zu bedeuten, weil Frankreich gar nicht in der Lage war, nach außen mit Nachdruck aufzutreten. In der inneren Auflösung, in der es sich bis zur Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes im Juni 1848 befand, und bei der Ungewißheit, die mindestens noch bis zur Präsidentenwahl Napoleons im Dezember des Jahres über seiner Zukunft lag, konnte es an aktivere Auslandspolitik gar nicht denken. Hat es doch auch für die „Befreiung Italiens“, die am gleichen Tage mit dem deutschen „Bruderbund“ zum Beschluß erhoben wurde, nichts zu tun vermocht. Es ist darum auch nur hohle Prahlerei, wenn Thiers später behauptet hat, er würde damals, hätte man ihn nur gewähren lassen, durch Drohungen oder Geschenke Bayern und Hessen zur Abtretung ihrer linksrheinischen Besitzungen bewogen und die französische Grenze bis Mainz vorgeschoben haben, „das der Schlüssel Deutschlands ist“ (früher hörten wir, es sei der Schlüssel zu Frankreich gewesen; also ein Doppelschlüssel). Selbst wenn Frankreich einen solchen Streich hätte versuchen können, so weiß jeder, der die deutsche Bewegung von 1848 kennt, wie es gekommen wäre. Der deutsche Fürst, der sich auf solche Geschäfte einließ, wäre für immer verjagt, und der Minister, der sie führte, gehängt worden. Das Erscheinen aber eines einzigen französischen Soldaten in Mainz, während in Frankfurt die deutsche Nationalversammlung tagte, hätte genügt, der deutschen Revolution mit einem Schlage ein Ende zu bereiten und das zur Wirklichkeit zu machen, was 1840 nur gedroht hatte: ganz Deutschland einig und in Waffen gegen Frankreich.

*

Ehe wir weitergehen, um an die Ereignisse heranzutreten, die bis heute und wohl noch für lange den Charakter der deutsch-französischen Beziehungen bestimmt haben und bestimmen werden, dürfte es sich empfehlen, das Urteil über die zuletzt betrachtete Phase, die Zeit von 1815 bis 1850, zusammenzufassen. Es soll uns den Hintergrund liefern, auf

dem die entscheidende Wendung der folgenden Jahrzehnte in die richtige Beleuchtung rückt.

Emile Ollivier, der Staatsmann, der als Ministerpräsident im Sommer 1870 „leichten Herzens“ sein Land in den Krieg gegen Deutschland stürzen ließ, hat in seiner breit angelegten Geschichte des „Liberalen Kaiserreichs“ — einer Gerichtsrede in 18 Bänden, rhetorisch glänzend, aber mit allen Fehlern einer solchen — die Behauptung ausgesprochen, in den Jahren von 1815 bis 1848 sei weder der Rhein noch die Rache für Waterloo der stete Gedanke der Regierenden gewesen. Wohl finde man bei Geschichtschreibern, Dichtern, Geographen die „übrigens unbestreitbare Behauptung“, daß der Rhein die natürliche Grenze Frankreichs sei. Aber „nirgends,“ sagt Ollivier, „unter keiner Regierung läßt sich die geringste Handlung entdecken, die die Absicht verriete, ihn wiederzunehmen“. Er beruft sich darauf, daß auch Guizot als Ministerpräsident am 24. Januar 1848 erklärt habe, Frankreich hätte besser getan, zur Befreiung Polens, der Lombardei und Venetiens die Armee und die Schätze zu verwenden, die es „nicht gebraucht hat, um die Rhein- und Alpengrenze für sich zu gewinnen“. Den Ruf eines geschickten Anwalts, den Ollivier bei Lebzeiten besaß, hat er an dieser Stelle nicht wahrgemacht. Er bestreitet, was kein Vernünftiger behauptet hat noch behaupten kann. Niemand wird dem Frankreich der Restauration und des Bürgerkönigtums eine Handlung vorwerfen können, die auf Eroberung des Rheins zielte. Aber wenn es für diesen Zweck nichts getan hat, so lag das nicht am Fehlen der Absicht, sondern nur an der Unmöglichkeit, sie auszuführen. Der Polignacsche Plan, Talleyrands belgische Teilungsprojekte sehen zwar nicht den unmittelbaren Erwerb des Rheinlands für Frankreich vor, wohl aber die Vorbereitung dazu. Warum drängte man denn auf Bildung eines eigenen rheinischen Königreichs hin, warum sonst, als weil man von einem solchen weniger Widerstand, sei es gegen militärische Eroberung, sei es gegen friedliche Aufsaugung des Landes durch Frankreich glaubte erwarten zu dürfen? Solange Preußen, als „der rheinische Hausknecht des Deutschen

Bundes", wie Friedrich Wilhelm IV. sich einmal genannt hat, die Grenze hütete, waren solche Absichten ungefährlich und aussichtslos. Wenn an Stelle des Hohenzollern ein wettinischer Kleinfürst von Aachen bis Trier regierte, ließ sich eher daran denken. Vollends hinfällig ist Olliviers Versuch, die Annexionslust als platonischen Wunsch von unpolitischen Intellektuellen abzutun. Chateaubriand, der offen und unverhüllt die Wiedergewinnung der Rheingrenze für Ehrenpflicht erklärte, gehört zwar in die Kategorie der Dichter, war aber zugleich aktiver Staatsmann, Diplomat und zeitweilig Minister des Äußern. Thiers war Geschichtschreiber, aber auch Staatsmann und wiederholt Minister, und in dieser Eigenschaft hat er die Losung „Auf zum Rhein!" ausgegeben, die in ganz Frankreich so lauten Widerhall fand. Er hat den Gedanken auch nach seinem Sturz nicht verleugnet. Am 20. Januar 1842 ließ der Exminister in der Kammer die drohende Bemerkung fallen: „Zwischen uns und den Deutschen gibt es eine territoriale Streitfrage, die für sie gefährlich ist." Die Ausflüchte verfangen also nicht; das politische, das offizielle Frankreich ist es, das so gedacht und gesprochen hat.

Es ist eben nicht anders: Frankreich hat von 1815 bis 1850 den Wiedergewinn der Rheingrenze gewünscht und gewollt und ein historisches und moralisches Recht darauf zu haben geglaubt; verzichtet hat es nur, weil die Umstände ihm nicht erlaubten, den Willen zur Tat werden zu lassen. Der Verteidiger vor dem Strafgericht darf Freisprechung beantragen, weil die Tat nicht ausgeführt wurde. Vor dem Richterstuhl der Geschichte werden Absichten und Gedanken ebenso zur Rechenschaft gezogen wie begangene Handlungen. Die auswärtige Politik eines jeden Staates ist der Ausdruck dessen, was sein Volk will und zu bedürfen glaubt, und sie muß ebensosehr nach Hoffnungen und Entwürfen beurteilt werden, die nicht zur Ausführung kamen, wie nach vollzogenen Handlungen. Worauf die Entwürfe in Frankreich nach 1815 dauernd gerichtet waren, kann niemand bestreiten, der den Sinn für die Wahrheit nicht ganz verloren hat. Das hat doch sogar Guizot mittelbar bestätigt, indem er von den Armeen

und Schätzen sprach, die man nicht verwendet habe, um die Rheingrenze wiederzugewinnen. Wenn man freilich der nationalen Voreingenommenheit bis zu solcher Verblendung sich hingibt, wie Perraud, der das Rheinlied Nikolaus Beckers eine „Herausforderung der französischen öffentlichen Meinung" nennt und Musset preist, weil er den Handschuh aufgenommen und — in besseren Versen, aber mit roher Gesinnung — geantwortet habe, so hört die Möglichkeit vernünftiger Erörterung auf. Scheut sich doch dieser französische Historiker nicht einmal, bei solchem Anlaß den Satz niederzuschreiben: „Sollte ihre (der Deutschen) Unbeugsamkeit (*intransigence*) Frankreich etwa dazu verurteilen, zwischen dem Rhein und dem Frieden, zwischen seinen nationalen Bestrebungen (*aspirations*) und seinen humanitären Lehren zu wählen?" Wer logisch denkt, wird diese Wahl für unvermeidlich halten, wo die „nationalen Bestrebungen" mit den „humanitären Lehren" in so handgreiflichem Widerspruch stehen wie hier. Aber freilich, in den Augen eines französischen Historikers von 1923 kommt das gute Recht der Deutschen auf ihr eigenes Land, uralten deutschen Volksboden, nicht in Betracht gegenüber den „nationalen Bestrebungen" Frankreichs. Für ihn ist die zornige Aufwallung des deutschen Patriotismus angesichts des offen angekündigten Griffes nach deutschem Gebiet nur eine „Herausforderung der französischen öffentlichen Meinung". Es hat einmal einen französischen Geschichtschreiber gegeben, größer als alle, die heute auf diesen Titel Anspruch machen, einen der vornehmsten und klügsten politischen Denker aller Zeiten, der auch als Staatsmann und Minister seines Landes eine Rolle gespielt hat und der, anders als die Epigonen des Weltkriegs, die Wahrheit erkannt und ehrlich bekannt hat. Alexis de Tocqueville gehörte zu der Schule liberaler Politiker in Frankreich, die das Bündnis mit Deutschland erstrebten, weil sie darin den besten Schutz gegen das übermächtige Rußland, das Rußland des Autokraten Nikolaus I., sahen. Aber als er Deutschland bei längerem Aufenthalt aus eigener Anschauung kennen und verstehen gelernt hatte, gab er den Gedanken bekümmerten Herzens auf. Überall im

Lande hatte er gegenüber Frankreich die gleiche Gesinnung gefunden, gemischt aus Furcht und Haß. Er zögert nicht, Frankreich die Schuld daran zu geben. „Wie könnte es anders sein?“ ruft er aus. „Es ist eine der verhängnisvollsten Folgen, die für Frankreich aus dem ersten Kaiserreich hervorgegangen sind ... Aus unsern natürlichen Bundesgenossen haben wir unsere schlimmsten Feinde gemacht.“

Es hätte nicht so zu sein brauchen. Als Tocqueville sein resigniertes Urteil niederschrieb, waren seit dem Sturze Napoleons und der Befreiung Deutschlands vierzig Jahre verflossen. Die Zeit hätte genügt, die Wunden vernarben zu lassen, wenn nicht die ungescheut verkündigten französischen Ansprüche sie immer aufs neue aufgerissen, ja eigentlich dauernd offen gehalten hätten. So waren die Aussichten auf Aussöhnung, friedliches Nebeneinander und schließliche Verbindung der beiden Nachbarvölker in einem Menschenalter, einer Periode des Friedens, wie sie so lang seit drei Jahrhunderten nicht dagewesen war, nicht gestiegen, sondern gesunken, als seit Mitte des Jahrhunderts das Problem eine neue Seite erhielt, die seine Lösung aufs äußerste erschwerte: die Frage der deutschen Einheit.

Sie war bisher keine Frage der praktischen Politik gewesen. Akademische Erörterungen, die ihr in der Literatur gewidmet wurden, hatten den Staatsmännern keinen Anlaß gegeben, sich ernsthaft mit ihr zu beschäftigen. Den Wunsch weiter Kreise nach staatlicher Einigung der Nation hatten die Regierungen ignoriert, weil keiner der deutschen Staaten daran dachte, ihn sich zu eigen zu machen. Soweit sie sich mit einer Reform des Bundes überhaupt beschäftigten, waren ihre Erwägungen eher darauf gerichtet, wie man einer wirklichen Einheit aus dem Wege gehen könne. Darum hatte auch das Ausland dieser Frage keine Aufmerksamkeit geschenkt. In Frankreich hatte wohl hie und da eine einzelne Stimme auf die kommende deutsche Einheit hingewiesen. Wir hörten, wie schon der Zollverein eine leise Unruhe hervorrief, die aber rasch beschwichtigt wurde. Ein Kenner Deutschlands wie

Quinet konnte wohl mit prophetischem Wort auf den preußischen Staatsmann der deutschen Zukunft hindeuten — man achtete nicht darauf. Die Berufung des Vereinigten Landtags in Preußen (1847) flößte dem Minister Guizot wohl einige Besorgnis ein, ob der Übergang dieses Staates zu modernen Verfassungsformen nicht der Anfang zur Einigung Deutschlands unter preußischer Führung werden könnte. Aber auch er ließ sich beruhigen.

Da brach in der Revolution des Jahres 1848 mit einem Schlage der Gedanke der deutschen Einheit als stürmische Forderung der Nation hervor. War man nun damals in Paris wirklich so sehr von weltbürgerlichen Ideen beherrscht, daß man mit Bewußtsein geschehen ließ, was sich jenseits der Ostgrenze vorzubereiten schien? Oder war man scharfblickend genug, die Vergeblichkeit der Bestrebungen zu erkennen, die von der Frankfurter Paulskirche ausgingen? In jedem Fall war Frankreich mit sich selbst so sehr beschäftigt, daß ihm die Möglichkeit gefehlt hätte, in Deutschland einzugreifen, auch wenn es wollte.

Der revolutionäre Versuch der Reichsgründung scheiterte, aber die Frage kam darum nicht zur Ruhe. Sie blieb auf der Tagesordnung, sie hielt nicht nur die deutschen Regierungen in Atem. Neben der orientalischen, polnischen, italienischen gab es jetzt eine deutsche Frage, mit der man sich andauernd beschäftigen mußte. Frankreich am wenigsten konnte ihr gleichgültig zusehen. Unter der Diktatur Napoleons III. innerlich aufs neue geordnet und gefestigt, militärisch gestärkt, mußte es sich die Frage ernstlich vorlegen, die in der Aufregung des Revolutionsjahres überhört worden war, ob es die Einigung Deutschlands geschehen lassen oder verhindern sollte, ob und unter welchen Bedingungen es sie ertragen konnte. Seit zwei Jahrhunderten hatte die Schwäche Deutschlands als unantastbarer Grundsatz französischer Politik und geradezu als eigenes Lebensbedürfnis gegolten. Konnte, durfte man es jetzt anders ansehen? Seit einem Jahrhundert war einer der stärksten Trümpfe im Spiel der französischen Diplomatie der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich.

Daß die beiden Mächte nach 1815 Hand in Hand gegangen waren, hatte eine empfindliche Schwächung Frankreichs bedeutet. Dann hatte das Jahr 1848 ihre alte Gegnerschaft so stark wie je wieder geweckt, die folgenden Jahre ließen sie nicht mehr einschlafen. Mit voller Klarheit war es hervorgetreten, daß die deutsche Einheit gleichbedeutend war mit der Beseitigung des Dualismus, der Ausgleichung des Gegensatzes zwischen den deutschen Großmächten in der einen oder andern Form. Konnte Frankreich das dulden, durfte es sich eine seiner stärksten Karten rauben lassen? Dahinter aber stand noch ein argwöhnischer Gedanke: das Elsaß. Daß die Wiedergewinnung dieses Landes, schon im 18. Jahrhundert gelegentlich von deutschen Regierungen ernsthaft ins Auge gefaßt, bei den Friedensverhandlungen von 1814/15 eine Rolle gespielt hatte, war in Paris nicht vergessen; daß sie die Forderung der deutschen Patrioten gewesen und noch 1848 hier und da, wiewohl selten, zur Sprache gekommen war, wußte man auch. Wenn nun Deutschland ein geeintes Reich, nicht mehr ein lockerer, zum Angriff unfähiger Bund war, mußte man da nicht fürchten, daß es eines Tages seinen Anspruch auf das Elsaß mit den Waffen geltend machen werde? Mancher, der sonst vielleicht bereit gewesen wäre, mit den Tatsachen sich abzufinden, wurde durch die Erinnerung an den Raub Ludwigs XIV. zurückgeschreckt. Das schlechte Gewissen wegen des Elsaß ließ Frankreich im Gedanken an Deutschland nicht ruhig schlafen.

5.

Die Probleme der Weltgeschichte, und um ein solches handelt es sich hier, lösen sich nicht von selbst, gleichsam nach einer in ihnen ruhenden mathematischen Formel, die den Ablauf der Entwicklung und das schließliche Ergebnis unausweichlich beherrschte. Beides, Verlauf und Ende, hängen wesentlich ab von der Art der Menschen, die zur Behandlung der Dinge vorzugsweise berufen sind. Die Frage der deutsch-französischen Beziehungen im Zeitalter der deutschen Einheitsbewegung und Reichsgründung macht davon keine Ausnahme. In diesem Sinn ist die Persönlichkeit Napoleons III. das Schicksal Frankreichs und Deutschlands geworden.

Der kleine Neffe des großen Kaisers, nach einem abenteuerlichen Leben als Verbannter, zeitweilig Gefangener, mit vierzig Jahren durch die Sturzwelle der Revolution auf den Präsidentenstuhl der französischen Republik gehoben, der sich unter ihm binnen kurzem in einen Kaiserthron verwandelte, er ist in der Geschichte nicht gut weggekommen. Die Nachwelt ist in Gefahr, ihn zu unterschätzen, weil sie allzusehr auf das Ende seiner Laufbahn sieht, wo er, vor der Zeit alt geworden, ein kranker, gebrochener Mann, das Unglück hatte, auf einen Gegner zu stoßen, dem er schon in seinen besten Tagen kaum gewachsen gewesen wäre. An seinen übrigen Zeitgenossen gemessen, war er keine verächtliche Erscheinung; den einen Cavour ausgenommen, hat er sie alle überragt. Man wird doch nicht ganz ohne eigenes Verdienst, nur auf Grund eines großen Namens, also auf ein Vorurteil hin, aus dem Exil heraus Kaiser der Franzosen und Schiedsrichter Europas, der nur ein Wort fallen zu lassen braucht, damit die Welt aufhorche. Seine Regierung hätte zweifellos einen andern Abschluß gefunden und würde heute vielleicht ein Ruhmesblatt in der Geschichte Frankreichs

bilden ohne das Auftreten Bismarcks. Das ist es eben, was diese Zeit von allen früheren unterscheidet, daß diesmal durch ein seltenes Gnadengeschenk des Himmels der Staatsmann, der nicht nur wußte, was sein konnte und sein mußte, der auch konnte, was er sollte und wollte, der wahrhaft große Mann, der Mann des Schicksals, auf deutscher Seite stand.

Napoleon III. hat auf die Zeitgenossen den Eindruck einer Sphinx gemacht: aus Widersprüchen zusammengesetzt, ein Rätsel, das niemand lösen kann. So wirkt seine Erscheinung noch heute. Das Widerspruchsvolle lag schon in ihm selbst; vollends verhängnisvoll wurde es dadurch, daß er als Oberhaupt des französischen Staates in eine Lage und vor Aufgaben gestellt war, die seiner Natur im Grunde nicht entsprachen. Er war kein Franzose, in seinem ganzen Wesen der vollkommenste Gegensatz zu allem Französischen. Bis zu seinem 40. Jahr hatte er im Ausland, in Deutschland, Italien, der Schweiz, Amerika und England gelebt und Frankreich nur als Strafgefangener kennen gelernt. Zur Herrschaft gelangt, stand er immer ziemlich einsam über der Nation. Sein persönlicher Anhang waren Abenteurer, Glücksritter wie er selbst, zum Teil dunkle Ehrenmänner, mit seinen nächsten Verwandten lebte er nicht in den besten Beziehungen, und seine Gemahlin, die energische, herrschlustige Eugenie, war eine Spanierin. Für die Masse des Volkes war und blieb er der Träger eines großen Namens, der Neffe des Oheims. Ihm fehlten die natürlichen Zusammenhänge mit der Gesellschaft und dem Volk und damit die Kanäle zu ihrer Beeinflussung. Seine einzige feste Stütze war die Armee und sein Regierungssystem darum auch die militärische Diktatur. Die Stimmung der Armee, der Generäle und Offiziere bildete für ihn das Barometer, nach dem er vor allem schauen mußte. Dabei war er klug genug, zu wissen, daß die Diktatur immer nur als vorübergehender Zustand möglich ist. Darum erstrebte er, seit er einen Sohn hatte, dem er die Nachfolge zu sichern wünschte, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform und übereilte

ihn, als zunehmende Krankheit ihn fürchten ließ, er könne sterben, bevor der Sohn erwachsen wäre. Das machte ihn nach zwei Seiten abhängiger, als ein Herrscher sein darf, der persönlich regieren will. Napoleon hat auf das persönliche Regiment bis zuletzt niemals verzichtet, auch dann nicht, als er äußerlich zum parlamentarischen System sich bequemt hatte. Immer behielt er die Gewohnheiten des Heimlichtuns und Hinterslichtführens bei, die er in den Verschwörerzeiten seiner Jugend angenommen hatte. Insbesondere die auswärtige Politik leitete er ganz selbständig und so eigenmächtig, daß er hinter dem Rücken von Ministern und Botschaftern Verhandlungen führte und Abmachungen traf. Und doch ist es keine Paradoxie, wenn man sagt: seine eigene Politik, die, die er für die richtige und beste gehalten haben würde, wenn er frei gewesen wäre, hat er nicht gemacht.

Wenn jede Regierung nach ihren Erfolgen beurteilt wird und in dem Maße gefestigt ist, wie sie Erfolge aufzuweisen hat, so bedurfte der Emporkömmling ihrer doppelt und dreifach. Die Geschichte Louis Philipps hatte ihn gelehrt, wie wenig gerade die französische Nation ihrem Herrscher den Mangel an äußeren Erfolgen verzeiht. Nicht in den gleichen Fehler zu verfallen, hatte er sich von Anfang an vorgenommen. Daher der betriebsame, unternehmerische Zug in seiner auswärtigen Politik, mit der er die Welt fortwährend beunruhigte und in Spannung hielt, daher auch die reklamehafte Art, in der er seine Taten anzupreisen und seine Absichten orakelhaft anzukündigen liebte. In der Politik, das war sein Grundsatz, müsse man nicht nur sein, auch scheinen. Mit treffendem Sarkasmus kennzeichnete ihn der Prinzgemahl von England als den Direktor eines Schauspielhauses, in dem die Zuschauer täglich ein neues Stück zu sehen erwarten.

Keinem französischen Herrscher hätte es näher liegen können, dem Einheitsstreben der deutschen Nation entgegenzukommen. An Deutschland knüpften ihn Jugenderinnerungen, die ihm teuer waren. Auf dem Gymnasium in Augs-

burg hatte er eine deutsche Erziehung erhalten und deutsch denken gelernt. Das Französische sprach er mit dem Akzent eines Deutschen, nicht einmal in der Rechtschreibung war er fest. Noch in späteren Jahren fiel er in der Unterhaltung mit deutschen Besuchern gern in deren Sprache und sagte wohl einmal ganze Gedichte von Schiller her. Wenn er seinen Gedanken den Lauf ließ, machte er den Eindruck eines deutschen Stubengelehrten, und von Politik sprach er oft so, „daß man meinte, man befände sich mitten in einer Gesellschaft von deutschen Doktrinären". So sah ihn der Herzog von Koburg. Napoleon konnte von Natur nicht anders als Deutschland mit Sympathie gegenüberstehen. Und hatte er nicht das Prinzip der Nationalität als Richtschnur für die Gestaltung der europäischen Staatenwelt auf seine Fahne geschrieben? Die Losung richtete sich in erster Linie gegen Österreich und Rußland, in der Befreiung Italiens und Polens sollte sie sich praktisch verwirklichen und zugleich die beiden Staaten treffen, die unter den Siegern von 1815 am meisten gewonnen hatten. Was den Italienern recht, war den Deutschen billig. In beiden Fällen war es ja der Erbfeind Österreich, der bei Erfüllung des Einheitswunsches seine Stellung, seinen Einfluß verlor. Napoleon hat das selbst anerkannt. Im Gespräch mit Franz Liszt hat er 1861 mit Nachdruck erklärt, die Deutschen dürften darauf rechnen, daß er für sie dasselbe tun würde, was er für Italien getan habe. Man konnte auch dies als französischen Vorteil hinstellen.

Alles zusammen, Gefühl, Grundsätze und Überlegung, konnten Napoleon wohl dazu führen, die Schöpfung der deutschen Einheit zu dulden, sogar sie zu begünstigen und zu fördern. Vielleicht, ja wahrscheinlich hätte er es rückhaltlos getan, wäre er Herr seiner Entschlüsse gewesen. Das war er nicht. Nicht seine eigene Politik hatte er zu machen, sondern die Politik Frankreichs, und Frankreich erlaubte ihm nicht, zu tun, was er gern getan hätte. Es lebte in alten Überlieferungen und Wünschen und hoffte vom Kaiser, daß er sie erfüllen werde. Vorüber war mit dem Intermezzo der Revolution auch die weltbürgerlich-friedselige Stimmung,

die 1848 vorgeherrscht hatte. Hatte schon damals die Beseitigung der Wiener Verträge im Hintergrund der französischen Politik gestanden, so war sie jetzt bestimmte Erwartung: was Bourbon und Orléans nicht vermocht, das mußte dem Bonaparte gelingen. Eben darum hatte die Nation ihn, den Fremden, auf den Schild gehoben, weil sein Name allein Bürgschaft genug schien. Das zweite Kaiserreich konnte die Erinnerung an das erste am wenigsten verleugnen. Darüber waren die Zeitgenossen einig.

Der neue Kaiser, so urteilt Perraud noch im Jahre 1923, mußte sich herausgefordert fühlen, „die Wunde zu schließen, die der französischen Flanke durch die Verträge von 1815 geschlagen war". Das war es, was Frankreich von ihm erwartete: den Rhein. Während des Krimkriegs schrieb Tocqueville, der sein Volk kannte, an einen englischen Freund: dieser Krieg sei nicht volkstümlich; würde er, statt in der Krim, am Rhein geführt und würde folglich sein Ziel klar begriffen, so könnte man wieder die ganze Nation auf die Beine bringen, wie das zu andern Zeiten geschehen sei.

Am stärksten herrschte diese Stimmung, wie natürlich, in der Armee. Wir sind zufällig in der Lage, nachzuweisen, in welchem Geist die Blüte des Offizierkorps damals erzogen wurde. 1864 erschien ein Buch von Lavallée über die Grenzen Frankreichs, hervorgegangen aus den Vorlesungen, die der Verfasser seit 32 Jahren an der Kriegsakademie von St. Cyr gehalten hatte, in seiner Art ein vortreffliches Buch, aus dem sich noch heute manches lernen läßt. In ganzen Kapiteln ist es ein förmlicher Hymnus auf die Rheingrenze. Es beginnt mit dem Satz von Strabo, der in passender Verdeutlichung wiedergegeben wird: „Gallien oder das französische Land (*la Gaule, ou la région française*) ist von der Natur begrenzt durch den Ozean, die Pyrenäen, das Mittelmeer, die Alpen und den Rhein." Wo vom Frieden von Campoformio und der ersten Abtretung des linken Rheinufers die Rede ist, bricht der Verfasser in die begeisterten Worte aus: „Nach acht Jahrhunderten der Anstrengungen sollte Frankreich die Grenzen erreichen, die von der alten Monarchie so sehr er-

sehnt wurden!" Gar nichts hält er von der Neutralität Belgiens. Er nennt sie chimärisch und unmöglich. Belgien ist für ihn „der gegebene Schauplatz französischer Einbrüche, die Ringbahn, die die Natur Frankreich und seinen Feinden bereitgestellt hat, damit sie dort ihre Streitigkeiten ausfechten; kurz, eine Landschaft, deren ganze Natur nach dem Kriege ruft und eigens für Schlachten geschaffen scheint". Am Schluß erhält man einen Überblick über die Lage Frankreichs, wie sie nach dem Zürcher Frieden (1859) sich darstellt. „Im Süden hat es seine natürliche Grenze wiedergewonnen; wird es auch die nördliche wiedergewinnen? Es braucht die Grenzen alle, die Gottes Hand ihm gegeben hat, die es in keltischer und römischer Vorzeit besaß, die es bei der Erneuerung von 1789 wiedereroberte; sein Gebiet muß das Schlachtfeld von Zülpich (wo Chlodwig die Alemannen besiegte) und das Grab Karls des Großen umschließen; es muß, wie Vauban zu Ludwig XIV. sagte, ‚seinen Hof abrunden' (*faire son pré carré*)." Dann versteigt der Verfasser sich zu der Behauptung: „Frankreichs natürliche Grenzen bilden seit 72 Jahren einen Teil des öffentlichen Rechts von Europa, sie sind das Pfand für den Weltfrieden." Die Könige hatten geduldig dafür gearbeitet, Napoleon schoß übers Ziel hinaus, und das Werk mußte zum Teil von vorn begonnen werden. Jetzt, da Savoyen und Nizza wiedergewonnen, Frankreich in seinen Rang wieder eingesetzt ist, ist „das übrige Sache der Zeit, der Geduld, der Verständigung (*conciliation*). Es wird ohne Erschütterung und in friedlicher Weise geschehen, wenn Europa vernünftig ist und Vertrauen hat, wenn es seine Vorurteile und seinen alten Groll aufgeben will und sich Notwendigkeiten fügt, die durch Natur, Geschichte, Vernunft und Gerechtigkeit vorgeschrieben sind". Das Buch von Lavallée hat in zwei Jahren fünf Auflagen erlebt.

Das also war die Gesinnung, waren die Gedanken, mit denen Napoleon III. rechnen mußte, wenn er das Vertrauen des Landes behalten wollte. So persönlich er die Geschäfte führte, seiner persönlichen Neigung durfte er in der Behandlung der Deutschen Frage nicht folgen. Er hätte damit seinen

Thron untergraben und, wenn nicht seinen eigenen Sturz, so den seines Sohnes mit Sicherheit herbeigeführt.

Aus diesem Gegensatz zwischen persönlicher Neigung und notgedrungener Rücksicht auf den Willen der Nation hat Napoleon den Ausweg nie gefunden, und daraus ergab sich ein diplomatisches Spiel, das von Anfang an der Sicherheit und Aufrichtigkeit entbehrte, das mit der Zeit, je schwieriger die Umstände sich gestalteten, desto planloser und widerspruchsvoller wurde, und das zu enträtseln die Zeitgenossen schließlich verzweifelten. Nach seinem Sturz hat der Kaiser sich bitter beklagt, sein Fehler sei gewesen, daß er an beschworene Treue und Dankbarkeit geglaubt habe. Das war eine große Selbsttäuschung. Wie kann der auf Treu und Glauben und Dankbarkeit rechnen, der keinen Vertrag und keine Freundschaft ohne den Hintergedanken schließt, den Partner zu überlisten und zu täuschen, und nicht einmal gegen sich selbst aufrichtig ist? In dem Spiel, worin die Schlauheit über Freund und Feind den Sieg davontragen sollte, kam es schließlich so weit, daß der Spieler sich in seinen eigenen Ränken verfing, und der verzweifelte Versuch, sich aus dem Netz, in das er geraten war, mit Gewalt zu befreien, brachte ihn vollends zu Fall.

*

Verlorene Mühe wäre es, in der Politik Napoleons III. gegenüber Deutschland nach einem festen Plan oder auch nur einem steten Hintergedanken zu suchen. Sein Plan war nicht, die deutsche Einheit zu verhindern, ebensowenig, sie zu fördern. Auch der Erwerb des Rheinlands ist nicht, wie man noch jüngst behauptet hat, sein unverrückbares Ziel und der Schlüssel zur Geheimschrift seiner persönlichen Diplomatie gewesen. Wer ihn so beurteilt, hat ihn nicht verstanden. In Wahrheit hatte Napoleon nur einen steten Gedanken: sich zu behaupten und seinem Sohn die Nachfolge zu sichern. In allen andern Dingen, und so auch betreffs der Deutschen Frage, hat er seine Absichten gewechselt und sich selbst häufig widersprochen. Man kennt gut be-

zeugte, keiner Verstellung verdächtige Äußerungen, in denen er jeden Zuwachs an deutscher Bevölkerung als unerträglich für Frankreich bezeichnet und sich hoch und heilig verschwört, niemals auch nur eine halbe Quadratmeile davon zu begehren. Auf der andern Seite hat die Kaiserin Eugenie noch im Jahre 1905 gestanden, ihr Gemahl habe den Erwerb des Rheinlands leidenschaftlich erstrebt. Zum Prinzgemahl von England bemerkte er 1857, es sei nicht nötig, die Verträge von 1815 umzuwerfen; einige kleine Verbesserungen würden genügen. Fünf Jahre vorher hatte er einem englischen Freunde rundheraus erklärt, Europa verlange nach Abänderung der Wiener Verträge; hatte er mit General Jomini, dem Abgesandten des Zaren, eine ganze Nacht über der Karte Europas zugebracht und Pläne geäußert, über die der General erschrak: von der Ordnung von 1815 sollte gar nichts übrigbleiben. Noch die geheimen Verhandlungen und Abmachungen, die in den 60er Jahren mit Österreich gepflogen wurden, rechnen mit einer gründlichen Umgestaltung des mitteleuropäischen Kartenbildes. Der Prinzgemahl hörte 1854 aus seinem Munde, daß er die Besorgnis aller Franzosen vor einem geeinten Deutschland teile und die sogenannte Trias, eine Dreiteilung zwischen Preußen, Österreich und den Mittelstaaten, vorziehe. Sechs Jahre später verkündigte ein Publizist, der dem Kaiser gewiß nicht widersprechen wollte: „Wir fürchten nicht ein Königreich von 26 Millionen Italienern; wir würden 32 Millionen Deutsche an der Ostgrenze nicht mehr fürchten.“ Und so fort in stetem Wechsel. Seine Politik lebte von Widersprüchen.

Vor ihm lagen viele Wege, die ihm alle von der Überlieferung gewiesen wurden. Er konnte nach dem ganzen linken Rheinufer greifen und scheint es zuzeiten geplant zu haben. Er konnte sich auf die bayrische Pfalz und Rheinhessen beschränken, bezüglich der preußischen Rheinprovinz auf die Tauschpläne Chateaubriands und Talleyrands und den rheinischen Pufferstaat unter dem König von Sachsen zurückkommen und hat es versucht. Er war bereit, sich mit dem Mindestmaß von Saarbrücken und Landau zu begnügen, und

einmal sogar, im Augenblick tiefster Niedergeschlagenheit, auf jede Abtretung deutschen Bodens zu verzichten. Dann wieder erschienen ihm Belgien und Luxemburg als passende Entschädigung. Alle diese Phasen hat seine Politik durchlaufen, jeden Plan zeitweilig verfolgt und keinen verwirklicht. An einem aber hat er die längste Zeit festgehalten: keinen Krieg zu führen, die Erwerbungen, die er machen wollte, durch friedliche Mittel, Verhandlung und Verständigung zu erreichen. Er hat schon als Präsident der Republik (1849) damit begonnen, die preußischen Bemühungen um die Einheit Deutschlands zu unterstützen, und hat damit geendet, daß er, nur um die deutsche Einheit nicht zustande kommen zu lassen, den Krieg entfesselte, aus dem sein eigener Sturz und die Gründung des Deutschen Reiches hervorging. Er gleicht einem Manne, der mehrere Waffen geerbt hat und sich nicht entschließen kann, welche er anlegen soll, ob den Dolch oder den schweren Säbel, den Taschenrevolver oder die Jagdbüchse. Er nimmt sie nach und nach alle in die Hand, spielt mit jeder und benutzt keine, bis endlich die große Flinte, in der Hast ergriffen, losgeht und ihn selber trifft.

Dieses unsichere Tasten, das Schwanken zwischen entgegengesetzten Polen beginnt mit dem ersten Tage seiner Regierung. Wir berührten schon die Unterstützung, die er den preußischen Unionsbestrebungen (1850) anbot. Ein Jahr vorher hatte er einem englischen Freunde zu verstehen gegeben, er gedenke sich dabei durch Vorschieben der eigenen Grenze bezahlt zu machen. Jetzt nannte er dem preußischen Gesandten ausdrücklich die bayrische Pfalz als Preis, verzichtete aber sogleich darauf, als der Preuße ihm erklärte, die leiseste Andeutung dieser Art würde jede Annäherung unmöglich machen. Immerhin soll er damals schon den Plan für die Eroberung des Rheinlands bearbeitet haben. Sein Vertreter in Berlin, der energische, aber etwas abenteuerliche Persigny, hatte wenigstens Landau oder Saarbrücken gefordert, aber nur erreicht, daß er abberufen werden mußte. Während des Krimkriegs, nach den schlechten Erfahrungen,

die er mit Österreich gemacht hatte, stiegen des Kaisers Sympathien für Preußen. Zum Herzog von Koburg äußerte er sich damals im Tone größten Wohlwollens, gab deutlich zu verstehen, daß er die österreichische Allianz durch die preußische zu ersetzen wünsche, und erging sich in unbestimmten Andeutungen, daß ihm eine Ausdehnung Preußens in Deutschland recht wäre, wenn man ihn dafür am Rhein oder in Italien entschädigte. Dem preußischen Minister von der Heydt sagte er geradezu: „Ich finde immer, Preußen sei ein wenig zu mager." Bismarck, der ihn 1855 besuchte, bekam zu hören, Preußen und Frankreich, als die beiden Staaten, die an der Spitze der Zivilisation ständen, seien aufeinander angewiesen. Zwei Jahre später wurde der Kaiser gegenüber diesem Unterredner, den er schon für den kommenden Mann in Preußen hielt, noch deutlicher. Ausführlich setzte er ihm auseinander, daß und warum eine Vergrößerung Frankreichs bis zum Rhein ein Unding sei; eine kleine Berichtigung der Grenze sei zwar erwünscht, aber auch entbehrlich. Frankreichs Zukunft liege auf dem Wasser, das Mittelmeer sei sein Ziel, und dafür wünsche er die preußische Rückendeckung. Preußen solle durch Einverleibung von Hannover und Schleswig-Holstein selbst Seemacht werden und vereint mit Frankreich die drückende englische Seeherrschaft brechen.

Solange Friedrich Wilhelm IV. regierte, der in Napoleon die verkörperte Revolution, das böse Prinzip sah und eine Verbindung mit ihm schlechthin für Sünde hielt, fielen diese Samenkörner auf steinigen Boden. Nach dem Regierungswechsel von 1858 schienen die Aussichten günstiger. Napoleon hielt seine Zeit für gekommen, die Zeit der französisch-preußischen Entente. Daß Preußen im italienischen Kriege (1859) nach dem Siege bei Solferino im Begriffe stand, ihm in den Rücken zu fallen, und ihn dadurch zu schleunigem Friedensschluß und Verzicht auf die Befreiung Venetiens nötigte, hat ihn nicht irre gemacht. Noch im gleichen Jahr hat er zu einem Italiener geäußert: in Deutschland vertrete Österreich die Vergangenheit, Preußen die Zukunft; wenn es

sich mit Frankreich verbünde, könne es die Machtstellung gewinnen, die Österreich verlieren würde, und in Deutschland die hohe Bestimmung erfüllen, die seiner harre und die Deutschland von ihm erwarte. Im nächsten Jahr (1860) suchte und fand er die persönliche Anknüpfung bei einer Begegnung mit dem Prinzregenten in Baden-Baden, und noch ehe das Jahr um war, erhielt sein Gesandter in Berlin, Moustier, bestimmte Aufträge. Der Kaiser hat ihn bei dieser Gelegenheit in seine Gedanken eingeweiht, Moustier hat nicht reinen Mund gehalten, vielleicht auch, um die belgische Regierung sicher zu machen, seinem belgischen Kollegen davon gesprochen, und über Brüssel, wo man mit gutem Grund die äußerste Wachsamkeit übte, hat die Nachwelt es erfahren.

Der Kaiser stehe seit seinem langen Aufenthalt in England unter dem Eindruck des blühenden Gedeihens, mit dem dieses Land Frankreich, das doch von Natur ebenso reich und dessen Volk ebenso fähig sei, so weit überflügelt habe. Er finde die Ursache davon in dem natürlichen Grenzschutz, den England als Insel genieße und der es ihm erlaube, die Mittel, die Frankreich zur Verteidigung seiner Grenzen brauche, für friedliche Aufgaben zu verwenden. Wenn Frankreich dasselbe tun könnte, würde es seinen Reichtum verdoppeln. Also müsse es ein Grenzsystem erhalten, das sich selbst verteidige. Gegen Süden sei das mit Nizza und Savoyen jetzt erreicht, gegen Norden bürge die belgische Neutralität für Sicherheit. Nur von Mainz bis Köln seien Berichtigungen unerläßlich. Mit andern Worten: die Pfalz und das linke Rheinufer hatte der Kaiser im Auge. „Aber", fügte er hinzu, „ich träume nicht von Eroberungen; ich will friedlich und allmählich vorgehen. Ich will zum Ziel gelangen durch Austausch freundlicher Erklärungen und Verständigung." Das ist es, was Moustier dem Regenten nahelegen soll, natürlich zugleich mit dem Angebot territorialer Kompensationen für Preußen in Deutschland.

Ist es nicht, als käme aus dem Munde Napoleons III. die Stimme Richelieus? Der Kaiser hat von den Denkschriften des großen Kardinals schwerlich eine Zeile gekannt, und doch, wenn man zur Instruktion für Moustier die Äußerungen gegen

Bismarck hinzunimmt, wiederholt er die leitenden Gedanken Richelieus: den Vergleich mit England hinsichtlich des Grenzschutzes, den Hinweis auf das Meer und den Wunsch nach Ausnutzung der vorhandenen Quellen des Reichtums. Sogar, was er über seine Taktik sagt, das friedliche, schrittweise Vorgehen, erinnert an Richelieus Rat zu „vorsichtigem und verdecktem Verfahren". Zwischen Napoleon III. und Richelieu besteht keine geistige Verwandtschaft. Was den Epigonen, ohne daß er es weiß, auf die Gedanken des Schöpfers führt, ist neben der Natur der Dinge die Überlieferung, die in zwei Jahrhunderten selbst zu einem Stück Natur geworden ist und im Unterbewußtsein eines jeden Franzosen lebt.

In welcher Weise Moustier seinen heikeln Auftrag ausgerichtet hat, wissen wir nicht. Auf keinen Fall hat er damit Anklang gefunden. Der Plan war von vornherein aussichtslos. Er verrät, was der Prinzgemahl von England schon 1854 festgestellt hatte, daß Napoleon, ungeachtet seiner deutschen Erziehung, das Deutschland der 50er und 60er Jahre, wie es seit 1840 und 1848 geworden war, wenig oder gar nicht kannte. Aber auch so bleibt es verwunderlich, daß er den inneren Widerspruch nicht empfand, in den er geriet, wenn er von Preußen die Erfüllung nationaler Hoffnungen erwartete und ihm gleichzeitig Opfer an der Stelle zumutete, wo das nationale Gefühl am reizbarsten war. In diesem Punkte — vielleicht nur in diesem — war er der echte Franzose, ein Spiegel der Nation, die es niemals begriffen hat, daß ein anderes Volk auch etwas von dem nationalen Empfinden haben könnte, durch das sie selbst so stark ist.

Die belgische Quelle, der wir die Kenntnis des Vorschlags von 1860 verdanken, berichtet, Napoleon habe sich nach seinem Berliner Mißerfolg an Österreich gewandt und ihm den dauernden Besitz Venetiens versprochen, wenn man ihm das Rheinland überließe. Aber in Wien habe er nicht mehr Gegenliebe gefunden als in Berlin. Wenn das richtig ist — und die Beglaubigung ist nicht schlecht —, so zeigt es, wie souverän der Kaiser der Franzosen damals über Länder und Staaten

meinte verfügen zu können. Von der Höhe seines Ansehens glaubte er Europa zu beherrschen. Im Krimkrieg war Rußland besiegt, ein Kongreß in Paris unter französischem Vorsitz hatte die orientalische Frage vorläufig geregelt, der Feldzug von 1859 die Österreicher aus der Lombardei verdrängt und den Italienern ihren nationalen Staat geschaffen, zugleich Frankreich einen hübschen Zuwachs an Gebiet und eine gesicherte Grenze eingebracht. Im Süden war das Programm erfüllt, jetzt mußte der Osten an die Reihe kommen. Das war damals die allgemeine Ansicht. Die jüngsten Erwerbungen hatten im Volke und noch mehr in der Armee die Freude an Krieg und Eroberung geweckt. „Der junge Tiger hatte Blut geleckt", und sein Hunger brauchte nicht lange zu suchen, wo er zu stillen sei. Man erwartete den Griff nach dem Rhein und war auf Krieg gefaßt.

Aber der Kaiser dachte nicht an Krieg. Wenn er es je getan hätte, so würden die Erfahrungen des italienischen Feldzugs ihn abgeschreckt haben. Darüber gab er sich keiner Täuschung hin und sprach es gelegentlich aus: seine Generäle hatten sich zu großen Operationen nicht fähig gezeigt, er selbst war kein Feldherr; Magenta und Solferino waren Glückssiege gewesen, den Fehlern des Gegners zu verdanken. Darum keinen Krieg mehr! Da „spielt der Zufall eine zu große Rolle". Künftig sollte die Diplomatie es schaffen, durch Benutzung europäischer Krisen gedachte der Kaiser zum Ziele zu kommen.

Die Krisen ließen nicht auf sich warten. Gerade in den nächsten Jahren reihte sich eine an die andere: zu Ende 1862 setzte der Aufstand in Polen die polnische Frage auf die Tagesordnung, ein Jahr später rollte der Tod des Königs von Dänemark die schleswig-holsteinische auf, und aus dieser entwickelte sich binnen kurzem der Zusammenstoß zwischen Österreich und Preußen. So günstig hatten die Karten noch nie gelegen; das Spiel mußte gewonnen werden!

Es ist vollständig verloren gegangen, weil zwei unberechenbare Faktoren die Lage veränderten. Seit Anfang der 60er Jahre begann bei Napoleon der rasche körperliche Ver-

fall, der seine Willenskraft lähmte und von der früheren Elastizität der Gedanken und Entschlüsse nur noch die unruhige Projektenmacherei, die unberechenbare Plötzlichkeit und den mit der Zeit immer trüber gefärbten Fatalismus des Abenteurers übrigließ, der Napoleon ursprünglich war und bis zuletzt geblieben ist. Der andere Faktor war das Auftreten eines überlegenen Gegenspielers: Ende September 1862 ergriff Bismarck die Zügel der preußischen Politik. Von da an gestaltet sich das gesamte Spiel der europäischen Diplomatie mit jedem Tage mehr zu einem Duell zwischen dem Kaiser der Franzosen und dem deutschen Staatsmann, einem Duell, in dem die übrigen Mächte teils Sekundanten, teils Zuschauer sind.

Das Schauspiel erhält einen besonderen Reiz, wenn man bemerkt, daß die Gegner, die da aufeinander losgehen, eigentlich Freunde sein sollten. Von Napoleon wissen wir schon, daß er für seine Person mit der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung im Grunde sympathisierte und sympathisieren mußte, soweit er sich selber treu blieb. Die preußische Allianz war ihm immer willkommen gewesen, und sie gewann an Wert, je mehr Preußen sich verstärkte. Damit hätte er bei niemand mehr Gegenliebe gefunden als bei Bismarck. Dieser hatte schon zur Zeit des Krimkriegs, zum Entsetzen seiner Berliner Freunde, einer Verbindung Preußens mit Frankreich das Wort geredet. Er hatte später sich selber geschadet, als er während des italienischen Krieges dafür eingetreten war, daß Preußen die Gelegenheit benutze, um die Deutsche Frage zu lösen, was ganz von selbst eine Verbindung mit Frankreich gegen Österreich herbeigeführt haben würde. Seitdem galt Bismarck vielen als Vertreter des französischen Bündnisses; man sagte ihm nach, er sei bereit, es durch Abtretung des Rheinlands zu erkaufen. Das war eine Verleumdung. Aber daß Bismarck für die Lösung der Deutschen Frage, die ihm vorschwebte, eine Verständigung mit Frankreich wünschte und brauchte, ist nicht zweifelhaft, und daß er darüber hinaus das Bündnis mit Frankreich als das natürlichste und vorteilhafteste für Preußen und Deutschland

ansah, ist durch mehr als eine vertrauliche Äußerung sicher bezeugt. Wenn der Vergleich nicht zu niedrig stände, so möchte man sagen: Napoleon III. und Bismarck sind wie zwei junge Leute, die dazu geschaffen scheinen, einander zu heiraten, und dennoch in tödliche Familienfehde geraten.

Napoleon kannte Bismarck längst. Wie weit er ihn erkannt und seine Absichten durchschaut hat, mag fraglich sein. Aber so wenig wie irgend ein anderer wird er sich dem Eindruck entzogen haben, daß die kühne Natur dieses Staatsmannes durch Vorurteile nicht gehemmt wurde. Daraus mag er den Glauben geschöpft haben, daß mit ihm leichter als mit andern ein Geschäft zu machen sein werde. Wenn man Bismarck bei der Verfolgung seiner preußischen Ziele in Deutschland freie Hand ließ, ihn vielleicht auch unterstützte, so würde er wohl über den Preis mit sich reden lassen und, wenn nicht freiwillig, so durch die Umstände gezwungen, die Verbesserung der französischen Ostgrenze zugestehen. An diesem Glauben hat der Kaiser trotz aller Enttäuschungen vier Jahre lang festgehalten. Mit allen Mitteln der Überredung und Lockung hat er die preußische Regierung zu ermutigen, ja fast zu nötigen gesucht, nach Ausdehnung ihres Gebietes und Einflusses zu streben, die Deutsche Frage aufzurollen, den Konflikt mit Österreich zu entfesseln. Kam es dazu, wurden die beiden deutschen Großmächte handgemein, so war Napoleon der Schiedsrichter, der seinen Spruch fällen und die Gerichtskosten nach Belieben berechnen konnte. Die Rechnung erschien ihm so unfehlbar, daß er für keine Sicherung Sorge trug und daß er, als sie fehlschlug, für einen Augenblick wie ein Verirrter im Walde jede Orientierung verlor. In Wirklichkeit ist seine Politik von Anfang bis zu Ende eine Kette von Fehlern gewesen.

Ein Fehler war schon das Vorspiel, der Versuch, den polnischen Aufstand als Anlaß zu einem einheitlichen Vorgehen der Großmächte gegen Rußland zu benutzen. Wir bedürften nicht erst des späten Geständnisses der Kaiserin Eugenie, um zu wissen, daß die Parteinahme für Polen das Verkehrteste war, was Napoleon damals tun konnte. Mochte sie hundert-

mal französischen Überlieferungen entsprechen und von der öffentlichen Meinung noch so stürmisch gefordert werden, es war und blieb grundfalsch, die russische Allianz, die sich seit dem Pariser Kongreß langsam anbahnte, dem Plan der Wiederherstellung Polens zu opfern und sich den Zaren für lange Zeit gründlich zu entfremden. Die Folgen blieben nicht aus: der Gegenspieler hatte die Blöße sofort erspäht und ausgenutzt, und auf der Grundlage des Zusammengehens gegen den polnischen Aufstand entwickelte sich ein enges Einverständnis zwischen Preußen und Rußland. Nun war die französische Stütze für Preußen nicht mehr unentbehrlich, die Anlehnung an Rußland bot Ersatz. Frankreich aber sah sich isoliert, da keine andere Großmacht auf seine Absichten ernstlich eingegangen war. Umsonst bot der Kaiser zu Ende November 1863 Preußen ganz offen das Bündnis an. Er fand keine Gegenliebe.

Nur so viel hatte Napoleon erreicht, daß man ihm von jetzt ab an allen Höfen den Plan zuschrieb, Europa in Brand zu stecken, um beim Löschen plündern zu können. Von London aus kamen schon im Frühjahr 1863 Warnungen nach Berlin, es sei eigentlich aufs Rheinland abgesehen gewesen. Seitdem ist dieser Argwohn nicht mehr zur Ruhe gekommen. Ganz offen besprach man in allen Kabinetten die verschiedenen Möglichkeiten, die vollständige Annexion des gesamten linken Ufers, wie die bescheideneren Projekte, die wir kennen. Die Schlagworte *grand Rhin* und *petit Rhin* wurden zu Kunstausdrücken der Diplomatensprache, deren Bedeutung jedermann kannte. „Ganz Europa weiß, welches die Ansprüche Frankreichs sind," sagte im Frühjahr 1866 ein Italiener zu Bismarck. Und doch gibt es immer noch französische Geschichtschreiber, die die Annexionsgelüste der Napoleonischen Politik bestreiten oder beschönigen!

Einen neuen Anlaß bot im Frühjahr 1864 der schleswigholsteinische Krieg. Napoleon wurde jetzt deutlich, er drängte die preußische Regierung zur Eroberung und nannte offen seinen Preis. Am 9. Februar enthüllte er dem preußischen Gesandten seinen Plan: Abtretung von Landau an Frankreich

und Neutralisierung des Rheinlands nach belgischem Muster, natürlich außerhalb des Deutschen Bundes. Sein Minister Drouyn de l'Huys äußerte zynisch: „Wenn andere sich vergrößern, müssen wir desgleichen tun. Ist es wenig, so sind wir mit wenigem zufrieden, ist es etwas Großes, so brauchen wir ebenfalls etwas Großes. Zug um Zug, nicht anders!"

Es wurde wieder nichts. Preußen vermied zunächst jede Annexion; das Stichwort, auf das man in Paris wartete, blieb aus, und so mußte man selbst schweigen. Aber nun zog sich das Unwetter des preußisch-österreichischen Konfliktes zusammen. Von Norden, aus der schleswig-holsteinischen Wetterecke, stieg es auf, im Sommer 1865 drohte es schon, sich zu entladen. Der Vorsicht und Geschicklichkeit Bismarcks gelang es noch einmal, die Gefahr zu beschwören. Im Gasteiner Vertrag einigten sich im August die streitenden Mächte. Napoleon war entrüstet, er konnte seine Enttäuschung nicht verbergen. Umso erfreuter muß er gewesen sein, als schon im Oktober der Besuch Bismarcks in Biarritz ihn darüber aufklärte, daß Gastein nur ein kurzer Waffenstillstand sei und der Krieg in Deutschland vor der Tür stehe.

Diesmal durfte die Gelegenheit nicht entwischen, ein zweites Gastein durfte es nicht geben. Darum legte der Kaiser selbst Hand an, um den Brand zu schüren. Heute, da die Akten in reicher Fülle ans Licht gezogen sind, übersehen wir sein diplomatisches Ränkespiel bis ins einzelne, und in hellem Glanz erscheint die Überlegenheit, mit der Bismarck ihm entgegenzuwirken und es zu vereiteln verstand, indem er es zugleich für seine Zwecke benutzte. Hier ist nicht der Ort, es im einzelnen zu verfolgen. Wir verzichten darauf, zuzusehen, wie die Kaiserin im Gespräch mit ausländischen Diplomaten die Karte von Europa herbeiholt und Länder und Völker neu verteilt, während im Hintergrunde die Spießgesellen und Verwandten des Kaisers ihre eigenen Pläne ausbrüten. In den Tuilerien schwirrte die Luft von Projekten zur Neugestaltung Europas, und die berüchtigte Zwietracht in des Kaisers Umgebung, die der Alternde nicht mehr beherrschte, sprach sich auch hierin aus. Nur in einem waren sie einig, daß

sie alle, auch die Preußenfreunde, eine Länderschiebung am Rhein zum Mittelpunkt ihrer Pläne machten. Lassen wir das pikante höfische Unterhaltungsspiel auf sich beruhen. Halten wir uns an die Hauptlinien, aus denen die Absichten und Beweggründe Napoleons ersichtlich werden.

Er hatte die Wahl zwischen Österreich und Preußen. Seine persönliche Neigung zog ihn immer noch zu Preußen, aber umsonst konnte er seine Dienste nicht anbieten. Zwar fühle er selbst, wie er dem preußischen Gesandten, Grafen Goltz, versicherte, sich „frei von engherzigen Vorurteilen und kleinlichen Gleichgewichtsrücksichten“. Aber er müsse mit der öffentlichen Meinung rechnen. „Die Augen der Nation“, sagte er, „blicken nach dem Rhein.“ Daß er darin nicht irrte, bezeugt der Gesandte selbst. Ein französischer Herrscher, so berichtet er am 1. Mai 1866, der den Krieg zwischen den beiden deutschen Großmächten unbenutzt ließe, am Ende gar das Entstehen eines stärkeren Deutschland unterstützte, würde seiner Dynastie das Grab bereiten.

Graf Goltz übertrieb nicht. Mit wachsendem Interesse verfolgte die französische Gesellschaft die Vorgänge hinter den Kulissen. Die Schatten, die davon auf der Bühne der Öffentlichkeit sichtbar wurden, waren ja deutlich genug. Was man in Frankreich erwartete und hoffte, verrät die Tatsache, daß das oben geschilderte Buch von Lavallée, das vor zwei Jahren erschienen war, jetzt mit einem Male in der Zeit vom März bis Juli viermal neu aufgelegt wurde.

Daran, daß die Augen der Nation so begehrlich nach dem Rhein blickten, war Napoleon selbst nicht ohne Schuld. Hatte er doch erst 1860 eine neue Ausgabe seiner Jugendschrift, der *Idées Napoléoniennes*, veranstaltet, in der er sein ursprüngliches Programm, die Beglückung des für immer befriedigten Europa durch Frankreich, in Erinnerung brachte. Da hatte auch er der hergebrachten Umkehrung der Tatsachen gehuldigt und die Lage Frankreichs als unsicher und bedroht hingestellt: umgeben von mächtigen Nachbarn, seit Heinrich IV. Gegenstand der Eifersucht, bedürfe es einer großen stehenden Armee, um seine Unabhängigkeit zu be-

haupten. Er konnte sich nicht beklagen, wenn die Leser auch daraus wieder die Schlüsse zogen, die sie längst gewohnt waren: daß Frankreich einen besseren Grenzschutz haben müsse.

Ans Ohr des Kaisers drang die Stimme der öffentlichen Meinung laut und vernehmlich durch den Mund des größten Redners, den Frankreich besaß. Am 3. Mai 1866 hielt Thiers im Gesetzgebenden Körper die große Rede, in der er gegen die ganze Nationalitätenpolitik der Regierung und insbesondere gegen ihre neueste preußenfreundliche Richtung geharnischten Protest erhob. Er klagte sie an, von den ältesten Überlieferungen abzufallen, indem sie das Streben Preußens nach Einigung Deutschlands unterstütze. Was dabei herauskommen müsse, sei eine Erneuerung des Reiches Karls V., das zu zerstören Frankreich zweihundert Jahre gekämpft habe, nur daß dieses Reich seinen Sitz jetzt in Berlin haben werde. Dem sich zu widersetzen habe Frankreich ein dreifaches Recht: sein eigenes Interesse, das Interesse der Deutschen selbst und das Interesse Europas. Frankreich könne nicht dulden, daß ein Reich von bald 50 Millionen auf seine Grenze drücke und es einschnüre. Die Deutschen würden ihre Freiheit dabei einbüßen und Europa sein Gleichgewicht. Der oberste Grundsatz europäischer Politik, aufgestellt im Westfälischen Frieden, bestätigt 1814 als Bürgschaft für das besiegte Frankreich, sei, daß Deutschland sich aus unabhängigen Staaten zusammensetze. Das Gleichgewicht Europas verlange, und Frankreich habe ein Recht darauf, daß dieser Grundsatz nicht verletzt werde, selbst wenn ihm daraus irgend ein Landgewinn erwüchse. Das wäre sogar schimpflich, denn es würde heißen, die künftige Größe Frankreichs für ein Trinkgeld preisgeben. Kurzum, im bevorstehenden Kriege dürfe Frankreich nicht neutral bleiben, es müsse Preußen als dem Störer des Gleichgewichts entgegentreten.

Thiers hätte nicht nötig gehabt, den Westfälischen Frieden zu nennen; wir wüßten auch ohnedies, daß der Geist Richelieus und Ludwigs XIV., die Überlieferungen einer Geschichte von zweihundert Jahren aus seinen Worten sprachen. Ent-

schlossen hatte er den Kern des Problems bloßgelegt: nicht um Provinzen und Grenzen, nicht um Rhein oder Saar handelte es sich jetzt, sondern darum, ob das deutsche Volk wie andere Völker einen Staat haben und eine Nation werden dürfe. Das Nein, das Thiers dieser Frage entgegenstellte, sprach nur aus, was die allgemeine Ansicht war. Man urteilte, dies sei seine beste Rede gewesen, und der Beifall, den er erntete, war ungeheuer.

Es war nicht mehr zu verkennen: Napoleon mit seiner persönlichen Politik stand allein in Frankreich, der Strom der öffentlichen Meinung lief gegen ihn; er mußte sie umstimmen, wenn er sich dennoch behaupten wollte. Das glaubte er zu erreichen, indem er Frankreich den Landzuwachs verschaffte, von dem Thiers so verächtlich sprach und über den er selbst als engherziges und kleinliches Vorurteil erhaben zu sein behauptete und wohl auch wirklich war. Frankreich sollte mit der Vergrößerung Preußens und der kommenden deutschen Einheit ausgesöhnt werden durch eine Verbesserung seiner Ostgrenze. Mit einem je nach Umständen größeren oder kleineren Bissen rheinischen Landes gedachte er allen, die im Erstarken Preußens eine Gefahr sahen, den Mund zu stopfen. In dieser Richtung verhandelte er mit Preußen.

Aber er kam nicht zum Ziel. Was er auch versuchte, ob er mit dem Gesandten offen von Rheinbayern und Rheinhessen sprach und sich doch sogleich überzeugen ließ, daß solche Abtretungen unmöglich seien; ob mit seiner stillen Erlaubnis ein ungarischer Emigrant sogar mit dem französischen Bündnis in Berlin winkte, wenn man Frankreich das Land bis zur Mosel verspräche — es war alles vergebens. Bismarck ließ sich keine feste Zusage, nicht das kleinste bestimmte Versprechen entlocken, wenn er auch andeutete, daß er für seine Person — vielleicht . . ! So blieb dem Kaiser schließlich nichts übrig, als sich an Österreich zu wenden. Am 3. Juni 1866 erklärte er sich dem Fürsten Metternich. Er entschuldigte sich förmlich, daß er mit Preußen „kokettiert“ habe. „Ich habe“, sagte er, „Preußen stets vorwärts gehen lassen,

da ich mir sagte, man würde, um sich meiner zu versichern, im gegebenen Augenblick mir eine goldene Brücke bauen. Das Rheinland als ferne Aussicht hat mich lange irre gemacht. Heute habe ich Gedanken dieser Art ganz aufgegeben." Das war die Einleitung zu dem Vorschlag eines geheimen Abkommens. Schon am 12. Juni wurde es abgeschlossen. Es enthielt von seiten Frankreichs das Versprechen unbedingter Neutralität, von seiten Österreichs die Zusage, auch im Falle eines Sieges Venetien abzutreten und bei einer territorialen Umgestaltung Deutschlands sich mit Frankreich zu verständigen. Mündlich wurde in Aussicht genommen: Vergrößerung der deutschen Königreiche und Schaffung eines unabhängigen Staates im Rheinland.

Wenn man diesem an sich schon ungewöhnlichen Dokument die Tatsache gegenüberhält, daß Napoleon selbst das Bündnis Italiens mit Preußen, ohne das dieses damals nicht zum Kriege geschritten wäre, begünstigt und gefördert hatte, so tritt sein Verfahren in das merkwürdigste Licht. Während er mit der einen Hand die Hindernisse wegräumen half, die Preußen vom Kriege zurückhalten konnten, reichte er mit der andern den Österreichern eine Anweisung auf die preußische Niederlage. Während er die Italiener, seine gefügigen Trabanten, zum Kriege losließ, schloß er mit den Österreichern einen Vertrag, der ihren Sieg über Italien zur Voraussetzung hatte. Ob es wohl in der Geschichte der Diplomatie jemals etwas gegeben hat, was sich an Doppelzüngigkeit mit diesem Verfahren vergleichen ließe? Nicht einmal im Zeitalter Machiavellis dürfte sich Ähnliches finden lassen.

Dennoch wäre Machiavelli mit diesem Schüler nicht zufrieden gewesen. Der Florentiner, der den Wert rein militärischer Bürgschaften besser als seine Zeitgenossen zu schätzen wußte, hätte den Kaiser wohl gefragt: „Wieviel Bataillone und Geschütze kannst du einsetzen, um die Ausführung deines Planes gegen alle Zufälle sicherzustellen?" Auf diese Frage wäre Napoleon die Antwort schuldig geblieben. Auf den Sieg der österreichischen Waffen zählte er

so sicher, daß er den entgegengesetzten Fall gar nicht in Betracht zog. In einem pomphaften Manifest verkündigte er am Tage des Abschlusses des Geheimvertrags der ganzen Welt, daß Frankreich im bevorstehenden Kriege neutral bleiben werde, in der Gewißheit, daß keine der streitigen Fragen ohne seine Zustimmung werde entschieden werden. Er deutete zugleich an, wie er sich die künftige Gestalt Deutschlands dachte: Österreich sollte seine große Stellung behalten, Preußen mehr Einheitlichkeit und Stärke gewinnen, die Mittelstaaten sich enger untereinander verbinden und eine bedeutendere Rolle spielen. Also die deutsche Trias. Nur in einem absichtlich unklar gehaltenen Satz war von einer Vergrößerung Frankreichs die Rede. Der Kaiser lehnte sie entschieden ab, solange das europäische Gleichgewicht nicht zugunsten einer einzelnen Macht gestört würde und die benachbarte Bevölkerung nicht selbst ihre Vereinigung mit Frankreich wünschte. Aus mündlichen Äußerungen wissen wir, was er dabei im Schilde führte. Er wollte Österreich für das aufzugebende Venetien in Schlesien entschädigen, Preußen durch norddeutsche Territorien abrunden und einen der dadurch heimatlos gewordenen Fürsten ins Rheinland versetzen. Das alles wollte er erreichen, ohne einen Soldaten in Bewegung zu setzen, wie es schon längst sein Vorsatz gewesen war, keinen Krieg zu führen, weil da „der Zufall eine zu große Rolle spiele“.

Der Zufall, oder wie man es nennen will, spielte dennoch seine Rolle und warf alle Berechnungen über den Haufen. Statt der Österreicher siegten die Preußen. Schon am 2. Juli lief in Paris ein Hilferuf aus Wien ein, am Tage darauf fielen die Würfel bei Königgrätz. Jetzt war für Napoleon der Augenblick gekommen: eine Note im „Moniteur“ kündigte seine Vermittlung an. Einen Augenblick noch wiegten sich der Kaiser und Frankreich im stolzen Gefühl, Schiedsrichter Europas zu sein. Am Abend des 4. Juli war Paris festlich erleuchtet. Aber schon am folgenden Morgen war der Traum dieser Sommernacht zerronnen: Italien entzog sich der französischen Vermittlung. Die Nachricht stürzte den Kaiser

mit einem Schlage aus allen Himmeln seiner Phantasie auf die harte Erde der Wirklichkeit hinab; er brach förmlich zusammen, „in einem Grade, wie ich es nie für möglich gehalten hätte," schrieb Fürst Metternich; „er saß vor mir da und wußte nicht mehr, was tun, beim Gedanken an seine Verantwortung."

Seine Lage war allerdings schwierig genug. Er mußte damit rechnen, daß das siegreiche Preußen seine Vermittlung ablehnte. Wollte er dann die so pathetisch angekündigte Rolle des Schiedsrichters durchführen und nicht wie ein ausgepfiffener Schauspieler in den Kulissen verschwinden, so mußte er bereit sein, sich mit den Waffen Gehör zu verschaffen. Daß er das nicht konnte, wußte er nur zu gut. Das wußte man auch im preußischen Hauptquartier. Das Wagnis, zu dem Bismarck seinen König fortgerissen hatte, die ganze Armee gegen Österreich und den Deutschen Bund zu führen und das Rheinland von Truppen zu entblößen, ohne eine formelle Sicherheit für die Neutralität Frankreichs zu besitzen, dieses Wagnis war nicht so groß, wie es schien. Denn über die fehlende Schlagfertigkeit der französichen Armee war man in Berlin genau unterrichtet. Krieg führen konnte der Kaiser nicht. Es handelte sich nur noch darum, mit Krieg zu drohen, auf die Gefahr, daß auch das nicht verfing und die Beschämung noch größer wurde. Darüber beriet ein Kronrat am Abend des 6. Juli. Die Meinungen waren geteilt und die Entscheidung schwankte. Zunächst siegten die Vertreter der scharfen Tonart, und die Mobilmachung wurde beschlossen. Dann ließ der Kaiser sich umstimmen und nahm den Beschluß zurück.

An jenem Abend hat sein Schicksal sich entschieden. Hätte er den Mut gefunden, den Abenteurermut seiner jungen Jahre, auf gut Glück das Äußerste zu wagen, so könnte niemand sagen, wie die Dinge gelaufen wären. Bismarck selbst hat in späteren Jahren die Lage gern als bedroht geschildert und von verzweifelten Entschlüssen gesprochen, die er für den Fall des Zweifrontenkrieges bereitgehalten habe. In den kritischen Tagen selbst hat er sich ruhig und zuversicht-

lich geäußert. Mit voller Ruhe sah Moltke der Gefahr ins Auge. Er war sicher, die Franzosen ebenso zu schlagen, wie er die Österreicher geschlagen hatte. Immerhin, jeder Krieg ist ein Würfelspiel, und die Launen des Glücks kennt niemand im voraus. Aber die Sorgen erwiesen sich als grundlos. Napoleon drohte nicht, er bat nur noch, daß man ihm durch Annahme seiner Vermittlung aus der Not helfe. Erschüttert, fast gebrochen gestand er dem preußischen Botschafter die Fehler, die er gemacht hatte, war bereit, alles zuzugeben, was Preußen forderte, und wollte nicht einmal von Kompensationen hören. Bismarck hatte keinen Grund, darauf nicht einzugehen, und so kam, nach einem lebhaften Austausch von Telegrammen zwischen Paris und dem preußischen Hauptquartier, der Vorfriede von Nikolsburg (26. Juli) zustande, der Form nach unter französischer Vermittlung geschlossen, der Sache nach die Erfüllung der preußischen Bedingungen. Genau dem Programm Bismarcks entsprach es, daß Österreich aus Deutschland ausschied, Preußen um $4^1/_2$ Millionen Seelen vergrößert wurde und mit den norddeutschen Staaten einen Bundesstaat bildete, in dem es die Militärgewalt im wesentlichen allein besaß. Bismarck hat das später sehr entschieden betont: der Verzicht auf die gesamtdeutsche Einheit, das Haltmachen an der Mainlinie war nicht die Folge französischen Einspruchs, es lag durchaus in der ursprünglichen Absicht. Als Preußen — so hieß es in einer Weisung an den Gesandten in Karlsruhe im August 1869 — im Jahre 1866 an der Mainlinie stehen geblieben sei, habe es dies nicht getan aus Rücksicht auf das Ausland, sondern darum, weil es eine Schöpfung aus homogenen Bestandteilen für gesicherter gehalten habe. Den äußeren Schein, daß er der Schiedsrichter im deutschen Bruderkrieg gewesen sei, konnte man also dem Kaiser der Franzosen ruhig lassen. In der Sache hatte Preußen alles erreicht, was es wollte.

So faßte es auch die öffentliche Meinung in Frankreich auf. Die Warner und Tadler hatten recht behalten, der Kaiser hatte Frankreichs Spiel verloren. Was seit mehr als zwei-

hundert Jahren der Eckstein der auswärtigen Politik des Landes gewesen war und für einen Grundsatz des europäischen Staatsrechts gegolten hatte, die Zersplitterung Deutschlands war in der Hauptsache beseitigt. Es nützte nichts, wenn die Verteidiger des Kaisers darauf hinwiesen, man habe Deutschland in drei Teile gespalten und dadurch unschädlich gemacht, der Prager Friede (23. August), der den Nikolsburger Vorfrieden bestätigte, sei also ein französischer Erfolg. Die Beschönigung fand keinen Glauben, und die sie vortrugen, glaubten wohl selbst nicht an sie. Jedem, der sehen wollte, sagte es der einfache Augenschein, daß Frankreich nunmehr mit einer Großmacht von mindestens gleicher Stärke an seiner Ostgrenze zu rechnen hatte. War schon der preußische Militärstaat als Nachbar den meisten als eine Gefahr erschienen, die beseitigt werden müsse, so hatte man es jetzt mit einem preußischen Norddeutschland zu tun, und wie lange konnte es dauern, so war daraus ein Gesamtdeutschland geworden? Die Kassandrarufe, die Thiers im Mai ausgestoßen hatte, gingen sichtbar in Erfüllung, der Westfälische Friede war aufgehoben. Das hatte der Kaiser mit seiner Nationalitätenpolitik erreicht, und die Annexionen, durch die er die Nation mit der veränderten Gesamtlage auszusöhnen gedacht hatte, waren ausgeblieben.

Napoleons persönliche Politik war schlecht gewesen, aber sie stand dennoch turmhoch über dem, was sein Minister Drouyn de l'Huys daran knüpfte. Jetzt, da der Krieg beendet war, hielt er den Augenblick für gekommen, die französische Rechnung vorzulegen: Saarbrücken und Landau, Luxemburg, die bayrische Pfalz und Rheinhessen mit Mainz sollten mit preußischer Zustimmung französisch werden — eine Zumutung, die man nur einem geschlagenen Preußen machen durfte. Hätten wir nicht die Akten darüber, wären wir auf Memoiren als Quelle angewiesen, wir würden die Nachricht unbedenklich für eine Fabel halten.

Vom Kaiser war das nicht ausgegangen. Der war in den Tagen, da der Entschluß zu dem unsinnigen Schritt reifte, schwer leidend. Durch die seelischen Erschütterungen der

letzten Wochen völlig erschöpft, von Schmerzen gequält, ließ er sich die Zustimmung entreißen. Nach vier Jahrzehnten hat die Kaiserin Eugenie sich selbst angeklagt, daß sie den Fehltritt nicht verhindert habe. Sie hat ihn nicht verhindert, weil sie wohl von Herzen mit ihm einverstanden war. Die mutige und tapfere Frau, die mitunter auch recht klug sein konnte, hatte offenbar den Kopf verloren angesichts der wachsenden Entrüstung, mit der in Frankreich das Ergebnis des Deutschen Krieges aufgenommen wurde. Sie sah den Thron ihres Gemahls wanken und die Nachfolge ihres Sohnes bedroht und glaubte retten zu müssen, was noch zu retten war.

Der plumpe, törichte Griff nützte nur dem Gegenspieler. Bismarck bediente sich sogleich der französischen Forderung, um mit ihr bei Bayern, Württemberg und Baden den Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen zu erwirken. Als sie erfuhren, wie unmittelbar sie von französischer Eroberung bedroht seien, warfen sie sich hilfesuchend Preußen in die Arme.

Die Verträge wurden am 13., 17. und 22. August unterzeichnet, der letzte noch einen Tag vor dem Prager Frieden, der die Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten ausdrücklich erklärte. Daraufhin ist von französischer Seite die entrüstete Behauptung aufgestellt und oft wiederholt worden, Bismarck habe in unehrlicher Weise Buchstaben und Geist des Friedens schon vor seinem Abschluß verletzt. Mit Überzeugung kann das nur unterschreiben, wer weder juristisch noch logisch zu denken versteht. Indem der Prager Friede die Souveränität der Südstaaten bestätigte, erkannte er ihnen stillschweigend auch das Recht zu, völkerrechtliche Verträge mit auswärtigen Staaten zu schließen. Die Bündnisse mit Preußen waren nichts anderes; wer diese für untersagt hält, bestreitet Bayern und Württemberg und Baden einen Teil ihrer Souveränität. Das hätte man in Paris sicherlich geltend gemacht, wären derartige Verträge etwa mit Frankreich geschlossen worden.

Auch sonst hatte der französische Vorstoß wohltätige Folgen. Auf die ebenso höfliche wie entschiedene Ablehnung,

die Bismarck ihm zuteil werden ließ, besann Napoleon, wieder genesen, sich rasch, entließ den gefährlichen Minister, der ihn so schwer bloßgestellt hatte, und warf das Steuer seiner Politik in einem Anfall von Entschlossenheit herum, wie man sie schon lange nicht mehr an ihm bemerkt hatte. Endlich raffte er sich auf zu einem Anlauf, seine eigene Politik zu machen. Den Gedanken, die kommende preußisch-deutsche Einheit zu hindern, gab er auf, wollte die Tatsachen anerkennen und Nutzen aus ihnen ziehen; sein Ziel war jetzt nichts Geringeres als das Bündnis mit Preußen-Deutschland.

Mit großer Schnelligkeit wurde die Wendung vollzogen. Am 5. August hatte Benedetti die französische Forderung in Berlin überreicht, am 9. war er mit der abschlägigen Antwort nach Paris abgereist, am 11. erklärte Napoleon dem Grafen Goltz gegenüber alles für ein Mißverständnis, und schon am 13. erschien auf Befehl des Kaisers ein offiziöser Zeitungsartikel, der in dem Satz gipfelte: „Frankreichs wahres Interesse ist nicht, irgendwelchen unbedeutenden Gebietszuwachs zu erlangen, sondern Deutschland zu unterstützen, wenn es sich die Verfassung gibt, die für seine eigenen wie für die französischen Interessen die günstigste ist."

Am Abend des 7. August, während die Lage am gespanntesten schien, hatte Bismarck einen französischen Journalisten, der ihn besorgt nach Krieg oder Frieden fragte, mit den Worten entlassen: „Freundschaft, dauernde Freundschaft mit Frankreich! Ich habe die feste Hoffnung, daß Frankreich und Preußen in Zukunft den Zweibund von Intelligenz und Fortschritt bilden werden!" Wenn das in jenem Moment vielleicht als beißende Ironie gemeint war, so schien es zu einer Prophezeiung wider Willen werden zu sollen. Tatsächlich sind die beiden Staaten einer wirklichen und dauernden Verständigung, ja einem festen Bündnis niemals so nahe gewesen wie in den sechs Monaten, die auf das Ende des Deutschen Krieges folgten.

Daß Napoleon das deutsche Bündnis suchte, ist verständlich. Es war das einzige, das ihm für den Augenblick übrigblieb, das einzige, das ihm noch zu dem verhelfen konnte,

was er so dringend brauchte: zu einem sichtbaren Erfolg, der die erlittene Niederlage vergessen ließ. Erfolg aber bedeutete nun einmal für ihn soviel wie Gebietserwerb. Wenn am deutschen Rhein nichts mehr zu bekommen war, so gab es eine Stelle, an der man sich entschädigen konnte: Belgien. Daß Bismarck dagegen nichts einwenden würde — hatte er es doch wiederholt selbst empfohlen —, wußte man. Nun fand der Kaiser in einem merkwürdig verzwickten Gedankengang sogar, der Erwerb von Belgien würde den Preußen als überzeugender Beweis dafür dienen, daß die rheinischen Pläne endgültig aufgegeben seien, er würde also die beste Grundlage der Verständigung bilden.

Wieder ging es im Eiltempo voran. Am 16. August wurde die Weisung an Benedetti erlassen, am 23. hatte dieser den Vertrag fertig, am 28. übergab er ihn Bismarck. Der Text war dem Gesandten zwar nicht von Bismarck „in die Feder diktiert", wie Benedetti später behauptet hat, aber er war der Niederschlag mündlicher Besprechungen und Bismarck insofern an seiner Entstehung beteiligt. Er besagte: Frankreich und Preußen schließen ein Bündnis zu Verteidigung und Angriff gegen jedermann und verbürgen einander ihren Besitzstand; Preußen wird Frankreich den Erwerb von Luxemburg erleichtern und es bei der Besitznahme von Belgien mit seiner ganzen bewaffneten Macht unterstützen; Frankreich wird gegen den Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund nichts einwenden. Über dieses Bündnis hat man von Ende August bis in den März des folgenden Jahres verhandelt.

Auf französischer Seite hatte es eifrige Befürworter an den Ministern Rouher und La Valette und an Benedetti, der damit sein diplomatisches Meisterstück zu liefern wünschte. Besonders nachdrücklich sprach Rouher sich aus, der eigentliche Vertrauensmann des Kaisers: Preußen und Frankreich, die beiden zivilisiertesten Nationen, sollten zusammen Europa leiten; Preußen sei berufen, die Lücke auszufüllen, die England habe entstehen lassen, indem es sich von den festländischen Angelegenheiten zurückzog. Auch Moustier, der

etwas später das auswärtige Ministerium übernahm, bekannte, seit dreizehn Jahren ein überzeugter Anhänger der Verbindung mit Preußen zu sein. Er nannte die Allianz mit Österreich oder Süddeutschland eine „unechte“ (*alliance bâtarde*), die mit Preußen die „natürliche“ und fand, sie sei im Sinne Richelieus: an die Stelle, die damals Schweden eingenommen habe, träten jetzt Preußen und Norddeutschland. Auch außerhalb der Regierung gab es eine deutschfreundliche Strömung. Die *Revue des deux Mondes*, das vornehme Organ der gebildeten Kreise, blieb auch jetzt ihrer alten Richtung getreu. Mit ihrer liberalen Haltung war sie nicht verdächtig, Organ der Regierung zu sein, aber jetzt unterstützte sie des Kaisers Gedanken. Am 15. August brachte sie einen längeren Aufsatz, der das Streben nach territorialen Kompensationen tadelte und eine Politik empfahl, die es verstände, sich mit den neuen Kräften zu verbinden. Preußen, durch Frankreich zu gefährlicher Macht erhoben, sei zugleich durch seine moderne Richtung und Kraft Frankreich am meisten verwandt. Die guten Beziehungen mit ihm dürfte man nicht aus kleinlicher Eifersucht und eitlem Ehrgeiz aufs Spiel setzen, um die Ostgrenze mit ein paar Fetzen Landes auszuflicken.

Auf preußischer Seite war es hauptsächlich der Gesandte Graf Goltz, der mit warmem Eifer für das französische Bündnis kämpfte. Scharfsinnig und beredt führte er aus, daß die beiden Staaten, durch ihr Interesse aufeinander angewiesen, vereint unwiderstehlich, Europa beherrschen würden. Die deutsche Einheit könnte dann sofort und ohne jedes Hindernis vollendet werden, jede Opposition wäre tot. Auch von Bismarck hören wir bei dieser Gelegenheit das Bekenntnis: „Ich habe diese Allianz von Anfang meiner Geschäftsführung an als den natürlichen Ausdruck der dauernden Übereinstimmung der Interessen beider Länder angesehen und behandelt.“ Als die Verhandlungen bereits am Scheitern waren, hat er seiner Überzeugung noch einmal mit stärkstem Nachdruck Worte geliehen. „Wir sind“, schreibt er am 15. Februar 1867, „die einzige Macht in Europa, welche durch wirkliche solide

Interessen an die Dynastie des Kaisers geknüpft ist. Unsere Interessen gebieten uns ebensosehr, wie unsere Macht und unsere geographische Lage uns dazu instand setzt, der Napoleonischen Dynastie jede Garantie der Dauer zu verschaffen, die in menschlicher Macht steht, und Frankreich vor Koalitionskriegen zu bewahren."

Bismarck ist auch nicht etwa zum Schein auf das belgische Projekt eingegangen, noch viel weniger hat er damit Napoleon eine Falle stellen wollen. Oft hat er sich darüber ausgesprochen, am deutlichsten in einem Erlaß an den Botschafter in Paris, mit dem er dem französischen Bündnisantrag zuvorkam. Am 8. August schrieb er: „Über kurz oder lang werden die Verhältnisse in Belgien doch in Fluß kommen, ja, es hängt von dem Kaiser selbst sehr wesentlich ab, sie in Fluß zu bringen. Es ist also keineswegs bloß ein Wechsel auf die Zukunft, wie Herr Drouyn de l'Huys sich einst gegen mich ausdrückte, was wir Frankreich bieten, wenn wir uns mit einem Erwerb nach dieser Seite hin einverstanden erklären. Ich halte Belgien auf die Dauer nicht für lebensfähig, und auch einen Machtzuwachs Frankreichs durch das französische Belgien können wir vertragen, weil er unsere Stellung in Deutschland nicht berührt."

In Berlin kennen wir nur e i n e n Gegner des Bündnisprojektes; das war der König. Über das französische Bündnis im allgemeinen hat Wilhelm I. sich nie geäußert, aber das Projekt, das ihm jetzt vorgelegt wurde, gefiel ihm nicht. Er fürchtete, die Sympathien Deutschlands zu verlieren, wenn bekannt würde, daß er „eine französische Allianz zur Vernichtung Belgiens geschlossen habe, um dadurch Herrscher in Deutschland zu werden". Ob Belgien wirklich bestimmt sei, in Frankreich aufzugehen, könne man abwarten, und notwendig sei das französische Bündnis nicht. Zunächst verstand er sich nur zu einer entgegenkommenden Erklärung: er war bereit, wenn Napoleon die Einigung von ganz Deutschland nicht störte, seinerseits „einer Machterweiterung Frankreichs auf dem Boden der französischen Nationalität kein Hindernis entgegenzusetzen", auch bereit, wenn die beiden Mächte bei

der Verfolgung ihres natürlichen Entwicklungsganges auf Hindernisse und Gefahren stoßen sollten, sich mit Frankreich „zu gemeinschaftlicher Abwehr“ zu verständigen. Das besagte: die Entente wäre genehm, das formelle Bündnis bliebe vorbehalten. Bismarck gab die Hoffnung nicht auf, den König auch für das Bündnis zu gewinnen. Er brauche Zeit dafür, schrieb er an Goltz; dränge man jetzt auf Entscheidung, so würde das gewonnene Terrain verloren gehen.

In Paris aber hatte man Eile und suchte den Abschluß zu beschleunigen. Daß Bismarck erkrankte und bis Ende Dezember den Geschäften fernbleiben mußte, wurde als peinliche Verzögerung empfunden. Als er wieder erschien, begann sofort das Drängen der Franzosen. Es nützte nichts, daß er vorstellte, Preußen könne und wolle Frankreich nur den gleichen Dienst erweisen, den es kürzlich im Kriege gegen Österreich erfahren habe: wohlwollende Neutralität. Wie er damals auf bindende Abmachungen im Vertrauen auf die Gesinnung des Kaisers verzichtet habe, so verlange er jetzt vom Kaiser das gleiche Vertrauen. Er fand, wohlwollende Neutralität und gegenseitiger Verzicht auf feindliche Verbindungen müsse genügen, denn Frankreich habe keine Koalition zu fürchten, an der Preußen nicht beteiligt sei. In Paris dachte man anders, man wollte etwas Greifbares und richtete das Augenmerk zunächst auf Luxemburg. War der Wert des Landes gering, auch die Festung nicht entfernt mehr von der Bedeutung, die sie einst gehabt, so sollte dieser Erwerb doch wenigstens für den Augenblick die aufgeregte öffentliche Meinung beruhigen und zugleich als Unterpfand künftiger größerer Erfolge dienen. Luxemburg war, wie Graf Goltz sich ausdrückte, „der Prolog für die belgische Frage“ oder, wie Keudell sagt, „die Etappe auf dem Wege nach Belgien“.

Das Großherzogtum, bisher Glied des Deutschen Bundes und seit dessen Auflösung unabhängig, wurde vom König von Holland in Personalunion regiert. Seine Besitznahme wäre also eine Sache gewesen, die zwischen Frankreich und dem König-Großherzog abgemacht werden konnte, hätte nicht von früher her eine preußische Besatzung in der Festung gelegen,

und hätte nicht in Deutschland die Ansicht allgemein geherrscht, Luxemburg sei deutsches Land und dürfe nicht aufgegeben werden. Die Frage mußte also vorsichtig angefaßt und durfte überhaupt nicht aufgeworfen werden, ehe die preußische Besatzung abgezogen war. Statt dessen wurde das Geschäft von Anfang an durch Übereilung und Ungeschick auf französischer Seite verdorben — über die täppische Leichtfertigkeit des Ministers Moustier herrschte unter den Diplomaten in Paris nur eine Stimme —, und als um Mitte März 1867 die geplante Abtretung ruchbar wurde, während preußische Soldaten noch in Luxemburg standen, brach in Deutschland ein Sturm nationaler Empörung los, der es Bismarck unmöglich machte, dem französischen Vorgehen durch wohlwollende Neutralität zu sekundieren, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte. Allerdings ist auch fraglich, ob er zu dieser Zeit noch so dachte wie früher. Seine Erlasse und Randbemerkungen seit seiner Rückkehr ins Amt verraten deutlich eine veränderte Stimmung, die infolge des französischen Drängens bis zu großer Gereiztheit stieg. Den Rücksichten, die Napoleon zur Eile trieben, verschloß er sich grundsätzlich. „Wenn man in Paris“, so schrieb er an Goltz, „nicht von der Überzeugung durchdrungen ist, daß das Zusammengehen von Preußen und Frankreich im wahren und dauernden Interesse Frankreichs und speziell der Dynastie des Kaisers liegt, und wenn der letztere und seine Staatsmänner sich nicht in der Lage glauben, das Durchdringen dieser Überzeugung auch in der Nation abzuwarten und zu fördern und ihre Politik inzwischen, unbeirrt durch vorübergehende Strömungen der öffentlichen Meinung, fortzuführen: so ist die französische Politik überhaupt keine solche, auf welche wir unsere eigenen Kombinationen bauen könnten.“ Er hielt jetzt nicht mehr zurück mit dem Geständnis: „Es ist der Mangel an Vertrauen auf die Stetigkeit der Politik Frankreichs, welcher unsere Beziehungen zu der kaiserlichen Regierung erschwert und uns nötigt, uns die Möglichkeit auch anderer europäischer Kombinationen offen zu halten.“ Sein immer waches Mißtrauen gab ihm sogar den Verdacht ein, die luxemburgische Sache solle Preußen

kompromittieren und isolieren; sie solle die Einleitung zu einem Angriff bilden! Luxemburg — so faßte er zusammen — müsse „nicht die Vorbedingung, sondern die Folge einer aufrichtigen politischen Verbindung zwischen beiden Ländern sein".

So richtig das Rezept in der Theorie war, für Napoleon war es nicht anwendbar. Weniger als je fühlte er sich Herr seiner Entschlüsse. Sein einst so großer persönlicher Kredit war aufgebraucht, das Vertrauen auf seine Staatsweisheit geschwunden, seine ganze Stellung schwer erschüttert, da seit sieben Jahren jeder sichtbare Erfolg ausgeblieben war, während ein Fehlschlag den andern abgelöst hatte: in der polnischen Frage, in der mexikanischen Expedition, im Deutschen Krieg. Wohl wäre es an sich das richtige gewesen, mit Preußen und Italien sich zu verbinden und vereint mit diesen Bundesgenossen die Karte Europas nach ihren gemeinsamen Interessen zu korrigieren. Der König von Italien, dem der preußische Gesandte das auseinandersetzte, gab darauf die richtige Antwort: „Der Kaiser ist ängstlich geworden. In jüngeren Jahren würde er wahrscheinlich dieses große Geschäft gemacht haben, jetzt nicht mehr."

Wie ängstlich er geworden war, bewies Napoleon eben in dieser Zeit durch eine überraschende Wendung seiner inneren Politik. Indem er der Kammer das Recht der Interpellation gewährte (19. Januar 1867), wollte er den Übergang zu einem liberalen Regierungssystem einleiten. Umso dringender brauchte er jetzt einen Erfolg, sei es auch nur einen kleinen. Wie man in der Gesellschaft, in der Armee über ihn dachte und sprach, konnte ihm nicht verborgen bleiben. Zum Überfluß ergriff jetzt auch Thiers, der Kritiker vom vorigen Jahr, wieder das Wort zu einer vernichtenden Anklage. Die Rede, die er am 14. März im Gesetzgebenden Körper hielt, schloß mit den Worten: „Es bleibt kein Fehler mehr zu machen übrig" (*il n'y a plus une faute à commettre*). Also einen Erfolg, schnell einen Erfolg! Der Ankauf von Luxemburg sollte die Kritik dämpfen. Und gerade jetzt stellte sich heraus, daß das Geschäft nicht zustande kam. Der König von Holland zog sich

zurück, da Preußen Schwierigkeiten machte, und Bismarck, der sich im Reichstag Angriffen ausgesetzt sah, schritt zur Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. Der Eindruck in Frankreich war erschütternd, die Erregung größer als nach Königgrätz. Laut wurde der Kaiser der Unfähigkeit angeklagt. Die Kaiserin hielt den Krieg schon für unvermeidlich, die Generäle trieben dazu, manchen erschien er als der einzige Ausweg aus der Verwirrung, in der das Land unregierbar geworden sei. Napoleon selbst sprach offen von der Gefahr und suchte nach einem Ausweg.

Zum Kriege ist es nicht gekommen, weil Bismarck ihn nicht wollte. Es ist bekannt, wie er sich darüber ausgesprochen hat. Die Ansicht Moltkes, der den Augenblick zu benutzen riet, wo die preußische Überlegenheit den Sieg verbürgte, war nicht die seine. „Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen.“ So äußerte er sich damals. Der Vorsehung — hat er später gesagt — könne man nicht in die Karten sehen.

Der scheinbare Widerspruch, in dem diese Äußerung zu seiner eigenen Handlungsweise von 1864 und 1866 steht, löst sich auf, sobald man eine Unterscheidung macht, die Bismarck damals unausgesprochen gelassen hat. Wenn der Krieg ein positives Ziel verfolgt, das anders nicht erreicht werden kann und der Opfer wert ist, so soll man ihn führen, sobald man weiß, daß man ihn gewinnen wird. 1864 und 1866 war das der Fall gewesen. Fehlt ein solches Ziel, so ist die Aussicht auf den Sieg noch kein Grund, einem feindlichen Angriff, den man erwartet, zuvorzukommen. So lag es 1867. Bismarck hat, nach gelegentlichen Äußerungen zu urteilen, den Krieg gegen Frankreich schon damals, ebenso wie Moltke, kommen sehen. Aber er wußte für ihn, vom deutschen Standpunkt aus, kein entsprechendes Ziel. Dagegen stiegen die Aussichten, ihn trotz allem zu vermeiden, mit jedem Jahr, in dem der Friede erhalten blieb. Wohl konnte Frankreich die Zeit benutzen, sich besser zu rüsten. Aber auch Deutschland

wurde inzwischen stärker, wenn die sämtlichen deutschen Staaten das preußische Wehrsystem annahmen. Inzwischen — was konnte nicht alles in Frankreich geschehen! Der Kaiser krank und sichtlich geschwächt, offenbar nicht mehr Herr der Lage, das Volk in Opposition, durch Parteiungen gespalten — durfte man nicht damit rechnen, daß über kurz oder lang eine Umwälzung, der Sturz Napoleons, vielleicht sein Tod, das Versagen einer Regentschaft oder was immer eintreten werde, das die Kriegsgefahr für absehbare Zeit überhaupt verscheuchen würde? Der Hinweis auf die unerschöpflichen Mittel der Vorsehung war also hier keine Phrase, er hatte einen sehr konkreten und sehr begründeten Sinn.

So wurde der Krieg im Frühling 1867 noch vermieden. Unter österreichischer Vermittlung einigte man sich, daß Luxemburg von den preußischen Truppen geräumt und wie Belgien für neutral erklärt wurde. Aber mit den Aussichten auf ein deutsch-französisches Bündnis war es nun auch vorbei. Der Versuch, es zu erlangen, hatte Napoleon nur eine neue Schlappe gebracht; er dachte nicht mehr daran. Noch waren die Verhandlungen mit Berlin nicht zu Ende, da hatte er nach seiner Weise schon begonnen, sich auf die Wendung einzurichten. Er knüpfte mit Österreich an und nahm gleichzeitig eine gründliche Reform des Heerwesens in die Hand. Künftig sollte seine Politik mit der Mehrheit der öffentlichen Meinung gehen, und wohin diese strebte, das wußte man. Es klingt wie ein wehmütiger Abschiedsgruß, wenn wir in dem Kabinettsrat vom 17. April, wo der Beschluß gefaßt wurde, Luxemburg aufzugeben, den Staatsminister Rouher noch einmal seine Überzeugung vortragen hören, daß Frankreich neben einem starken, die Kräfte Deutschlands in seiner Hand zusammenfassenden Preußen sehr wohl leben könne, ohne deshalb eine Einbuße an Macht und Ansehen zu erleiden; daß der Krieg mit Preußen je länger, desto unwahrscheinlicher sei, die französische Nation mit der Neugestaltung Deutschlands sich aussöhnen werde. Der Kaiser soll dem zugestimmt haben. Wenn es geschah, so war es zum letztenmal und vermutlich nur zum Schein. Von jetzt an nahm seine Politik die

Richtung auf den Kampf gegen Preußen. Preußen zu verhindern, daß es ganz Deutschland an sich ziehe, es zu zwingen, daß es die Bündnisse mit den Südstaaten aufgebe, war das nächste Ziel. Dahinter erschienen aufs neue die alten, so oft schon gehegten, nie geglückten, zuletzt feierlich aufgegebenen Anschläge auf den Rhein.

Es war wohl der Mühe wert, den Verlauf der deutsch-französischen Bündnisverhandlungen, der einzigen, die es gegeben hat, genauer ins Auge zu fassen. Hätten sie Erfolg gehabt, wie anders wäre alles gekommen! Unter den Beteiligten hat man damals die Bedeutung des Augenblicks wohl erkannt. Kam jetzt das Bündnis nicht zustande, brach statt dessen ein Krieg aus, so war zu befürchten, daß dieser, gleichviel wie er endete, nur den Anfang einer Kette von Kriegen bilden würde. Auch Bismarck hat sich damals und ebenso noch viel später in diesem Sinne ausgesprochen. Die Folgezeit hat diese Voraussagung bestätigt. Der Krieg, der die Folge der gescheiterten Verständigung war, hat neue Feindschaft und neuen Krieg gezeugt. Darum möchte man den Männern zürnen, die den Gedanken des Bündnisses, der so hoffnungsvolle Möglichkeiten in sich barg, im Keim verdorren ließen.

Daß die Nachwelt hüben wie drüben die Schuld nur beim andern sucht, ist natürlich. Für die Franzosen ist Bismarck, wie immer, der Intrigant, der ihren gutmütigen Kaiser mit teuflischer Bosheit in die Falle gelockt hat, um ihn bloßzustellen und Frankreich zu demütigen. Uns liegt nichts ferner, als Bismarck in diesem wie in andern Fällen der Harmlosigkeit zu verdächtigen. Möglich, daß in Erinnerung an den sorgenvollen Verdruß, den ihm die französische Einmischung in den österreichischen Krieg soeben bereitet hatte, die Niederlage des Kaisers ihm eine heimliche Genugtuung gewährte. Aber daß er sie geplant und erstrebt habe, ist weder zu erweisen noch irgend wahrscheinlich. Er hätte die dauernde Verständigung mit Frankreich damals wie früher gern gesehen und ihm auch eine Vergrößerung gegönnt, wenn sie nicht auf deutsche Kosten ging. Das hat er zu oft ausgesprochen, bei Gelegenheiten, wo Verstellung keinen Sinn hatte, als daß

man daran zweifeln könnte. Ein Krieg mit Frankreich war in seinen Augen zwecklos. Was hatte das neue deutsche Reich zu begehren, das wertvoller gewesen wäre als Frieden und Freundschaft mit Frankreich? Etwa das Elsaß? In jungen Jahren hatte auch Bismarck wohl danach verlangt, die deutsche Fahne wieder auf dem Münster zu Straßburg wehen zu sehen, jetzt dachte er anders. Im Oktober 1868, im Gespräch mit seinem Jugendfreund Alexander Keyserling, hat er die Kriegsgefahr berührt, die von Frankreich drohte. Er bemerkte dazu, er seinerseits wünsche den Krieg nicht, Preußen könne dabei nichts gewinnen, denn auch das Elsaß würde schwer zu behaupten sein. Wäre es also nach ihm gegangen, so hätte Frankreich den Raub Ludwigs XIV. behalten, sofern es nur die Einigung Deutschlands anerkannte. Dem deutschen Volk wäre der Verzicht auf das uralte deutsche Land, an dem so viele kostbare deutsche Erinnerungen hingen, nicht leicht gefallen. Aber in Deutschland ist das Fühlen und Wünschen des Volkes niemals stark genug gewesen, die wohlüberlegte Staatskunst einer Regierung, die wußte, was sie wollte, ernstlich zu stören, und einem Bismarck gegenüber wäre daran vollends nicht zu denken gewesen. Das deutsche Volk hätte den Verzicht auf das Elsaß ertragen, wie es den Verlust ertragen hatte, es hätte sich an die Tatsache gewöhnt und mit ihr abgefunden, wenn es sich überzeugte, daß Frankreich ein friedlicher Nachbar und sicherer Freund sei und bleibe.

In Frankreich sah es anders aus. Dort wollte man Preußen die neu errungene Macht nicht gönnen, man haßte es bitter. Im ganzen Lande hatte Fürst Metternich im Frühjahr 1867 diese Stimmung angetroffen, und in Paris war sie so stark, daß die bevorstehende Weltausstellung gefährdet schien. Ob man es aussprach oder nicht, man konnte sich in den Gedanken nicht finden, daß es mit der eigenen Rolle als führender Kontinentalmacht zu Ende sei und man die Stellung an der Spitze Europas, die man bis 1814 besessen, dann verloren und erst kürzlich wiedergewonnen hatte, in Zukunft bestenfalls mit Deutschland werde teilen müssen. Was half demgegen-

über das deutsche Bündnis, wenn der Verbündete stärker war? Schon der Norddeutsche Bund war stärker als Frankreich, ein gesamtdeutsches Reich würde es erst recht sein. Zudem meldete sich wieder das schlechte Gewissen: man fürchtete für das Elsaß. Daß die Deutschen darauf verzichten würden, konnte man sich nicht vorstellen. Ja, man hat sogar von der Gefahr gesprochen, das immer noch zum guten Teil deutsche Land könne durch die Anziehungskraft eines deutschen Reiches dazu gebracht werden, sich von Frankreich loszureißen. Napoleon selbst berührte gelegentlich diese Möglichkeit, an die er zwar nicht glaube, mit der man aber rechnen müsse. In der Öffentlichkeit erhob ein Elsässer, Charles Müller, in einer Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Unsere Rheingrenze“ seine Stimme. Er erinnerte den Kaiser an die Ehrenschuld, die seit 1815 auf seinem Namen laste, und verlangte stürmisch das ganze linke Rheinufer, „um der Ehre und Sicherheit Frankreichs willen und im Interesse der Kultur“. Andernfalls sei das Elsaß bedroht. „Entweder wird Köln französisch, oder Straßburg ist in Gefahr, wieder deutsch zu werden.“ Nicht ganz so stürmisch, aber doch auch entschlossen genug äußerte sich Prévost-Paradol. Er wollte es nicht als Angriffskrieg bezeichnet wissen, wenn Frankreich, statt das geeinte Deutschland in Straßburg zu erwarten, ihm in Mainz zuvorkäme.

Auf dem Grunde einer solchen Volksstimmung läßt sich kein Bündnis errichten. So muß man schon sagen: Frankreich trägt die Schuld, daß die Verständigung mit dem werdenden Deutschland nicht gelang; es hat sie nicht gewollt. Seltene Ausnahmen waren die Männer, die, wie Napoleon selbst und Rouher, die Möglichkeiten erkannten, die ein verbündetes Deutschland der französischen Zukunft bot. Die ungeheure Mehrheit lebte im Banne der Vergangenheit, und der Widerspruch, den Thiers im Namen der Tradition gegen die Einigung Deutschlands erhob, war des Echos im ganzen Lande gewiß.

Wenn man das weiß, schwindet das Bedauern darüber, daß die Bündnisverhandlungen von 1866/67 eine Episode

ohne Folgen geblieben sind. Sie waren im Grunde immer aussichtslos. Es fragt sich sogar, ob Bismarck nicht hier, einem Lieblingsgedanken zu Gefallen, allzu freigebig hat sein wollen. Ob die Überlassung von Belgien an Frankreich nicht unter allen Umständen gefährliche Folgen für Deutschland gezeitigt hätte, ist eine naheliegende Frage. Ein französisches Antwerpen oder auch nur eine französische Grenze zwischen Antwerpen und dem Niederrhein hätte auf Köln und weiter stromaufwärts auf ganz Westdeutschland einen spürbaren Druck ausgeübt. Daß die militärgeographische Lage sich für Deutschland bedeutend verschlechterte, wenn Belgien ganz oder teilweise französisch wurde, zeigt ein Blick auf die Karte. Und wer bürgte dafür, daß Frankreich im Besitz von Belgien niemals auf die alten Rheinwünsche zurückgekommen wäre? Ein Menschenalter fester Bundesgenossenschaft hätte kaum genügt, um in dieser Beziehung alle deutschen Besorgnisse zu zerstreuen, und schon dazu hätte es einer starken Regierung in Frankreich bedurft, die unbeirrt von der Volksstimmung ihren Weg verfolgte. Diese Regierung gab es nicht. Napoleon war das Gegenteil, immer ein schwankendes Rohr und jetzt ein siecher Mann. Sein Tod, schon eine längere schwere Krankheit brachte die entgegengesetzte Richtung ans Ruder und stellte alles in Frage. Das Bündnis mochte in der Idee noch so gut und richtig sein, es hatte in der Wirklichkeit keine Grundlage. Napoleon hatte am Ende nicht so unrecht, als er zu Goltz die Bemerkung fallen ließ, es müsse wohl Schicksalsnotwendigkeit sein, daß Deutschland und Frankreich in Kampf gerieten. Das Schicksal war die Vergangenheit, von der Frankreich sich nicht lossagen wollte.

So möchte man es kaum mehr beklagen, daß Bismarcks Gedanken nicht verwirklicht wurden, und der alte König Wilhelm hat mit seinem nüchternen Verstand das Richtige getroffen, als er sich dagegen sträubte, zur Vernichtung eines Nachbarstaates die Hand zu bieten, dessen Neutralität zudem von Preußen garantiert war.

6.

Während der Verhandlungen im Winter 1866/67 war von französischer Seite das Wort gefallen, man habe nur die Wahl zwischen Bündnis oder Krieg. Das Bündnis war gescheitert, also mußte der Krieg kommen. Für ihn günstige Bedingungen zu schaffen, ging man sogleich eifrig ans Werk. Das erste war die Heeresreform. Seit dem Herbst beriet eine Kommission von Generälen unter dem Vorsitz des Kaisers, am 11. Dezember 1866 wurde das neue Gesetz angekündigt, am 14. Januar 1868 von der Kammer angenommen. Es hatte einen harten Kampf gekostet, zuerst unter den Generälen, dann mit der Volksvertretung. Der Kaiser hatte die allgemeine Wehrpflicht nach preußischem Muster gewollt, im Lande erregte sie Entsetzen, und auch von den meisten Generälen wurde sie verworfen. Um beim Berufsheer bleiben und doch die erforderliche Gesamtstärke erreichen zu können, war ein Mittelweg eingeschlagen worden, ein verstärktes stehendes Heer mit 9jähriger Dienstzeit, das 750 000 Mann zählen sollte, und eine Mobilgarde von 600 000 Mann nach Art des schweizerischen Volksheeres. Es war ein Zwitterding, das weder die Vorzüge des Berufsheeres noch die der allgemeinen Wehrpflicht besaß, zudem mit vielen Mängeln der Organisation behaftet. Der Schöpfer der Reform, Marschall Niel, gab sich im stillen keiner Täuschung hin. Er erhoffte von der Zukunft Verbesserungen. Trotzdem stieß er, ein redelustiger, prahlerischer Gascogner — einen Tartuffe, der durch Kriecherei emporgestiegen sei, nannte ihn der englische Militärattaché, Oberst Claremont —, andauernd in die Kriegstrompete, so daß es schon manchen Zeitungen unheimlich wurde. Andere Generäle sekundierten ihm. „Wir sind bereit!" So erklang es unausgesetzt von allen Seiten. „Wir haben die schönste Armee der Welt," erklärte Niel in der Kammer. „In 7—8 Tagen kann ich 400 000,

600 000 Mann kriegsbereit aufstellen." Ein andermal: „Wir sind so fertig, daß es dem Kriegsminister gleich ist, ob wir Krieg oder Frieden haben." Oder: „Wir sind so bereit, daß wir dreimal vernünftig sein müssen, um nicht den Krieg zu erklären." Schon im September 1868, ehe die neue Ordnung Zeit gehabt hatte, ihre Früchte zu tragen, prahlte der Marschall vor den Offizieren der Armee: Frankreich allein von allen europäischen Mächten sei in einer Lage, daß es nach Belieben Frieden halten oder Krieg führen könne. Napoleon, obschon er nicht alle Zweifel unterdrücken konnte, eignete sich vor der Öffentlichkeit diese Zuversicht an. Bei Eröffnung der Kammer am 18. Januar 1869 erklärte auch er: „Das Land ist imstande, allen Möglichkeiten entgegenzusehen. Das ständige Ziel meiner Anstrengungen ist erreicht: die militärischen Hilfsquellen Frankreichs stehen nunmehr auf der Höhe seiner weltpolitischen Aufgaben."

Kann man sich wundern, daß die Nation kriegslustig wurde, wenn ihr von denen, die es am besten wissen mußten, alle Tage versichert wurde, wie kriegsbereit und des Sieges gewiß sie sei? Wer auf den Grund sah, erkannte freilich die ungeheure Gefahr dieses Säbelrasselns. Es war ja einfach nicht wahr, trotz Chassepot und Mitrailleuse, daß Frankreich „bereit" sei. Es war ein krankhafter Rausch, wenn Generäle und Minister, Publizisten und Abgeordnete in der Aussicht schwelgten, demnächst die Preußen zu schlagen, den Flecken von Königgrätz abzuwaschen, die werdende Einheit Deutschlands zu zertrümmern und den Rhein zu erobern. Im Grunde war das Frankreich jener Tage, die Gesellschaft des zweiten Kaiserreichs, alles eher als kriegerisch: ein Volk von Geschäftemachern und Genießern, dem der Gedanke an persönliche Opfer, wie sie die allgemeine Wehrpflicht mit sich bringt, ein Greuel war. Schon die Kosten, die die neue Rüstung erforderte, fand man zu hoch; die Kammer drückte sie mehrfach herab und schädigte dadurch das ganze Werk. Der Pazifismus hatte nicht wenig Anhänger. Man lese den langen Abschnitt über den Krieg in Prévost-Paradols „Neuem Frankreich": er hält für nötig, den Pazi-

fismus zu widerlegen und den Krieg zu rechtfertigen. Vor dem Kriege mit Deutschland schreckte die Gesellschaft dennoch nicht zurück, weil sie wähnte, in ihm den Siegeslorbeer mühelos pflücken zu können. Zwischen den Parteien, Bonapartisten, Royalisten, Liberalen, schien ein förmlicher Wettstreit im Gange, wer den andern in kriegerischem Patriotismus überschreien könne. Dahinter lauerte beim Anhang des Kaisers die Angst, mit den inneren Schwierigkeiten nicht mehr fertig zu werden, bei der Opposition der teuflische Gedanke, das Regiment Napoleons werde im Kriege seinen Untergang finden. Girardin, der alte republikanische Journalist, der die Lehre verkündigte, ohne den Rhein, ohne Belgien, Antwerpen, Ostende sei Frankreich nichts, meinte schon im August 1869, der Krieg sei in jedem Fall ein Gewinn. Siege man, so habe man den Rhein, die natürliche Grenze; werde man geschlagen, so sei wenigstens die Dynastie gestürzt. „Wenn Europa“, so schrieb er eines Tages, „eine blutige Dusche braucht, so möge es sie bekommen.“ Persigny, der früher als preußenfreundlich gegolten hatte, gestand dem preußischen Geschäftsträger, nach der Demütigung von 1866 müsse es zum Kriege kommen. Daß die Aussichten nicht die besten seien, gab er zu. Eben das sei das Verzweifelte der Lage, daß man nur die Wahl habe zwischen der Revolution und der Gefahr einer Niederlage. Auch Fürst Metternich und Graf Vitzthum, der österreichische Gesandte in Brüssel, urteilten, der Krieg sei der einzige Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten, und wenn einige Führer der Opposition, wie Thiers, und die Republikaner dagegen sprächen, so sei der Grund nur, daß sie selbst ihn machen und den Rhein erobern wollten.

In dieser kriegsheißen Luft war Napoleon vielleicht noch der Friedfertigste. Mit gutem Grund. Ob er mit seiner geschwächten Gesundheit den Oberbefehl würde führen können, muß ihm selbst zweifelhaft gewesen sein. Aber er ahnte doch auch, wenn er es nicht gar zu hören bekam, wie man in der Armee, bis in die höchsten Stellen hinauf, über ihn sprach: daß er wegen seiner Haltung 1866 hätte standrechtlich er-

schossen werden müssen, daß man ihn wegjagen werde, wenn er nicht zum Schwerte greife, usw. Er hatte auch Grund, die Entscheidung nicht zu verzögern. Bei seinem schwerleidenden Zustand konnte sein Leben jeden Tag ein Ende nehmen, und in der Verfassung innerer und äußerer Krisis, in der es sich befand, wollte er das Reich seinem unmündigen Sohne nicht hinterlassen. Wenn der Erbe eine gesicherte Erbschaft antreten sollte, so war nicht viel Zeit zu verlieren. Andererseits wußte niemand besser als er, daß Frankreich allein einem Kriege gegen Deutschland nicht gewachsen sei. Es brauchte Bundesgenossen. Diese zu gewinnen, machte der Kaiser sich an die Arbeit. Österreich und Italien sollten ihm helfen, das deutsche Reich in der Geburt zu ersticken, Preußen unschädlich zu machen und Frankreich seine führende Stellung auf dem Festland, nebst entsprechendem Landgewinn, zurückzugeben.

Unsere Sache ist es nicht, das Spiel der Diplomaten zu verfolgen, das die Zeit von September 1867 bis zum Juni 1870 ausfüllt. Das Bild ist nicht ohne Humor, wie die Partner einander zu fangen und zu entschlüpfen suchen, wie sie um Paragraphen und Zusätze feilschen, Entwürfe aufstellen, umstoßen, neue aufsetzen und wieder umarbeiten, ein Geschäft, das einer der Österreicher einmal treffend mit dem Gewebe der Penelope vergleicht, bis schließlich ein vereinbarter Text vorliegt, der dann doch nicht unterzeichnet wird. Das negative Ergebnis kann nicht befremden, denn bei Licht besehen, wollte jede der drei Regierungen etwas anderes. Napoleon warb um militärische Unterstützung zum Kriege gegen Preußen; Österreich scheute den Krieg aus guten Gründen und wollte das Bündnis benutzen, um sich gegen Angriffe von Preußen und Rußland zu decken und seine häuslichen Angelegenheiten in Ruhe ordnen zu können; Italien aber verlangte außer Südtirol, daß ihm Rom preisgegeben werde, was Napoleon nicht zugestehen konnte, wollte er sich nicht bei dem größten Teil seiner eigenen Anhänger unmöglich machen. Ein Bündnis war unter solchen Umständen nicht zu schließen.

Befremdlich ist nur, daß man trotzdem eine Vereinbarung traf, deren praktische Wertlosigkeit auf der Hand lag. Anstatt förmlicher Verträge zwischen den Regierungen begnügte man sich mit dem Austausch von Briefen der drei Monarchen, die einander Freundschaft und Beistand zusicherten. Ende September 1869 war man glücklich so weit. Was war damit gewonnen? Den Wortlaut von Franz Josephs Brief kennen wir nicht, aber daß er einen förmlichen Bündnisvertrag ersetzen konnte, ist unter allen Umständen ausgeschlossen. Was auch darin gestanden haben mag, das Schreiben des österreichischen Kaisers mußte interpretiert werden aus den Verhandlungen, die ihm vorausgegangen waren. In diesen aber hatten die Österreicher keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie außerstande seien, sogleich bei Beginn eines preußisch-französischen Krieges handelnd einzugreifen, weil der Zustand ihres Heeres und die Stimmung ihrer Völker eine längere Periode der Vorbereitung erheischten. Das hieß mit andern Worten: wenn Frankreich siegte, konnte es auf österreichische Hilfe rechnen, wenn nicht, blieb es allein. Und wenn Österreich nicht marschierte, rührte auch Italien sich nicht. Man brauchte also kein Gedankenleser zu sein, um sich über den Wert dieser Verbindungen nicht zu täuschen.

Es ist das stärkste Zeichen für die hemmungslose Kriegslust Napoleons und der wenigen von ihm Eingeweihten, daß sie sich dennoch täuschten. „Ich betrachte unsere Verträge als moralisch unterschrieben,“ äußerte der Kaiser. „Die österreichische Allianz bildet also den festen Punkt in meiner Politik.“ Gegenüber dem General Lebrun nannte er die Allianz Italiens sicher, die Österreichs wenn nicht formell, so doch moralisch gesichert. Rouher, der seine früheren preußischen und deutschen Sympathien durch verdoppelten Eifer büßen zu wollen schien, meinte sogar mehr als kühn: „Die Allianz ist geschlossen, und die Verpflichtungen, die in diesen Briefen eingegangen sind, werden dieselbe Kraft haben wie ein internationaler Vertrag.“

Auf dieser schwankenden Grundlage wurde nun sofort

ein Kriegsplan aufgebaut. Im November 1869 verriet Napoleon, daß er sich damit beschäftige, im Februar 1870 erschien als Vertreter der österreichischen Armee ihr Oberkommandierender, Erzherzog Albrecht, an der Seine, um für den gemeinsamen Feldzug die erforderlichen Abreden zu treffen. Der Krieg war beschlossen, und gegen wen, brauchte man nicht zu fragen. Die Gedanken des Erzherzogs wurden nun in Paris bearbeitet, und am 19. Mai 1870 stellte ein Kriegsrat die Grundzüge des Feldzugsplans fest. Franzosen, Italiener und Österreicher greifen gleichzeitig Süddeutschland von drei Seiten an, vereinigen sich bei Nürnberg, marschieren von dort nach Norden und liefern bei Leipzig die Entscheidungsschlacht. Um sich der Mitwirkung Österreichs im einzelnen zu versichern, ging General Lebrun im Juni nach Wien.

Was er hier zu hören bekam, hätte für jeden, der sehen und hören wollte, alle Illusionen zerstreuen müssen. Franz Joseph ließ dem Franzosen keinen Zweifel, daß er den Krieg nicht wolle. „Soll ich Krieg führen," sagte er, „so muß ich dazu gezwungen sein. Ich hoffe, Kaiser Napoleon wird meiner persönlichen politischen Stellung, im Innern wie nach außen, Rechnung tragen." Mit voller Deutlichkeit erklärte er, daß er gleichzeitig mit Frankreich den Krieg nicht erklären könne, weil er dann die deutsche Bevölkerung im eigenen Lande wie in Süddeutschland gegen sich haben würde. „Aber wenn Napoleon in Süddeutschland nicht als Feind, sondern als Befreier aufträte, so wäre ich meinerseits gezwungen, gemeinsame Sache mit ihm zu machen. In den Augen meines Volkes könnte ich dann nicht anders als meine Armee mit der französischen vereinigen." Deutlicher konnte man es nicht sagen: erst wenn die Franzosen Süddeutschland beherrschen, können sie auf österreichischen Beistand zählen, früher nicht.

Wenn diese Äußerungen den Kaiser der Franzosen nicht von seiner Kriegslust gründlich kurierten, so war es seine Schuld. Er war eben nicht mehr zu kurieren. Zunächst zeigte er sich zwar enttäuscht über das magere Ergebnis der Sen-

dung, dann aber ließ er sich rasch trösten durch den Hinweis, daß schon eine drohende Haltung Österreichs einen Teil der preußischen Kräfte fesseln würde. Für ihn stand der Entschluß zum Kriege fest, es handelte sich nur noch darum, den Anlaß zu finden.

Die französischen Staatsmänner meinten, den *Casus belli* nicht weit suchen zu müssen. Er hieß: Verletzung des Prager Friedens durch Preußen. Man wollte sie finden in den Kriegsbündnissen des Norddeutschen Bundes mit Bayern, Württemberg und Baden und in der Zollunion des Bundes mit den süddeutschen Staaten. Im Hintergrund stand auch die unterbliebene Volksabstimmung in Nordschleswig. Alle drei Vorwände waren gleich fadenscheinig. Waren die süddeutschen Staaten souverän und unabhängig, so konnte niemand ihnen verbieten, auf Teile ihrer Hoheit freiwillig zu verzichten. Am wenigsten besaß Frankreich ein Recht des Einspruchs, da es formell am Prager Friedensschluß gar nicht beteiligt war. Es konnte auch in der Nordschleswiger Frage keine Forderungen erheben, da Preußen ihm gegenüber keine Verpflichtung eingegangen war. Das hinderte aber die französischen Minister, die einander zwischen 1867 und 1870 rasch ablösten, keineswegs, immer wieder auf diese Beschwerden zurückzukommen. Es nützte nichts, daß die deutschen Vertreter, zuerst Graf Goltz sehr energisch, dann der sanfte Baron Werther weniger schroff, aber doch mit genügender Deutlichkeit, ihnen zu verstehen gaben, die Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland seien innere Angelegenheiten der deutschen Nation, die sich vom Ausland nichts vorschreiben lasse. Die Klagen und Vorstellungen wiederholten sich trotzdem. Man hatte nun einmal in Paris nicht begriffen und wollte nicht begreifen, daß die Zeit vorüber sei, wo Deutschland, ganz oder teilweise, französische Interessensphäre gewesen war und von der französischen Diplomatie als Schachbrett behandelt wurde, auf dem sie ihre Figuren nach eigenem Bedarf hin und her schob.

Darin wußte die Regierung Napoleons III. die Nation hinter sich. In ihr gab es zwei Richtungen. Die eine gedachte

alles, was in Deutschland 1866 geschehen war, rückgängig zu machen, den Norddeutschen Bund aufzulösen und die früheren Verhältnisse wiederherzustellen, natürlich unter den erforderlichen Bürgschaften dafür, daß Preußen das Spiel nicht nochmals versuche. Eine andere Richtung war bereit, die Einigung Norddeutschlands unter Preußen anzuerkennen, unter der Bedingung, daß es dabei bleibe und der Bund nicht nach Süddeutschland hinübergreife. Dieser Ansicht huldigten die meisten Mitglieder der liberalen Partei. Nichts ist bezeichnender für die Taktik Napoleons, als daß er in dem Augenblick, wo er die letzten Vorbereitungen für den Krieg traf, die Regierung den Liberalen, seinen bisherigen Gegnern, anvertraute. An der Spitze des Ministeriums, das am 2. Januar 1870 die Geschäfte übernahm, stand Emile Ollivier, bekannt als Freund des Friedens, auch Deutschlands, mit dem er durch seine Heirat in nahen persönlichen Beziehungen stand. Der liberale Deutschenfreund sollte dem Kaiser im Falle des Krieges die Stimmen der bisherigen Opposition zuführen, die andern waren ihm ohnehin sicher.

Einstweilen erging sich der Außenminister dieses Kabinetts, Graf Daru, in Redensarten, die den Charakter der Drohung kaum mehr verleugneten. Er nannte die Ruhe, die zur Zeit noch in Frankreich herrsche, eine Chloroformnarkose, aus der das Land bei der geringsten Schürfung seiner Haut jäh erwachen würde. Ein andermal hatte er die Dreistigkeit zu erklären, Frankreich wäre einverstanden, wenn die deutsche Einheit *ad Calendas graecas* vertagt würde. Nicht weniger deutlich drückte sich sein Nachfolger, der Herzog von Gramont aus: Frankreich erkenne die neue Gestaltung Deutschlands in vollem Umfang an, erwarte aber, daß Preußen den bestehenden Zustand nicht verschiebe und die Mainlinie nicht überschreite. Unter dieser Voraussetzung würden die freundlichen Beziehungen fortdauern. Als Werther darauf die richtige Antwort gab, die deutsche Nation könne ihre Organisation nicht von der Zustimmung des Auslands abhängig machen, und auch bezüglich der Mainlinie behalte sich Preußen alle Freiheit vor, erwiderte Gramont: diese

Bemerkungen könnten vom französischen Standpunkt aus nicht ohne Erregung hingenommen werden. Das war am 30. Juni 1870. Am folgenden Tage sprach Ollivier in der Kammer von der Unverletzlichkeit des Prager Friedens; er nannte sie eine der Bedingungen, von denen der Friede Europas in besonderem Maße abhängig sei. Der wahre Sinn dieses Sätzchens verschwand in der Umhüllung friedensseliger Deklamationen; nur wer die geheimen Verhandlungen der letzten Monate kannte, verstand, wie es gemeint war: die preußischen Verträge mit den Südstaaten waren nach französischer Auffassung schon eine Verletzung des Friedens. Jeden Augenblick also konnte Frankreich diese Frage aufrollen und den Krieg daraus entstehen lassen. Wenn es das nicht schon getan hatte, so waren daran wohl die österreichischen Mahnungen schuld, die immer wieder davon abrieten, gerade diese Differenz mit ihrem stark nationalen Beigeschmack zum Stichwort zu nehmen. In Wien hatte man das richtige Gefühl, daß von solcher Stellung aus die Sympathien Süddeutschlands nicht zu erobern sein würden.

Immerhin, die Erklärungen Olliviers und Gramonts hatten mit genügender Deutlichkeit verraten, worum es Frankreich zu tun war: die deutsche Einheit zu verhindern. Dagegen trat alles andere zurück, auch der Rhein, an den die Heißsporne des Chauvinismus, ein Girardin, ein Cassagnac, zu erinnern nicht müde wurden. Insofern bestand zwischen Ollivier und Thiers, der geradezu die Auflösung des Norddeutschen Bundes verlangte, nur ein Unterschied des Grades. Die wirkliche Einigung Deutschlands zuzulassen war der eine sowenig bereit wie der andere. Dies ist die wahre Ursache des Krieges im Jahre 1870 gewesen.

Wie verhielt sich das neue Deutschland dazu? Es war verkörpert in der Person des Staatsmannes, dem es den Anfang seiner Einigung verdankte und der berufen war, sie zu vollenden. Gegenüber dem Willen und Urteil Bismarcks kam in dieser Frage keine andere Meinung in Betracht, auch nicht die des Königs. Bismarcks Haltung angesichts der offenkundigen französischen Drohungen ist ein Muster überlegener Ruhe und

Weisheit. Über die heimlichen Fäden, die zwischen Paris, Wien und Florenz gesponnen wurden, wußte er gerade genug, um auf der Hut zu sein. Schon am 2. April 1869 stellte er den italienischen Gesandten deswegen zur Rede, und als dieser ihn vor der französischen Kriegslust zu warnen suchte — Frankreich sei wie eine geladene Leidener Flasche, die man nicht berühren dürfe —, antwortete er mit einem sehr energischen Hinweis auf die militärische Überlegenheit Preußens, über die der französische Militärbevollmächtigte am besten Auskunft geben könne. Aber zu Handlungen ließ er sich nicht fortreißen. Er wartete ab.

Gegenüber dem Wunsche nach Ausdehnung des Bundes und Aufnahme Badens verhielt er sich ablehnend und tadelte, öffentlich ebenso wie im Vertrauen, das Drängen mancher Kreise. Als Grund gab er in einer Mitteilung an die badische Regierung offen die Rücksicht auf Frankreich an. Im Reichstag erklärte er unumwunden und wiederholte es auch dem französischen Botschafter, daß sein Ziel die deutsche Einheit und der Norddeutsche Bund nur „ein vorübergehendes Stadium“ sei. Er wies darauf hin, daß auch zurzeit schon die militärischen Kräfte Süddeutschlands in jedem Kriege dem König von Preußen zur Verfügung ständen und das Haupt des Nordbundes in Süddeutschland ein Stück kaiserlicher Gewalt besitze wie kein deutscher Kaiser seit fünfhundert Jahren. Aber weiter zu gehen lehnte er ab; er wußte, daß jeder Schritt auf dieser Bahn den Kriegsfall bedeutete, und den Krieg wollte er nicht.

Nicht als ob er ihn gefürchtet hätte; im Gegenteil, er war des Sieges sicher. Zahlreiche Äußerungen aus diesen Jahren, auch solche vertraulicher Natur, lassen hierüber keinen Zweifel und geben den Schlüssel zu seiner gesamten Anschauung von den deutsch-französischen Beziehungen. In der Beurteilung der französischen Absichten hat er geschwankt. Im April 1868 meinte er zu Hohenlohe, über den Krieg mit Frankreich ließe sich ebensowenig Sicheres sagen wie über das Wetter im kommenden Juli, „doch glaube er nicht an den Krieg, da Frankreich sich zweimal besinnen werde, ehe es mit

Deutschland anbinde". Im Juni 1869 wiederholte er demselben Unterredner, er glaube nicht an den Krieg mit Frankreich, sei aber ebenso wie Moltke vom preußischen Siege überzeugt. Dazwischen heißt es — im Oktober 1868 — gegenüber Keyserling: zum Krieg werde es doch einmal kommen, da die Franzosen es Preußen nicht verzeihen könnten, daß sie nicht mehr die erste Macht in Europa seien. Ähnlich beim Jahresanfang 1869 zu einem Ungarn: „Mit Frankreich werden wir Krieg bekommen, da es uns Sadowa nicht verzeiht, als wäre es eine französische Niederlage. Je später es zum Kriege kommt, desto besser für uns, aber er kommt sicher." Im Mai sprach er sich im Rückblick auf die Luxemburger Sache zu dem Bayern Völderndorff aus, es sei vielleicht ein Fehler gewesen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen, da die preußische Überlegenheit damals größer gewesen sei. „Wenn es also doch noch zum Kriege mit Frankreich kommen muß, wäre er vielleicht besser schon damals geführt worden. Allein, es ist doch immer auch die Möglichkeit vorhanden, daß wir schließlich auch ohne einen Krieg zum Ziele gelangen."

Diese scheinbaren Widersprüche erklären sich sehr einfach aus dem Widerstreit zwischen Urteil und Wunsch. Die Wahrscheinlichkeit sagte ihm, der Krieg sei nicht zu vermeiden, aber den Wunsch, ihn dennoch zu vermeiden, konnte er nicht unterdrücken. Er wollte auf die Hoffnung nicht verzichten, daß Frankreich sich mit der Tatsache der deutschen Einheit ohne eine blutige Kraftprobe aussöhnen werde. Das war nicht nur im Hinblick auf die unvermeidlichen Opfer jedes Krieges moralisch gerechtfertigt, es war auch politisch bei weitem die glücklichere Lösung. Ein Krieg, in dem Frankreich geschlagen wurde, mußte unfehlbar eine lang dauernde Verfeindung zur Folge haben, die für Deutschland unter allen Umständen eine schwere Belastung bedeutete. Darum war es gebieterische Pflicht im Hinblick auf die ganze Zukunft des kommenden deutschen Reiches, diesem Krieg aus dem Wege zu gehen, solange es mit Ehren möglich war.

Bismarck hat immer an die Zukunft, auch an ferne Zukunft, gedacht und seine Entschlüsse niemals nur nach

augenblicklichen Umständen gefaßt. Über die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hat er einmal in einer Weise gesprochen, die man wahrhaft prophetisch nennen muß. Zu dem Grafen Séherr-Thosz sagte er am 2. Januar 1869, nachdem er den kommenden Krieg und den preußischen Sieg als sicher bezeichnet hatte: „Eine längere Periode wird dann eintreten, während welcher wir gegen Frankreich auf der Hut sein müssen. Vielleicht wird es noch eines zweiten Krieges bedürfen, um Frankreich zu beweisen, daß wir ihm ebenbürtig sind.“ Dazu halte man die Bemerkung zu Keyserling, die Eroberung des Elsaß würde ein zweifelhafter Gewinn sein, „denn schließlich würden die Franzosen wieder Bundesgenossen finden, und dann könnte es schlimm werden“. So ist es gekommen: die Franzosen haben Bundesgenossen gefunden, und im zweiten deutsch-französischen Krieg ist es sehr schlimm geworden. Wer müßte da nicht wünschen, daß schon der erste Krieg unterblieben wäre?

Von diesem Gedanken aus erhält auch die Vermeidung des Krieges in der Luxemburger Streitfrage erst ihre volle Rechtfertigung. Der Standpunkt der Menschlichkeit reicht dazu nicht aus, denn von ihm aus könnte man auch umgekehrt urteilen. So furchtbare Blutopfer, wie sie das Jahr 1870 gefordert hat, wären 1867 nicht nötig gewesen, es wäre also menschlicher gewesen, den Krieg damals zu führen, wo er weniger Menschenleben kostete — wenn man nicht im Blick auf die Zukunft alles hätte tun müssen, damit es überhaupt nicht zum Kriege komme.

Nach diesen Erwägungen hat Bismarck gehandelt. Er hat nicht daran gedacht, den Krieg herbeizuführen, auch als er gegen die Gefahr, daß Frankreich etwa Bundesgenossen fände, die beste Sicherung erreicht hatte. Im Frühjahr 1868 glückte es ihm, mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen, wonach dieses im Fall eines deutsch-französischen Krieges 100 000 Mann an seiner Grenze aufstellen wollte, um Österreich am Eingreifen zu verhindern. Die deutsche Überlegenheit gegenüber Frankreich litt jetzt keinen Zweifel mehr, und doch hat Bismarck sein Verhalten seit diesem Zeitpunkt

in nichts geändert. Die Geschichtschreibung wäre ein bequemes Geschäft, wenn die Gedanken des handelnden Staatsmannes sich immer so sicher erkennen ließen wie hier: Bismarck hat von 1866 bis 1870 den Krieg mit Frankreich vermieden, weil er wünschte und hoffte, ihn ganz vermeiden zu können.

*

Man sagt gewöhnlich, zum Kriegführen gehörten zwei. Das ist nicht immer richtig. Oft genug hängt der Krieg nur von dem Willen des einen Teiles ab. Zum Friedenhalten aber müssen beide gewillt sein. Bismarck, und das will soviel sagen wie Deutschland, wollte den Frieden, Frankreich wollte ihn nicht, so mußte es zum Kriege kommen.

Schon in den ersten Tagen des Jahres 1870, als Emile Ollivier soeben sein Ministerium mit friedeatmenden Worten angetreten hatte, bemerkte der französische Gesandte in Brüssel, man dürfe sich dadurch nicht täuschen lassen: Ollivier sei bereits im eigenen Ministerium überholt, und wenn Preußen den geringsten Schritt vorwärts täte, so würde nicht der Kaiser den Krieg erklären, das ganze Land würde ihn zum Kriege zwingen. Dann kamen die Beratungen mit Erzherzog Albrecht in Paris und Wien; Napoleon glaubte jetzt in jeder Hinsicht „fertig“ zu sein, die Rüstung beendet, die Allianzen gesichert. Die Reden, die am 1. Juli bei Beratung der Heeresausgaben in der Kammer gehalten wurden, behandelten schon ganz offen den Krieg mit Preußen als das, worauf man sich vorzubereiten habe. Es fehlte nur noch der äußere Anlaß. Man konnte ihn jeden Augenblick in der angeblichen Verletzung des Prager Friedens finden. Da bot sich unerwartet ein anderer, der durchaus den Vorzug zu verdienen schien.

Am 5. Juli wurde in Paris bekannt, daß die Regentschaft von Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Königskrone des Landes angeboten und der Prinz sich zur Annahme bereit erklärt habe. Sofort stürzte sich die französische Regierung auf diesen „Fall“. Schon tags darauf, am 6. Juli, bestieg der Herzog von Gramont die Tribüne der

Kammer, um zu erklären: Frankreich brauche nicht zu dulden, daß eine fremde Macht das bestehende Gleichgewicht der Kräfte in Europa zum Schaden der Interessen und der Ehre Frankreichs verschiebe, indem sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze. Sollte es dennoch geschehen, so würde die Regierung ihre Pflicht tun ohne Zaudern und ohne Schwäche. Ihm antwortete ein Beifallssturm, wie man ihn noch nie erlebt hatte. Der Krieg war sozusagen auf die Tagesordnung gesetzt, und es war eine Dreistigkeit, wenn Ollivier noch zu versichern wagte: „Die Regierung wünscht den Frieden, sie wünscht ihn leidenschaftlich! Wann immer Frankreich sich fest gezeigt hat, hat Europa nachgegeben." Man wollte gar nicht, daß „Europa" — lies: Preußen — nachgebe. Tags darauf fand Fürst Metternich den Kaiser entzückt und in freudig gehobener Stimmung. Es schien ihm nur Sorge zu machen, daß man in Berlin trotz der offenen Herausforderung am Ende doch nachgeben könnte. Ebenso sprach die Kaiserin; sie schien um zehn Jahre jünger geworden. Die beiden Minister aber sonnten sich in ihrem parlamentarischen Erfolg. Vor Metternich schlug Ollivier sein Rad wie ein Pfau: „Kein Zaudern mehr, keine Winkelzüge! Das Ministerium ist einig. Wie ein Mann haben wir beschlossen, daß wir in den Krieg ziehen müssen (*qu'il fallait marcher*). Wir haben die Kammer fortgerissen, wir werden die Nation fortreißen. In vierzehn Tagen haben wir 400000 Mann an der Saar, und diesmal werden wir den Krieg führen wie 1793, wir werden das Volk bewaffnen, es wird an die Grenze eilen" usw. Auch Gramont bildete sich nicht wenig auf seinen „Schachzug" ein. Er stimmte völlig zu, als der Österreicher ihm ins Gesicht sagte, er habe die Gelegenheit bei den Haaren herbeigezogen, um entweder einen diplomatischen Erfolg zu erringen oder den Krieg herbeizuführen aus einem Anlaß, der das deutsche Nationalgefühl nicht verletze. Neutrale Beobachter, der russische Geschäftsträger, der englische Botschafter, hatten sogleich den Eindruck, man wolle den Krieg vom Zaune brechen.

So war es wirklich. Die Akten, die neuerdings in reicher Fülle ans Licht getreten sind, lassen nicht den geringsten

Zweifel daran, daß die französische Regierung in ihrer Gesamtheit, Kaiser, Kaiserin und Minister, sich auf die spanische Thronkandidatur förmlich gestürzt haben, um sie zum *Casus belli* aufzublähen. Was immer man früher erzählt hat von dem siechen Kaiser, der nur widerstrebend wie ein abgehetzter Gaul von seiner Umgebung in den Krieg getrieben worden sei, von Eigenmächtigkeiten Gramonts, der durch herausfordernde Reden den Rückweg zum Frieden versperrt habe, von dem friedliebenden Ollivier, über dessen Kopf hinweg die Entscheidung gefallen sei, es ist alles Legende oder bewußte Fälschung. Sie wollten alle Krieg. Zumal Ollivier, der in seiner Geschichte des „Liberalen Kaiserreichs" sich als den Unschuldigsten der Unschuldigen hingestellt hat, ist als glatter Lügner entpuppt. Aus dem Staube des Wiener Archivs hat sich der Belastungszeuge erhoben, der gerade ihn als den lautesten Herold der Kriegslust entlarvt. Fürst Metternich weiß zu berichten, daß Ollivier, als sogar Gramont zum Rückzug blasen wollte, nach Vorwänden gesucht hat, „um den Krieg unvermeidlich zu machen" (*pour rendre la guerre inévitable*). Hatten sie alle schon längst den Krieg gewollt, so meinten sie nun auch den Anlaß gefunden zu haben, der die deutsche Nation uneinig fand und den Franzosen erlaubte, als Befreier des Südens vom preußischen Joch aufzutreten. Denn was ging die Bayern und Württemberger der Hohenzoller an?

Nur so erklärt sich das Weitere. Niemals, soweit die Geschichte der Diplomatie reicht, ist ein Kriegsfall ungeschickter, plumper behandelt worden. Welchen vernünftigen Grund gab es denn, Preußen anzugreifen, weil die Spanier einen Hohenzollern zum König haben wollten? Wenn man es für unverträglich mit den Interessen und der Ehre Frankreichs hielt, daß ein deutscher Prinz den spanischen Thron bestieg, so gebot die einfachste Pflicht der internationalen Verkehrsform, zunächst den beteiligten Regierungen oder denen, die man als beteiligt ansah, Vorstellungen zu machen. Erst wenn diese vergeblich waren, durfte man an weitere Schritte denken. Die Angelegenheit sofort vor die Öffentlichkeit zu bringen,

wie Gramont tat, war, ganz abgesehen von der drohenden Form, ein unglaublicher Verstoß gegen die diplomatische Sitte, der nur einen Sinn hatte, wenn er als Herausforderung zum Kampf gedacht war. Der Ton, der dabei angeschlagen wurde, läßt vollends keine andere Deutung zu: die friedliche Verständigung sollte unmöglich gemacht, der Krieg geradezu erzwungen werden.

Aber, wird man einwenden, war denn nicht die preußische Herausforderung vorausgegangen? War es unter den bestehenden Verhältnissen nicht eine starke Zumutung an die Franzosen, daß sie einen Preußen als König in dem Lande dulden sollten, das sie seit Ludwig XIV. als Trabanten Frankreichs anzusehen gewohnt waren? Hatte diese Kandidatur nicht den Zweck, die erhitzte Stimmung zum Überkochen zu bringen? Hat Bismarck sie nicht eingefädelt, um den Krieg zu entfesseln, den er wünschte und brauchte?

Man hat es oft behauptet, leider nicht nur von französischer Seite. Dennoch ist es falsch. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß er die Kandidatur, als er von ihr erfuhr, unterstützt und mit Nachdruck betrieben hat. Aber sie zur Brandstiftung zu benutzen, wie man ein brennendes Streichholz ins Pulverfaß wirft, kann nicht seine Absicht gewesen sein. Dazu eignete sich dieser Fall gar zu schlecht. Wer konnte denn vorher wissen, daß ihn die Franzosen so begierig aufgreifen würden? Daß die Leidenschaft bei ihnen jede vernünftige Überlegung ersticken würde, war doch weder sicher noch auch nur wahrscheinlich, und vor allem — wir wissen es zufällig ganz bestimmt — Bismarck hat nicht daran geglaubt, er hat die französische Kriegslust unterschätzt und insbesondere dem Kaiser Napoleon den Entschluß zum Kriege gegen Preußen nicht zugetraut. Gerade einen Monat, bevor die spanische Bombe platzte, erhielt er von seinem Botschafter in London, dem Grafen Bernstorff, eine Warnung vor französischen Absichten auf den Rhein. Er wies sie zurück: er wisse, daß Napoleon den Krieg mit Preußen mehr fürchte als einen Kampf gegen die Revolution im Innern. Darin täuschte er sich, aber wenn er so dachte, konnte er keinesfalls annehmen, Napoleon

werde den Krieg aus einem so fernliegenden Anlaß vom Zaune brechen, wie es die spanische Kandidatur war. Welches immer seine Hintergedanken gewesen sein mögen, als er sie betrieb — und irgendwelche uneingestandenen Zwecke wird er wohl damit verfolgt haben —, den Krieg dadurch heraufzubeschwören, ist seine Absicht nicht gewesen. Wir wissen es ja schon: Krieg wollte er überhaupt nicht, und hätte er ihn gewollt, er hätte ihn 1867 und später haben können aus einem viel geeigneteren Anlaß. Die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund oder irgend eine ähnliche Maßregel hätte einen zehnmal besseren Kriegsgrund abgegeben als eine rein dynastische Frage wie der Ehrgeiz eines kleinen deutschen Prinzen, der die Nation nichts anging.

Daß er den Krieg nicht wollte, bewies Bismarck auch jetzt durch sein Verhalten. Auf Gramonts Drohrede vom 6. Juli hätte der Gegenhieb ohne Säumen niedersausen dürfen, und Bismarck hat in der Tat daran gedacht, sofort nach Berlin zu eilen, den Reichstag zu berufen, Kriegskredite zu fordern. Aber er besann sich eines andern. Er ließ den hingeworfenen Handschuh liegen, ließ es zu, daß Benedetti mit dem König in Ems über die Zurücknahme der spanischen Kandidatur verhandelte, und blieb selbst in Varzin.

Den Gang der Verhandlungen kennt man. Vor der Aussicht, die sich enthüllte, wich das Haus Hohenzollern zurück. Einen blutigen Krieg zu verursachen, war ihnen die spanische Krone nicht wertvoll genug, und so erklärte zuerst der Vater des Prinzen in dessen Namen, dann dieser selbst den Verzicht. Die Angelegenheit hätte beendet sein können und müssen, wenn es den Franzosen nur darum zu tun gewesen wäre, zu verhindern, daß ein preußischer Prinz den Thron Karls V. bestiege. Sie hätten doppelt zufrieden damit sein können, da der Eindruck nicht zu leugnen war, Frankreich habe den Rücktritt des Prinzen durch Drohungen erzwungen. Wenn also die Kandidatur eine preußische Intrige war, wie man in Paris behauptete, so war ihr Fallenlassen eine diplomatische Schlappe für Preußen und für Bismarck. Das war es, was dieser am meisten fürchtete: den Eindruck, daß Preußen

zurückgewichen sei. Deutlicher als irgend ein anderer muß er gefühlt haben, wie gefährlich der Augenblick sei, vielleicht auch hat er sich im stillen gesagt, daß er mit dem Betreiben dieser Kandidatur ein sehr gewagtes Spiel unternommen habe, das nicht glücklich durchgeführt sei und verloren zu gehen drohe. Wie, wenn der Herzog von Gramont, im Besitze des hohenzollerischen Verzichtes, wieder die Tribüne der Kammer bestieg, um in hohem Ton zu verkünden, vor dem Ernst der französischen Vorstellungen habe Preußen sich zurückgezogen; dank der Festigkeit der kaiserlichen Regierung und dem Patriotismus der Nation sei der Friede gerettet? Es wäre selbst einem Bismarck nicht leicht geworden, diesen Hieb wirksam zu parieren. Man begreift, daß er schon daran dachte, zurückzutreten.

Davor hat ihn die französische Kriegslust bewahrt, der mit einem diplomatischen Triumph nicht mehr genuggetan war. Gramont, den man lange Zeit für den eigentlichen Schuldigen am Krieg gehalten hat, vertrat wohl die Ansicht, durch den Rücktritt des Prinzen sei der Zwischenfall als geschlossen anzusehen. Aber im Rat des Kaisers drang er nicht durch. Ollivier widersprach ihm heftig, verlangte Ausdehnung des Streits auf andere Fragen, Herbeiziehung des Prager Friedens. Man wollte nun einmal den Krieg, hatte ihn schon vorher gewollt, und um ihn sicher zu bekommen, verfiel man auf den unerhörten Gedanken, vom König von Preußen das Versprechen zu verlangen, daß er dem Prinzen nicht gestatten werde, auf seine Bewerbung um die spanische Krone zurückzukommen. Etwas anderes als eine runde Ablehnung konnte man darauf nicht erwarten. Sie erfolgte denn auch sofort. Herr Benedetti wurde am Morgen des 13. Juli vom König in Person, zwar höflich, aber auch sehr bestimmt mit seinem dreisten Ansinnen abgewiesen und erhielt im Laufe des Tages durch einen Adjutanten nochmals die Mitteilung, Seine Majestät habe ihm in dieser Angelegenheit nichts mehr zu sagen. Der Zwischenfall war also von preußischer Seite geschlossen worden.

Bismarck konnte das nicht genügen. Stärker als sein Herr

empfand er das Verletzende, die gewollte Demütigung, die in dem französischen Vorgehen lag. Dieses Ende durfte der Fall nicht nehmen; Preußen brauchte eine Genugtuung! Mit einer meisterhaften Wendung drehte er das Spiel herum. Noch in der Nacht vom 13. zum 14. Juli verbreitete der offiziöse Telegraph überallhin eine Darstellung der Vorgänge in Ems, die den Eindruck erweckte, als hätte der König dem Botschafter in schroffer Form die Tür gewiesen. Damit war nicht der Friede unmöglich gemacht — der war ohnehin längst verloren —, wohl aber das französische Spiel zerstört. In Paris hatte man darauf gerechnet, nach der ablehnenden Antwort des Königs, die man erwartete, mit Verhandlungen und Vorstellungen einige Tage hinzubringen und damit für die eigene Mobilmachung, die schon am 9. Juli begonnen hatte, einen weiteren Vorsprung zu gewinnen. Auf diesen Vorsprung hatte man den Feldzugsplan und die Aussicht auf den Sieg gebaut. Darauf mußte man nach dem Bekanntwerden der Berliner Depesche verzichten. In der Stimmung, die in Paris herrschte, blieb der Regierung nichts übrig, als ohne Zögern die Maske fallen zu lassen. Sie hätte sich sonst keinen Augenblick halten können. Am 15. Juli fiel in der Kammer das entscheidende Wort, am 18. traf in Berlin die Kriegserklärung ein.

So entstand der deutsch-französische Krieg, der Krieg, den Frankreich gewollt und Bismarck zu vermeiden gesucht hatte. Den Hergang in seinen entscheidenden Wendungen, wenn auch nur in aller Kürze, darzustellen, war wohl am Platze. Denn was sich in den Julitagen des Jahres 1870 entschied, war mehr als der Ausbruch eines einzelnen Krieges, war die Zukunft Deutschlands und Europas. Darum mußte festgestellt werden, wie es kam. Es mußte festgestellt werden, daß Frankreich, um die bevorzugte Lage nicht aufgeben zu müssen, die ihm der Westfälische Friede geschaffen und der Wiener Kongreß bestätigt hatte, die das A und O der französischen Politik unter Richelieu und Ludwig XIV. und Vergennes gewesen und seit 1866 verloren gegangen war, den ersten besten Vorwand benutzte, um den Krieg zu entfesseln,

der die deutsche Einheit und Großmacht in der Geburt ersticken und der deutschen Nation die politische Ebenbürtigkeit mit den andern großen Kulturnationen der Welt für immer abschneiden sollte. Was Bismarck dazu getan hat, beschränkt sich auf einen einzigen Griff, der die Fäden der französischen Diplomatie, die das Losgehen der Kriegsmaschine noch um einige Tage hintanhalten sollten, jählings zerriß und den Gegner zwang, sich sofort zum Kampf zu stellen.

Die Zeitgenossen des Ereignisses, soweit sie eingeweiht waren, sind darüber einig gewesen, daß Frankreich allein am Kriege schuld sei, den es in leichtfertiger und noch dazu ungeschickter Weise herbeigeführt hatte. Kurz und scharf urteilte der österreichische Staatskanzler Beust: „Es war ursprünglich sehr leicht, die Angelegenheit auf diplomatischem Wege zu erledigen. Was man in Paris tat, mußte den Krieg unvermeidbar machen." In Italien schrieb das Blatt, das die Ansichten der Regierung vertrat, Frankreich wolle Krieg, „um die sogenannten Kompensationen am Rhein zu bekommen". Der englische Ministerpräsident Gladstone äußerte sich geradezu entrüstet über das französische Verfahren und nannte es das flagranteste Unrecht. Der russische Kanzler Fürst Gortschakow hielt von Anfang an mit seinem Tadel nicht zurück, der spanische und der Schweizer Gesandte in Paris waren der Überzeugung, Frankreich habe den Krieg bei den Haaren herbeigezogen. Auch die Londoner Presse hatte mit wenigen Ausnahmen die Absichten Frankreichs von Anfang an durchschaut und getadelt. Wie hat das Urteil der Welt sich seitdem gewandelt! Einer eifrigen französischen Propaganda ist es gelungen, in immer weitere Kreise die Überzeugung zu tragen, für den Krieg von 1870 und alle seine Folgen seien Bismarck und Preußen verantwortlich, die zuerst die Intrige der spanischen Thronkandidatur eingefädelt, dadurch den harmlosen Nachbar zum Zorn gereizt und, als er sich diplomatisch zur Wehr gesetzt, mit Krieg überfallen hätten. Ob diese Fabel jemals ganz verschwinden wird? Für Sachkundige hat sie niemals Geltung gehabt, und heute kann jeder, der sich dazu die Mühe nehmen

will, aus den Akten die volle Wahrheit erfahren. Nicht zu bestreiten ist allerdings, daß der Lüge ihr Siegeszug erleichtert worden ist durch zwei deutsche Sünden. Einmal durch die Gleichgültigkeit der deutschen amtlichen Stellen, die durch Jahrzehnte nichts getan haben, um die Wahrheit zu erhärten und zu verbreiten, da sie doch, wie man jetzt sieht, in ihren Archiven Beweisstücke genug besassen, die, rechtzeitig bekanntgemacht, ihren Eindruck nicht verfehlt haben würden. Sodann durch die unbegreifliche Tat Bismarcks selbst, der mit seiner Darstellung vom Ursprung der sogenannten Emser Depesche, einer Darstellung, die das Ereignis aus dem Zusammenhang reißt und in schiefe Beleuchtung rückt, sich einer Schuld verdächtig gemacht hat, die ihn gar nicht trifft.

Mit welcher Leichtfertigkeit sie den Krieg heraufbeschworen hatte, wurde der französischen Regierung erst klar, als es zu spät war. Von den Voraussetzungen, auf die sie mit Sicherheit gerechnet hatte, erwies sich eine nach der andern als Trugbild. Weder Österreich noch Italien sah sich veranlaßt, die Pflichten eines Bündnisses zu erfüllen, das niemals geschlossen worden war. Österreich betonte, was es immer gesagt hatte: es brauche Zeit zur militärischen und politischen Vorbereitung; und zum Überfluß rollten schon die russischen Regimenter an die galizische Grenze, die die Neutralität der Doppelmonarchie am sichersten verbürgten. In Italien nahm der König zwar den Mund gewaltig voll, aber seine Minister dachten nicht daran, sich vorzeitig bloßzustellen. Die süddeutschen Staaten traten ohne Ausnahme sofort auf Preußens Seite, für die Rolle des Befreiers von preußischem Zwang, die Napoleon sich zurechtgelegt hatte, war kein Platz. Vergeblich klopfte er bald an diese, bald an jene Tür: in Petersburg blieb das freigebige Angebot von Danzig ohne Wirkung, und auch das kleine Dänemark zeigte sich unzugänglich. Die Hauptsache aber war: die Zuversicht, mit der man an die eigene Kriegsbereitschaft geglaubt hatte, erwies sich als verhängnisvoller Wahn. Schon bei der Mobilmachung ging alles drunter und drüber.

der Vorsprung von 10—12 Tagen, den man zu besitzen geglaubt hatte, ging wieder verloren, wogegen die preußische Armee früher, als man angenommen, im Felde erschien. Napoleon selbst zeigte sich schon am 15. Juli, dem Tag, wo in der Kammer der Krieg angekündigt wurde, von seiner Kampflust geheilt. Mit fatalistischer Ergebung sagte er zu einem österreichischen Diplomaten: „Wir haben uns zu weit vorgewagt, um jetzt zurückzuweichen. Das Schicksal hat die Hand im Spiele!“ Ein Vorgefühl seines Endes muß er schon früher gehabt haben. Seinem stets kritisierenden und widersprechenden Vetter Jérôme hatte er unlängst geschrieben: „Soll ich untergehen, so soll es aufrecht stehend geschehen, nicht als ein morscher Stamm.“ Nun mußte er als gebrochener, von schweren Leiden gequälter Mann ins Hauptquartier nach Metz reisen, um den Oberbefehl über eine Armee anzutreten, die, wie er sehr bald einsah, nicht siegen konnte. Ihn traf die Strafe für die Sünde, die dem Staatsmann und Herrscher am wenigsten verziehen wird: Halbheit und innere Unwahrheit. Er war so schwach gewesen, nicht seine eigene Politik zu machen, sondern eine andere, die innerlich zu ihm nicht paßte, weil er glaubte, sich nach dem Volke richten zu müssen. Das Volk aber machte es, wie es immer tut, es rächte den Mißerfolg am Unglücklichen. Es „ließ den Armen schuldig werden, dann überließ es ihn der Pein“. Er hat den Kelch bis auf die Neige geleert.

Jedermann weiß, wie es kam. Hinter der Überlegenheit, mit der Preußens Politik geleitet wurde, blieb seine Kriegführung nicht zurück, während die französische Führung vollständig versagte. Als die Schlacht bei Sedan geschlagen, der Kaiser mit seinem ganzen Heer gefangen war, hätte der Kampf beendet sein können, wenn Frankreich bereit gewesen wäre, sich in sein Schicksal zu fügen. Mit Zähigkeit wehrte es sich noch über ein Vierteljahr, bis es, völlig erschöpft, am 26. Februar 1871 in Versailles die Bedingungen unterschrieb, die der Sieger stellte: Abtretung des Elsaß und eines Teiles von Lothringen und Zahlung der Kriegskosten. Die geschichtlichen Rollen waren vertauscht: ein siegreicher deutscher Kaiser

schloß den Frieden mit einer besiegten französischen Republik. Im Schlosse Ludwigs XIV. war am 18. Januar der König von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen worden. Der Westfälische Friede war aufgehoben, das Werk Ludwigs XIV. zerstört. Den endgültigen Abschluß brachte am 10. Mai 1871 der Friede zu Frankfurt, der mit geringfügigen Änderungen das Werk von Versailles bestätigte.

Heute neigt man dazu, diesen Friedensschluß für verfehlt zu halten, weil er mit der erzwungenen Abtretung von zwei Provinzen Frankreich zum dauernden Feinde des Deutschen Reiches gemacht habe. Wer sich an die Oberfläche der Erscheinungen hält, wird so urteilen; wer den Dingen auf den Grund geht, kann nicht zweifeln, daß überlegene Einsicht auch in diesem Fall die Entschlüsse geleitet hat.

Aus den Gründen, die ihn bestimmten, das Elsaß zu fordern, hat Bismarck nie ein Hehl gemacht. Er unterschied sich darin wesentlich von der deutschen öffentlichen Meinung, die im Elsaß und in Lothringen vor allem den alten rechtmäßigen Besitz des Reiches und der Nation, im Elsaß auch das immer noch deutsche Land sehen wollte, das in Zeiten deutscher Ohnmacht geraubt sei und dessen Wiedergewinnung den Beweis neuen Erstarkens zu liefern habe. In der Tagespresse und in Flugschriften war dieser Gedanke sogleich bei Kriegsbeginn, ja schon vorher, als man den Krieg erst kommen sah, immer wieder geäußert worden. Nur sehr wenige Stimmen hatten zu widersprechen gewagt. Wie volkstümlich die Forderung war, zeigt am besten der hessische Minister Freiherr von Dalwigk, der seit 1866 im Namen seiner Regierung beständig stillen Landesverrat mit Frankreich getrieben hatte, auch persönlich nahe Beziehungen zu Frankreich besaß, jetzt aber, am 6. August — am Tage von Wörth — zum preußischen Gesandten sagte, daß das Ziel des dermaligen nationalen Kampfes ein weit größeres sein müsse als ein billiger Friedensschluß mit Frankreich. Es handle sich jetzt um Wiedereroberung der alten Provinzen Elsaß und Lothringen, und wenn Preußen diese Provinzen als Mitgift mitbringe, solle für 1866 Indemnität gern gewährt sein.

Dann möge sich König Wilhelm die deutsche Kaiserkrone aufsetzen, und alle Parteien würden mit ihm einverstanden sein.

Bismarck hat diese Denkweise nicht geteilt. Das Gerede vom „deutschen Elsaß“ nannte er ärgerlich eine „Professorenidee“. Noch war es ja keine zwei Jahre her, daß er diese Eroberung als allzu unsicheren Gewinn abgelehnt hatte. Und doch bestand er jetzt mit Festigkeit sofort auf dem Elsaß wie auf Deutschlothringen und Metz! Ob er dabei die volkstümliche Auffassung der Dinge ganz außer acht lassen konnte, mag eine offene Frage sein. So stark war nun einmal das Verlangen der Nation nach Wiederherstellung ihres alten Besitzes, daß es sogar für Bismarck nicht leicht gewesen wäre, den Verzicht zu rechtfertigen. Vielleicht hätte selbst er es unmöglich gefunden, ohne diesen Gewinn aus einem siegreichen Kriege heimzukehren, wenn nicht ohnehin Gründe anderer Art ihm den Entschluß aufgedrängt hätten, den die öffentliche Meinung von ihm erwartete. Was ihn dazu bewog, war das „geographische Bedürfnis“, wie er es einmal genannt hat, Süddeutschland gegen den Angriff zu sichern, der es von einem französischen Straßburg und Weißenburg her jederzeit bedroht haben würde, ohne daß Preußen dagegen hätte Schutz bieten können. Dieser Gesichtspunkt allein genügte ihm. Fünfzehn Jahre früher hatte er das aus dem Munde des Königs von Württemberg in beredter Form vernommen. Die Auseinandersetzungen des Königs hatten ihm den tiefsten Eindruck gemacht, privatim und öffentlich ist er von 1858 bis 1895 oft auf sie zurückgekommen. Er hat sie sich vollständig angeeignet, sie gaben in seinen Erwägungen den Ausschlag. In wechselnden Fassungen hat er den Gedanken immer wieder vorgetragen: daß Deutschland das Elsaß brauche als ein Glacis, auf dem es sich wehren könne, ehe der Gegner bis Stuttgart vordringe; daß die Ausgangspunkte des französischen Angriffs weiter zurückverlegt werden müßten, damit Süddeutschland nicht überrannt werde; und am wirksamsten in dem Satz, daß Straßburg und Metz aus Ausfallstoren der französischen Offensive in Bollwerke der deutschen

Verteidigung verwandelt werden müßten. Bismarck hat nicht gewußt, daß er mit diesem Vergleich nichts Neues sagte. Ganz so wie er hatten sich andere vor ihm ausgesprochen: zur Zeit Ludwigs XIV. der kaiserliche Feldherr Markgraf Ludwig von Baden, im Jahre 1814 Gneisenau und der bayrische Generalstab, als sie die Notwendigkeit der Rückforderung des Elsaß um der Sicherheit von Süddeutschland willen befürworteten. Davon wird Bismarck nichts gewußt haben. Er wußte ebensowenig, daß er, als er Straßburg und Metz die Ausfallstore französischer Offensive nannte, das gleiche Bild gebrauchte, mit dem Richelieu einst das Bedürfnis der Eroberung des Elsaß einleuchtend gemacht hatte. So sehr entsprach die Ansicht, die er vertrat, der Natur der Dinge, daß er, ohne es zu ahnen, in die Ausdrucksweise des Feindes verfiel, dessen Werk er nun zerstörte.

Nicht als ob in seinen Augen der Besitz von Elsaß und Metz unter allen Umständen für Deutschland unentbehrlich gewesen wäre. Er war es nur im Hinblick auf den künftigen Krieg mit Frankreich, den er jetzt, nachdem es einmal zum Zusammenstoß gekommen war, mit Sicherheit erwartete. Darüber hat er sich bald nach dem Friedensschluß zu einem französischen Diplomaten mit voller Offenheit ausgesprochen: er sei überzeugt, daß Frankreich früher oder später Vergeltung suchen werde, und für diesen Fall bedürfe Deutschland eines festen Grenzschutzes. Er ging so weit, zu gestehen: könnte man den Frieden für dauernd halten, so wäre die Annexion ein Fehler gewesen, denn für das Reich seien Elsaß und Lothringen eine Schwierigkeit. Von einer „peinlichen Last“ (*corvée pénible*), die man auf sich nehmen müsse, hat er ein anderes Mal gesprochen.

Daß die Auffassung Bismarcks beim Erwerb Elsaß-Lothringens maßgebend gewesen ist, müßte man auch ohne besondere Beweise annehmen. Zum Überfluß wird es bestätigt durch das Zeugnis des ersten Deutschen Kaisers. Im Verlauf der geheimen Verhandlungen über Friedensschluß und Wiedereinsetzung Napoleons, die im Herbst 1870 geführt wurden, hat Wilhelm I. gegenüber der Kaiserin Euge-

nie in voller Aufrichtigkeit ausgesprochen, was ihn nötigte, die Abtretung zu fordern. „Ich liebe", schreibt er ihr am 26. Oktober, „mein Land wie Sie das Ihre, darum verstehe ich die bitteren Gefühle, die das Herz Eurer Majestät erfüllen. Nachdem aber Deutschland ungeheure Opfer für seine Verteidigung gebracht hat, will es sicher sein, daß der nächste Krieg es besser gerüstet finde, den Angriff abzuschlagen, mit dem wir zu rechnen haben, sobald Frankreich seine Kräfte wiederhergestellt hat. Diese traurige Erwägung allein ist es, und nicht der Wunsch, mein Vaterland zu vergrößern, was mich zwingt, auf Landabtretungen zu bestehen, die keinen andern Zweck haben, als für die Zukunft den Ausgangspunkt der französischen Heere zurückzuverlegen."

Maurice Paléologue, der dieses Schreiben zuerst veröffentlichen durfte, hatte nicht den geringsten Grund, sich über die „brutale Offenheit" zu entrüsten, mit der hier eingestanden werde, daß Deutschland kein anderes Recht für die Annexion der Provinzen geltend gemacht habe als das Bedürfnis seiner Sicherheit. Als Kenner der neuesten Geschichte, der er ist, mußte er wissen, daß dieses Geständnis gar nichts Neues enthielt. Daß Bismarck immer dasselbe gesagt hat, kann dem erfahrenen Beamten des französischen Auslandsdienstes nicht unbekannt gewesen sein. Nur um der stärkeren Wirkung willen stellt er sich überrascht. Aber auch das ist bei einem Franzosen ein befremdliches Verhalten. Merkt er denn nicht, daß Wilhelm I. und Bismarck genau den gleichen Gedanken aussprechen, mit dem die französische Politik seit 1815 beständig gearbeitet hatte, um die erstrebte Eroberung des Rheinlands zu rechtfertigen? Um der Sicherheit Frankreichs willen sollte das linke Rheinufer französisch werden; um der Sicherheit Deutschlands willen wurden Elsaß und Lothringen gefordert. An den Rhein sollte die Grenze verlegt werden müssen, weil sonst Paris ihr zu nahe war; hinter die Vogesen mußte die französische Aufmarschlinie zurückgeschoben werden, wenn Süddeutschlands Hauptstädte, Karlsruhe, Stuttgart, München, nicht einem französischen Angriff preisgegeben sein sollten. Zug um Zug ist es der

gleiche Gedankengang, das gleiche Spiel, nur auf umgekehrtem Brett.

Wir wollen nicht fragen, ob das, was Frankreich immer recht gewesen ist, Deutschland nicht billig sei, denn damit wäre viel zu wenig gesagt. Wer die Geschichte kennt, bedarf keiner Belehrung darüber, daß Deutschland hundertmal mehr befugt war, das Bedürfnis seiner eigenen Sicherheit zur Richtschnur seiner Politik zu machen, hundertmal mehr als Frankreich, das sich immer darauf berufen hatte. Wenn man nach der Erfahrung urteilte — und wonach sonst sollte man urteilen? —, so war es Deutschland, das eines wirksamen Schutzes gegen den westlichen Nachbarn bedurfte, der sich keine Mühe gegeben hatte, zu verbergen, daß er in der Eroberung deutschen Bodens am Rhein das nächste Ziel seines Strebens sah; der seit zweieinhalb Jahrhunderten den Anspruch erhob, in der Gestaltung der deutschen Dinge bestimmend mitzureden; der die Ohnmacht Deutschlands zum unverrückbaren Grundsatz seiner ganzen Politik gemacht und jetzt den Krieg vom Zaune gebrochen hatte, um zu verhindern, daß die deutsche Nation zu Einheit und Macht gelange. Mit andern Worten: für Deutschland war ein möglichst starker Grenzschutz gebieterische Notwendigkeit der Verteidigung, im Munde französischer Staatsmänner war er Vorwand und Deckmantel für Angriffsabsichten aller Art. Hätte es sich im Jahre 1870 nur um Städte und Festungen, Provinzen und Grenzlinien, um ein Mehr oder Weniger an Landbesitz gehandelt, man wäre befugt zu fragen, ob ein Schritt wie die Annexion Elsaß-Lothringens mit allen ihren Folgen vom Standpunkt der deutschen Politik notwendig und zweckmäßig sei. Hätte der französische Angriff der Eroberung Saarbrückens, der Pfalz und Rheinhessens oder des ganzen linken Rheinufers gegolten, so ließe sich darüber reden, ob es nicht genügte, ihn zurückgewiesen zu haben und den *Status quo* zu behaupten. Aber so war es eben nicht! Nicht die Rheingrenze war das Kriegsziel gewesen, sondern die Verhinderung der deutschen Einheit, die

Auflösung der Verträge zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Südstaaten, womöglich die Auflösung des Bundes selbst. Wußte man das, so konnte nur ein politisches Kind glauben, die Franzosen würden, durch die Katastrophen von Metz, Sedan und Paris belehrt, ihr altes Dogma, die geheiligte Tradition ihrer guten alten Zeit fallen lassen, sich ohne weiteres mit dem Entstehen eines deutschen Reiches aussöhnen und — wie Edmond About nachträglich behauptet hat — seine „getreuen und ritterlichen Verbündeten" werden, wenn man sie nur schonend behandelte. Wären sie dazu fähig gewesen, so hätten sie es vor 1870 tun können und tun müssen. Nach den schweren Niederlagen, die dieses Jahr ihnen gebracht hatte, konnte nur leichtfertige Fahrlässigkeit annehmen, daß die Politik der stolzen, ruhmsüchtigen und eiteln Nation auf etwas anderes gerichtet sein würde als auf die Zerstörung der neuen Großmacht, die sich ihr einmal so überlegen gezeigt hatte. Wer immer die Dinge sah, wie sie waren, mußte in seine Zukunftsrechnung als sicheren Posten auf der Soll-Seite der deutschen Politik das französische Rachebedürfnis einsetzen, und es fragte sich nur, ob man ihm gegenüber schwächer oder stärker sein, die Belastung, die aus ihm erwuchs, geduldig hinnehmen oder sie durch einen entsprechenden Aktivposten ausgleichen sollte. Der Staatsmann, der seiner Verantwortung bewußt war, konnte nicht im Zweifel sein, was er zu tun hatte. Darum hat Bismarck das Elsaß genommen, von dem er wußte, daß es nicht leicht zu behaupten sein würde. Es war eine Schwierigkeit, eine peinliche Last, aber es war eine Pflicht.

Das unbeteiligte Europa hat es nicht anders aufgefaßt. Das bezeugt ein englischer Historiker von erstem Rang. G. P. Gooch schreibt in seinem ausgezeichneten Buch über die deutsch-französischen Beziehungen seit 1871: „Außerhalb Frankreichs wurde die Annexion des Elsaß und eines Teiles von Lothringen als die natürliche Strafe für die Macht angesehen, die den Krieg erklärt hatte und geschlagen worden war. Und wo ist die Nation, die, mit bitteren Erinnerungen wie denen an die Einfälle Ludwigs XIV. und Napoleons,

aus einem blutigen Kampf mit leeren Händen zurückgekehrt wäre und ihren geschlagenen Feind im Besitz reicher Landschaften gelassen hätte, die zu ihrem eigenen entschwundenen Reich gehört hatten?“ So urteilten die Zeitgenossen; sie fanden den Frieden von Frankfurt ganz natürlich. Weder von Rußland noch von England kam der geringste Widerspruch. Man hatte wohl auch dort das Gefühl, daß jetzt nachgeholt werden müsse, was 1815 versäumt worden war: gegen das ewig unruhige, stets um sich greifende Frankreich einen festen Damm aufzurichten, der es ihm auf absehbare Zeit unmöglich machte, mit seinen nie verleugneten Absichten auf Ausdehnung nach dem Rhein alle europäischen Staaten fortwährend in Mitleidenschaft zu ziehen. Das Frankreich Napoleons III. war im Laufe der Zeit allen Mächten gründlich unbequem geworden. Schon 1842 hatte König Leopold von Belgien gemeint, seit fünfzig Jahren sei Frankreich die Pandorabüchse, aus der das Unglück für Europa komme. Seitdem war es nicht anders geworden. Diesem Zustand ein Ende zu machen, war in den Augen Europas die Aufgabe des neuen Deutschen Reiches.

7.

Daß das Deutsche Reich seine Aufgabe, den Frieden zu sichern, erfüllt hat, solange Bismarck seine Geschäfte führte, kann nur unwissende Verblendung oder gehässige Unredlichkeit bestreiten. Wer sein Ohr den Unwahrheiten verschließt, die von französischer Seite geschickt erfunden und geflissentlich verbreitet worden sind, wer dagegen die Tatsachen auf sich wirken läßt, kann sich der Erkenntnis nicht entziehen, daß Bismarcks Absicht keine andere gewesen ist, als Frankreich die Verluste von 1870 vergessen zu machen und es mit dem Bestehen des Deutschen Reiches auszusöhnen. Daß auf das Ende des Krieges zunächst ein Zeitraum kaum verhehlter Feindseligkeit folgen würde, wird er erwartet haben; welchen Grad die Feindseligkeit erreichen würde, war nicht vorauszusehen. Wohl niemals in neueren Zeiten hat ein beendeter Krieg bei der besiegten Nation ein solches Maß tiefsten, bittersten Hasses hinterlassen. Für den französischen Patrioten war jetzt alles Deutsche schlechthin verfemt, und da in Frankreich der Patriotismus als gesellschaftliche Pflicht anerkannt ist, geriet das Land unter einen förmlichen Terror des Deutschenhasses. Hochstehende Männer, Gelehrte, Dichter, die bis dahin geistigen Austausch mit Deutschland gelehrt und gepflegt hatten, verleugneten ihre Vergangenheit, kehrten Deutschland den Rücken, brachen wertvolle persönliche Beziehungen ab, wenn sie nicht gar in öffentlichen Schmähungen sich gefielen. Jahrelang konnte der Deutsche in Frankreich sich nur wie in Feindesland bewegen.

Die Politik des Deutschen Reiches hat darauf keine Rücksicht genommen. Ihre Losung hieß: Geduld haben, die Zeit ihr Werk tun lassen. Von der korrekten Art, mit der die pfandweise Besetzung französischen Gebietes von deutscher Seite gehandhabt wurde, legen die Akten ein vollgültiges Zeugnis ab. Als der unerhörte Fall sich ereignete, daß Sol-

daten der Besatzungstruppe ermordet und die Täter von den Geschworenen freigesprochen wurden, hat Bismarck auf Vergeltung verzichtet und sich mit einer halben Entschuldigung begnügt. Wie im entsprechenden Fall eine französische Regierung sich benommen haben würde, braucht man seit 1918 nicht mehr zu fragen. Nachdem die letzte Rate der Kriegsentschädigung schon 1873, zwei Jahre vor dem vertragsmäßigen Zeitpunkt, abgetragen war und der letzte deutsche Soldat Frankreich verlassen hatte, hörten auch die Reibungen auf, die bei keiner Besetzung fremden Bodens ausbleiben. Daß er in Berlin aufs freundlichste, ja mit ausgesprochener Zuvorkommenheit aufgenommen sei, konnte der erste Botschafter, den Frankreich nach dem Krieg entsandte, Vicomte Gontaut-Biron, selbst nicht leugnen.

Aber in Frankreich wollte man keine Versöhnung, und da es Tatsachen nicht gab, über die man sich hätte beschweren können, so erfand man sie. Mit einer solchen Erfindung hat man Glück gehabt. In der französischen Geschichtschreibung hat sich die Legende festgesetzt, und in einem Teil der Welt wird sie geglaubt, Deutschland habe schon 1875 wieder über Frankreich herfallen wollen, um zu verhindern, daß es durch militärische Rüstungen gefährlich werde. Der tatsächliche Kern dieser Fabel besteht in — zwei deutschen Zeitungsartikeln, in denen der Gedanke erörtert wurde, ob es nicht angezeigt sei, dem Kriege, zu dem Frankreich sich offenbar durch Vergrößerung seiner Armee vorbereite, mit sofortigem Angriff zuvorzukommen. Selbst wenn diese Artikel, wie es den Anschein hat, von Bismarck veranlaßt waren, so enthielten sie doch nur eine akademische Betrachtung, die in Paris höchstens als Warnung verstanden werden konnte und auch wohl so gemeint war. Sie enthielten zudem für die französischen Staatsmänner nichts Neues, denn Bismarck hatte zu Vertretern Frankreichs seit 1871 wiederholt so gesprochen. Neu war nur, daß es jetzt auch durch den Lautsprecher der Presse geschah. Wenn nun Zeitungsartikel schon eine Bedrohung wären, hätten Preußen und Deutschland angesichts dessen, was in Pariser Zeitungen stand, zwischen 1866 und

1870 und auch später noch manches Jahr keinen ruhigen Tag haben können. An eine wirkliche Bedrohung ihres Landes haben die französischen Staatsmänner im Jahre 1875 auch nicht geglaubt, aber sie waren geschickt genug, den nicht sehr glücklichen publizistischen Wink an den Höfen von Petersburg und London zum Ausgangspunkt einer Intrige zu machen, die Deutschland als mutwilligen Störer des europäischen Friedens und die beiden neutralen Mächte als Schutzengel des unschuldigen Frankreich erscheinen ließ. Daß Bismarck damals nicht im entferntesten an Krieg gedacht hat, ist erwiesen, und die Ränke, mit denen der französische Minister gearbeitet hat, um seinen Zweck zu erreichen, sind von dem Geschichtschreiber des modernen Frankreich, Gabriel Hanotaux, offen dargestellt worden. Trotz allem gehört der geplante Überfall von 1875 zum eisernen Bestand der Beschuldigungen, die von französischen Politikern und Schriftstellern immer wieder gegen Deutschland erhoben werden. Es ist einer der Fälle, die einem den Zweifel erwecken können, ob wissenschaftliche Erkenntnis imstande sei, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

Die Wahrheit ist, wie überall, einfach. Weder hat Bismarck daran gedacht, Frankreich mit Krieg zuvorzukommen, noch hat er es diplomatisch dauernd isolieren wollen. Seine Politik war nach 1870 genau dieselbe wie vor diesem Jahr. Er rechnete mit der Möglichkeit eines französischen Angriffs, einer Möglichkeit, die sehr greifbar wurde, seit Frankreich zur allgemeinen Wehrpflicht nach preußischem Muster übergegangen war; aber er hoffte, ihn zu vermeiden und mit der Zeit zu dauernder Verständigung und womöglich zu festem Bündnis mit dem Nachbar zu kommen. Darum sorgte er dafür, daß Deutschlands Rüstung der französischen überlegen bleibe. Richtschnur war ihm der Ausspruch Moltkes (1874): „Was wir in einem halben Jahr mit den Waffen errungen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen, damit es uns nicht wieder entrissen werde.“ Aber gleichzeitig bemühte er sich um möglichst gute Beziehungen und vermied alles, was Frankreich in der Verfolgung seiner Interessen stö-

ren konnte, ja, er unterstützte es, wo er vermochte. In diesem Bestreben konnte die Befestigung der Republik in Frankreich ihn nur ermutigen. Die Männer, die seit 1877 nacheinander an die Spitze der französischen Regierung gelangten, schienen seine Absichten zu verstehen und auf sie eingehen zu wollen, und so bildete sich ein Verhältnis, das mehr als korrekt, das freundschaftlich, fast vertraulich genannt werden darf. Es gab Zeiten, in denen kein anderes Land außer Österreich-Ungarn dem Deutschen Reich politisch so nahe stand wie Frankreich.

Dabei befanden sich beide Teile gut. Deutschland genoß alle Vorteile eines dauernden Friedens, es konnte durch das Bündnis mit Österreich das Werk der Reichsgründung ergänzen; Frankreich aber blieb in seiner inneren Entwicklung ebenso ungestört wie im Ausbau seines Kolonialreichs. Es sind die Jahre, wo Tunis (1881), der Sudan, der Kongo, Madagaskar und Indochina (bis 1885) erworben werden. Bismarck hätte es nicht schwer gehabt, die Befestigung der republikanischen Staatsform zu hindern. Die Bonapartes bemühten sich um seine Unterstützung, sie waren bereit, sie durch ein Bündnis mit Deutschland zu erkaufen. Noch leichter wäre es gewesen, die Eroberungen in Afrika und Ostasien zu durchkreuzen. Bismarck hat das Gegenteil getan, er hat sie erleichtert. Seine Absicht war, den Franzosen zu beweisen, daß die Gründung des Deutschen Reichs für sie keine Bedrohung sei, und sie für den Verlust von Elsaß und Lothringen in jeder andern Richtung zu entschädigen. Nicht nur durch koloniale Erwerbungen; er war bereit, der französischen Nation „die Stellung einer zivilisatorischen Vormacht in der romanischen Welt sowohl wie außerhalb Europas“ und insbesondere die Vorherrschaft im Mittelmeer einzuräumen. Er hoffte, man werde in Frankreich am Ende doch zu der Einsicht gelangen, daß „ein befreundetes Deutsches Reich mit 45 Millionen Einwohnern nützlicher“ sei und mehr zu bedeuten habe „als eine Million Elsaß-Lothringer“.

Wie immer, wenn er große Gedanken verfolgte, hat Bismarck auch in diesem Fall die Künste der Heimlichkeit ver-

schmäht. In den Berichten des französischen Botschafters spiegelt sich durchaus das gleiche Bild seiner Politik, wie es die deutschen Geheimakten zeigen. Mit vollendeter Offenheit hat er zu den Franzosen gesprochen: von der Genugtuung, die ihre Eigenliebe fordern dürfe, von seinem Bestreben, ihnen Unterpfänder zu geben, von seinem Wunsch, so weit zu kommen, daß sie Sedan vergäßen, wie sie Waterloo vergessen hätten. Der deutsche Botschafter in Paris wird angewiesen, ihnen zu sagen: „Nur auf deutsche Eroberungen braucht Frankreich zu verzichten, um uns befreundet zu bleiben." Dasselbe hört der französische Vertreter in Berlin von Bismarck selbst: „Verzichten Sie auf die rheinische Frage, so werde ich Ihnen helfen, an allen andern Punkten die Entschädigungen zu erlangen, die Sie wünschen können!"

Die Annäherung an Frankreich bildet einen Teil des großartigen Gesamtplanes, den Bismarck damals verfolgte und der wohl sein Lieblingsgedanke gewesen ist: Zusammenschluß Deutschlands, Englands und Frankreichs, ergänzt durch das deutsch-österreichische Bündnis, als geschlossene Front gegen Rußland. Auf dem Berliner Kongreß hatte sie sich zu bilden begonnen, die Festsetzung Frankreichs in Tunis und Englands in Ägypten waren ihre ersten Früchte. Daß Bismarck diese Erwerbungen begünstigt habe mit dem Hintergedanken, die beiden Westmächte dauernd zu entzweien, wie man oft behauptet hat, ist nachweislich falsch. Im Gegenteil, er wünschte die Gemeinsamkeit zwischen ihnen durch ihre gleichzeitige Ausbreitung im Mittelmeer zu fördern und war enttäuscht, als dieser Plan, der unter dem Ministerium Lord Beaconsfields so aussichtsreich erschienen war, nach dessen Sturz und unter den ungeschickten Händen liberaler Minister fehlzuschlagen begann. Als sich gleichzeitig auch zwischen Deutschland und England Reibungen einstellten, griff er auf den Gedanken zurück, den ihm Napoleon III. 1857 entwickelt hatte, und setzte ihn den Franzosen lebhaft auseinander: den veralteten Begriff des europäischen Gleichgewichts zu ersetzen durch ein Gleichgewicht auf dem Meere, in dem Frankreich an der Spitze der kleineren Kriegsflotten

die Führung haben und dessen Kern ein deutsch-französisches Bündnis bilden solle, nicht um England zu bekämpfen, aber um ein Gegengewicht gegen seine Alleinherrschaft zu Wasser zu schaffen, kraft deren es glaube, den Interessen anderer keine Rücksicht zu schulden.

Daß diese Politik vollkommen ehrlich und offen war, bezeugt der französische Botschafter, dem Bismarck in den ersten Tagen des Jahres 1879 die amtliche Erklärung abgab — er war bereit, sie auf Wunsch schriftlich zu wiederholen —, er lege den größten Wert auf gute Beziehungen zwischen Frankreich und England als eine der besten Voraussetzungen des europäischen Friedens. Anderthalb Jahre später, zu der Zeit, als Frankreich nach Tunis ging, nimmt derselbe Diplomat, Graf St. Vallier, sich die Mühe, in einem langen Bericht die Vorurteile und den Argwohn derer zu widerlegen, die Bismarck nicht kennen und ihm darum „machiavellische" Ränke zuschreiben, als ob er darauf ausgehe, Frankreich aus Feindseligkeit oder Rachsucht Fallen zu stellen. So kleinlich sei Bismarck nicht; er handle lediglich im deutschen Interesse, wenn er gegen Frankreich zuvorkommend sei. Der Franzose hat Bismarck richtig verstanden, wie auch der englische Botschafter Odo Russell bestätigt, der im Januar 1883 meldet, Bismarck wünsche die „Allianz" zwischen England und Frankreich und zugleich intime Beziehungen zwischen England und Deutschland. Bismarck selbst aber hat noch 1884, als sein Verhältnis zu England nicht mehr das beste war, seinem Sohn die Weisung gegeben: „Wir haben mit Frankreich das gleiche Interesse, daß ein Bruch mit England und namentlich ein Krieg mit England verhütet werde. Ein französisch-englischer Krieg würde für uns, auch wenn wir unbeteiligt blieben, eine ähnliche Kalamität sein wie ein russisch-österreichischer."

Die Art der deutsch-französischen Beziehungen in diesen Jahren tritt ins hellste Licht, wenn man sieht, mit wie weitgehender Offenheit Bismarck die französischen Botschafter ins Vertrauen zieht. Er hat sie gelegentlich so tief in seine Karten blicken lassen wie kaum einen andern Ausländer.

Über seine Politik gegenüber Rußland und Österreich hat er in der Krisis des Sommers 1879 dem Grafen St. Vallier vollen Aufschluß gegeben und ihn in den Plan des Bündnisses mit Österreich-Ungarn schon Ende Juni, ein Vierteljahr bevor es geschlossen wurde, eingeweiht. Noch weiter ging er 1885 gegenüber dem Baron Courcel, als eine ernste Erkrankung des alten Kaisers einen Regierungswechsel in Aussicht stellte. Er warnte den Franzosen geradezu vor der ausgesprochen englischen Richtung, die der neue Herrscher einschlagen werde und auf die Frankreich sich beizeiten einrichten solle. Auch das Bündnis mit Italien, das Bismarck 1882 schloß, widerspricht seiner franzosenfreundlichen Politik nur scheinbar. Es bezog sich lediglich auf den Fall eines französischen Angriffs und hatte in der Hauptsache den Zweck, Österreich bei Verwicklungen mit Rußland vor einem italienischen Angriff zu schützen. Erst bei seiner Erneuerung 1887 erhielt es eine Spitze gegen Frankreich; inzwischen aber hatten die Verhältnisse sich vollständig geändert.

Will man Bismarcks Haltung gegenüber Frankreich in diesen Jahren richtig kennzeichnen, so gibt es nur einen Ausdruck: er hat um Frankreich geworben.

Auf der Gegenseite ist das verstanden worden, und es gab Augenblicke, wo man meinen konnte, es werde auch erwidert. Graf St. Vallier ließ schon in den Anfängen seiner Berliner Wirksamkeit einmal das Wort fallen, er spreche nicht von Bündnis, denn das wäre nach seiner Ansicht — er brauchte den deutschen Ausdruck — „verfrüht". Wie er sich bemühte, Bismarck gegen den Verdacht hinterhaltiger Absichten in Schutz zu nehmen, haben wir schon gesehen. Er hat es mehr als einmal getan. Sein Nachfolger, Baron Courcel, sah die Dinge ähnlich an. Ein Bewunderer der staatsmännischen Meisterschaft des deutschen Kanzlers, bezeugte auch er dessen ehrlichen Willen. „Er will uns an seiner Seite haben und tut sein Möglichstes, uns zu beweisen, daß er ein guter Kamerad ist." Courcel war auch einsichtig genug, zu erkennen, und ehrlich genug, in einem Bericht, der gekannt zu werden verdient, auszusprechen, daß der Krieg niemals das Ziel Deutschlands

sei: „Es hält sich stets zu ihm bereit, aber es liebt ihn nicht und nimmt ihn nur auf sich, wenn er ihm als notwendig hingestellt wird. Diese in ihrem Wesen militärische und disziplinierte Nation ist gar nicht kriegerisch. Ziemlich gleichgültig gegen den Ruhm, hat sie eine Vorliebe für greifbare Dinge, und wenn sie diese ohne Blutvergießen bekommen kann, zieht sie den friedlichen Erfolg allem Schlachtenruhm bei weitem vor."

Die Botschafter in Berlin standen mit ihrer Auffassung nicht allein, andere gingen wohl noch weiter. Sämtliche Minister, die Frankreichs Außenpolitik zwischen 1877 und 1885 geleitet haben, haben sich beeifert, ihre freundnachbarliche Gesinnung zu betonen, gelegentlich auch ihre Dankbarkeit für die erfahrene Unterstützung auszusprechen. Als Herbert Bismarck im Herbst 1884 in Paris verhandelte, bekannten sich die Politiker, mit denen er zusammenkam, alle sehr entschieden als Anhänger des Einvernehmens mit Deutschland. Es sei Zeit, daß der Alpdruck für Deutschland und Frankreich ein Ende nehme. Der Ministerpräsident Jules Ferry erklärte: „Ich weiß, daß Fürst Bismarck uns stets ehrlich und wohlwollend behandelt hat, und ich habe auch jetzt das vollste Vertrauen zur deutschen Politik." Es fanden sich sogar Stimmen, die dafür eintraten, daß Frankreich die Vergangenheit vergessen und das Bündnis mit Deutschland schließen solle. Der Kriegsminister im Kabinett Ferry, General Campenon, behauptete dafür zu arbeiten, denn, „das würde", meinte er, „Frankreich mit einem Schlage seine frühere Weltstellung wiedergeben. Frankreich und Deutschland vereint würden die Welt beherrschen." Ähnlich äußerte sich Camille Barrère, der später eine so hervorragende Rolle gespielt hat, damals Gesandter in Kairo: es werde wohl noch geraume Zeit dauern, bis das Bündnis geschlossen sei, das stärkste auf der Welt und das beste für die gesamte Welt; aber man sei auf dem Wege dazu. Alle urteilsfähigen französischen Staatsmänner, behauptete er, dächten ebenso. Sogar Gambetta, der doch 1870 den Volkskrieg entfacht und geleitet, der unmittelbar nach dem Friedensschluß die Losung ausgegeben hatte:

„Immer daran denken, nie davon sprechen“, dessen ganze öffentliche Wirksamkeit um diesen Gedanken kreiste, der Bismarck das „Scheusal“ nannte und in ihm seinen einzigen wirklichen Gegner sah — sogar Gambetta muß einige Zeit mit dem Plan einer Annäherung gespielt haben. Schon 1877 wurde sein Besuch in Varzin erwartet, 1879 ließ er nochmals wegen einer Begegnung bei Bismarck anfragen, der sehr entgegenkommend antwortete, und im Sommer 1881, als er selbst auf deutschem Boden weilte, trug er sich mit der gleichen Absicht. Warum sie stets unausgeführt blieb, ist nicht ganz klar. Es scheint, daß Rücksichten der inneren Politik den ehemaligen Kriegstribunen abhielten. Er wird gefühlt haben, daß im Kampf der Parteien in Frankreich die kriegerische Losung die zugkräftigere sei, und anstatt sich mit Bismarck auszusprechen, hielt er am 6. August 1881 die berühmte Rede, in der er von der „immanenten Gerechtigkeit“ der Geschichte sprach.

Inwieweit die französischen Staatsmänner an das glaubten, was sie sagten, wenn sie von Verständigung und Bündnis sprachen, wird niemals festzustellen sein. Zu größtem Mißtrauen ist man jedenfalls berechtigt, wenn man die Vorbehalte liest, die sie im stillen und untereinander machten. Man ist erstaunt, sogar den Botschafter Courcel, der doch die friedliebende Natur des deutschen Volkes so richtig erkannt hatte, der im Herbst 1884 sich so erfreut über den Abschluß eines deutsch-französischen Einvernehmens aussprach — wenn man denselben Herrn schon zwei Monate später an Ferry schreiben sieht: „Sollten wir Bismarcks Wunsch erhören, Sedan zu verzeihen, wie wir Waterloo verziehen haben, so könnte vielleicht ein Nachfolger Bismarcks sagen: Ich wünsche, daß ihr mir eine weitere Niederlage und Verstümmelung verzeiht, wie eure Väter Sedan verziehen haben!“ Eine ärgere Verkennung der Möglichkeiten und Grenzen deutscher Politik ist nicht denkbar. Was in aller Welt hatte Deutschland von Frankreich zu begehren, wenn ihm Elsaß-Lothringen gelassen wurde Deutschland, das schon diese Eroberung nur widerstrebend, lediglich um der eigenen Sicherheit willen vollzogen hatte und,

damit — nach Bismarcks Ansicht — vielleicht zu weit gegangen war? Wenn der Botschafter, der in stetem Verkehr mit Bismarck die beste Gelegenheit hatte, sich ein richtiges Urteil zu bilden, so weit abirrte, so wird man annehmen müssen, daß die andern französischen Staatsmänner, die von Versicherungen guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Beziehungen überflossen, im Herzen ebensowenig daran gedacht haben, das Geschehene als endgültig anzuerkennen und die vollendeten Tatsachen von 1815 und 1871 hinzunehmen. Wenn einmal der Schriftwechsel zwischen der französischen Regierung und ihren Botschaftern vollständig bekannt sein wird, so wird man darüber urteilen können. Einstweilen spricht alles dafür, daß die halbamtliche Darstellung recht hat, die behauptet, keiner der französischen Außenminister bis 1885 habe die deutsch-französische Verständigung anders aufgefaßt als Courcel, der einmal als sein Programm die Sätze hinstellt: Die Gegenwart friedlich gestalten, die Zukunft offen halten und die elsässische Frage nie berühren, weil man auf diesem Boden niemals einig werden könnte!

*

Gegen Ende 1884 schienen die Beziehungen enger als je. Aber noch war kein Jahr vergangen, da war es aus damit.

Daß nach französischer Ansicht Bismarck hieran schuld sein muß, versteht sich von selbst; daß das Gegenteil richtig ist, ergibt sich aus den Tatsachen. In der Vorgeschichte des Weltkriegs, die der französische Senat im Jahre 1919 hat anfertigen lassen, gibt der Verfasser, Georges Pagès, sich alle erdenkliche Mühe, Deutschland als den Störenfried hinzustellen, der die Fortdauer des Einverständnisses unmöglich gemacht habe. Eine Kette von Kränkungen und Herausforderungen für Frankreich soll das Jahrzehnt von 1875 bis 1885 gewesen sein. Worin bestanden sie? In nicht näher bezeichneten Zeitungsartikeln bei Annahme des deutschen Heeresgesetzes 1880 und beim Abschluß des Dreibunds 1883 (die französische Regierung hat davon offenbar nichts gemerkt,

da sie gerade damals in besten Beziehungen zu Deutschland stand; von der französischen Presse dieser Jahre scheint der Verfasser nichts zu wissen). Sodann in den großen Manövern, die im Elsaß 1883 in Anwesenheit des Königs von Spanien und eines türkischen Feldmarschalls abgehalten wurden (daß der König auf der Rückreise in Paris öffentliche Beleidigungen deswegen erfuhr, spielt natürlich keine Rolle). Ferner in der Enthüllung des Denkmals im Niederwald (wie steht es mit dem umflorten Standbild von Straßburg auf einem öffentlichen Platz in Paris?). Schließlich bringt Pagès es fertig, sogar die Rede Gambettas mit der Losung der Rache unter den feindseligen Handlungen Deutschlands aufzuzählen. Wer nicht gänzlich vom Vorurteil geblendet ist, wird einsehen, daß ein Urteil falsch sein muß, das nur mit solchen Beweismitteln gestützt werden kann. Andere stehen nicht zur Verfügung.

Die Wahrheit ist, daß im Laufe des Jahres 1885 eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs sich vollzog. Die wachsende Spannung in den Beziehungen zu England, die sich hauptsächlich aus der ägyptischen Frage entwickelte, hatte das Land vor die Wahl gestellt, entweder noch engere Anlehnung an Deutschland zu suchen oder in der kolonialen Ausbreitung innezuhalten. Man wählte das Zweite.

Volkstümlich war der Gedanke der ehrlichen Aussöhnung mit Deutschland niemals gewesen. Im stillen mag er wohl mehr Freunde gehabt haben, als es den Anschein hatte, laut äußern durfte man ihn auch in den Zeiten nicht, wo die Regierung mit Deutschland ging. In der Öffentlichkeit herrschte unerbittlich die Losung der „Revanche“. Um sie ganz zu verstehen, müßte man wohl Franzose sein. Wie oft haben andere Staaten Kriege verloren und Provinzen aufgegeben, ohne dadurch sich in ihrer Ehre verletzt zu fühlen! Was an einer Stelle eingebüßt ist, kann an einer andern mit Zinsen eingebracht werden. Keinem Vernünftigen ist es eingefallen, das englische Volk für ehrvergessen zu halten, weil es seine verlorenen Kolonien in Nordamerika aufgegeben hat. Dreißig Jahre nach dem unglücklichen Kriege ist es mächtiger

gewesen als je, hat es die Vormacht in der ganzen Welt errungen. Italien hat seine Einheit erlangt, indem es alten Besitz opferte, Deutschland die seine unter Verzicht auf Millionen deutscher Volksgenossen. Für Frankreich allein gilt ein Krieg als entehrend, wenn er mit einem Gebietsverlust endet, es kennt weder Verzicht noch Entschädigung, es kennt nur das Gesetz der „Revanche“. Sie war nach 1870 nichts Neues. Bis 1866 hatte die bald lärmende, bald stille Losung gelautet „Revanche für 1815“, nach 1866 hieß sie „Revanche für Sadowa“. Hier verrät sich, was der innerste Kern des Gedankens ist. 1866 hatte Frankreich nicht einen Fußbreit und nicht eine Seele verloren, es hatte am Kriege gar nicht teilgenommen, und doch kochte das Land vor „Revanche“-lust. Es hatte seine Vormachtstellung eingebüßt und wollte sie wiederhaben. Nach 1870 war es nicht anders. Vor der Öffentlichkeit sprach man von der Ehrenpflicht, die unterjochten Provinzen zu befreien, die französisch sein und bleiben wollten; im stillen dachten die Wissenden an mehr: Wiedereroberung der gebietenden Stellung auf dem Festland Europas, in der man das Vermächtnis der eigenen Vergangenheit sah. Dafür gab es keinen Ersatz, es gab nur — die „Revanche“.

Damit ist gesagt, daß das Verlangen einzig durch Krieg gestillt werden konnte. Rückgabe abgetretener Provinzen kann auch im Frieden erreicht werden, Umkehrung bestehender Machtverhältnisse ist nur mit den Waffen zu erzwingen. In diesem Fall bedeutete das die Vernichtung des Deutschen Reiches als Großmacht.

Die Geschichte der „Revanche“ nach 1870 ist noch nicht geschrieben und wird vermutlich nie geschrieben werden. Ein Fremder kann sie nicht schreiben, und ein Franzose wird es nicht tun. Daß Gambetta ihr Vater ist, berührten wir schon, nach seinem Tode übernahm die Führung der als Redner und Dichter hochbegabte Paul Déroulède mit dem „Patriotenbund“ (1882), einer Nachahmung des deutschen „Tugendbundes“ aus der Zeit der Franzosenherrschaft. Der Bund, der schon mit seinem Namen andeutete, daß zwischen Patriotismus und „Revanche“ kein Unterschied bestehe, hatte

sich ganz offen die Eroberung Elsaß-Lothringens zum Ziele gesetzt und arbeitete dafür mit einem Feuereifer und einer Regsamkeit, die ihresgleichen suchen. Wie stark er wirklich war, ist schwer festzustellen. Ziffern beweisen da nicht viel, sie zeigen nur, welche Anstrengungen gemacht wurden. Auch die 3 Millionen Franken, die der Bund in 4 Jahren ausgab, die 300 Vorträge, die er halten ließ, die 300 000 Schriften, 100 000 Denkmünzen und 10 000 Bilder, die er verteilte, und die 800 000 Mitglieder, die er damit warb, geben noch keinen Maßstab für die Tiefe der Bewegung. Der Lärm, den eine Gruppe verübt, ist keine Probe ihrer Kraft. Was die „Revanche" im politischen Leben wirklich bedeute, hing davon ab, was sie erreichte. Gleichviel, ob sie den Willen der Mehrheit ausdrückte oder nicht: wenn es ihr gelang, die Politik der Regierung sich zu unterwerfen, so war sie Frankreich.

Es ist ihr gelungen. Seit drei Jahren liefen die Kreise des „Patriotenbundes" Sturm gegen die deutschfreundliche Richtung der Regierung, 1885 brachte ihnen den Sieg. Nicht mit einem Schlage vollzog sich die Wendung. Das erste Zeichen war, daß am 30. März das Ministerium Ferry wegen eines belanglosen Mißerfolgs in Tonkin durch einen künstlich erregten Volksauflauf unter dem Geschrei „Nieder mit dem Preußen!" gestürzt wurde. Vorsichtig wurde die neue Richtung angedeutet in einer Erklärung Freycinets im Oktober des Jahres: „Frankreich müsse seine Kräfte auf den Kontinent versammeln." Deutlicher sprach er im Januar 1886 von der Liebe der Nation zu „einem Frieden, der ihrer Würde keinen Eintrag tut und ihr nicht das Opfer eines ihrer Rechte kostet". Ohne einen Zwischenfall hervorzurufen, konnte nicht deutlicher gesagt werden, daß das Ziel der französischen Politik die Aufhebung des Frankfurter Friedens sei. Hatten die bisherigen Regierungen immer geschwankt, wie weit sie in der Anlehnung an Deutschland gehen sollten, so hörte das jetzt auf. Die Auffassung war durchgedrungen, der Edmond About im Herbst 1884 Ausdruck gegeben hatte: „Welche Vorteile immer uns eines Tages raten könnten, das deutsche

Bündnis zu suchen oder anzunehmen, wir können es nicht! Die Geschichte würde uns geißeln als ein Volk von Tröpfen (*pleutres*) ... Welchen Köder man uns auch hinhalten mag, ob man uns sogar eines schönen Tages die verführerische Gelegenheit böte, den Engländern den hundertsten Teil dessen heimzuzahlen, was sie uns Übles getan haben, nehmen wir nichts an, um nichts versprechen zu müssen!“

So war es denn aus mit der deutsch-französischen Verständigung. Es kamen die glänzenden Tage des „Patriotenbundes“. Seine schönste Blüte stellt General Boulanger dar. Weil man in ihm den Feldherrn und Sieger im demnächstigen Kriege sah, den „General Revanche“, wie er in einem Volkslied hieß, konnte er, der nichts weiter besaß als eine eindrucksvolle Erscheinung und den Ruf eines fürsorglichen Soldatenvaters, „dieser General aus dem Tingeltangel“, wie Ferry, „dieses Vieh von einem Demagogengeneral“, wie der Präsident Grévy ihn nannte, in kurzem der Held des Volkes werden und Frankreich zweimal dicht an den Rand des Krieges führen.

Von dem Zustand, der in jenen Jahren in Frankreich herrschte, kann man sich aus der Ferne kaum mehr eine richtige Vorstellung machen. Man muß die Zeit erlebt haben, als es für Deutsche gefährlich war, in Frankreich erkannt zu werden, als der Präsident der Republik dem deutschen Botschafter für sein Fernbleiben von einer Parade dankte und man jeden Morgen die Zeitung in der Erwartung eines neuen Falles französischer Deutschenhetze aufschlug. Herbert Bismarck trug nach seiner Art die Farben dick auf, hatte aber im Grunde nicht unrecht, wenn er dem französischen Botschafter ins Gesicht sagte, Frankreich sei das ungastlichste aller zivilisierten Länder, und ein Deutscher sei dort weniger sicher als in Afrika und auf den Südseeinseln. „Vielleicht“, meinte er ironisch, „werden wir uns schließlich vertragen, wenn eines Tages eine chinesische Mauer unsere ganze Grenze schützt.“ Auch der russische Diplomat Fürst Lobanow, der in Frankreich wie zu Hause war, urteilte damals, das einzige Gefühl, das die Menschen dort noch zu entflammen vermöge, sei der Rachedurst gegen Deutschland.

Niemals hätte die französische öffentliche Meinung sich so weit gehen lassen, hätte sich nicht in eben jenen Jahren eine Aussicht eröffnet, die allerdings, wenn sie zur Wirklichkeit wurde, alles in anderm Lichte erscheinen ließ. Durch die Verbindung mit Österreich-Ungarn war das Deutsche Reich zu seinem östlichen Nachbar in einen Gegensatz geraten, den zu beseitigen schließlich keine Diplomatie mehr vermochte. Was das für Frankreich bedeutete, wenn es die Rache von 1870 sich zur Losung nahm, liegt auf der Hand. Die Zeiten der Vereinsamung waren vorbei, wenn man wollte. Man hat sich in Paris nicht sofort entschlossen, die Gelegenheit zu benutzen. Zwischen der Republik und dem Zaren bestand eine Kluft, in den Augen mancher Franzosen waren die Gegensätze zu groß, Gegensätze der Staatsform, der gesamten staatlichen Weltanschauung, aber auch bestimmter Interessen in der Orientalischen Frage. Noch 1879 war ein russischer Fühler in Paris unerwidert geblieben, und solange Präsident Grévy an der Spitze des Staates stand, der unmittelbar nach dem Kriege den jungen Elsässern, die ihn aufsuchten, geraten hatte, alle Hoffnung aufzugeben und die Vergangenheit zu vergessen, gab es wohl geräuschvolle Kundgebungen, aber keine Annäherung zwischen den Regierungen. Erst Grévys Sturz (1887) machte die Bahn dafür frei. An die Stelle der früher so sorgsam gepflegten Beziehungen zum Deutschen Reich trat jetzt das Werben um das russische Bündnis. Dabei ließ man von Anfang an das volle Orchester der öffentlichen Meinung spielen. Die Schwärmerei für Rußland und Russisches, am meisten für russische Uniformen, wurde zur Mode erhoben und den Russen in einer Weise geschmeichelt, daß es, wie Fürst Lobanow sagte, ordentlich widerwärtig anzusehen war. Ermutigungen von der Gegenseite blieben nicht aus, und hüben wie drüben entstand eine Stimmung, die sich bald nicht nur in vorlauten Tischreden von Generälen und jugendlichen Großfürsten äußerte. Schon 1888 konnte der russische Botschafter in Berlin zu seinem französischen Kollegen bemerken: „Damit unsere Völker sich vereinigen, bedarf es keines förmlichen Bünd-

nisses. Am Tage der Gefahr wird jedes von ihnen schon wissen, wo es seine Freunde findet.“ Es war erreicht, was Gambetta schon heimlich gehofft hatte, und der Tag schien nahe, wo man — nach seinem Ausspruch — „den Deutschen die Kosaken und Tataren in den Rücken hetzen werde“. Zu gleicher Zeit knüpften sich die finanziellen Bande, die Frankreich an Rußland mit den Jahren immer fester ketten sollten. Seit 1887 wurde die Pariser Bankwelt der Brunnen, aus dem Rußland immer neuen Goldregen pumpen durfte, um seine Volkswirtschaft, aber auch seine Rüstung zu entwickeln. Die feindlichen Nachbarn Deutschlands hatten sich gefunden.

Bismarck hat aus der veränderten Lage die Folgerungen sogleich gezogen. Der Sieg der „Revanche“politik, der im Herbst 1885 in den Parlamentswahlen und andern Tatsachen unverkennbar hervortrat, überzeugte ihn, daß Frankreich nicht zu gewinnen sei. „Fünfzehn Jahre freundlichen Entgegenkommens auf jedem Gebiet der Politik mit alleiniger Ausnahme des Elsaß“ waren umsonst gewesen — „verlorne Liebesmüh“, sagte später Herbert Bismarck; sie hatten schließlich nur die „Revanche“ ermutigt. Seitdem war der Gedanke der Verständigung zurückgestellt, auf deutsche Unterstützung konnte Frankreich nicht mehr rechnen. Als es sich wieder einmal in der ägyptischen Frage darum bemühte, erfuhr es eine kalte Abweisung. Der Pariser Weltausstellung von 1889 blieb Deutschland trotz dringender Bitten fern.

Zu größter Wachsamkeit nötigte vollends die beginnende russisch-französische Annäherung. Überrascht hat sie Bismarck gewiß nicht, der schon dreißig Jahre früher das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich das natürlichste von der Welt genannt hatte. Zu Baron Courcel soll er einmal geäußert haben, beim ersten Anzeichen einer solchen Verbindung würde er Frankreich den Krieg erklären. Das kann nur eine Drohung gewesen sein, die abschrecken sollte. Im Frühjahr 1887 wäre Anlaß gewesen, sie wahrzumachen. Von Osten, aus der bulgarischen Frage, stieg die Gefahr herauf, und niemand konnte im Zweifel sein, daß Frankreich, wo gerade

Boulanger am Ruder war, die Gelegenheit zur Erfüllung der „Revanche" benutzen würde. Ob der Friede erhalten blieb, hing von Bismarck ab, und er scheint einen Augenblick geschwankt zu haben. Die militärischen Aussichten einer blutigen Abrechnung lagen damals für Deutschland günstiger als früher oder später. Mußte es zum Kriege kommen, so war dies der geeignetste Augenblick. Aber wie vor zwanzig Jahren in der Luxemburger Frage entschied Bismarck sich auch jetzt für den Frieden. Was ihn dazu bewog, wird kaum jemals mit voller Sicherheit zu erfahren sein. Der Gründe können viele gewesen sein. Keinesfalls aber bezogen sich die Erwägungen des Für und Wider auf Frankreich. Daß dieses nicht würde angegriffen werden, stand unbedingt fest, weil für das Deutsche Reich im Westen jedes Kriegsziel fehlte. Darüber hat Bismarck sich wiederholt und deutlich ausgesprochen. Eroberungen gab es dort nicht zu machen, und den Gegner zu vernichten war unmöglich. Deutschland hatte sogar, wie Bismarck in einer seiner lichtvollsten Äußerungen ausführte, ein Interesse daran, daß Frankreich als Großmacht erhalten bleibe, um gegebenenfalls als Gegengewicht gegen England zu dienen. Kam es trotzdem durch französischen Angriff zum Kriege, und siegte Deutschland, so gedachte Bismarck den geschlagenen Gegner ebenso schonend zu behandeln wie 1866 Österreich. Die furchtbare Drohung, die er im Reichstag aussprach, der nächste Krieg werde von beiden Seiten bis zum Weißbluten geführt werden, drückte seine wahre Meinung nicht aus. Er hatte die Wendung, wie er ausdrücklich gesteht, nur gebraucht, um vom Kriege abzuschrecken.

Vom Standpunkt unserer Tage aus möchte man bedauern, daß es damals nicht zum Krieg gekommen ist; er hätte nach menschlichem Ermessen der letzte deutsch-französische und die Einleitung zu bleibender Versöhnung werden können. Auch Bismarck würde seine Abneigung gegen den Vorbeugungskrieg am Ende wohl überwunden haben, hätte er ahnen können, daß er und auch sein Sohn, der Erbe seiner Staatsweisheit, der einzige, der seine letzten Gedanken

kannte, schon nach drei Jahren nicht mehr im Amte sein würden. Aber mit dem eigenen Sturz oder Tod rechnet kein Herrscher und kein Staatsmann so fest, daß er danach seine Entschlüsse einrichtete. Bismarck hatte seine Politik auf lange Sicht angelegt, und daß sie so bald verlassen werden könnte, zog er nicht in Betracht. Darum begnügte er sich, die förmliche Allianz zwischen Frankreich und Rußland einstweilen hintanzuhalten, indem er im vielberufenen „Vertrag mit doppeltem Boden" (18. Juni 1887) das Versprechen der russischen Neutralität bei einem französischen Angriff auf Deutschland durch Preisgabe von Bulgarien und Konstantinopel erkaufte. Mehr bedurfte es vorläufig nicht, da ein Krieg mit Frankreich nur entstehen konnte, wenn Frankreich angriff. Wie wenig damit — auch nach Bismarcks Ansicht — die Zukunft gesichert war, zeigt die gewaltig verstärkte Rüstung, die er dem Deutschen Reich durch das Wehrgesetz vom Februar 1888 geben ließ. Schon die Thronrede hatte die ernste Losung ausgegeben: „In der Verteidigung unserer Unabhängigkeit wollen wir mit Gottes Hilfe so stark werden, daß wir jeder Gefahr ruhig entgegensehen können." In der großen Rede vom 6. Februar unterstrich Bismarck diesen Gedanken: Deutschland muß unter Umständen stark genug sein, daß es auch gegenüber einer feindlichen Koalition jeder Eventualität mit Ruhe entgegensehen kann.

Die Worte beweisen, daß er selbst, wenn er auch die augenblickliche Lage möglichst günstig zu schildern suchte, die Gefahr doch nicht unterschätzte, in der Deutschland sich befand. Wer zwischen 1888 und 1871 einen Vergleich zog, konnte nicht leugnen, daß die äußere Lage des Reiches in diesen ersten siebzehn Jahren seines Bestehens schwieriger geworden war. Die Ursache lag ohne Zweifel hauptsächlich im Scheitern der Aussöhnung mit Frankreich. Aber Bismarck — wir sagten es schon — trieb Politik auf lange Sicht. Was im ersten halben Menschenalter mißlungen war, konnte im zweiten und dritten glücken. An diesem Glauben hielt er fest. Mitten in der Boulangerkrisis hat er die Worte niedergeschrieben: „Es ist sehr gut denkbar, daß unsere Beziehungen zu Frankreich

in kurzer Zeit noch intimer werden, als sie selbst zur Zeit des Herrn Ferry waren.“ Eben arbeitete er in aller Stille daran, mit England zu engerem Einvernehmen und womöglich zu festem Bündnis zu gelangen. Glückte das, so war Deutschland imstande, entweder ein feindliches Frankreich dauernd in Schach zu halten oder vielleicht das freundschaftliche Verhältnis zu beiden Westmächten wiederherzustellen, das zwischen 1878 und 1885 bestanden hatte. Für das weitere mußte die Zeit sorgen.

*

Die große Rede vom 6. Februar 1888 ist Bismarcks politischer Schwanengesang gewesen. Nur wenige Wochen über zwei Jahre vergingen, und er war ein Privatmann, der auf das Schicksal seines Landes keinen Einfluß hatte. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu zeigen, in wie kurzer Zeit die schwierige, aber doch auch aussichtsreiche Lage, die er hinterlassen, unter den Händen seiner Epigonen sich zum Schaden Deutschlands verschob. Die Caprivi und Marschall, Hohenlohe, Bülow und Holstein besaßen nichts von der Kunst des Meisters, den sie beerbten; ob sie seine Gedanken überhaupt verstanden, darf man bezweifeln. Darum verfehlten sie das Ziel auch da, wo sie seinen Spuren zu folgen glaubten.

Das betrifft in erster Linie das Verhältnis zu Frankreich. Noch fünfzehn weitere Jahre hat die deutsche Politik an dem Bestreben festgehalten, durch korrekte Haltung und handgreifliche Beweise wohlwollenden Entgegenkommens den Franzosen das Vergessen zu erleichtern und einer künftigen engeren Verbindung vorzuarbeiten. Insbesondere Kaiser Wilhelm II. ist dem Gedanken der Aussöhnung mit Frankreich mit einer ihm sonst fremden Folgerichtigkeit treugeblieben und hat ihm Ausdruck gegeben in Formen, die vielen mitunter zu weit gingen. Einsichtige Franzosen haben das anerkannt und, wie der zum Botschafter in Rom aufgestiegene Barrère noch im Frühjahr 1905 bezeugte, „mit Dank festgestellt, daß Deutschland, wenn auch nicht immer mit Wor-

ten, so doch stets mit Taten seine unbedingte Friedensliebe und seinen Willen, mit Frankreich im Frieden zu leben, bewiesen habe". Auch die halbamtliche französische Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges kann hier nicht umhin zuzugeben, daß Deutschland in der Zeit zwischen 1871 und 1904 zwar beständig sich zum Kriege bereitgehalten (hat die Gegenseite das etwa nicht getan?), aber nie an einen Angriff auf Frankreich, immer nur an Verteidigung gedacht hat.

Indes wie früher, so war auch jetzt alle Liebesmüh verloren. Wohl gab es in Frankreich Leute, die die Vorteile einer Verständigung mit Deutschland einsahen. Die Neigung dazu stieg, je mehr die weit ausgreifende französische Kolonialpolitik der 90er Jahre in Gegensatz zu England geriet. Als Frankreich im Herbst 1898 nach dem Zusammenstoß in Faschoda vor einer englischen Kriegsdrohung den Rückzug hatte antreten müssen, schien es fast, als sollte die wiedererwachte jahrhundertalte Erbfeindschaft gegen England über die junge „Revanche" gegen Deutschland siegen. Offen sprach man damals in Paris davon, 1870 und Elsaß-Lothringen hätten für die junge Generation nur noch geschichtliches Interesse, und früher oder später werde diese Frage verjährt sein. Delcassé, seit kurzem Minister des Äußern, erklärte sich gegenüber einem deutschen Unterredner sogar bereit, ein Abkommen mit Deutschland jeden Augenblick vor der Kammer zu vertreten; und der Botschafter in Berlin berichtete nach einem Gespräch mit dem Kaiser: „Es wäre nicht schwer zu einer Verständigung zu kommen, ohne daß unsere nationale Würde ein Haar dabei verlöre."

Zur Verständigung ist es gleichwohl niemals gekommen. Ob die deutsche Diplomatie dabei immer eine glückliche Hand bewiesen hat, brauchen wir nicht zu fragen. Die entscheidende Ursache, warum man sich nicht einmal so nahekam wie in den 80er Jahren, lag bei Frankreich: sein Bedürfnis nach Anlehnung an Deutschland war sehr viel geringer geworden, seit es an Rußland eine feste Stütze gewonnen hatte.

Die erste Handlung der Nachfolger Bismarcks war gewesen,

den Geheimvertrag mit Rußland, der dicht vor seiner Erneuerung stand, fallen zu lassen. Die Antwort war der Abschluß des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich (August 1891). Die Wirkung in der französischen Öffentlichkeit war ein jähes Aufflammen der „Revanche". Wer nur auf die Äußerungen der Volksstimmung hörte, die bei Flottenbesuchen und ähnlichen Verbrüderungsfesten laut wurde, der konnte meinen, man stehe unmittelbar vor dem Kriege. Einsichtige französische Politiker haben es wohl niemals so angesehen. Sie wußten, daß es nicht von Frankreich abhing, wann der ersehnte Augenblick der Tat eintrat, und sie konnten warten. Das besagte die Wendung, mit der man das Geschehene zu kennzeichnen liebte: Frankreich hat seinen Rang wieder eingenommen.

Die deutschen Staatsmänner, die es dazu hatten kommen lassen, haben die Tragweite des Ereignisses nicht erkannt, sie haben namentlich nicht gesehen, wie sehr dadurch ihrer Politik der Verständigung mit Frankreich der Boden entzogen war. Sie gefielen sich darin, das Bündnis der Nachbarn erst zu leugnen, dann für ungefährlich zu erklären. In militärischer Hinsicht mochte das richtig sein. Auch einem gleichzeitigen Angriff von Osten und Westen war das Deutsche Reich im Bunde mit Österreich und Italien einstweilen wohl gewachsen. Politisch aber war die Gefahr umso größer: Deutschland hatte die Freiheit der Bewegung verloren, es war an seine Bundesgenossen gefesselt und vom Wohlwollen Englands abhängig geworden. Alle Versuche, dieser Zwangslage durch Anschluß an den russisch-französischen Bund sich zu entwinden, waren angesichts des französischen Widerstands vergeblich. Nur mit Widerstreben ließ Frankreich es sich gefallen, im chinesisch-japanischen Kriege 1894 gemeinsam mit Deutschland und Rußland einzuschreiten. Ein Versuch, der von Rußland ausging, während des Burenkrieges (1899) eine gemeinsame Front zu dreien gegen England zu bilden, ebenso der von Spanien betriebene Zusammenschluß aller festländischen Mächte scheiterte an der Weigerung Frankreichs, den Besitzstand des Deutschen Reiches anzuerkennen. Sogar zu einer bloßen Höf-

lichkeit, wie der Teilnahme an der Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals (1895), entschloß sich die französische Regierung erst auf ausdrücklichen Wunsch des Zaren. Auch die Enttäuschung, die weiter Kreise mit der Zeit sich bemächtigte, als das russische Bündnis immer weniger die erhoffte Frucht zu tragen schien und der große Augenblick niemals kommen wollte, änderte nichts an der Stimmung gegen Deutschland. Noch im Jahre 1905 hat der französische Widerspruch den Zaren genötigt, von dem schon unterzeichneten Bündnis mit dem Deutschen Reich zurückzutreten. Oberster Grundsatz französischer Politik war und blieb, Deutschland als den Feind zu betrachten, mit dem man nur im Zustand des unbefristeten Waffenstillstands lebte.

Daß die Männer, die Deutschlands Geschicke lenkten, in dieser Lage es auf sich nahmen, auch die Beziehungen zu England aufs Spiel zu setzen, erscheint, je mehr man die Entwicklung im großen übersieht, umso unbegreiflicher. Wie und warum das Verhältnis zu England seit Mitte der 90er Jahre sich getrübt hatte, gehört ebensowenig in den Zusammenhang unserer Darstellung wie die Geschichte der verunglückten deutsch-englischen Bündnisversuche um die Wende des Jahrhunderts. Seitdem bestand zwischen England und dem Deutschen Reich eine Spannung, die sich zu offener Gegnerschaft entwickelte, je mehr die deutsche Kriegsflotte in den Augen der Engländer zu bedrohlicher Stärke heranwuchs.

Vom persönlichen Standpunkt hängt es ab, ob man es als Verdienst oder als Schuld der französischen Staatsmänner ansehen will, die verlockenden Vorteile, die diese Lage für Frankreich bot, in einer Weise ausgenutzt zu haben, die allerdings ihr Land durch eine ungeheure Blutlache an das Ziel seiner Wünsche geführt, Europa aber zugrunde gerichtet und aus der Herrschaft über den Erdball herabgestürzt hat.

8.

Am 8. April 1904 wurde zwischen England und Frankreich ein Vertrag unterzeichnet, der alle vorhandenen Streitpunkte begrub, Ägypten endgültig den Engländern und dafür Marokko den Franzosen überließ. Daß die Eroberung Marokkos zu den Zielen der französischen Politik gehöre, konnte man längst wissen. Sie sollte die Vollendung des nordafrikanischen Kolonialreiches bringen, das Prévost-Paradol schon 1868 in seinem Buche über „Das neue Frankreich" seinen Landsleuten als die große Aufgabe ihrer Zukunft gezeigt hatte. Ein französisches Marokko lag sozusagen in der Linie der natürlichen Entwicklung. Man kann auch nicht behaupten, daß Deutschland dadurch geschädigt wurde. Erst fünf Vierteljahre war es her, daß der Reichskanzler Bülow gegenüber dem französischen Botschafter jedes größere deutsche Interesse an Marokko geleugnet hatte. Deutschland hätte sich also sehr wohl damit einverstanden erklären können, daß dieses Land französisch wurde, und hätte das ohne Zweifel auch getan, wenn es sich nur um Marokko gehandelt hätte. In Wahrheit handelte es sich um den engen Anschluß Frankreichs an England mit der Front gegen das Deutsche Reich. So faßte es Delcassé auf, der nun schon sechs Jahre lang ununterbrochen die auswärtigen Geschäfte Frankreichs leitete, so auch Paul Cambon, der Botschafter in London, der den Vertrag zustande gebracht hatte. Ersatz für Rußland, dessen Bündnis enttäuscht hatte, sollte England bieten. Im Vertrauen auf den englischen Rückhalt glaubte man, das Deutsche Reich nicht mehr fürchten zu müssen. Schon die Art, wie der Marokkovertrag behandelt wurde, war eine kecke Herausforderung. Man hielt nicht einmal für nötig, ihn dem Deutschen Reich amtlich mitzuteilen, geschweige denn daß man mit ihm darüber verhandelt hätte. Dies zu verlangen, hatte das Reich ein Recht, da die marokkanischen Verhältnisse im

Jahre 1880 durch ein internationales Abkommen geregelt waren, an dem Deutschland teilgenommen hatte. Statt dessen ging auf Grund des mit England allein geschlossenen Vertrages die französische Vertretung daran, die Schutzherrschaft über Marokko in die Hand zu nehmen, ohne Rücksicht auf die vertragsmäßigen Rechte anderer.

Es war das erstemal seit seiner Gründung, daß dem Reich so etwas widerfuhr, und es sah aus wie ein Versuch, zu den Gewohnheiten zurückzukehren, die zwischen 1648 und 1866 geherrscht hatten, wo Deutschland in internationalen Angelegenheiten nicht mitzusprechen hatte. Das war auch die Absicht Delcassés. Zwei Jahre früher war es ihm gelungen, mit Italien einen Geheimvertrag zu schließen, der das Bündnis Deutschlands mit dieser Macht tatsächlich aufhob. Jetzt glaubte er, längst im Besitze des russischen Bündnisses und nun auch der Verständigung mit England, sich den Genuß gönnen zu dürfen, Deutschland seine Vereinsamung recht deutlich fühlen zu lassen. Dies ist die Bedeutung des marokkanischen Zwischenfalles, der 1905/06 die Welt in Spannung versetzte und den Ausgangspunkt des Weltkriegs bildet. Nicht daß Frankreich die Hand auf Marokko zu legen begann, sondern die Art, wie das geschah, unter geflissentlicher Übergehung des Deutschen Reiches, war der Keim des Konfliktes, der den Weltfrieden zerstört hat.

Daß Deutschland sich dagegen zur Wehr setzte, war gerechtfertigt und geboten; wie es geschah, wie die ganze Angelegenheit behandelt wurde, bildet eine solche Kette von Fehlern, daß auch der unternehmendste Anwalt auf Verteidigung verzichten muß. Begreiflich genug, wenn man weiß, daß unter den vielfach auseinanderstrebenden Kräften, deren stets wechselnde Diagonale die sogenannte Reichspolitik darstellte, die stärkste der persönliche Einfluß des krankhaft veranlagten, verantwortungsscheuen, aber grenzenlos herrschsüchtigen Holstein war. Die historische Schuld des Reichskanzlers Fürsten Bülow ist es, daß er sich von diesem seinem Vortragenden Rat in eine Abhängigkeit bringen ließ, die schon an Dienstbarkeit grenzte. Daß er bei dem Versuch, seine

Marokkopolitik vor dem Reichstag zu verteidigen, in Ohnmacht fiel, hatte einen tieferen Sinn. Sie ließ sich nicht verteidigen, sie hatte den pathologischen Stempel Holsteinschen Geistes getragen.

Das Deutsche Reich machte gleich zu Anfang den Fehler, sich vor aller Welt für die Unabhängigkeit Marokkos in nachdrücklichster Weise zu verbürgen. Der Kaiser selbst wurde genötigt — sehr gegen seinen Willen —, sich bei einem Besuch in Tanger gegenüber einem Vertreter des Sultans in diesem Sinne auszusprechen. Die Wirkung schien zunächst die beste zu sein. In Frankreich verbreitete sich Schrecken. Man fürchtete, am Vorabend eines Krieges zu stehen, in dem, wie man nur zu gut wußte, auch der Beistand Englands — auf Rußland, das durch Japan gefesselt war und einer Revolution entgegenging, war nicht zu zählen — keinen Schutz gegen das deutsche Landheer bot. Es stellte sich heraus, daß Delcassé seine herausfordernde Politik ganz eigenmächtig und im Gegensatz zu den übrigen Ministern getrieben hatte, die nicht daran dachten, ihr Land in den Dienst englischer Pläne gegen Deutschland zu stellen. Als die Folgen sichtbar wurden, fand er nirgends Unterstützung und mußte das Ministerium verlassen.

Es war ein Erfolg, wie er in friedlichen Zeiten selten gewonnen wird. Bismarck hatte einst vergebens sich bemüht, einen russischen Botschafter los zu werden, der ihn störte; jetzt hatte Frankreich sogar einen Minister geopfert, weil er Deutschland herausgefordert hatte. Beifall und Glückwünsche kamen aus dem Inland und Ausland. Präsident Roosevelt nannte in seiner deutlichen Sprache Delcassé einen unglaublichen Halunken, der zum Glück für die Zivilisation abgetakelt sei; dieser Mensch dürfe auf keinen Fall wieder ans Ruder kommen. Es war ein überraschender Sieg. Aber war es nicht ein Pyrrhussieg, und war er notwendig? War es wirklich so, daß aus der englisch-französischen Verständigung eine Gefahr für das Deutsche Reich zu erwachsen drohte?

Man konnte nicht leugnen, daß die „Revanche" seit einigen Jahren an Einfluß verloren hatte. Sie war nicht mehr, wie

am Ende der 80er Jahre, die alleinherrschende Strömung in der öffentlichen Meinung. Ob sie auf dem Wege war, ganz einzuschlafen oder nur noch als ungefährliche Unterströmung weiterzuleben, wird nie ausgemacht werden. Hörte man den Ministerpräsidenten Rouvier und seine parlamentarischen Freunde, einen einflußreichen Mann wie den Besitzer des „Matin", aber auch Offiziere des Generalstabs, so hatte Frankreich kein dringenderes Bedürfnis und keinen größeren Wunsch, als von England loszukommen und sich mit Deutschland zu verständigen. Rouvier nannte die Revanche „blödes Geschwätz", und Präsident Loubet bekannte, die Vergangenheit werde mehr und mehr vergessen. Noch im Jahre 1906 hat diese Stimmung einen starken Ausdruck gefunden in der Schrift von Flourens über „Das eroberte Frankreich". Der ehemalige Außenminister, der seinerzeit Boulanger Widerstand geleistet hatte, griff hier die ganze Politik des Anschlusses an England aufs schärfste an als einen Verrat an den wahren französischen Interessen. Die Schrift machte Aufsehen und erlebte sofort nicht weniger als sieben Auflagen. In der Tagespresse vertrat Ernest Judet im „Eclair" noch jahrelang denselben Standpunkt mit Eifer und Zähigkeit. Erfahrene Kenner erblickten in solchen Stimmen die wahre Meinung des Landes und empfahlen, sich daran zu halten. So dachte vor allen die deutsche Botschaft in Paris. Auch der Reichskanzler Bülow war noch kurz vorher der gleichen Ansicht gewesen. Im Frühjahr 1904 äußerte er über den Plan einer Begegnung des Kaisers mit dem Präsidenten Frankreichs: „Ich bin der Ansicht, daß die Zeit für uns läuft, indem sie die feindlichen Erinnerungen allmählich verblassen läßt, und ich glaube deshalb, daß das, was heute noch riskiert erscheinen könnte, in wenigen Jahren vielleicht ganz einfach und alltäglich sein wird."

Wer so dachte — und noch am 4. Mai 1905 hat Bülow in ähnlichem Sinn geschrieben —, der konnte mit der Niederlage der deutschfeindlichen Richtung zufrieden sein und die Zeit weiterhin ihre Arbeit tun lassen. Aber täuschten sich die optimistischen Beurteiler nicht? Durfte man wirklich er-

warten, daß die günstige Stimmung, die im Lande zu herrschen schien, vorausgesetzt daß sie ehrlich war, stark und nachhaltig genug sein werde, die Politik der Regierung dauernd zu bestimmen? Die Antwort war schwer, und die Erinnerung an 1885 drängte sich auf, wo die Hoffnung auf Aussöhnung so arg enttäuscht worden war. Wer bürgte dafür, daß die Enttäuschung sich nicht wiederholen würde? Indessen, auch wenn man einer skeptischen Beurteilung den Vorzug gab, empfahl es sich, ein Pflaster auf die Wunde zu legen, die der Rücktritt Delcassés der französischen Eigenliebe unstreitig geschlagen hatte. Etwas anderes wäre es gewesen, wenn man den Gedanken aufkommen ließ, die Gelegenheit zu einer blutigen Abrechnung zu benutzen. Der Augenblick war nicht ungünstig, Rußland durch den Krieg mit Japan und die herannahende Revolution gelähmt, das französische Heer nicht in bester Verfassung. Wer aus dem französisch-russischen Bündnis und der englisch-französischen Verständigung die Einkreisung Deutschlands mit natürlicher Notwendigkeit hervorgehen sah, der mußte sich fragen, ob man dieser Gefahr nicht unter allen Umständen und koste es was immer zuvorkommen solle, und ob dies nicht die letzte günstige Stunde dafür sei. Aber daran hat von den verantwortlichen Personen in Berlin niemand gedacht, und der Kaiser hätte niemals seine Zustimmung dazu gegeben. Also ergab sich, wollte man keinen Krieg und wollte man die Beziehungen zu Frankreich nicht verschlechtern und es nicht vollends an England herandrängen — es ergab sich die Notwendigkeit, ihm jedes Entgegenkommen zu zeigen und seiner Festsetzung in Marokko kein Hindernis in den Weg zu legen. Es wäre nur der Beweis dafür gewesen, daß man wirklich nichts anderes erstrebt hatte, als einen offenen Feind des Deutschen Reiches unschädlich zu machen; und es hätte die folgerichtige Fortführung von Bismarcks weiser Politik bedeutet.

Die deutsche Regierung, von dem krankhaft veranlagten Geheimen Rat Holstein übel beraten, dessen unheilvoller Einfluß über die Grenzen seines Amtes hinausging, hat das

Gegenteil getan. Daß sie darauf bestand, die marokkanische Frage auf einer Konferenz aller beteiligten Mächte zu regeln, war formell richtig und auch der geeignete Weg, sich von der so unvorsichtig laut bekannten Parteinahme für den Sultan loszumachen. Daß man sich aber sträubte, über das Ergebnis der Konferenz und seine künftigen Folgen vorher mit Frankreich einig zu werden, wie es Rußland und England vor dem Berliner Kongreß getan hatten, war ein Fehler, der sich rächte. Dadurch wurden auch die für Deutschland günstig gestimmten Franzosen mißtrauisch gemacht und abgeschreckt; als prozessierende Parteien, ja mehr als das, wie zwei Duellanten vor dem Ehrengericht erschienen Deutschland und Frankreich im Januar 1906 auf der Konferenz in Algeciras, und da die übrigen Teilnehmer entweder schon für Frankreich gewonnen waren oder nur widerwillig mitmachten, hatten die Franzosen die allgemeinen Sympathien für sich, und Deutschland zog den kürzeren. Daß die getroffenen Bestimmungen die Tür für das französische Protektorat halb offen ließen, war nicht das schlimmste. Schlimmer war der Eindruck, der von dem ganzen Zwischenfall zurückblieb. In Frankreich verlor die Partei der Verständigung allen Boden, die Richtung Delcassés siegte, er selbst gewann hinter den Kulissen wieder Einfluß. Fortan war seine Politik die Politik Frankreichs.

Ihren handgreiflichen Ausdruck fand sie in verstärkten Rüstungen. Die letzten Jahre hatten unter dem Einfluß radikal-demokratischer Strömungen einen gewissen Verfall des Heeres gebracht. Jetzt begann auf diesem Gebiet eine eifrige Arbeit: das Wettrüsten mit Deutschland setzte ein, das im Jahre 1913 in der Einführung der dreijährigen Dienstzeit seinen Höhepunkt fand. Hand in Hand damit ging eine ebenso eifrige Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch Presse, Vereine und Literatur. Es war die Zeit der Maurice Barrès und René Bazin, denen Poincaré, weniger geräuschvoll, aber nachhaltiger wirksam zur Seite ging. Die Frucht der Bemühungen war bald zu spüren in dem, was man den „neuen Geist“ nannte und was in Wirklichkeit nur der alte

Geist der „Revanche" war. Eine scheinbar kleine, aber bedeutsame Tatsache: die „Geschichte des Elsaß seit 1648" von Rudolf Reuß erlebte in 5 Jahren 11 Auflagen. Wieder kreisten die Gedanken Frankreichs vornehmlich um die verlorenen Provinzen, seine Politik hatte ihr Ziel fest aufs Korn genommen.

Man kann nicht sagen, daß sie schlechtweg den Krieg erstrebte. Wenn Paléologue recht hat, der es wissen muß, so ging die Absicht dahin, Deutschland durch völlige Vereinsamung in eine solche Zwangslage zu bringen, daß es Elsaß-Lothringen im Frieden herausgäbe. Der entscheidende Schritt dazu wurde in Algeciras getan. Dort knüpften sich unter französischer Vermittlung zwischen England und Rußland die ersten Fäden der Verständigung, die schon anderthalb Jahre später gelang. Durch den Vertrag vom August 1907 beseitigten die beiden Mächte, deren scheinbar unversöhnlicher Gegensatz seit drei Menschenaltern die Welt beherrscht hatte, ihre sämtlichen Streitpunkte. Das, was man die Politik der „Einkreisung" nennt, war damit vollendet. Wenn nun noch Österreich-Ungarn zerfiel, was man in Kürze erwarten durfte, so ging Delcassés Rechnung auf: das völlig alleinstehende Deutschland mußte Elsaß-Lothringen — und wohl noch einiges andere — herausgeben.

Der Plan erscheint klug und fein und ist doch falsch gewesen. Die ihn ersannen, hätten sich sagen müssen, daß ein Reich wie das Deutsche sich nicht unterwirft, ohne das Schwert angerufen zu haben, und wenn das geschah, war der Ausgang ungewiß. Hätte die deutsche Führung im August und September 1914 auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden oder hätte man auf deutscher Seite geahnt, wie es im Mai 1917, nach dem mißlungenen Großangriff Nivelles, im französischen Heer aussah, so würde heute die ganze Politik der Delcassé, Cambon, Poincaré, Clemenceau, und wie sie heißen mögen, in Frankreich am lautesten verflucht werden. Sie hat nicht nur zum Kriege geführt, sie mußte dazu führen.

Daß französische Schriftsteller es bestreiten, ändert an der Tatsache ebensowenig, wie das Leugnen des Angeklagten

seine Unschuld beweist. Wenn z. B. Poincaré in seinen Memoiren, die an dieser Stelle auch in der Form eine bloße Verteidigungsrede, keine Geschichtschreibung sind, mit Pathos behauptet, niemand in Frankreich habe den Rachekrieg gewollt, aber jedermann gewußt, daß es Pflicht sei, wenn Deutschland den Krieg eröffne, ihn bis zur Befreiung der geraubten Provinzen durchzuführen, so vergißt er, was sonst jedermann weiß: daß Deutschland durch Bundespflicht und eigenes Lebensinteresse eines Tages sich genötigt sehen konnte, zum Kriege gegen Rußland zu schreiten, und daß in diesem Falle Frankreich durch ein Bündnis, das den Angelpunkt seiner ganzen Politik bildete, verpflichtet war, den Angriff gegen Deutschland sofort zu eröffnen. Mohrenwäsche ist es darum, die französische Politik vor dem Kriege als friedlich und defensiv hinzustellen. Sie hatte sich an Rußland gekettet, und daß dessen Politik defensiv gewesen sei, hat noch niemand behauptet. Aber auch Frankreichs eigene Politik war in ihrer innersten Tendenz nicht defensiv. Den Krieg nicht wollen und doch Tag für Tag dem Volke etwas vor Augen halten, was nur durch Krieg gewonnen werden kann, ist ein innerer Widerspruch. Wie will man dabei vermeiden, daß aus dem Verlangen nach dem ersehnten Gewinn das Verlangen nach dem Krieg entstehe, der allein den Gewinn bringen kann? Dies ist — nicht als Anklage oder Verdammung sei es gesagt, nur um die geschichtliche Tatsache festzustellen — dies ist das wahre Kennzeichen der französischen Politik, wie sie im stillen seit 1871 gewesen war und seit 1906 immer offenkundiger wurde: sie führte den Krieg gegen das Deutsche Reich im Schilde. Seit Algeciras stand er auf der Tagesordnung Europas, durch alle Bemühungen der Diplomatie nur aufgeschoben.

Wir brauchen die Ereignisse von diesem Punkte an nicht mehr im einzelnen zu verfolgen, da wir nicht den Ehrgeiz haben, den zahlreichen Untersuchungen über „Kriegsschuld“ und „Kriegsursachen“ eine weitere hinzuzufügen. Wer sich darüber unterrichten will, findet anderswo ausgiebige Belehrung. Uns ist es lediglich um die deutsch-französischen

Beziehungen zu tun, und diese haben sich seit 1906 in ihrem Charakter nicht mehr verändert. Wer die Dinge unbefangen in ihrem weiteren geschichtlichen Zusammenhang betrachtet, wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß hier ein Knoten, seit Jahrzehnten, im letzten Grunde seit Jahrhunderten unheilvoll geschürzt, sich immer fester knüpfte, je mehr man, um ihn zu lösen, an seinen Fäden zog; daß ein alter Gärungsstoff seiner Entladung umso unaufhaltsamer zustrebte, je mehr man bemüht war, ihn zu ersticken. Einen friedlichen Ausweg gab es nach menschlichem Ermessen nicht mehr, der Knoten konnte nur noch mit dem Schwert zerhauen werden, der Gärungsstoff mußte einmal das Gefäß sprengen.

Auch der Versuch, den Deutschland im Jahre 1911 unternahm, seinen gefährlichsten Keim, die marokkanische Streitfrage, zu beseitigen, hat den entgegengesetzten Erfolg gehabt. Von den Einzelheiten sehen wir ab, da es uns nicht darum zu tun ist, über Fehler und Mißgriffe zu Gericht zu sitzen, die dabei begangen wurden, geschweige denn, die deutsche Politik zu verteidigen. Sie war weder geschickt noch glücklich und verfehlte ihr Ziel völlig. Die erzwungene Verständigung, die den Franzosen Marokko überlieferte gegen Abtretung eines Stückes ihrer Kolonie am Kongo, bewirkte nur in erhöhtem Maße dasselbe, was sechs Jahre früher der Sturz Delcassés bewirkt hatte: die Vertreter der maßvollen Richtung in Frankreich mußten gehen und den überzeugten Revanchepolitikern das Staatsruder überlassen. Wie 1906 Rouvier durch Clemenceau, so wurde 1912 Caillaux durch Poincaré abgelöst. Zwei Jahre später brach der Weltkrieg aus.

Daß er in seinem innersten Kern ein deutsch-französischer Krieg war, hat man in Deutschland fast bis zuletzt verkannt. Man stritt wohl darüber, ob England oder Rußland der Hauptgegner sei, ob man für Österreichs Großmacht und die Freiheit der Meerengen oder für die eigene „Welt- und Seegeltung“ kämpfe: an Frankreich, an Elsaß-Lothringen und den Rhein dachte man erst in letzter Linie oder gar nicht. Wer es erlebt hat, weiß, daß der Kampf gegen Frankreich von den

Deutschen, man darf wirklich sagen, mit einem Gefühl des Bedauerns aufgenommen wurde. Als eine unangenehme Notwendigkeit wurde es empfunden, daß man noch einmal, hoffentlich zum letztenmal, mit dem Franzmann die Klinge kreuzen mußte, weil er sich zum „Festlandsdegen" Englands hergegeben hatte. Als den Bundesgenossen Englands bekämpfte man ihn, wollte man ihn schlagen. So fern lag dem Deutschen jede wirkliche Feindschaft gegen seinen westlichen Nachbar, so sehr fehlte hier jedes greifbare Kriegsziel. Wenn also das Schwergewicht des Kampfes auf den französischen Kriegsschauplatz gelegt wurde, so war das alles andere als die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Politik und Strategie bewegten sich in entgegengesetzten Richtungen. Daß mit Frankreich nach dem erhofften Siege ein glimpflicher Friede geschlossen werden müsse, war denn auch die allgemeine Überzeugung. Auch die Regierung, Kaiser, Reichskanzler und Minister, haben nicht anders gedacht. Das Verlangen nach einem kleinen Stück lothringischen Bodens, dem wertvollen Erzbecken von Briey, tauchte erst später als Forderung eines engeren Kreises auf, alles eher als volkstümlich und von den Staatsmännern der Regierung nicht angenommen; und gar der Plan, die Mosel- und Maasgrenze zu erobern, ist niemals etwas anderes gewesen als die Phantasie einiger überspannter Hitzköpfe.

Wie anders in Frankreich! Dort hat man von der ersten Stunde an gewußt, wem es galt und worum es ging. Der letzte Schulbub kannte das Ziel, in dem die Nation einig war. Seit mehr als einem Menschenalter war sie ja darin unterwiesen, auf den Krieg gegen Deutschland vorbereitet worden, in Schule und Haus, durch Zeitungen und Romane, von der Tribüne und von der Kanzel. Für die Deutschen war der Krieg gegen Frankreich eine unangenehme politische Notwendigkeit, eine Sache der Regierung und der Armee, für die Franzosen war er Sache des ganzen Volkes. Das heillose Ungeschick, das der deutsche Reichskanzler bei der Kriegserklärung an den Tag legte, indem er für das, was Zwang und

Notwehr war, den Anschein eines gewollten und geplanten Angriffs aufkommen ließ, trug das Seine dazu bei, die Volksleidenschaft in Frankreich aufs höchste zu entfachen. Darum wurde dort der Krieg mit einer Erbitterung und Grausamkeit, die die Deutschen nicht begriffen, aber auch mit einer zähen Ausdauer geführt, die sie nicht aufbrachten. Von künftiger Versöhnung nach dem Siege durfte man in Frankreich nicht reden. Es genügt, an die Erfahrungen zu erinnern, die ein Mann wie Anatole France damit machte. Im September 1914 hatte er öffentlich zu sagen gewagt: „Wenn wir gesiegt haben und die letzte deutsche Armee vernichtet ist, dann wollen wir unsern Sieg nicht durch ein Verbrechen beflecken, dann wollen wir als Ergebnis unseres Sieges die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich als zwischen zwei gleichberechtigten Völkern verkünden." Er kam dadurch in persönliche Gefahr, wurde in seinem Hause belagert und konnte sich nur retten, indem er, der 70jährige, sich als Freiwilliger zum Kriege meldete.

Poincaré hat es in seinen Memoiren so dargestellt, als hätte Frankreich in dem aufgezwungenen Kriege nur einen Siegespreis gekannt: die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen. Für die große Mehrheit des unpolitischen Volkes mag das zutreffen, die Politiker, die leitenden Staatsmänner haben anders gedacht. Ihnen sollte der siegreiche Krieg viel mehr bringen als Elsaß-Lothringen. Noch war der Sieg nicht errungen, da taten sie schon die erforderlichen Schritte, sich seine Früchte zu sichern, und dabei haben sie ihr wahres Kriegsziel verraten.

Im Februar 1917, nachdem das deutsche Friedensangebot abgelehnt war, ging ein französischer Sondergesandter nach Petersburg mit dem Auftrag, sich mit Rußland über die Bedingungen des Friedens zu verständigen. Es war Herr Doumergue, der spätere Präsident der Republik. Er konnte einen Vertrag heimbringen, wonach Rußland freie Hand in Konstantinopel haben, Frankreich Elsaß-Lothringen und das Saarbecken erhalten, das linke Rheinufer von Deutschland getrennt werden, einen unabhängigen neutralen Staat

bilden und bis zur Erfüllung der Friedensbedingungen von französischen Truppen besetzt bleiben sollte. Die Absicht war, auch Englands Zustimmung hierzu zu erlangen, doch unterblieben in London die darauf gerichteten Schritte, vermutlich weil der Botschafter Paul Cambon sie für aussichtslos und gefährlich hielt. Auch der Petersburger Vertrag wurde nutzlos, als wenige Tage nach seiner Unterzeichnung der Zar gestürzt wurde und die russische Republik binnen Jahresfrist einen Sonderfrieden schloß. Aber für das Urteil über die französischen Absichten verliert jener Vertrag dadurch nichts von seinem Wert. Kennt man ihn, so weiß man, was es bedeutete, wenn in der Erklärung der Kriegsziele durch den Senat von Frankreich am 16. Juni 1917 neben Rückgabe Elsaß-Lothringens, Bestrafung der Verbrecher und Schadenersatz auch von „Bürgschaften gegen einen erneuten Angriff des deutschen Militarismus" die Rede war.

Es ist also nicht wahr, daß Frankreich, als es im August 1914 in den Krieg zog, nichts weiter gewollt hat, als das Unrecht sühnen, das ihm 1871 angeblich geschehen war. Es hat im Weltkrieg die Gelegenheit ersehen, die Wünsche und Ansprüche zu erfüllen, die es seit einem Jahrhundert nicht selten offen bekannt, noch öfter heimlich gehegt und eigentlich niemals aufgegeben hatte: den Erwerb seiner sogenannten „natürlichen Grenze" am Rhein. Es lenkte damit zurück in die Bahnen ältester Überlieferungen. Alt überliefert war, wie die Sache selbst, so auch das Schlagwort, das sie begründen sollte: Sicherheit — das Leitmotiv französischer Politik seit Richelieu. Darin blieb das französische Volk seinem Charakter treu. „Rückkehr zur Vergangenheit war, wie Clemenceau gesagt hat, die erste Regung in dem Lande, dessen Macht geschaffen worden ist durch die Kraft seiner Überlieferungen." Seine Kriegsziele waren auch 1914 dieselben wie zu allen Zeiten in den letzten drei Jahrhunderten.

*

Mit dem Ausbruch des Weltkriegs haben wir uns so wenig zu beschäftigen wie mit seinem Verlauf; nur sein Ende geht

uns an. Eine seit fast fünfundzwanzig Jahren falsch geführte Politik hatte das Deutsche Reich in den Krieg stürzen lassen, und die Hoffnung, daß letzten Endes das Schwert gutmachen werde, was die Federn verdorben hatten, wurde bitter enttäuscht. Volk und Heer leisteten das Äußerste, aber die Führung, die militärische wie die politische, versagte im Felde, wie sie im Frieden versagt hatte. Mit dem besten Heere der Welt wurde Deutschland geschlagen. Frankreich hatte gesiegt in einem Maße, das ihm erlaubte, die Erfüllung seiner letzten Wünsche ins Auge zu fassen. Es hatte die Welt auf seiner Seite gehabt, Deutschland hatte allein mit wenigen Bundesgenossen gekämpft, die je länger desto mehr von ihm Hilfe erwarteten, statt sie zu bringen. Jahrelanges blindes Ungeschick in der Führung seiner auswärtigen Geschäfte hatte den Eindruck seiner wachsenden Stärke zu der Überzeugung gesteigert, Deutschland bilde eine Gefahr für die Unabhängigkeit aller andern Staaten. Auch die vollständige Niederlage, die seine Feldherren nicht zu verhindern gewußt hatten, hob diesen Eindruck nicht auf. In der Meinung, es gelte noch immer, die Welt vor einer Wiederkehr der „deutschen Gefahr“ zu schützen, versammelten sich zu Anfang des Jahres 1919 die Vertreter der siegreichen Mächte in Paris, um dem besiegten Deutschen Reich den Frieden zu diktieren.

Das Programm, mit dem Frankreich in die Verhandlungen eintrat, kennen wir schon. Seine Grundlinien hatte Marschall Foch im November 1918 nochmals gezogen, die Regierung sie angenommen und in die entsprechende Form bringen lassen: Elsaß-Lothringen und das Saarbecken fallen an Frankreich, das Rheinland wird ein unabhängiger Staat, die Brückenköpfe auf dem rechten Ufer des Stromes bleiben von Truppen der siegreichen Mächte besetzt, bis Deutschland alle Bedingungen erfüllt hat. Die uneingestandene Absicht dieses Planes hat der Berater des Präsidenten Wilson, Oberst House, erschöpfend gekennzeichnet: „Man erwartete, daß die Besetzung lange währen und der rheinische Pufferstaat noch länger im französischen Zollverband bleiben werde, vielleicht mit einer Volksabstimmung zugunsten dauernder

Vereinigung mit Frankreich. Mit andern Worten, Frankreichs Staatsgrenze sollte fürs erste die alte bleiben, seine wirtschaftliche und militärische Grenze bis an den Rhein vorgeschoben werden.“ Man gedachte es zu machen wie die Riesenschlange, die ihre Beute einspeichelt, um sie später zu verschlingen.

Diesem Vorhaben widersetzten sich aber die Bundesgenossen. Was Frankreich verlangte, verstieß handgreiflich gegen die Vierzehn Punkte, die Präsident Wilson als Grundlage des Friedens aufgestellt hatte. Es vertrug sich ebenso schlecht mit den Überlieferungen und Interessen Englands. Darum verweigerten Amerika und England sowohl die Abtretung des Saargebietes wie die Trennung des Rheinlands vom Deutschen Reich. Fast vier Monate ist darum gekämpft worden. Wie die Löwin für ihr Junges focht Marschall Foch für seinen Gedanken, daß einzig und allein die dauernde Besetzung der Übergänge über den Rhein Frankreich die notwendige militärische Sicherheit geben könne. Denkschrift auf Denkschrift reichte er ein, entwickelte seinen Plan in mündlichem Vortrag — umsonst! Die Vertreter der fremden Staaten hörten ihn kaum an. Mehr als einmal war es nahe daran, daß die Konferenz auseinanderging. Auch Clemenceau sah ein, daß die Forderung im vollen Umfang nicht durchzusetzen sei. Er trennte sich vom Marschall, schob ihn beiseite, und seiner zähen Gewandtheit gelang es schließlich, wenigstens die Hälfte der französischen Forderungen den Verbündeten abzuringen.

So entstand das, was man den Frieden oder den Vertrag von Versailles nennt, ein Dokument, das das Deutsche Reich, von der Revolution geschüttelt, vom Hunger gequält und mit Einfall und Verwüstung bedroht, am 28. Juni 1919 zu unterzeichnen gezwungen wurde. Über Deutschland und Frankreich bestimmt es, was jeder weiß: Elsaß-Lothringen wird französisch, das Saarbecken auf fünfzehn Jahre unter provisorische Regierung durch den Völkerbund gestellt, aber von Frankreich ausgebeutet, nach dieser Frist einer Volksabstimmung unterworfen, die entscheiden wird, ob es zu

Deutschland zurückkehren oder an Frankreich fallen soll; das Rheinland staatsrechtlich wohl beim Deutschen Reich belassen, aber von feindlichen Truppen besetzt, die in drei Staffeln nach 5, 10 und 15 Jahren abziehen, wenn das Reich die weiteren Bedingungen erfüllt, nämlich völlige Entwaffnung und Zahlung einer Kriegsentschädigung, deren Höhe nicht begrenzt ist. Dazu kommen Abtretung von Posen, Pommerellen und eines Teiles von Oberschlesien an die neugeschaffene polnische Republik und Lostrennung von Danzig als Freistaat unter internationaler Aufsicht.

Wem die Geschichte vertraut und wem es gegeben war, in wechselnder Verkleidung den bleibenden Kern der Dinge zu sehen, dem mußte der neugeschaffene Zustand sehr bekannt vorkommen.

Wieder hörten wir die Schlagworte von der Sicherheit Frankreichs, die nur gewährleistet sei, wenn seine Hauptstadt nicht so nahe an der Grenze liege und ihm die unmittelbare Berührung mit einer andern großen Nation erspart bleibe. Wieder ward das Land links des Rheines und jetzt sogar ein Streifen auf dem rechten Ufer als französische Interessensphäre in Anspruch genommen, wo kein deutscher Soldat sich blicken lassen durfte, und wieder schimmerte durch den Vorhang der Deklamationen von Grenzschutz und Friedenssicherheit die lüsterne Miene der Eroberung, die darauf rechnete, daß überlegener wirtschaftlicher und geistiger Einfluß ihr früher oder später zum vollen Besitz eines Landes verhelfen werde, dessen Bevölkerung und Gesittung man trotz aller entgegengesetzten Erfahrungen nicht aufhören wollte als halb französisch in Anspruch zu nehmen. Sagen wir es mit einem Worte: der Westfälische Friede, der durch zwei Jahrhunderte der französischen Politik zum Eckstein diente und durch Bismarck zertrümmert wurde, er war wieder da, war sogar weit überboten. Deutschland war nicht nur militärisch entwaffnet und wehrlos, es war durch die Last unerschwinglicher Tribute auf zwei Menschenalter in Verarmung, Not und wirtschaftlicher Ohnmacht am Boden gehalten und dadurch sein Erstarken und seine Wiedererhebung zur Großmacht

am wirksamsten verhindert. Alles war wieder, wie es zwischen 1648 und 1866 gewesen, ja hundertmal schlimmer, als es damals war, und Frankreich, gestützt auf die deutsche Ohnmacht und seine eigenen Bündnisse mit Deutschlands östlichen Nachbarn, konnte sich schmeicheln, das europäische Festland unbestrittener als je früher zu beherrschen.

Die ganze Welt hat diesen Friedensschluß für einen ungeheueren französischen Erfolg gehalten, — in Frankreich selbst ist er mit einer Leidenschaft angegriffen worden, als hätten seine Urheber das Vaterland verraten. Nicht nur Foch und seine Generäle, auch der Präsident Poincaré und zahlreiche angesehene Staatsmänner und Politiker waren von einem solchen Abschluß nicht befriedigt. Sie hatten mehr erwartet: das ganze Rheinland, das Saargebiet ohne Vorbehalt, womöglich die Auflösung des Deutschen Reiches. Allen Ernstes warf man Clemenceau vor, die Unterzeichnung des Friedens durch Vertreter von ganz Deutschland zugelassen zu haben: er hätte darauf bestehen sollen, daß mit den einzelnen deutschen Staaten gesondert abgeschlossen würde! Ob die Bestätigung des Vertrags durch das französische Parlament zu erreichen sein würde, war lange zweifelhaft; erst nach einem halben Jahr ist sie erfolgt. Daß es schließlich doch geschah und ein Friede zustande kam, war vielleicht nur der eisernen Willenskraft und stählernen Biegsamkeit Clemenceaus zuzuschreiben. Dank hat er nicht dafür geerntet; die Stimmen der Tadler und Kritiker wollten nicht verstummen. Gekränkt und verbittert kehrte der Mann, der Frankreich im schwersten Kampf zum Siege geführt hatte, dem öffentlichen Leben den Rücken, um in völliger Einsamkeit, auch von den nächsten Blutsverwandten gemieden, fast wie ein Geächteter seine Tage zu beschließen. Er hatte zu tief enttäuscht.

Dabei hat Clemenceau selbst — und ebenso sein hauptsächlichster Mitarbeiter, André Tardieu — keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Erreichte keineswegs als letzten Abschluß, nur als eine Station auf dem Wege zum Endziel betrachteten. In der Sitzung des erweiterten Ministerrats vom 25. April 1919 hat Clemenceau sich selbst die Maske vom Ge-

sicht genommen. Es handelte sich darum, ob man sich mit dem begnügen solle, was mit so großer Mühe bei England und Amerika erreicht war. Marschall Foch hatte seinen entgegengesetzten Standpunkt noch einmal ausführlich dargelegt, vom Präsidenten Poincaré wußte man, daß er ihn billigte, einige Minister neigten gleichfalls dazu. Clemenceau faßt seine Ansicht, daß mehr nicht zu erlangen sei und man mit dem Erreichten zufrieden sein könne, beredt und wirksam zusammen. Den letzten Widerstand aber besiegt er, indem er sich zum Schluß an Poincaré wendet: „Herr Präsident," so redet er ihn an, „Sie sind viel jünger als ich. In fünfzehn Jahren werde ich nicht mehr sein. In fünfzehn Jahren werden die Deutschen die Bedingungen des Vertrages nicht erfüllt haben. Wenn Sie mir dann die Ehre erweisen wollen, mein Grab zu besuchen, so bin ich überzeugt, Sie werden mir sagen können: Wir stehen am Rhein, und da bleiben wir!"

In diesem Sinn ist die französische Politik die ersten Jahre nach dem Frieden geführt worden. Mit allen Mitteln der Quälerei und der Lockung, durch Anstiften von Aufständen, Überredung in Wort und Schrift und wirtschaftliche Verführung hat sie danach gestrebt, das Rheinland vom Deutschen Reich zu trennen und aus der vorläufigen und pfandweisen Besetzung eine dauernde Besitznahme zu machen. Alcide Ebray hat in seiner Schrift über den „Schmutzfrieden" diese Politik treffend gekennzeichnet: „Sie hat von Anfang an darin bestanden, das Rheinland dem politischen und geistigen Einfluß des Deutschen Reiches zu entziehen, es zu entnationalisieren und Frankreich an die Stelle Deutschlands zu setzen. Auf die Lostrennung des linken Rheinufers von Deutschland hatte Frankreich nur angesichts des bestimmten Widerspruchs seiner Verbündeten verzichtet. Aber die getroffene Einrichtung könnte, vielleicht in verschleierten Formen, einen Plan möglich machen, der mithin nur vertagt wäre." Poincaré, damals (1922) Ministerpräsident, hat noch offener gesprochen: „Wir gehen ganz einfach — und ich fühle mich sehr wohl dabei — der dauernden Besetzung des linken Rheinufers entgegen."

Poincaré und Clemenceau haben sich bitter getäuscht: aus der dauernden Besetzung des Rheinlands, die der eine schon kommen sah, ist nichts geworden, die Prophezeiung des andern hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: noch waren die fünfzehn Jahre des Friedensvertrags nicht vorbei, da zogen am 30. Juni 1930 die letzten französischen Besatzungstruppen ab, der Rhein war wieder Deutschlands Strom. Auch das Saarland, auf das die Franzosen ihre letzte Hoffnung gesetzt hatten, ist ihnen entglitten, mit überwältigender Mehrheit entschied die Volksabstimmung am 13. Januar 1935 für die Rückkehr zum Deutschen Reich, und Frankreich konnte nicht anders als dem Rechnung tragen. Niemals hat eine Großmacht im Frieden eine schwerere Niederlage erlitten als Frankreich mit seiner auf Gewinnung der Rheingrenze gerichteten Politik. Es hat sie aufgeben müssen, und heute spricht man nicht mehr von ihr. Aber für wie lange? Gilt der Verzicht für immer, entspringt er aus innerster Überzeugung des Volkes und seiner Führer, oder ist er nur notgedrungen unter dem Zwang der Umstände geleistet worden mit dem stillen Vorbehalt, zu gelegener Zeit auf die alten Pläne zurückzukommen? Wie tief diese wurzelten, wie volkstümlich sie waren, dafür gibt es sprechende Zeugnisse. Ein Verzeichnis der Schriften, die von 1914 bis 1918 die Kriegsziele Frankreichs behandelten, zählt 89 Nummern, und nur sehr wenige sind darunter, die nicht die Unterwerfung des Rheinlands unter Frankreich in der einen oder andern Form forderten. Unter den Verfassern stößt man auf Namen von vollstem Klang, Staatsmänner wie Charles Dupuy, der ehemalige Ministerpräsident, Gelehrte wie Aulard, Babelon, Denis, Jullian sind dabei. Noch beredter ist das Ergebnis einer Umfrage, die die „Libre Parole“ am Vorabend des Friedens von Versailles veranstaltete. 46 Männer von höchstem Ansehen, darunter ehemalige Minister, Bischöfe, Akademiker, Professoren, sprachen sich einstimmig für Angliederung des Rheinlands an Frankreich aus, nur ein einziger widersprach. Noch weiter gingen die Wünsche der Wirtschaftskreise: nicht weniger als 30 Handelskammern, darunter die größten, die von Paris und Bordeaux, wollten

die Politik Napoleons I. zur Richtschnur genommen wissen: Deutschland hinter den Rhein, Preußen hinter die Elbe zurückgeworfen, das war ihre Forderung.

Die Personen, die die französische Politik im vorigen Menschenalter führten, sind fast alle tot oder von der Bühne abgetreten, ein neues Geschlecht denkt anders und hat andere Sorgen als die Väter. Vielleicht möchte es mit vielem Althergebrachten auch die Absichten auf den Rhein als überwundenen Irrtum auf immer begraben. Aber da erhebt die Geschichte warnend die Hand. Sie weiß von ähnlichen Vorgängen in früherer Zeit, erzählt von mehr als einem solchen Rückzug und scheinbar endgültigen Verzicht nach mißlungenem Anlauf und zeigt dann doch früher oder später dasselbe Bild, in dem die tot geglaubten Begierden und Anstrengungen mit neuer Kraft wieder aufleben. Kein Wunder! Bei wenigen Völkern haben die Überlieferungen der eigenen Vergangenheit solche Macht über die Gemüter der Lebenden wie bei den Franzosen. Hat sich das geändert? Kann man erwarten, sie würden von heute an entschlossen verleugnen, was sich als roter Faden durch die Jahrhunderte ihrer Geschichte zieht? Könnten sie es, da doch die Quellen, aus denen sie ihr Wissen schöpfen, von nichts anderem erzählen? Und wenn die heute Lebenden unter der Herrschaft neuer Ideen dazu bereit sein sollten, wo ist die Bürgschaft, daß nicht vielleicht schon die nächste Generation, dem Gesetz der Pendelschwingung folgend, das die geistigen Strömungen beherrscht, auf die Gedanken und Wünsche der Ahnen zurückkommt? Schon jetzt ist eines klar: den Anspruch, führende Macht auf dem Festland zu sein, hat auch das Frankreich von heute nicht aufgegeben. Das aber bedeutet nichts anderes — und die Geschichte der letzten Jahre hat jedem deutlich gemacht, daß es in Frankreich so verstanden wird — als daß Deutschland ihm an Macht und Ansehen nicht gleichen darf. Was immer in diplomatischen Noten und Abkommen gestanden haben mag, darüber besteht nirgends ein Zweifel, daß Frankreichs Politik dem Deutschen Reich die tatsächliche Gleichberechtigung zuzugestehen nicht gewillt ist. Seine

Diplomatie scheint kein höheres Ziel zu kennen, als Deutschland in dem Netz eines französischen Bündnissystems gefangenzuhalten, das seine Ohnmacht verbürgen soll wie in den Jahrhunderten nach dem Westfälischen Frieden. Wie leicht daraus ein Wiedereinlenken in die widerstrebend genug verlassene Bahn früherer Zeiten sich entwickeln, wie rasch das Schlagwort der „Sicherheit" auch künftig wieder seinen alten Sinn erhalten kann, wird jeder sich leicht klarmachen, der die Geschichte kennt. Sollen wir etwa glauben, das französische Volk habe in unsern Tagen seine Natur gewechselt, seinen stärksten Instinkt verloren, den Trieb zur Eroberung? Sind nicht mehr — ich zitiere Thiers, den Urfranzosen — „Eitelkeit, Neid und Ehrgeiz seine wahren Leidenschaften"? Ist es nicht mehr das Volk der geborenen Soldaten, das in alter und neuer Zeit die Vorbilder und Formen des Kriegertums, den Ritter des Mittelalters, den Offizier der Neuzeit, Vassallität und stehendes Heer, geschaffen, das in seiner langen Geschichte mehr Kriege als jedes andere Volk und seit dreihundert Jahren, mit einziger Ausnahme des Krimkriegs, keinen geführt hat, dessen Ziel nicht Eroberung gewesen wäre?

Unsere Sache ist es nicht, darüber Betrachtungen anzustellen. Wir haben es nicht mit der Zukunft zu tun, auch nicht mit der Gegenwart, die noch nicht Geschichte geworden ist. Unversehens sind wir aus der Betrachtung der Vergangenheit in sie hineingeglitten. Denn wo ist die Grenze? Gestern und heute, Geschichte und Politik, Gewesenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges, hier fließen sie in eines zusammen. Drei Jahrhunderte trennen uns von dem Auftreten Richelieus, mit dem das Drama der deutsch-französischen Beziehungen anhebt — was vorausgegangen war, ist Vorspiel —, und als wären sie unsere eigene Geschichte, berühren uns die Dinge von damals. So bleibt es durch die Jahrhunderte: Mazarin und Ludwig XIV., Vergennes, Danton und Napoleon I., Chateaubriand und Polignac, Thiers und Napoleon III. erscheinen uns wie Zeitgenossen und nehmen die Züge von Poincaré und Clemenceau, Foch und Tardieu an, neue Träger altbekannter Rollen in einem Stück, das sich ewig wiederholt.

Nur einen Zug weist das neue Bild auf, der im alten fehlte. Die vorherrschende Stellung, die Frankreich in früheren Zeiten einnahm, hatte es aus eigener Kraft erworben und behauptet, heute verdankt es, was es ist und hat, der Hilfe anderer. Niemand wird die Anstrengungen herabsetzen wollen, die es selbst gemacht hat. Seine Opfer an Gut und Blut sind ungeheuer gewesen. Aber an den Krieg nur zu denken hat es doch erst gewagt, als es der Waffenbrüderschaft Rußlands und Englands gewiß war und auf Italien hoffen durfte, und gewinnen konnte es den Kampf nur, weil schließlich auch Nordamerika mit seinen unerschöpflichen Hilfsmitteln an Menschen und Material ihm beisprang. Sein Erfolg auf dem Friedenskongreß hing denn auch vom guten Willen Englands und Amerikas ab. Wären diese Staaten, die damals, da Rußland und Deutschland verschwunden waren, allein neben Frankreich die Welt darstellten, wären sie, statt durch einen eitlen, eigensinnigen Doktrinär und einen Scharlatan ohne Bildung und Grundsätze, durch wirkliche Staatsmänner vertreten gewesen, die ihre Aufgabe begriffen und ihr gewachsen waren, der Friede hätte ein anderes Aussehen erhalten. Man tritt der französischen Nation nicht zu nahe und nimmt ihr nichts von dem, was sie militärisch und diplomatisch geleistet hat, wenn man sie daran erinnert, daß ihr Triumph nur die Begleiterscheinung einer Weltkatastrophe gewesen und ihre Hegemonie in Europa der geschickten Ausnutzung augenblicklicher besonderer Umstände zu verdanken ist. Frankreich selbst hat das eingestanden, indem es die größten Anstrengungen machte, für seine Absichten am Rhein die dauernde Unterstützung und Bürgschaft Amerikas und Englands zu gewinnen.

Das ist ihm nicht gelungen und wird ihm in Zukunft noch weniger gelingen. Die Fabel, daß Frankreich den Frieden Europas und die Freiheit der Welt gegen den deutschen Militarismus verteidige, findet außerhalb Frankreichs nicht viel Gläubige mehr. Als Woodrow Wilson auf der Pariser Konferenz den erstaunlichen Ausspruch getan hatte, der Rhein sei „die Grenze der Freiheit“, wurde er von seinem eigenen Volk

verleugnet, das dem vom Präsidenten geschlossenen Frieden die Bestätigung verweigerte und den Vertrag, der die Vereinigten Staaten zum Schutze Frankreichs gegen einen deutschen Angriff verpflichtete, verwarf. Seitdem hat die Wahrheit Fortschritte gemacht. Es war schon mehr, als was die Welt nach den Erfahrungen mit der französischen Besatzung im Rheinland vertragen konnte, wenn noch im Jahre 1926 René Pinon in der angesehensten französischen Zeitschrift sich erlaubte zu verkündigen: „Sooft deutsche Soldaten den Rhein überschreiten, tun sie es in einem Rausch von Hochmut und Raubgier; wenn die Franzosen am Rhein stehen, so haben sie das Gefühl, die ererbte Aufgabe, den tiefen Wunsch aller gallischen und französischen Generationen zu erfüllen, die am Rhein gekämpft haben für die Rettung des Vaterlands, für die Ordnung in Europa und den Schutz der abendländischen Gesittung. Die Anwesenheit Frankreichs am Rhein ist die wesentliche Bedingung friedlichen Gleichgewichts in Europa." Mit der handgreiflichen Verdrehung geschichtlicher Wahrheit, die diese Sätze enthalten, braucht man sich heute nicht mehr abzugeben. Diese falsche Münze wird im Weltverkehr nicht mehr angenommen, ihr Kurs ist auf gewisse französische Kreise beschränkt. Die lebendige Entwicklung der Dinge ist über den französischen Anspruch heute schon hinweggeschritten, ihn zu verteidigen ist die übrige Welt nicht mehr bereit, und den Frieden, der 1919 dem Deutschen Reich aufgezwungen wurde, würden heute nicht einmal Wilson und Lloyd George unterschreiben.

Er ist von kurzer Dauer gewesen, dieser Friedensvertrag, den heute die ganze Welt als ungeheuren Fehler erkennt. Wichtigste seiner Bestimmungen sind schon beseitigt, ohne förmlich aufgehoben zu sein, anderes wird folgen, je mehr die Machtverteilung, aus der die Mißgeburt hervorging, sich ändert. Schon gehört die gänzliche Ohnmacht Deutschlands, dieses Kernstück in dem Werk von Versailles, der Vergangenheit an, und täglich mehr gewöhnt sich die Welt, wieder mit einer deutschen Macht als einer der vornehmsten Größen im Staatenleben Europas zu rechnen. Wird Frankreich immer

sein, wie es ist, werden die inneren Krisen, die ihm so wenig wie den andern europäischen Staaten erspart bleiben können, seine äußere Macht unversehrt lassen? Niemand weiß es, und Vermutungen sind müßig. Bleiben wir bei dem, was unsere Betrachtung ergibt.

Daß Deutschland und Frankreich aufeinander angewiesen und im Grunde natürliche Verbündete seien, ist oft behauptet worden, von Gelehrten und Staatsmännern, deren Urteil etwas wiegt. Die Geschichte hat sich dennoch nie daran gekehrt, sie ist ihren Weg in entgegengesetzter Richtung gegangen, und der „Zweibund von Intelligenz und Fortschritt", von dem Bismarck einmal gesprochen hat, ist nie zustande gekommen, vielleicht nur, weil niemals auf beiden Seiten zugleich der Staatsmann sich fand, der die Einsicht und die Kraft besaß, das Richtige zu tun. In ungleicher Weise verteilt sich die Schuld; hat Deutschland wohl den Willen, aber nicht immer das nötige Geschick bewiesen, so darf man von Frankreich sagen: es hat nicht gewollt.

Wer hier etwa einwenden wollte, das Vorhandensein eines starken Deutschlands sei schon an sich eine Bedrohung für andere Staaten und am meisten für Frankreich gewesen, der setzt sich mit der Erfahrung eines Menschenalters in Widerspruch. Dreiundvierzig Jahre friedlichen Verhaltens sollten eigentlich genügen, den wahren Charakter eines Staates und seiner Politik zu erweisen. Aber selbst zugegeben, daß die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Verein mit seiner wachsenden Kriegsstärke zu Wasser und zu Lande an gewissen Stellen das Gefühl einer Gefährdung der eigenen Zukunft hervorrufen mochte, so kann davon doch bei Frankreich nicht die Rede sein. Volkswirtschaftlich gingen die beiden Nachbarländer so verschiedene Wege, daß ein Gegensatz der Interessen ausgeschlossen war; und daß Deutschland der politischen Erstarkung Frankreichs nichts in den Weg legte, solange es selbst nicht durch unfreundliche Handlungen herausgefordert wurde, das beweist die glänzende Entwicklung des französischen Kolonialreichs in den Jahrzehnten nach dem Frankfurter Frieden. Auch die Wendung, die mit

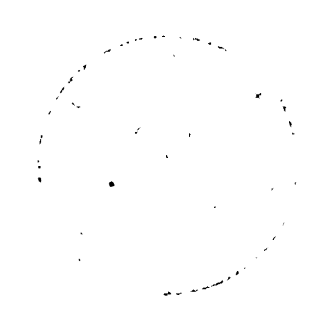
dem deutschen Eingreifen in Marokko 1905 eintrat, war wohl eine Störung, aber keine Bedrohung Frankreichs, und zudem eine Störung, die bei gutem Willen leicht vermieden und beseitigt werden konnte. Das allerdings durfte Deutschland fordern, daß sein Vorhandensein als Großmacht, seine Rechte und Bedürfnisse von Frankreich so gut wie von allen anderen Mächten nicht mißachtet würden. Aber wiederum hätte kein Staat es hierin so leicht gehabt wie Frankreich, dessen Interessen sich mit den deutschen an keiner Stelle kreuzten, sobald es sich dazu verstand, die Tatsachen anzuerkennen. Dies freilich schloß den aufrichtigen und endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen in sich, und diesen Verzicht hat Frankreich niemals vollzogen. Soll also hier von Bedrohung gesprochen werden, so haben die Tatsachen bewiesen, daß es Deutschland war, das sich von Frankreich bedroht sah, bedroht nicht nur in seinem Besitz an Vogesen und Rhein, bedroht in seinem ganzen Dasein als Großmacht und als Staat. Wer unparteiisch urteilt, wird darum sagen müssen: wenn es zu dauernder Aussöhnung und friedlichem Einverständnis zwischen den beiden Nachbarn nicht kam, so liegt die größere Schuld, die Hauptschuld bei Frankreich. Es hat nicht gewollt.

Den Schaden tragen beide Länder und mit ihnen die ganze Welt. Welche politischen Vorteile das eine wie das andere Volk von einträchtigem Zusammengehen haben würde, liegt auf der Hand, schon die kurzen acht Jahre zwischen 1877 und 1885 haben davon eine Probe gegeben. Daß ihr geistiger Austausch für beide Teile fruchtbar und förderlich ist, steht über jedem Zweifel. Sie scheinen dazu bestimmt, voneinander zu lernen und einander zu ergänzen, gerade weil sie so verschieden, ja gegensätzlich geartet sind. Gefährlich können sie einander nicht werden, wie es etwa der Engländer vermöge seiner inneren Verwandtschaft dem Deutschen nur zu leicht wird. Wenn man sieht, was schon vor vierundachtzig Jahren der geistvolle Gustav Rümelin hervorgehoben hat, wie spurlos die langen Zeiten französischer Mode am deutschen Volkscharakter vorübergegangen sind, so kann man auch für die Zukunft in

dieser Hinsicht keine Befürchtungen hegen. Vollends die Warnungsrufe vor den Gefahren deutscher Einflüsse, die in Frankreich zuzeiten laut werden, erscheinen dem, der die Dinge nüchtern ansicht, nur als Äußerungen krankhaft überreizter Eigenliebe. Deutsche und Franzosen können auch in Zukunft für ihre eigene Entwicklung voneinander lernen, wie sie es bisher getan haben, und würden dabei auch künftig bleiben, was sie sind. Aber an dauernde Aussöhnung zu glauben, die doch die erste Bedingung fruchtbaren Zusammenlebens ist, fällt heute schwerer denn je. Es sieht aus, als sollte Ernest Lavisse, der Kenner beider Länder und ihrer Geschichte, Recht behalten, der kurz nach dem Ende des letzten Krieges die Überzeugung aussprach, zwischen diesen beiden Völkern gebe es keine Versöhnung mehr, zum Unglück für sie selbst und für die ganze Welt. Von Deutschlands Unglück brauchen wir nicht zu reden. Aber auch Frankreich darf sich nicht einbilden, das Jahr 1918 habe den Zwist für immer beendet und seine Zukunft sichergestellt, und auf Deutschland komme es nicht an. Die Rolle der Weltmacht, in der die französische Nation unter Ludwig XIV. und Napoleon I. gescheitert ist, als sie noch die stärkste in Europa war und es weder ein britisches noch ein amerikanisches Weltreich gab, diese Rolle wird sie heute aus eigener Kraft allein noch weniger durchführen können. Vielleicht kommt noch ein Tag, wo ein französischer Staatsmann sich hilfesuchend nach der deutschen Großmacht umsehen wird, die zu zerstören seine Vorgänger für ihre dringendste Aufgabe hielten. Wird es dann nicht zu spät sein, wird Frankreich nicht bereuen, daß es die deutsche Unterstützung verschmähte, als sie zu haben war?

Es gibt noch ein anderes „Zu spät". Wer sich über den Gesichtskreis des Deutschen oder Franzosen erhebt, der weiß, was es für die Welt bedeutet haben würde, hätten diese beiden Nationen zu rechter Zeit den Bund aufrichtiger Verständigung geschlossen. Ihr vereintes Wirken hätte dem europäischen Abendland die Herrschaft über den Erdball dauernd gesichert, die heute bereits verloren ist und nicht wiederkehren kann. Das Erstgeburtsrecht Europas, wie Rudolf Kjellén es

genannt hat, konnte nur vereint von den großen Völkern des Okzidents bewahrt werden; ihr tödlicher Zwist mußte es den andern Erdteilen ausliefern. Er wäre nicht ausgebrochen und die Weltgeschichte hätte sich in ungebrochener Linie fortsetzen können, wären die beiden führenden Nationen des europäischen Festlands zu rechter Zeit einig geworden und geblieben. Das nachzuholen, ist es für immer zu spät, und über den Verlust der schönsten Möglichkeiten können wir uns nur mit der entsagenden Einsicht trösten, daß das Vollkommene wohl einmal im Reiche der Kunst, im Leben niemals Wirklichkeit wird.



Anmerkungen

Die Anmerkungen wollen in erster Linie dem Leser, der nicht Fachmann ist, den Weg zu weiterem Studium zeigen. Sie sind darum auf das Notwendigste beschränkt. Allgemeiner bekannte Darstellungen wie

LAVISSE, Histoire de France (8 Bände, 1903 ff.) und Histoire de France contemporaine (10 Bände, 1920 ff.);

SOREL, L'Europe et la Révolution française (7 Bände, 1887 ff.);

STERN, Geschichte Europas von 1815—1871 (10 Bände, 1894 ff.);

P. DE LA GORCE, Histoire du Second Empire (7 Bände, 1894 ff.);

OLLIVIER, L'Empire libéral (18 Bände, 1895 ff.);

SYBEL, Die Begründung des Deutschen Reiches (7 Bände, 1889 ff.)

und andere werden nur angeführt, wo es zum Beleg gewisser Einzelheiten dient.

1.

S. 4. Der Irrtum, das fränkische Reich sei durch den Gegensatz der Nationalitäten gesprengt worden, hat sich in Frankreich am längsten behauptet. Er wurde gründlich widerlegt durch G. MONOD im Annuaire de l'Ecole des Hautes Etudes 1896. — Über die Reichsgrenze siehe LONGNON, La formation de l'unité française (1922), p. 17 f., und Atlas historique de la France (Erläuterungen).

S. 8. 1124: Suger, Vita Ludovici Grossi c. 27 (ed. MOLINIER p. 104). — Verschiedene Taktik: Johannes Kinnamos, Epitome II, 18 (Patrol. graeca 133, 410). Vom ersten Kreuzzug: Ekkehard von Aura zu 1100 (Monum. Germ. Hist. Script. 6, 218). — Verächtliche Schilderungen der Deutschen in den Romanen Guillaume de Dôle (Conte de la rose) und l'Escoufle (Der Hühnerweih) vom Anfang des 13. Jahrhunderts. Trennung der deutschen und französischen Kreuzfahrer fordert noch 1216 der Abt von Prémontré, denn „nunquam leguntur fuisse in aliqua solemni societate concordes". LUCHAIRE, Innocent III. La question d'Orient (1907), p. 298. Vgl. LOUIS REYNAUD, Les origines de l'influence française en Allemagne (1913) 1, 475 f. 492 f. Das Buch wimmelt von Schiefheiten und Übertreibungen und ist durch wilden Deutschenhaß entstellt, enthält aber gutes Material.

S. 9. REYNAUD 1, 500 ff. WACKERNAGEL, Altfranzösische Lieder und Leiche S. 194 ff. HERM. SCHNEIDER, Heldendichtung usw. (KÖSTER-PETERSEN, Geschichte der deutschen Literatur I, 1925), S. 212 ff. 244 ff. 376 ff.

S. 12. Peter Dubois, De recuperatione Terrae Sanctae (ed. LANGLOIS 1891) und De abbreviatione guerrarum (BOUTARIC, Notices et extraits des manuscrits XX 2, 166 ff.). Vgl. RENAN, Hist. litt. de la France 26, 491 ff. (wiederholt in Etudes sur la politique religieuse du règne de Philippe le Bel, 1899).



S. 13. Karl der Große: G. Paris, Hist. poétique de Charlemagne p. 352. 451. Vielsagend der Vers 2516 im Couronnement de Louis: „Par droit est Rome al rei de Saint Denis." Vgl. Sorel 1, 246 ff. — Johann von Jandun, De laudibus Parisiacae urbis (1323): Le Roux de Lincy et Tisserand, Paris et ses historiens p. 60 ff. — Französische Bewerbungen um die Kaiserkrone spielten 1272, 1308, 1314, 1324.

S. 14. Fr. Kern, Die Anfänge französischer Ausdehnungspolitik (1910). Hier S. 209 das Gerücht von 1301. O. Redlich, Rudolf von Habsburg S. 619.

S. 15. Dufresne de Beaucourt, Hist. de Charles VII. 4, 13 ff. Janssen, Frankreichs Rheingelüste (1861), S. 5. Gilbert von Metz, L'excellence du royaume de France (Le Roux de Lincy, a. a. O. 144 ff.), angeblich 1434, richtiger wohl 1444.

S. 17. Pierre Bayle, Dictionnaire historique, am Schluß des Artikels Louis XI., 1701 (fehlt noch in der ersten Auflage 1697. Der Hinweis auf Commynes ist übrigens falsch).

S. 18. Commynes, Mémoires IV 1 (zu 1444; ed. Mandrot 1, 263).

S. 20. Ellenhard, Chronicon. Mon. Germ. Hist. Script. 17, 130. Diebold Schilling, herausgegeben von Tobler 1, 131. Ähnliche Stimmen 1444 bei Janssen, a. a. O. 5.

S. 21. Kalkoff, Die Kaiserwahl Friedrichs IV. und Karls V. (1925), S. 22 ff.

S. 22. Al. Schulte, Frankreich und der Rhein (1918), S. 122 ff.

S. 23. Sorel 1, 259. Strabo, Geographica IV, 1, §§ 1 und 14.

S. 24 f. M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation (1889 ff.) 2, 54. — Mariéjol bei Lavisse VI 2, 101 ff.

2.

S. 29 ff. Mariéjol a. a. O., Sorel 1, 272. Hanotaux, Etudes historiques p. 209 ff. Richelieu, Lettres etc. (Collection de documents inédits 104—111); desselben Mémoires (Coll. Poujoulat). W. Mommsen, Richelieu, Elsaß und Lothringen (1922), im einzelnen nützlich, im Gesamturteil irrig. Noch irriger Mommsens Einleitung zur deutschen Übersetzung des Politischen Testaments (Klassiker der Politik 14). Von dem fingierten Testament (verfaßt von Labbe) erschien 1644 eine deutsche Übersetzung.

S. 34 ff. Richelieu, Lettres 3, 179 ff. (181). Mémoires (Poujoulat) 7, 34 ff. 271 ff.; 8, 176 ff.

S. 38 f. Sorel 1, 279 ff. Text des Friedens: H. Vast, Les grands traités du règne de Louis XIV (1893). — Vgl. die Instruktion nach Wien 1725: den Urhebern des Westfälischen Friedens erschienen als die Hauptsache für das Gleichgewicht in Europa „les privilèges et les droits que l'on procura aux princes et états de l'Empire, et qui ... empêcheroient à jamais que le corps germanique et cette cour (Wien) ... ne formassent un seul et même corps, qui seroit en effet formidable à toutes les puissances de l'Europe". Recueil des instructions des ambassadeurs de France 1, 5.

S. 41. ERDMANNSDÖRFFER, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden usw. 1, 283 ff. GIE, Die Kandidatur Ludwigs XIV. 1657 (1916).

S. 42. LAVISSE, Hist. de France 7. 8 (1906—1908). L. BERTRAND, Louis XIV. (o. J.). ROUSSET, Histoire de Louvois (hier 1, 379 das Selbstzeugnis von 1672).

S. 45 f. Das Grenzsystem Vaubans behandelt gut LAVALLÉE, Les frontières de la France (1864). Vauban über Straßburg: SOREL 1, 312.

S. 49. Zudrang von Freiwilligen 1667: Louis XIV., Mémoires 1, 243 f.; 2, 229.

S. 51 f. Fürstenbergs Warnung: ROUSSET 1, 505.

S. 53. Vaubans Ausspruch: LAVALLÉE p. 56. Friedrich der Große, Werke 8, 16 f., 21 ff. Vgl. KOSER, Geschichte Friedrichs des Großen 1, 140 ff. — Der Verzicht auf Einverleibung des linken Rheinufers soll nach LAVALLÉE p. 50 f. auf Turennes Rat zurückgehen. Ich kann das nicht nachprüfen.

S. 55. ROUSSEAU, Extrait du projet de paix perpétuelle: „l'on peut dire que l'ordre politique de cette partie du monde est . . . l'œuvre de la nature . . . Ce n'est pas à dire que les Alpes, le Rhin, la mer, les Pyrénées soient des obstacles insurmontables à l'ambition, mais" usw. — Argenson: DE BROGLIE, Politique extérieure de Louis XV. 8, 105.

S. 57 f. TRATCHEVSKY, La diplomatie de Vergennes. Revue Historique 14. 15 (vgl. dazu SOREL, ebenda 15, 273).

S. 60. SOREL 1, 317 f.

3.

S. 64. Mirabeau an Mauvillon (Lettres à un de ses amis en Allemagne, 1792) p. 506.

S. 66. TH. LUDWIG, Die deutschen Reichsstände im Elsaß und der Ausbruch des Revolutionskriegs (1898). SOREL 2, 87 f.

S. 67. SOREL 1, 413. — Isnard: „Guerre indispensable à consommer la révolution". SOREL 2, 357.

S. 68. SOREL 1, 546; 2, 82. 368.

S. 69. GOETHE, Campagne in Frankreich. Die Gründe, mit denen Alfr. Stern (siehe zu S. 73) die Echtheit des Ausspruchs bestreitet, überzeugen nicht. Es liegt auf der Hand, daß die Bezugnahme auf den im Oktober 1793 eingeführten Revolutionskalender erst der späteren Niederschrift angehört. Eine eingetroffene Prophezeiung nachträglich sich anzudichten, entspräche wahrlich nicht Goethes Art. — SOREL 1, 437 f.

S. 70. Mirabeau gegen Burke (10. Mai 1790): SOREL 2, 43. Ebenda 2, 531: „La Révolution exalte dans le Français ce qu'il a de meilleur et ce qu'il a de pire."

S. 71. Rousseau: siehe oben zu S. 55.

S. 72 f. Dantons Rede: SOREL 3, 278. Carnots ursprüngliche Ansicht: LAVALLÉE p. 145. Sein Bericht: Mémoires de Carnot 1 (1861), 296 ff. — TREITSCHKE, Deutsche Geschichte 1, 118. — ALFRED STERN, Der Einfluß der französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben (1928), S. 132, 144.

S. 76. Cloots: SOREL 2, 316. LAVALLÉE p. 52, mit Verweis auf FIEFFÉ, Hist. des troupes étrangères au service de France, das mir nicht zugänglich ist.

S. 77. Die dreiste Insinuation der Franzosen in Rastatt: SOREL 5, 278.

S. 79. HANS v. GAGERN, Mein Anteil an der Politik 1, 111. 119 f.

S. 80. Das Urteil von 1787 (Gérard de Rayneval, premier commis aux affaires étrangères): SOREL 1, 401.

S. 81 f. Preußen: SOREL 4, 358 f.; 5, 330 ff. BAILLEU, Preußen und Frankreich 1795—1807. 2 Bände 1881—1887.

S. 83 f. TREITSCHKE 1, 165, der noch nicht wußte, wie sehr Napoleons Vorgehen den Plänen des Wohlfahrtsausschusses entsprach. Vgl. SOREL 4, 388 f., der sehr treffend die Kontinentalsperre die Konsequenz der natürlichen Grenzen nennt. Dumouriez: LAVALLÉE p. 118 f. (1792: „La France ne peut avoir de sécurité durable qu'avec la barrière du Rhin." 1797: „La fameuse barrière du Rhin n'est bonne que sur la carte").

S. 85. Aufhören der Kaiserwürde: DAVIDSOHN, Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie 1917, Nr. 5, S. 5.

S. 86. Goethe zu Falk im Mai 1808: Gespräche (BIEDERMANN) 1, 530.

S. 87. Bayern und Max I.: SOREL 1, 418. (Palm) Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung, herausgegeben von DU MOULIN, S. VIII. DOEBERL, Bayern und die deutsche Erhebung (Abhandl. der Bayerischen Akademie 24. 1907). SAHRMANN, Pfalz oder Salzburg? (1921), S. 16.

S. 89. Metternichs Selbstzeugnis: ERNST II. von Coburg, Aus meinem Leben 2, 179.

S. 90. Den Kampf um das Elsaß behandelt erschöpfend R. BRENDEL im 47. Heft der Beiträge zur Landes- und Volkskunde von Elsaß-Lothringen (1914). Die wichtigsten Äußerungen: PERTZ-DELBRÜCK, Gneisenau 4, 254. 279. 464 ff. 633. W. v. HUMBOLDT, Schriften 12, 11 f. SCHAUMANN, Geschichte des zweiten Pariser Friedens 2, VII. X. XIII. GAGERN, Mein Anteil 5 II, 11 ff. PERTZ, Stein 3, 202 ff. M. LEHMANN, Stein 3, 375.

S. 91. Daß das Elsaß durch die Revolution französisch geworden sei, ist eine Legende, die entstehen konnte, weil man sich an die ergangenen Dekrete hielt, ohne nach ihrer Ausführung zu fragen. Ihre Wirkung war gleich Null, wie D'AVENEL, Revue des deux Mondes, 15. August 1929, zeigt. Ebenda p. 836 f. der Zustand des Landes, wie ihn 1833 die amtlichen Berichte darstellen. Ebenso vor 1789: YOUNG, Travels in France 1787—1789: „a people totally distinct and different from France with manners, language, ideas, prejudices and habits all different".

S. 92. Englische öffentliche Meinung: DUVERGIER DE HAURANNE, Hist. du régime parlementaire 3, 199. Schon 1795 hatte Macartney an Pitt geschrieben, niemals dürfe England dulden, daß von der Rheingrenze gesprochen werde. „Wir wissen wohl, daß die Quelle dieses Planes in dem zufälligen Erwerb von Elsaß und Lothringen liegt." SOREL 4, 461. — PERTZ-DELBRÜCK, Gneisenau 4, 464 ff.

4.

S. 95. Pertz-Delbrück, Gneisenau 4, 272. Sorel 6, 416. Ranke, Hardenberg 4, 449. Pallain, Talleyrand et Louis XVIII., deutsch von Bailleu, S. 383 u. XXIV. Ollivier 1, 63, 70. Chateaubriand, Le Congrès de Vérone 1, 265.

S. 99. Viel-Castel, Hist. de la Restauration 20, 17.

S. 101. J. J. Moser, Lebensgeschichte (3. Aufl. 1777) 2, 44.

S. 103. L. Reynaud, L'influence allemande en France au 18ᵉ et 19ᵉ siècle (1923), nicht frei von Tendenz, aber reichhaltig. Dazu lesenswert: Gautier, Vues prophétiques d'Edgar Quinet sur l'Allemagne. Revue des deux Mondes 1916 V, 422 ff.

S. 104. Außer Reynaud und Gautier siehe Perraud, La question rhénane et la politique française. Revue des deux Mondes 1923 V, 678 ff.

S. 106 ff. La Gorce, Charles X., p. 216 ff. Ollivier 1, 248 f. 421. 426. Chateaubriand, Congrès de Vérone 1, 266 und Mémoires d'outre-tombe, chap. 46. Thureau-Dangin, Hist. de la monarchie de Juillet 4, 240—350.

S. 109. K. Hillebrand, Geschichte Frankreichs 2, 137.

S. 110. Ollivier 2, 143 ff. 486 ff. Circourt, Souvenirs d'une mission à Berlin en 1848. 2 Bd., 1908.

S. 111. Thiers 1852 zu Nassau W. Senior in dessen Conversations 1, 27.

S. 112. Ollivier 1, 483 ff. Friedrich Wilhelm IV. an Nikolaus I.: Poschinger, Preußens auswärtige Politik 2, 290.

S. 113. Thiers 1842: Ollivier 1, 421 f.

S. 114. Perraud a. a. O. 684. Tocqueville, Oeuvres 7, 325. 481 f. Göring, Tocqueville und die Demokratie, S. 183 ff.

5.

S. 118 ff. Tocqueville, Souvenirs p. 313 ff. La Gorce, Second Empire 4, 550; 5, 319. Th. Martin, Life of the Prince-Consort 3, 105. 108. Ernst II. 2, 147 f. 235. Oncken, Die Rheinpolitik Napoleons III. 1, 18 f.

S. 122 f. Perraud a. a. O. 690. Tocqueville, Oeuvres 7, 374. Lavallée siehe oben zu S. 45. N. W. Senior, Conversations 2, 288 (Dussard: „unsere natürlichen Grenzen wiederzugewinnen, ist jetzt unsere Leidenschaft; dieser Wunsch war nicht erloschen, als er zu schlafen schien"). Über Napoleons Politik urteilt im ganzen richtig Pingaud, Revue Hist. 156, 52 f., wenn man die Sophismen abzieht, mit denen er zu beweisen sucht, sie sei das Gegenteil von Eroberungspolitik gewesen.

S. 124. General Fleury, Souvenirs 2, 288 („J'ai cru à la foi jurée, à la reconnaissance ... En politique c'est une faute").

S. 125. Perraud a. a. O. 689. Paléologue, Les entretiens de l'Impératrice Eugénie (1928), p. 116 f. Martin 4, 104; 3, 121. Malmesbury, Memoirs 1, 244. Corti, Leopold I. S. 21. Zahlreiche Äußerungen in N.W. Seniors Conversations, z. B. 2, 256. 288. 349. 365. Anderes bei Pingaud a. a. O. 50 f. Oncken,

Rheinpolitik 2, 209. ABOUT, La Prusse en 1860, singt ein hohes Loblied auf die deutsche Nation und ihre Leistungen in Frieden und Krieg („niemals war diese edle Nation größer als 1813—1815, denn niemals war sie einiger ... Das deutsche Ehrgefühl tat Wunder. Deutschland erhob sich wie ein Mann, und die Niederlage unserer unvergleichlichen Heere zeigte, was die deutsche Einheit vermochte") und fordert geradezu ihre Einigung unter Preußen („Deutschland soll sich einigen; Frankreich hat keinen heißeren, keinen teureren Wunsch, denn es liebt die deutsche Nation mit uneigennütziger Freundschaft ... Ein österreichisches Deutschland, 70 Millionen in einer Hand, hätte das europäische Gleichgewicht bedroht und die Mächte beunruhigt; ein preußisches Deutschland mit 32 Millionen wird niemand aufregen"). Ob About wirklich, wie LA GORCE 4, 452 sagt, das Sprachrohr Napoleons war, ist schwer nachzuprüfen; nach dem Ton seiner Ausführungen hat er jedenfalls auf den Beifall des Kaisers gerechnet, zu dessen Umgang er gehörte. Es ist bezeichnend, daß J. REINACH in der biographischen Einleitung zu Abouts gesammelten Aufsätzen (Le 19ième siècle, 1892) diese Schrift nicht erwähnt.

S. 126 f. MALMESBURY a. a. O. ERNST II. 2, 141. 266. 282 f. OLLIVIER 2, 358 f. (unter Mißdeutungen). — Bismarck über sein Gespräch mit Napoleon: Gedanken und Erinnerungen Kap. 9. Noch 1884 kommt er gegenüber dem französischen Botschafter de Courcel ausführlich darauf zurück (siehe unten zu S. 190). SOREL, Hist. diplomatique de la guerre franco-allemande 1, 6 f.

S. 128. BEYENS, Le Second Empire vu par un diplomate belge (1924) 1, 313 f.

S. 130. „Der junge Tiger": Rémusat zu SENIOR, Conversations 2, 295. Dort noch viele ähnliche Äußerungen, z. B. Montalembert (2, 313), Mallac (2, 334: „Wir sind entschlossen, den Rhein zu nehmen. Selbst wenn der Kaiser darauf zu verzichten wünschte, würde das Volk es ihm nicht erlauben; wenn das Volk es erlaubte, würde die Armee es nicht"). — „Le hazard joue un trop grand rôle": ERNST II. 2, 500. — Napoleons Kräfteverfall schildert eindrucksvoll BEYENS. Zu Franz Liszt klagte der Kaiser schon 1861 über Erschöpfung; er fühle sich über 100 Jahre alt. CORTI, Leopold I. S. 246.

S. 131. Bismarck und Napoleon: Gedanken und Erinnerungen, Briefwechsel mit Gerlach, Kap. 8. Denkschrift vom 18. Mai 1857 (Ges. Werke 2, 217 ff.). 1860: H. KOHL, Bismarckbriefe S. 201.

S. 132. Polen: PALÉOLOGUE a. a. O. 250 ff.

S. 133. SYBEL, Begründung 3, 168. — BISMARCK, Gedanken und Erinnerungen, Anhang 1, 57 f. ASHLEY, Palmerston 2, 232. ONCKEN, Rheinpolitik 1, 217 f.

S. 134. ONCKEN 1, 144 ff. 290.

S. 135. ONCKEN 1, 49. 95. 104. 149 f. 172. — Pläne zur Umgestaltung der Karte: ONCKEN 1, 211 f. (Persigny); OLLIVIER 8, 176 ff. (Prinz Napoleon).

S. 136. Thiers' Rede im Auszug bei ONCKEN 1, 153 ff. Vgl. LA GORCE 4, 613.

S. 137 f. Der Ungar Kiss in Berlin: ONCKEN 1, 241 ff. Napoleon zu Metternich ebenda 253.

S. 139 f. ONCKEN 1, 316 ff. BAPST, Canrobert 4, 43 f. (mit verschobenen Tagesdaten).

S. 140 f. Feldmarschall v. LOË, Erinnerungen aus meinem Berufsleben (2. Aufl. 1906), S. 82 ff. 112. L. v. SCHLÖZER, Feldmarschall v. Loë, S. 56. 62. Vgl. J. HALLER, Bismarcks Friedensschlüsse (2. Aufl. 1917), insbes. S. 52. PALÉOLOGUE p. 117 ff. ONCKEN 3, 242.

S. 142 f. ONCKEN 1, 343. Plan des Austauschs von Sachsen und Rheinland noch am 6. August: ONCKEN 2, 96. PALÉOLOGUE p. 125 f. — O. SCHEEL, Bismarcks Wille zu Deutschland (1934) S. 95 ff. will den Kaiser stärker mit persönlicher Verantwortung belasten, ohne ganz zu überzeugen.

S. 144. ONCKEN 2, 90. VILBORT, L'œuvre de M. de Bismarck (1869), p. 522. (BISMARCKS Gesammelte Werke 7, 149.)

S. 145 f. ONCKEN 2, 82. „Les origines diplomatiques de la guerre de 1870“ 12, 116 f. 170. ONCKEN 2, 94. 84. 100 ff. 109. 127. 137. 139. 158 ff. 148 ff.

S. 147 f. Bismarck über Belgien (8. August): ONCKEN 2, 35. König Wilhelm: 2, 108. Der Bescheid (7. Sept.): 2, 100. Die Bemerkungen von ONCKEN (2, 100 f.) werden Bismarcks Auffassung der Dinge nicht gerecht. Sie stützen sich auf das spätere und sehr summarische Urteil von Radowitz und sind mit Bismarcks eigenen wiederholten Äußerungen (2, 110 und sonst oft) unvereinbar.

S. 148. ONCKEN 2, 148 ff. 151. 170 f. 176. KEUDELL, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 354.

S. 149. Moustier: ONCKEN 2, 264. 267. 313. 342. 347. Bismarcks veränderte Stimmung besonders 2, 135. 220 ff. Sonst 2, 201 ff.

S. 150. Viktor Emanuels Urteil: ONCKEN 1, 218.

S. 151. ONCKEN 2, 257. 259. 274. 281. — KEUDELL, S. 360: Bismarcks Rede vom 11. Januar 1887.

S. 152. Erste Anknüpfung mit Österreich schon am 11. Januar und 3. Februar, dann ernstlich am 18. April. ONCKEN 2, 178, 194, 338. Ministerrat am 17. April: 2,342. — Meine Darstellung des Luxemburger Zwischenfalls, die von der üblichen abweicht, finde ich nachträglich voll bestätigt durch eine Äußerung Napoleons selbst in Wilhelmshöhe, aufgezeichnet im Tagebuch des Generals CASTELNAU, Revue de Paris vom 1. November 1929, p. 176: „Le Luxembourg a été tout à fait à ma disposition; mais la diplomatie a si mal mené l'affaire qu'elle a laissé passer l'occasion“ usw. Bismarcks Ehrlichkeit bezeugt Napoleon hier wie schon am 18. April 1867 zu Cowley, ONCKEN 2, 350.

S. 153. Den Scheideweg, an dem die deutsche und französische Politik zu Anfang 1867 standen, beleuchtet hell das Rundschreiben Bismarcks vom 2. April, ONCKEN 2, 321. Goltz am 16. April über die Folgen eines siegreichen Krieges: „Nach wenigen Jahren würde Frankreich seine Revanche zu nehmen suchen und so Europa für lange Zeit in eine Reihe von Kriegen gestürzt werden.“ ONCKEN 2, 333.

S. 154 f. Bismarck über das Elsaß: H. v. TAUBE, Graf Alex. Keyserling 1, 545. — Stimmung in Frankreich: ONCKEN 2, 230. 174 f.

S. 155. Mitteilungen aus der Schrift von CH. MÜLLER, die in Deutschland

nicht zu finden ist, bei ONCKEN 2, 560. PRÉVOST-PARADOL, La nouvelle France (1868), p. 278: „Si la Prusse poursuit avec l'Allemagne du Sud son projet déclaré de ranger sous son drapeau tout ce qui parle allemand en Europe (!), osera-t-on nous qualifier d'agresseurs, si au lieu de l'attendre à Strasbourg, nous allons au-devant d'elle à Mayence?"

S. 156. Rouhers Geständnis (18. August 1866), daß der Tod oder längere Krankheit des Kaisers der preußenfreundlichen Politik ein Ende machen würde: ONCKEN 2, 84. — Napoleons Fatalismus (2. April 1867): 2, 279.

6.

S. 157 f. Moustier zu Goltz am 19. Dezember 1866: ONCKEN 2, 141. — Die Rüstungen: LA GORCE 5, 317 ff.; 6, 142 ff. OLLIVIER 11, 352. BAPST-Canrobert 4, 46 ff. ONCKEN 2, 576 f. (das Urteil Claremonts); 3, 23. Von Zeugnissen französischer Kriegslust wimmelt es. Lehrreich dafür die Memoiren des Generals DUCROT, 2. Aufl. 1895. Klagen der Kaiserin über die Knauserei der Volksvertreter: PALÉOLOGUE p. 137 f. PRÉVOST-PARADOL, Nouv. France, p. 257 ff. (De la guerre et de l'armée); p. 321: „La politique de la paix est, au moment où j'écris ces lignes, populaire en France, et le gouvernement actuel éprouverait même une certaine difficulté à pousser, s'il le croyait, la nation vers la guerre."

S. 159. ONCKEN 3, 15. 154. 194. 241. 97; 2, 495. Gegen die Erzählung des Grafen Breda, 2, 568 f. — ähnlich bei DUCROT —, die ONCKEN für authentisch hält, hege ich starke Bedenken. Für den Herbst 1868, wo die Heeresreform noch kein Jahr in Kraft war, kann Napoleon nicht an Krieg gedacht haben.

S. 160 f. Die Akten bei ONCKEN, 3. Band, die Tatsachen im wesentlichen schon bei STERN 10, 184 ff. 213 ff. Dazu der späte Kommentar der Kaiserin bei PALÉOLOGUE p. 60 ff. und dessen eigene Kritik. Die fehlerhafte Politik Napoleons wird immerhin halb entschuldigt durch die unleugbar unaufrichtige Haltung der österreichischen Regierung. Daß der Brief Franz Josefs verschwunden, ist recht verdächtig. Napoleons und Rouhers Auffassung: ONCKEN 3, 251. 268. 272.

S. 162. ONCKEN 2, 328. 360 ff. 377 ff.

S. 163 ff. ONCKEN 2, 422 ff. 430 ff. 439; 3, 313. 317 f. 333. 384. OLLIVIER 13, 608. Der abtretende Minister La Tour weiht Anfang Januar 1870 seinen Nachfolger Daru zu dessen Schreck in die Lage ein: die öffentliche Losung „au dehors la paix" bedeute in Wahrheit „en peu de mois la guerre". ONCKEN 3, 285.

S. 166 ff. ONCKEN 3, 529. 325 ff. Bismarcks Rede vom 24. Februar 1870. Seine einzelnen Äußerungen: Gesammelte Werke 7, 252. 299. 264. 279. 261.

S. 168. Das deutsch-russische Einverständnis: PLATZHOFF, Preußische Jahrbücher 188 (1922), 283 ff.

S. 169 ff. ONCKEN 3, 288. 385. 392. 396 ff. 400. 402. 405. 417. Ein unwillkürliches Geständnis Olliviers enthält sein Brief an den Prinzen Jérôme vom 14. Juni 1872. Revue des deux Mondes, Dezember 1930, p. 594. Seine Versuche, alle Schuld von sich auf den Kaiser und Leboeuf zu wälzen, begannen

bald, siehe seinen Brief vom 18. Juli 1871, ebenda Oktober 1930 p. 804. Dazu die Bemerkungen von Leboeufs Adjutanten: Revue de Paris, Juli 1930 p. 318.

S. 171 f. Scharfe Mißbilligungen des französischen Vorgehens von englischer und russischer Seite: LORD, The origins of the war of 1870 (1924), p. 140 f. 146.

S. 172. Bismarcks Erlaß an Bernstorff vom 2. Juni 1870 bei ONCKEN 3, 372 f. (dessen abschwächende Randbemerkung mir unverständlich ist) wird bestätigt durch das Schreiben an Abeken vom 5. Juli (LORD p. 130): „Frankreich fürchtet sich vor ernstem Bruch mehr als wir; lassen wir aber dem Glauben Raum, daß wir uns fürchten, so wird die französische Überhebung uns sehr bald keine andere Wahl lassen als den Krieg." — Bismarcks Verfahren erscheint begreiflich, wenn man annimmt, er habe erwartet, daß Frankreich, durch die vollzogene Wahl des Hohenzollern überrascht, in Madrid Einspruch erheben und damit entweder abgewiesen werden oder seine Beziehungen zu Spanien dauernd schädigen würde. Beides war ihm willkommen als erneute Schwächung der Regierung Napoleons und als ein Schritt mehr auf dem Wege zu inneren Wirren. Damit wäre für die deutsche Reichsgründung die Bahn freigemacht und der Krieg vermieden worden. Ähnlich ZIEKURSCH, Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs 1, 273 f.

S. 173 ff. BISMARCK, Gedanken und Erinnerungen, 22. Kapitel. ONCKEN 3, 416 f.

S. 176. ONCKEN 3, 424 f. 469. 458. 435 f. LORD p. 169. 180. 225. 228. Siehe namentlich den zusammenfassenden Bericht Metternichs: ONCKEN 3, 508. Am meisten erscheint Napoleon belastet durch Metternichs Bericht vom 12. Juli (3, 427): „der Kaiser will ‚die Frage komplizieren', die Mobilmachung verfügen und glaubt, daß sie den Krieg unvermeidlich machen wird ... Man wünscht hier zu marschieren, da man mit Recht denkt, eine bessere Gelegenheit niemals zu finden ... und daß man 10 Tage Vorsprung vor Preußen hat." Ebenso der Militärattaché Graf Uexküll, 3, 428. Endlich das Geständnis Gramonts zum dänischen Gesandten am 18. Juli, ONCKEN 3, 456: „Wir haben einen Vorsprung von 10 oder 12 Tagen; wir hätten noch mehr haben können, wenn wir, wie wir es wünschten, die Verhandlungen hätten hinziehen können." Zur Entlastung der Franzosen dient allein die Ermutigung, die Beust ihnen noch am 20. Juli durch Metternich zugehen ließ. Der Brief, den Ollivier a. a. O. Oktober 1930 p. 809 mitteilt, ist unzweideutig.

S. 177. Die Rechtfertigung der österreichischen Neutralität: ONCKEN 3, 464. Ein trauriges Dokument der Feigheit und Unaufrichtigkeit. Den russischen Aufmarsch sah v. UNRUH, Lebenserinnerungen, S. 310. — Viktor Emanuel: ONCKEN 3, 494. 499 f. Rußland: 3, 527. Dänemark: 3, 454. 456.

S. 178. „La fatalité s'en mêle": ONCKEN 3, 441. An Jérôme Napoleon, 4. März 1870: „Je sombrerai peut-être, mais debout et non pourri." Correspondance inédite entre Nap. III et le prince Napoléon, p. p. HAUTERIVE (2. Aufl. 1926), p. 303.

S. 179 f. Bismarck und das Elsaß: HALLER, Bismarcks Friedensschlüsse, S. 82 ff. K. JACOB, Bismarck und die Erwerbung von Elsaß-Lothringen (1905). DALWIGK, Tagebücher, herausgegeben von SCHÜSSLER, S. 440 f. BISMARCK, Gesammelte Werke 7, 264.

S. 181 f. de Gabriac, Souvenirs diplomatiques (1896), p. 140. Paléologue p. 263.

S. 184. About, Le dix-neuvième siècle (herausgegeben von J. Reinach), p. 390. Gooch, Franco-german relations (1923), p. 4.

S. 185. Corti, Leopold I., S. 125.

7.

S. 187. Die große Politik der europäischen Kabinette, herausgegeben vom deutschen Auswärtigen Amt 1, 103. 106. Gontaut-Biron, Mon ambassade en Aganmelle. 1906. — Über den falschen Kriegslärm 1875 ausführlich Wahl, Geschichte des Deutschen Reichs 1, 352 ff. Ziekursch 2, 41 f. Hanotaux, Hist. de la France contemporaine 3, 245 ff. (hier das Geständnis von Decazes, daß er übertreibe, „pour ameuter l'Europe"). Pagès, L'hégémonie allemande (in Bourgeois et Pagès, Les origines et les responsabilités de la grande guerre, 1922, einem veränderten Abdruck des Berichts, den der französische Senat 1919 erstatten ließ), p. 154. 161, wagt nicht mehr zu behaupten, Bismarck habe den Krieg gewollt, läßt es aber durchblicken. Noch vorsichtiger Recouly, La Troisième République (1927), p. 102. Dagegen behauptet Poincaré, Les origines de la guerre (1921), p. 19, die Kriegsabsicht ohne jeden Vorbehalt. Da man nicht annehmen kann, daß er Hanotaux nicht gelesen habe, setzt er wohl bei seinen Lesern die Unkenntnis dieses Werkes voraus. Richtig Gooch p. 14 („there is no ground for the belief, that he had resolved to unleash the dogs of war").

S. 189 ff. Das Angebot des Prätendenten Victor Napoleon kam durch den Großherzog von Baden in den 80er Jahren (Mitteilung eines beteiligten Diplomaten). — Bismarcks Werben um Frankreich erhellt aus den deutschen Akten im 3. Bande der „Großen Politik" und aus den Berichten der französischen Botschafter bei Pagès.

S. 192 f. Das italienische Bündnis war mit veranlaßt durch das Emporsteigen Gambettas zur Macht (1881), von dem man sich einer deutschfeindlichen Haltung versehen mußte. Nach seinem Tode (31. Dezember 1882) schwand die Besorgnis. — St. Vallier 1879: Gr. Pol. 3, 384. Courcel: Pagès p. 378. 382. — Herbert Bismarck in Paris: Gr. Pol. 3, 427 f. Gambetta: Gr. Pol. 3, 387. Hanotaux 4, 254 ff. Chl. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 318.

S. 194 f. Pagès p. 387 ff.

S. 195 f. Pagès p. 211. Im einzelnen mit dieser Darstellung sich auseinanderzusetzen, ist nicht der Mühe wert. Ihre Unaufrichtigkeit erkennt auf den ersten Blick, wer nicht in Vorurteilen befangen ist. Bezeichnend der Satz p. 235: „Wenn es je eine Einkreisung gab, so war es die, die Bismarck gegen Frankreich durchgeführt hatte, indem er es sogar im Mittelmeer bedrohte." Daß ein Vertrag, der die Erhaltung des Status quo bezweckt, eine Bedrohung sei, ist neu. Aber das ist die Logik französischer Publizisten und Historiker (nicht aller, zum Glück): wer einem Anspruch Frankreichs entgegentritt, „bedroht" es. Darum, nur darum war — und ist — auch das preußische Rheinland eine „Bedrohung".

S. 196. Über die „Revanche" unterrichtet am besten JOACHIM KÜHN, Der Nationalismus im Leben der dritten Republik (1920). Dazu GOOCH p. 7.

S. 198. PAGÈS p. 212 ff.

S. 199. Boulanger: RECOULY p. 157 ff. Gr. Pol. 6, 203 f. 206. 210—214. 91. (Lobanow schon am 12. Mai 1886!).

S. 200 f. Der abgelehnte Fühler 1879: GOOCH p. 17. KÜHN S. 22. Grévy: GOOCH p. 8, nach den (mir nicht zugänglichen) Erinnerungen von SCHEURER-KESTNER. Vgl. RECOULY p. 111 und Gr. Pol. 6, 198. Lobanow: Gr. Pol. 6, 92. Schuwalow zu Herbette: PAGÈS p. 230. Gambetta: KÜHN S. 18, nach dem Journal des GONCOURT 6, 188. („Gambetta a développé éloquemment, très éloquemment l'idée que Skobeleff a de jeter sur l'Allemagne toutes les peuplades guerrières de l'Asie, de l'écraser, cette Allemagne, sous le nombre et le galop de ses hordes errantes, toujours prêtes à faire la guerre pour le pillage.") Wie Gambetta über Bismarck dachte, notiert LUDOVIC HALÉVY nach einem Gespräch mit ihm (1. Mai 1881): „En somme, il ne pense qu'à la guerre, il ne voit qu'un homme en Europe, et qu'un ennemi: Bismarck. Ailleurs, rien ... Si! ... Il voit encore un autre homme, lui, Gambetta, en France. Et c'est tout. Entre ces deux colosses, le choc est inévitable. Voilà l'opinion de Gambetta." Revue des deux Mondes, 1. Juli 1929, p. 76. Sein Gedanke war, Deutschland zwischen Frankreich und dem slavischen Osten — wo er schon 1874 Serbien als künftigen Bundesgenossen erkannte — zu ersticken (étouffer). DUMAINE, Dernière ambassade p. 90. Vgl. die Urteile von Freycinet und Gérard in dessen Mémoires p. 66.

S. 201. Gr. Pol. 3, 452; 6, 195. 151 ff. 210 ff. Bismarck 1854: Briefe an Gerlach (KOHL) S. 140. Zu Manteuffel 1856: Werke 2, 139. Zu Courcel: PALÉOLOGUE p. 185.

S. 202. 203 f. Gr. Pol. 6, 177.

S. 204 f. Gr. Pol. 20 II, 325 f. (BARRÈRE). PAGÈS p. 294 f.

S. 205. Gr. Pol. 13, 247. 253; 15, 135. W. S. BLUNT, My diaries 1, 305. PAGÈS p. 278.

S. 206. 1899: Gr. Pol. 13, 265. 267. 1894: PAGÈS p. 252.

S. 207. 1895: PAGÈS p. 253 f. Gr. Pol. 9, 399 ff. 409 ff.

8.

S. 208 ff. Die Akten über Marokko: Gr. Pol. 20 II und 21. PAGÈS p. 292. — Die Darstellung der deutsch-französischen Beziehungen seit 1905 bei BOURGEOIS, Triple Alliance et Triple Entente (in: Origines et responsabilités) bleibt hinter der entsprechenden von PAGÈS noch weit zurück. Sie ist die Anklagerede eines Staatsanwalts, der die Schuld des Angeklagten voraussetzt und von dieser Voraussetzung aus alles deutet. Immer schon recht langweilig, ist sie heute völlig veraltet. Die beste Zusammenfassung bietet GOOCH p. 40 ff. Er irrt indes, wenn er p. 43 die deutsche Beschwerde, daß der englisch-französische Vertrag nicht mitgeteilt worden sei, „trivial" nennt. Man muß die Tatsache — die Delcassé, in die Enge getrieben, am 13. April

1905 zugab (Gr. Pol. 20 II, 329) — im Zusammenhang würdigen. Sie wäre allerdings harmlos, wäre sie nicht beabsichtigt gewesen. Das aber war sie. Es machte damals ein gut beglaubigtes Wort Delcassés die Runde, der sich beim Abschluß des Vertrages gerühmt hatte: „Je viens de foutre le prince de Radolin.“ — Über die Bedeutung des italienischen Geheimvertrags hat Delcassé selbst sich ausgelassen in der Geheimsitzung der französischen Kammer am 20. Juni 1916, in der er seine Politik verteidigte. KÜHN S. 42. — Mein Urteil über die deutsche Politik seit 1900 ist heute dasselbe, das ich 1922 in der Studie über die „Ära Bülow“ niedergelegt habe.

S. 210. Roosevelt über Delcassé: Gr. Pol. 21, 10.

S. 211. Deutschfreundliche Äußerungen in Paris 1905: Gr. Pol. 20 II, 325 f. 344 f. 378. 401. 447. 510 ff. 596. 623. FLOURENS, La France conquise 1906. Gegen Judet hat POINCARÉ noch 1926 für nötig gehalten zu polemisieren: Au service de la France 1, 153 ff. Bülow 1904 und 1905: Gr. Pol. 20 I, 107; II, 367.

S. 213. Daß die dreijährige Dienstzeit beschlossen war, bevor Deutschland zur Verstärkung seines Heeres schritt, hat der Kriegsminister Jonnart offen eingestanden. Gr. Pol. 39, 153 f.

S. 214. PALÉOLOGUE p. 182 f. — POINCARÉ 1, 143.

S. 217. Französische Schriftsteller lieben es, zu behaupten, der Gedanke an den Rhein sei vor 1914 völlig geschwunden und sogar die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens damals nur noch von wenigen erstrebt worden. So CROZIER, Revue de France 1, 269. GÉRIN, Comment fut provoquée la guerre (1931) p. 24. HAUSER, Hist. dipl. de l'Europe 1, 7 u. a. Diese Herren vergessen, daß die Stimmung sich seit 1911 gründlich wandelte, und daß die französische Politik, wie Bismarck gesagt hat, immer von entschlossenen Minderheiten gemacht wird.

S. 218. Der französisch-russische Geheimvertrag: MERMEIX, Le combat des trois (1922; Fragments d'histoire VI), p. 76. 192 ff. („Le programme qui pendant des siècles avait été celui de la France: récupération de ce qui nous avait été enlevé par le pacte de Verdun, élimination de la force germanique de la Rive gauche du Rhin“ etc.). TEMPERLEY, History of the Peace Conference at Paris 1, 430.

S. 219. Der Beschluß des französischen Senats: MERMEIX p. 75. — CLEMENCEAU im Vorwort zu TARDIEU, La paix (1921), p. XVII.

S. 220 f. Fochs Denkschriften bei MERMEIX p. 205 ff., dessen Darstellung bedeutend vollständiger und aufrichtiger ist als die von TARDIEU p. 162 ff., der das Wesentlichste unterdrückt. HOUSE AND SEYMOUR, What really happened at Paris, p. 49 f. 52. Fochs Rolle bei den Verhandlungen schildert ohne Zurückhaltung General MORDACQ, Revue des deux Mondes, 15. Juni 1929, p. 762 ff.

S. 222. Wie ernstlich manche Kreise in Frankreich die Auflösung des Deutschen Reiches erstrebten, zeigen TARDIEU p. 393 ff. und MERMEIX p. 154 ff.

S. 223. 25. April 1919: MERMEIX p. 223 ff., mit Berufung auf zwei anwesende Minister. Clemenceaus Worte p. 230. — EBRAY, La paix malpropre (1924), p. 102. 203. Poincarés Äußerung 1922 ging unwidersprochen durch die Zeitungen.

S. 224. Die französische Literatur über die Kriegsziele verzeichnen G. REIS-

MÜLLER und J. HOFMANN. Zehn Jahre Rheinlandbesetzung 1 (1929), 20 ff. Die Umfrage der „Libre Parole": PAUL VERGNER, La France au Rhin (1919). Thiers am 26. November 1852 bei SENIOR, Conversations I, 118 („vanity, envy and ambition are our real passions").

S. 226. PERRAUD schließt seinen mehrfach erwähnten Aufsatz, Revue des deux Mondes 1923 V, 697, mit den andeutungsreichen Sätzen: „In unsern Tagen haben die Fortschritte der materiellen Kultur und die Entwicklung der Verkehrsmittel dazu geführt, daß Interessen und Ideen ebenso feste Bande zwischen den Völkern knüpfen wie ehedem der Gebrauch der Gewalt; daß ... wirtschaftliche Durchdringung und geistige Ausstrahlung nicht weniger wirksame Mittel darstellen als militärische Beherrschung; kurz, daß eine große Nation oft ein größeres Interesse daran hat, ihre ‚moralischen' Grenzen anstatt ihrer amtlichen auszudehnen. Diese neuen Tatsachen, verbunden mit den Überlieferungen und Lehren der Vergangenheit, müssen eine Politik bestimmen, für die die wirksame Formel noch zu finden ist." Ist sie inzwischen gefunden? Heißt sie am Ende Paneuropa?

S. 227. Wilsons Wort über den Rhein fiel in seiner Rede in der Sorbonne. PINON, Revue des deux Mondes, 15. September 1928, p. 426.

S. 228. Bismarck zu Vilbort 1866, siehe oben zu S. 144.

S. 229. G. RÜMELIN, Fragmente über das deutsche Volk (in Schweglers Jahrbüchern der Gegenwart, 1846, S. 164): „Seit zwei Jahrhunderten blicken wir nach Frankreich und treiben französische Sprache und Mode, aber noch haben wir auch nicht den allergeringsten Teil irgend eines französischen Vorzugs oder Fehlers angenommen."

S. 230. LAVISSE tat den erwähnten Ausspruch 1919 in einer öffentlichen Polemik, wenn ich mich recht erinnere, gegen Hans Delbrück.



Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart